

# #prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 1/2018



## Kinder von Inhaftierten

4-28

**Ein Schweizer an der Spitze  
des PC-CP**  
48

**Die Überstellung verurteilter  
Personen fördern**  
51



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ



Folco Galli,  
Redaktor #prison-info

«Die Mama hat mir früher kein Bauchweh geschenkt. Da war ich früher immer glücklich. ... Seitdem die Mama weg ist, habe ich schon immer Bauchweh. Das ist so etwas, wenn man traurig ist. Das ist normal.» Auf diese unbeholfene und gerade deshalb besonders eindrucksvolle Weise schildert die 7-jährige Tochter einer inhaftierten Frau ihre Befindlichkeit. Sie teilt ihr Schicksal mit vielen anderen Kindern: In den Mitgliedsstaaten des Europarates leben schätzungsweise **2,1 Millionen Kinder getrennt von ihren inhaftierten Vätern oder Müttern.**

Zwar gibt es Kinder, die dank ihrer psychischen Widerstandskraft und dank der Unterstützung von Angehörigen und weiteren Bezugspersonen diese schwierige Lebenssituation ohne anhaltende Beeinträchtigung überstehen. Doch bei vielen anderen Kindern hinterlässt die **grosse emotionale Belastung** deutliche Spuren: Mehr als zwei Drittel haben psychische Probleme und neigen zu Verhaltensauffälligkeiten, und bei einem Drittel sind negative Folgen auf die körperliche Gesundheit zu verzeichnen.

Die jüngste **Empfehlung des Europarates** zielt darauf ab, die negativen Auswirkungen der Haft zu lindern und die Entwicklung dieser Kinder zu schützen. Nach Ansicht des Europarates braucht es eine verstärkte Sensibilisierung und einen Kulturwandel, um die durch die Haft eines Elternteils herrührenden Vorurteile und Diskriminierungen zu überwinden. #prison-info rückt deshalb diese in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen «Schattenkinder» in den Fokus.

In der Schweiz fällt der **Unterschied zwischen den Sprachregionen** auf. Während die Stiftung REPR ihre Unterstützung der Familien und Angehörigen von Inhaftierten schrittweise auf die ganze Westschweiz ausgedehnt hat und von den Verantwortlichen des Justizvollzugs als professioneller und zuverlässiger Akteur anerkannt wird, fehlt in der Deutschschweiz ein Pendant. Hier liegt das Potenzial der Angehörigenarbeit gemäss einer Studie noch weitgehend brach, obwohl es im Interesse aller wäre, dieses Potenzial besser zu nutzen. Denn Väter und Mütter, die trotz Haft soweit als möglich die Beziehung zu ihren Kindern aufrechterhalten wollen, setzen alles daran, dank guter Führung Vollzugslockerungen zu erhalten. Eine kontinuierliche Beziehung zwischen dem Kind und dem inhaftierten Elternteil zu ermöglichen, verbessert daher nicht nur die Resozialisierung, sondern bringt auch Stabilität und Ruhe ins Gefängnis.

Online-Version:



# Inhalt

## Fokus: Kinder von Inhaftierten



Kinder sollen die Beziehung zu ihren straffällig gewordenen Vätern und Müttern aufrechterhalten können. Die Inhaftierten sollen ihrerseits unterstützt werden, auch im Gefängnis soweit als möglich ihre Rolle als Eltern wahrzunehmen, regt eine neue Empfehlung des Europarates an.

- 4 Im Gefängnis Eltern bleiben
- 6 Den Alltag der Kinder erleichtern
- 11 «Die Begleitung der Kinder humanisiert das Gefängnis»
- 12 Eine fruchtbare Zusammenarbeit
- 16 «Die Trennung von den Kindern ist der härteste Teil der Strafe»
- 19 «Ich habe stets die Mutter meiner Tochter sein können»
- 21 Plötzlich sitzt die Mutter im Gefängnis
- 24 Ein Vater-Kind-Projekt im Strafvollzug
- 25 «Die eigene Sicht der Kinder ist kaum im Blick»
- 27 Auslieferung darf nicht Mutter und Kleinkind trennen
- 29 Fünf Fragen an Sakib Halilovic
- 30 Gezielte Massnahmen gegen radikalisierte Straftäter im Justizvollzug

## Bedingte Entlassung



Foto: Peter Schulthess

Jährlich werden nur durchschnittlich 10 Prozent der zu einer stationären Massnahme gemäss Art. 59 StGB verurteilten Personen bedingt entlassen. Und noch seltener bewilligen die Behörden die bedingte Entlassung aus der Verwahrung.

- 32 Bedingte Entlassung: einheitliche und restriktive Praxis
- 35 FES: Netzwerk, Plattform und Bindeglied
- 36 Strafe, Behandlung und Prävention sollen sich die Waage halten
- 38 Kinder und Jugendliche sind heute bei der ersten Fremdplatzierung älter
- 40 Die Beziehung in der Krise aufrechterhalten
- 42 Aus dem Parlament
- 44 Nachträgliche Anordnung der therapeutischen Massnahme war nicht zulässig
- 46 Hohe Hürden für die lebenslängliche Verwahrung
- 48 Im Dienst eines sicheren und humanen Justizvollzugs
- 51 Die Überstellung verurteilter Personen an ihren Heimatstaat fördern
- 53 Kurzinformationen
- 54 Veranstaltungen
- 55 Neuerscheinungen
- 56 Carte blanche: Aus dem Teufelskreis des Misserfolgs ausbrechen

# Im Gefängnis Eltern bleiben

## Empfehlung des Europarates über die Kinder von Inhaftierten

**Kinder sollen die Beziehung zu ihren straffällig gewordenen Vätern und Müttern aufrechterhalten können. Die Inhaftierten sollen ihrerseits unterstützt werden, auch im Gefängnis soweit als möglich ihre Rolle als Eltern wahrzunehmen. Dies regt die neue Empfehlung über die Kinder von Inhaftierten an, die das Ministerkomitee des Europarates am 4. April 2018 verabschiedet hat.**

«In Europa leben schätzungsweise zwei Millionen Kinder getrennt von ihren inhaftierten Vätern oder Müttern»

«Das Recht auf eine affektive und kontinuierliche Beziehung muss geschützt werden»

In den Mitgliedstaaten des Europarates leben gemäss Schätzungen der Organisation Children of Prisoners Europe (COPE) 2,1 Millionen Kinder getrennt von ihren inhaftierten Vätern oder Müttern (in der Schweiz rund 9000). Hinzu kommt die beträchtliche Anzahl von Kindern ehemaliger Inhaftierter sowie von Erwachsenen, die sich als Kind in dieser Lage befunden haben. Diese Kinder können unter Traumata, Ängsten und anderen Problemen leiden, die sich negativ auf ihr Leben und ihr Wohlbefinden auszuwirken drohen, gibt der Europarat zu bedenken. Dennoch hätten sie bisher in der Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit und Besorgnis erregt.

Um die negativen Auswirkungen der Haft zu lindern und die Entwicklung dieser Kinder zu schützen, hat der Europarat deshalb eine Empfehlung mit 55 Punkten verabschiedet. Er ist überzeugt, dass die Kontakte des Kindes zum inhaftierten Elternteil einen positiven Einfluss auf das Kind, den inhaftierten Elternteil, das Personal und den Vollzugsalltag sowie letztlich auf die Gesellschaft insgesamt haben können. Die Respektierung der Rechte und Bedürfnisse des Kindes seien mit der Gewährleistung der Sicherheit und eines geordneten Betriebes in den Justizvollzugsanstalten vereinbar.

### Die Kinder haben kein Delikt begangen

Der Europarat liess sich bei der Erarbeitung der Empfehlung vom Grundsatz leiten, dass die Rechte und

das Wohl der Kinder Vorrang in allen sie betreffenden Fragen haben sollen. Es sei auch zu beachten, dass die Kinder von Inhaftierten kein Delikt begangen haben und nie so behandelt werden sollten, als ob sie im Konflikt mit dem Gesetz stünden. Das Recht und Bedürfnis des Kindes auf eine affektive und kontinuierliche Beziehung zum inhaftierten Elternteil müsse geschützt werden. Jegliche Stigmatisierung und Diskriminierung des Kindes seien zu vermeiden.

Die Empfehlung setzt bereits bei der Verhaftung an, die von der Polizei möglichst in Abwesenheit des Kindes oder zumindest in einer respektvollen Weise vorgenommen werden sollte. Die Gerichte sollten ihrerseits die Möglichkeit prüfen, die Untersuchungshaft oder den Strafvollzug aufzuheben und sie gegebenenfalls durch Sanktionen oder Massnahmen ausserhalb der Justizvollzugsanstalten zu ersetzen.

Im Falle einer Inhaftierung sollten die Eltern in einer Einrichtung in der Nähe des Wohnortes ihrer Kinder platziert werden. Bei der Platzierung sollte neben dem Sicherheitsaspekt auch das Wohl der Kinder berücksichtigt werden, um die Aufrechterhaltung der Kontakte, Beziehungen und Besuche zu erleichtern.

### Regelmässige und häufige Besuche

Die Kinder sollten laut Empfehlung das Recht haben, einen inhaftierten Elternteil erstmals in der Woche

nach seiner Verhaftung und in der Folge regelmässig und häufig zu besuchen. Die Besuche seien so zu organisieren, dass sie das Leben des Kindes (namentlich den Schulbesuch) nicht stören. Seien wöchentliche Besuche nicht möglich, sollten längere Besuche erleichtert werden.

Detailliert äussert sich die Empfehlung zur Ausgestaltung der Besuche: Die Justizvollzugsanstalten müssten in den Wartesälen und Besuchszimmern einen Raum für Kinder (mit Flaschenwärmern, Wickeltischen, Spielen, Büchern usw.) einrichten, damit sie sich sicher, willkommen und geachtet fühlen. Der Besuch solle in einer Umgebung stattfinden, welche die Würde des Kindes und sein Recht auf Achtung seiner Privatsphäre respektiert. Zudem müssten die Sicherheitskontrollen kindergerecht durchgeführt werden und ihre Würde und Intimität respektieren. Ferner müsse die Benutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zwischen den Besuchern erleichtert werden.

Bei besonderen Gelegenheiten (z.B. bei Geburtstagen) sollten die Besuche verlängert werden. Das Personal sollte in den Besuchsräumen weniger formell gekleidet sein, um die Atmosphäre zu normalisieren. Die Kinder sollten Zugang zur Zelle und den anderen Örtlichkeiten haben, wo ihr Elternteil seine Zeit verbringt oder Informationen darüber erhalten. Die inhaftierten Eltern sollten ermutigt werden, die Beziehung und regelmässige Kontakte zu ihren Kindern aufrechtzuerhalten, um ihre Entwicklung zu fördern. Die Kontakte zwischen den Inhaftierten und ihren Kindern sollten nur ausnahmsweise und nur für möglichst kurze Zeit eingeschränkt werden. Das Recht des Kindes auf einen direkten Kontakt muss selbst im Fall von Sanktionen oder Disziplinarmassnahmen gegen den inhaftierten Elternteil respektiert werden.

### **Ausgeglichene Entwicklung der Kleinkinder**

Ein Abschnitt der Empfehlung befasst sich eingehend mit den Kleinkindern. Um das Recht des Kindes auf bestmögliche Gesundheit zu gewährleisten, sollten inhaftierte Mütter vor- und nachgeburtliche Pflege erhalten. Schwangere Frauen sollten ausserhalb der Anstalt in einem Spital entbinden können. Die Massnahmen und Einrichtungen für die Betreuung von Kleinkindern in Gefängnissen müssen gemäss Empfehlung vorrangig deren Wohl und Sicherheit berücksichtigen, deren ausgeglichene Entwicklung fördern, den Zugang im Freien ermöglichen sowie die Entwicklung der elterlichen Kompetenz des inhaftierten Elternteils erleichtern.

Kleinkinder dürften, so die Empfehlung, einzig dann im Gefängnis beim inhaftierten Elternteil bleiben, wenn dies im Interesse ihres Wohls liegt. Die Entscheide über die Trennung eines Kleinkindes von seinem inhaftierten Elternteil müssten sich auf eine Einzelfallprüfung stützen. Im Falle einer Trennung müsse das Kleinkind möglichst oft die Gelegenheit erhalten, seinen inhaftierten Elternteil zu treffen.

### **Die Rolle als Eltern wahrnehmen**

Der Vollzugsplan muss Programme und Massnahmen vorsehen, die eine positive Beziehung zwischen dem Kind und dem inhaftierten Elternteil begünstigen. Der Vater oder die Mutter solle unterstützt werden, um auch während der Haft soweit als möglich die Elternrolle wahrnehmen zu können. Um die Beziehung zwischen Kind und Elternteil zu verstärken, sollten die Gefängnisbehörden zudem so oft als möglich Hafturlaub gewähren und verschiedene weitere Massnahmen vorsehen, wie z.B. den Strafvollzug in Form des Arbeits- und Wohnexternats oder die elektronische Überwachung. Dies solle den Übergang von der Haft zur Freiheit erleichtern und es ermöglichen, die Beziehungen zur Familie so rasch als möglich wieder zu knüpfen. Ferner müssen die Justizvollzugsanstalten, die Bewährungshilfe und andere Dienste die ehemaligen Inhaftierten auch nach ihrer Freilassung weiter betreuen und unterstützen, betont die Empfehlung.

### **Eigens ausgebildetes Personal**

Schliesslich sollten die Gefängnisverwaltungen Justizvollzugsbeamte bestimmen, die eigens ausgebildet und für die Unterstützung der Kinder und ihrer inhaftierten Eltern zuständig sind. Sie sollten namentlich die Besuche in einem kindergerechten Rahmen erleichtern und die Verbindung mit den zuständigen Institutionen und Organisationen gewährleisten. Den zuständigen Behörden empfiehlt der Europarat einen multidisziplinären Ansatz, um die Rechte der Kinder und ihrer inhaftierten Eltern zu schützen. Sie sollten namentlich mit der Bewährungshilfe, den Gemeinden, den Schulen, den Gesundheitsdiensten, den Kinderschutzdiensten, der Polizei und mit Mediatoren zusammenarbeiten. (gal)

Link: Die Empfehlung über die Kinder von Inhaftierten und der erläuternde Bericht sind auf der Website des Europarates ([www.coe.int](http://www.coe.int)) auf Französisch (Enfants de détenus) oder Englisch (Children with imprisoned parents) abrufbar.

«Inhaftierte Mütter sollen vor- und nachgeburtliche Pflege erhalten»

«Die Inhaftierten sollen auch nach ihrer Freilassung weiter betreut und unterstützt werden»

# Den Alltag der Kinder erleichtern

## Die Stiftung REPR – Relais Enfants Parents Romands ist seit 1995 tätig

**Die Stiftung REPR – Relais Enfants Parents Romands setzt sich dafür ein, dass die Justizvollzugsanstalten in der Schweiz die Rechte der Kinder ihrer Insassen beachten. Dieses herausfordernde Engagement erfolgt im Einklang mit der neuen Empfehlung des Europarates betreffend die Kinder von Inhaftierten.**

Viviane Schekter

«Die Inhaftierung eines Familienmitglieds stellt häufig eine gesamte Familie ins Abseits»

Lisa ist neun Jahre alt. Sie zeichnet Mangas, spielt mit der Wii und springt für ihr Leben gern in Wassertüpfeln. Sie ist ein ganz normales Mädchen in einer ganz und gar nicht normalen Situation: Denn ihr Vater ist seit einigen Monaten in einem Waadt-länder Gefängnis inhaftiert. Fragt man Lisa, was an ihrem Alltag besser sein könnte, antwortet sie: «Ich möchte Papa anrufen können, auch wenn ich ihm nur eine Kleinigkeit zu erzählen habe. Und manchmal würde ich gerne mit ihm draussen spielen ... und vor allem wäre es schön, einmal sein Zimmer zu sehen. Seitdem wir an den *Ateliers Créatifs* teilnehmen, ist es besser. Dort hat es andere Kinder und ich habe eine Freundin gefunden. Und Papa zeigt mir Zaubertricks.»

### Die Ziele der Stiftung REPR

Das Gefängnis stellt einen Bruch im Leben der Inhaftierten dar. Doch es ist für unsere Gesellschaft wichtig, dass einige Verbindungen erhalten bleiben. REPR - Relais Enfants Parents Romands ist eine im Genfer Handelsregister eingetragene Stiftung mit Sitz in Lausanne und verfolgt mit ihrer präventiven und sozialen Tätigkeit folgende Ziele:

- Sie unterstützt Familien und Angehörige von Personen, die in der Schweiz inhaftiert sind.
- Sie betreut Kinder von Inhaftierten, damit sie ihre Beziehungen zu den Eltern im Gefängnis aufrechterhalten können.
- Sie sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Auswirkungen des Freiheitsentzugs auf die Familie.

Die Tätigkeit von REPR steht namentlich im Einklang mit der neuen Empfehlung des Europarates betreffend die Kinder von Inhaftierten. Die Stiftung hat zehn fest angestellte Fachleute: Sozialpädagoginnen

und Sozialpädagogen, Psychologinnen und Psychologen, eine Juristin, einen Zivildienstleistenden, eine Verwaltungschefin und eine Direktorin. Ausserdem wird REPR unterstützt von rund 60 Ehrenamtlichen, die in fünf kantonalen Anlaufstellen tätig sind.

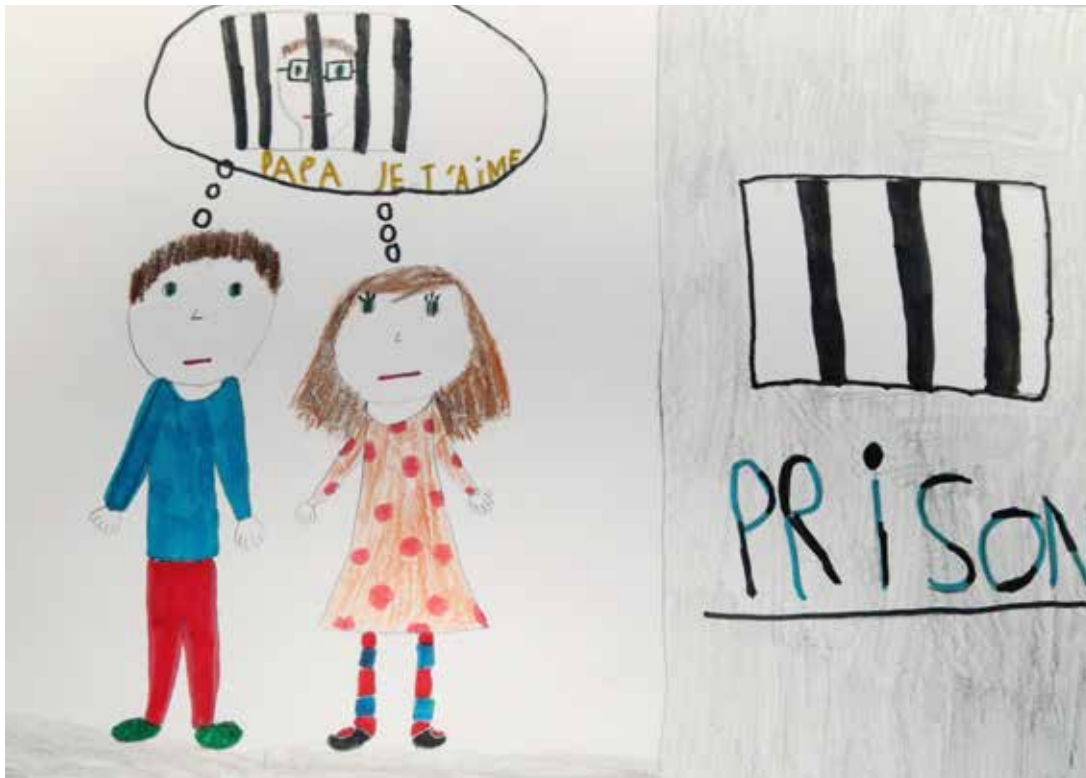
Die Stiftung REPR (früher *Carrefour Prison*) ist seit 1995 in Genf aktiv und hat ihr Tätigkeitsgebiet inzwischen auf die ganze Westschweiz ausdehnen können – namentlich dank der finanziellen Unterstützung der Stiftung Drosos. Auch die Kantone Genf, Waadt und Freiburg sowie mehrere Gemeinden unterstützen die Stiftung finanziell. Die restlichen Mittel stammen aus Spenden von Privaten, Stiftungen, Unternehmen und Lotterien. REPR verfügt im Bereich des Justizvollzugs über ein gutes nationales und internationales Netzwerk und ist aktives Mitglied des europäischen Netzwerks *Children of Prisoners Europe (COPE)*.

### Zum Wohle der Familien ...

Die Inhaftierung eines Familienmitglieds verändert den gesamten Familienalltag und stellt häufig eine gesamte Familie ins Abseits. Sie hat hauptsächlich psychologische, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen. Der Gefängnisaufenthalt des Ehemanns oder der Ehefrau, eines Geschwisterteils oder anderer Angehöriger ist meistens ein lang nachwirkender Schock für die Familien. Eine Frau erzählt: «Ich hörte nicht auf, mir zu sagen: Das ist nicht wahr, das ist nicht mein Leben! Dieses Gefühl, etwas Unwirkliches zu erleben, hielt lange, sehr lange an (...). Um durchzuhalten, versucht man, die nächsten fünf Minuten zu überstehen, und dann die nächsten fünf. So vergehen die Tage. Weiter vorausszuschauen ist unmöglich. Es geht einfach nicht.»



Viviane Schekter ist die Direktorin der Stiftung REPR - Relais Enfants Parents Romands.



Die Reaktionen der Kinder auf die Inhaftierung sind sehr unterschiedlich und können sich in Traurigkeit, Wut, Unruhe und dem Gefühl der Hilflosigkeit äussern. Zeichnung: REPR

Die Familien von Inhaftierten fühlen sich häufig niedergeschlagen und isoliert. Alles wird erstickt von Schmerz, Traurigkeit und Wut. Ihnen freundlich zu begegnen und Gehör zu schenken, gibt ihnen Halt und hilft, das Erlebte zu verstehen. Diese Familien bei den Besuchen im Gefängnis vor Ort zu unterstützen, bedeutet, ihnen die rechtlichen Abläufe und die Mechanismen des Justizvollzugs zu erklären, heisst manchmal aber auch, sie dank individueller Betreuung wiederaufzurichten und aus ihrem Schockzustand und Schmerz zu holen.

#### ... und der «Schattenkinder»

Die Inhaftierung eines Elternteils wirkt sich in den allermeisten Fällen negativ auf das Leben der betroffenen Kinder aus. Diese Auswirkungen werden in den Strafverfahren aber nur selten berücksichtigt, da unser Justizsystem auf dem Grundsatz der Eigenverantwortung gründet. Die Kind-Eltern-Beziehungen werden häufig beeinträchtigt. Im besten Fall wird ein ein- oder zweistündiges Treffen pro Woche in einem Besuchszimmer der Justizvollzugsanstalt genehmigt.

Die haftbedingte Abwesenheit eines Elternteils hat allerdings häufig einen Bruch der Kind-Eltern-Beziehung zur Folge. Die Reaktionen der Kinder auf die Inhaftierung sind sehr unterschiedlich und können sich in Traurigkeit, Wut, Unruhe und dem Gefühl der Hilflosigkeit äussern. Oliver Robertson vom Quaker United Nations Office (QUNO) hält fest: «Die

Inhaftierung eines Elternteils kann erhebliche und nachhaltige Auswirkungen auf die Kinder haben. Die Kinder von Inhaftierten werden häufig wegen ihres Elternteils diskriminiert und stigmatisiert. Sie sind traumatisiert, empfinden Angst, Scham und Schuld, fühlen sich wertlos.»

#### Drei Programme von REPR

REPR unterstützt die Familien und Kinder inhaftierter Personen mit den Programmen Info Familles und Focus Enfants sowie mit einer Sensibilisierungs- und Informationskampagne.

- 1) Das Programm *Info Familles* bietet betroffenen Familien in der Westschweiz
    - Informationen und moralische Unterstützung per Telefon (0800 233 233), per E-Mail (info@repr.ch), in den sozialen Netzwerken und in den REPR-Anlaufstellen;
    - Rechtsberatung sowie
    - Informationen, Unterstützung, Betreuung und Fahrdienste vor den Westschweizer Gefängnissen.
- Im Mittelpunkt dieses Programms steht der Einsatz von REPR vor den Gefängnissen, wo Ehrenamtliche unter Aufsicht von Fachleuten den Familien und Angehörigen der Inhaftierten eine vertrauliche und neutrale Anlaufstelle bieten. Derzeit gibt es acht mobile Anlaufstellen (Wohnwagen, Bürocontainer, Bauwagen usw.) für zwölf Justizvollzugsanstalten.

«Ihnen freundlich zu begegnen und Gehör zu schenken, gibt ihnen Halt»

«Derzeit gibt es acht mobile Anlaufstellen für zwölf Justizvollzugsanstalten»

## «Die haftbedingte Abwesenheit eines Elternteils hat häufig einen Bruch der Kind-Eltern-Beziehung zur Folge»

2) Das Programm *Focus Enfants* unterstützt und berät alle Kinder, die von einem Elternteil oder beiden Eltern getrennt sind, sowie alle Elternteile oder Fachleute, die solche Kinder betreuen. Die *Ateliers Créatifs* begleiten die Kinder bei ihrem Gefängnisbesuch.

Typische Aufgaben für das Focus Enfants-Betreuerteam sind zum Beispiel: einen Elternteil zu beraten, wie er seinem Kind das Gefängnis erklären soll; mit einer Mutter eine Strategie zu erarbeiten, wie sie am besten ein kleines Kind begleitet; praktische Fragen einer Erzieherin oder Lehrerin zu beantworten; einen Heranwachsenden zu unterstützen, der sich fragt, ob er wie sein inhaftierter Vater werden wird usw.

3) Im Rahmen der Sensibilisierungs- und Informationskampagne organisiert REPR Diskussionen und Informationsveranstaltungen und bietet Schulungen für Fachleuten aus den Bereichen Soziales, Bildung, Kinderschutz und Justizvollzug an.

### Einige Zahlen

Die Stiftung REPR hat 2017 rund 200 Kinder unterstützt, mehr als 500 Fachberatungen für Familien und Kinder angeboten, an mehr als 40 Nachmittagen *Ateliers Créatifs* in Gefängnissen organisiert und insbesondere dank der Unterstützung der Ehrenamtlichen mehr als 5900 Gespräche mit Personen geführt, die ihre in Westschweizer Gefängnissen inhaftierten Angehörigen besuchten.

Seit 2012 liegt der Schwerpunkt der Stiftung auf dem Aufbau der Anlaufstellen in fünf Westschweizer Kantonen. Ausserdem gibt es zwei Busse für den Transport von Personen, die Angehörige im Gefängnis besuchen möchten. In den vergangenen sechs Jahren wurden vor den Justizvollzugsanstalten ins-

gesamt mehr als 22'100 Gespräche mit Angehörigen geführt. Zahlreiche Familien wurden beraten und unterstützt, um den Kontakt zu den inhaftierten Personen zu erleichtern.

Mehr als 60 Ehrenamtliche schenken jedes Jahr Zeit, um Familien, die ein inhaftiertes Familienmitglied in einem Westschweizer Gefängnis besuchen, zu betreuen, anzuhören und zu informieren. Hinzu kommt die Unterstützung von Fachleuten, die Hunderte von Telefonaten und E-Mails beantworten sowie Treffen organisieren.

Der Wandel der Gefängnisbesuche in Form von *Ateliers Créatifs* ist eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre. Bei diesen Besuchen begleiten die Fachleute von REPR eine Gruppe von Kindern, wenn sie ihre inhaftierten Väter oder Mütter besuchen. Was 2012 mit zehn *Ateliers Créatifs* in Genf begann, ist inzwischen auf mehr als 80 *Ateliers* pro Jahr in vier Kantonen angewachsen.

Innert sechs Jahren konnte REPR auf diese Weise 1064 Gefängnisbesuche von Kindern begleiten (manche Kinder auch mehrmals).

Bis zu 250 verschiedene Kinder werden pro Jahr von REPR betreut. Kinder, die leicht vergessen werden, obwohl sie doch so sichtbar in unseren Städten sind. In sechs Jahren enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Drosos konnte REPR seine Programme konkretisieren, die Kompetenzen der Mitarbeitenden erhöhen, sich Anerkennung bei den öffentlichen und privaten Entscheidungsträgern verschaffen und die Öffentlichkeit verstärkt für die Auswirkungen der Haft auf Familien und Kinder sensibilisieren.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Justizvollzugs ist unerlässlich. Nur diese interdisziplinäre Arbeit kann den betroffenen Kindern und Familien helfen.

### Welche Bedürfnisse erfüllt REPR?

– Die betroffenen Familien benötigen vor und nach den Besuchen im Gefängnis Unterstützung, und zwar unabhängig von der jeweiligen Haftform.

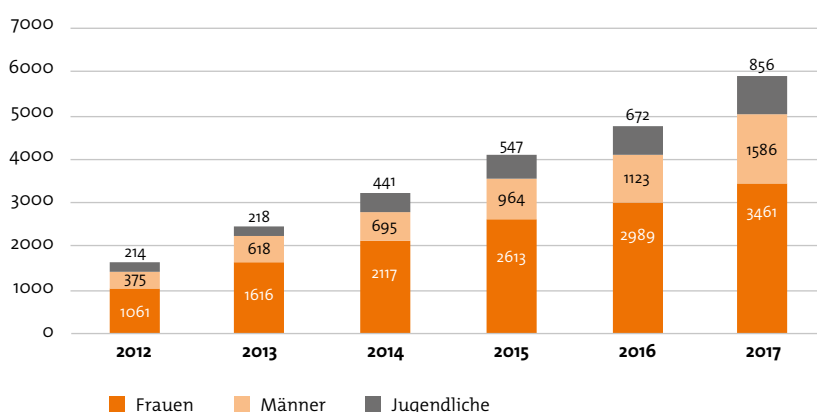
Die letzten Jahre haben klar gezeigt, dass die betroffenen Familien Beratung, Gehör und Information benötigen und die Anlaufstellen von REPR diesem Bedürfnis entsprechen. Die kontinuierliche Zunahme der Kontakte und Gespräche in den Anlaufstellen belegt dies.

– Die betroffenen Familien benötigen Beratung, Gehör und Information per Telefon und per E-Mail.

Die betroffenen Familien und Angehörigen benötigen auch ausserhalb der Gefängnisbesuche Beratung und Unterstützung. Die Zahl der Anrufe auf die allgemeine Nummer von REPR (0800 233 233) nimmt ohne Werbung stetig zu. Zudem erhält REPR zahlreiche E-Mails an die Adresse [info@repr.ch](mailto:info@repr.ch).

### Entwicklung der Anlaufstellen für Familien 2012–2017

Total = 22'166



**In acht mobilen Anlaufstellen wie hier beim Gefängnis La Croisée VD berät und unterstützt REPR die Angehörigen vor und nach dem Besuch im Gefängnis.**

Foto: Peter Schulthess (2018)



Die Einrichtung des Besucherzimmers stellt nach Ansicht von REPR einen ersten Schritt im Sinn der neuen Empfehlung des Europarates dar. Foto: Peter Schulthess (2018)



- *Die betroffenen Familien benötigen Rechts- und Sozialberatung.*

Die betroffenen Familien benötigen regelmässig Rechts- und Sozialberatung, zum Beispiel um den Justizvollzug und dessen Fachsprache zu verstehen, aber auch um zu wissen, welche Schritte unternommen werden müssen und wer wofür zuständig ist. Viele Telefonate oder Gespräche in den REPR-Büros drehen sich um diese Fragen.

- *Die betroffenen Kinder benötigen Unterstützung bei den Besuchen im Gefängnis und müssen ihre Erlebnisse mit anderen Kindern teilen können.*

Die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen wirkt sich positiv auf deren Alltag aus: Die Gruppenbesuche erlauben ihnen, sich über das gemeinsam Erlebte auszutauschen und Wege zu entdecken, wie man damit umgehen kann.

Was erzählst du deinen Klassenkameraden? Sprichst du mit deiner Lehrerin darüber? Wie machst du es, wenn du eine Elternunterschrift brauchst? Und die Nachbarn?

Mit den REPR-Mitarbeitenden über diese Dinge sprechen zu können, hilft den Kindern, mit der Situation zurechtzukommen, ihren Alltag zu organisieren und mit den schwierigen Fragen nach Schuld und Verantwortung umzugehen.

Wir entscheiden gemeinsam, welche Aspekte bei der Vorbereitung der Gefängnisbesuche berücksichtigt werden.

Auch die Unterstützung der Kinder untereinander ist sehr wichtig. Der Gruppeneffekt hilft wesentlich mit, die Angst und das Gefühl der Stigmatisierung zu überwinden.

- *Die betroffenen Kinder brauchen Rat und suchen Gehör hinsichtlich der Trennung von ihrem inhaftierten Elternteil.*

Die betroffenen Kinder benötigen auch in ihrem Alltag Unterstützung, um die Fragen ihrer Freunde zu beantworten, um mit Loyalitätskonflikten zwischen den Eltern umzugehen und um alle Fragen zu ihrer Gegenwart und zu ihrer Zukunft zu stellen.

- *Die Eltern - ob im Gefängnis oder zu Hause - brauchen Rat und Unterstützung.*

Die Eltern im Gefängnis haben häufig grosse Schwierigkeiten. An besonderen Gruppentreffen werden sie in ihrer Elternrolle unterstützt. Auch die Erwachsenen, die sich im Alltag um die betroffenen Kinder kümmern, haben viele Fragen zu ihrer Rolle und ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern. 2018 wird in Genf ein neues Projekt für Eltern gestartet.

- *Die Fachleute brauchen Informationen und Weiterbildungsangebote über die Auswirkungen des Freiheitsentzugs auf die Kinder und Familien.*

Die Fachleute beachten immer mehr die besonderen Erfahrungen der Familien inhaftierter Personen, doch es bedarf weiterer Sensibilisierung. Die Weiterbildungsangebote werden immer besser genutzt; nun geht es darum, diese Kenntnisse weiterzuverbreiten, namentlich unter den Richterinnen und Richtern, den Fachleuten im Sozial- und Bildungsbereich, dem Vollzugspersonal sowie den Verantwortlichen der Justizvollzugsanstalten. REPR erhält immer mehr Anfragen der verschiedenen Berufszweige.

«Eine enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden aus Justiz und Strafvollzug ist unerlässlich»

# «Die Begleitung der Kinder humanisiert das Gefängnis»

## Evaluation des Projekts *Les enfants de l'ombre*

**REPR - Relais Enfants Parents Romands ist dank ihren engagierten, motivierten und einfühlsamen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Stiftung mit sehr guten Programmen. In den Justizvollzugsanstalten gilt REPR als professioneller, zuverlässiger und anerkannter Akteur. Dies ist das Ergebnis der Evaluation durch ein Team der Prison Research Group der Universität Bern.**

Das institutionelle und politische Umfeld, das gegenwärtig der Sicherheit den Vorrang vor der Reintegration einräumt, trägt allerdings nach Ansicht des Evaluationsteams dazu bei, «die optimale Umsetzung der von REPR angebotenen Dienstleistungen zu bremsen». Diese Tendenz spiegle sich namentlich in den finanziellen Mitteln wider, welche die Kantone der Stiftung zur Verfügung stellen.

Die Stiftung REPR (früher: *Carrefour Prison*) ist seit 1995 im Kanton Genf tätig. Mit dem Projekt *Les enfants de l'ombre* (Die Schattenkinder) dehnte sie von 2012 bis 2017 ihre Angebote zur Unterstützung der Familien und Angehörigen von Inhaftierten auf die ganze Westschweiz aus. Dieser schrittweise Ausbau erfolgte wie geplant, bilanziert das Evaluationsteam in seinem Schlussbericht.

### Bedarfsgerecht, passend und qualitativ hochstehend

Indem REPR in den Anlaufstellen vor den Gefängnissen Ratschläge, praktische Hilfe und emotionale Unterstützung anbiete, entspreche die Stiftung den Bedürfnissen und Anliegen der Familien, Angehörigen und inhaftierten Eltern. Die zunehmende Nachfrage nach dem Begleitprogramm für Kinder sowie die positiven Rückmeldungen der inhaftierten Eltern und ihrer Angehörigen zeigten, dass ein wirkliches Bedürfnis bestehe. Die Professionalität der Fachleute und der Freiwilligen ermögliche, so der Schlussbericht, eine bedarfsgerechte, passende und qualitativ hochstehende Betreuung für alle. Das Kindeswohl stehe im Mittelpunkt der Begleitung.

### Ein Beitrag zur sozialen Wiedereingliederung

Das Evaluationsteam hat auch beurteilt, wie die Verantwortlichen des Justizvollzugs die Tätigkeit von REPR einschätzen. Die Freiwilligen, welche die

Familien und Angehörigen der Inhaftierten bei ihren Anlaufstellen vor den Gefängnissen empfangen, «tragen zu einem ruhigen Verlauf der Besuche bei und entlasten das Justizvollzugspersonal». Weiter hält der Schlussbericht fest, dass REPR mit der Begleitung der Kinder im Rahmen der *Ateliers Créatifs* die Bedürfnisse der Inhaftierten und ihrer Kinder sowie des gesamten Systems befriedige. «Die Begleitungen der Kinder humanisieren das Gefängnis und beruhigen das Leben im Innern der Vollzugsanstalten.» Schliesslich trage REPR zur sozialen Wiedereingliederung der Inhaftierten bei und schliesse klar eine Lücke im Justizvollzug. (gal)

Die Professionalität der Fachleute und der Freiwilligen ermöglicht gemäss Evaluationsbericht eine bedarfsgerechte, passende und qualitativ hochstehende Betreuung der Angehörigen und Inhaftierten. Bild: Viviane Schekter, Direktorin von REPR (rechts), und Loraine Kehrer, Verantwortliche des Programms Info Familles, im Innern eines Wohnwagens. Foto: Peter Schulthess (2018)



# Eine fruchtbare Zusammenarbeit

## Unterstützung und Beratung von Eltern im Gefängnis Champ-Dollon

**Das Gefängnis Champ-Dollon hat mit verschiedenen Projekten zur Unterstützung und Beratung von Eltern in Haft eine Vorreiterrolle gespielt. Es hat namentlich die ersten Ateliers Créatifs für Kinder von Inhaftierten von der Stiftung REPR – Relais Enfants Parents Romands zugelassen. Durch die konsequente Beachtung der Sicherheitsanforderungen hat die Stiftung im Verlauf der Jahre ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Gefängnisleitung aufbauen können.**

Nathalie Buthey

Die Inhaftierung eines Elternteils kann manchmal dazu führen, dass die Beziehung zur Familie in die Brüche geht. Die Beziehung einer inhaftierten Person zu ihrer Familie hängt namentlich von der Einrichtung ab, in die sie eingewiesen ist. Ursprünglich war das Gefängnis Champ-Dollon für Personen in Untersuchungshaft gedacht und konzipiert. Heute sind hier rund 700 Menschen untergebracht – bei einer Kapazität von 400 Haftplätzen. Rund 60 Prozent der Inhaftierten befinden sich in Untersuchungshaft, 40 Prozent im Strafvollzug. Etwa 20 Personen befinden sich auch im Massnahmenvollzug. Fast 70 Prozent der Inhaftierten in Champ-Dollon haben keinen Aufenthaltsstatus. Das Gefängnis verfügt zudem über 35 Plätze für Frauen. Es werden also

mehrere Haftregimes mit ihren Eigenheiten unter einem Dach betrieben. Diese Vielfalt wirkt sich auch auf die Leistungen aus, welche die Anstalt erbringen kann.

Trotzdem hat das Gefängnis Champ-Dollon mit verschiedenen Projekten zur Unterstützung und Beratung der Eltern in Haft eine Vorreiterrolle gespielt. Es hat namentlich in seinen Räumlichkeiten die Stiftung REPR – Relais Enfants Parents Romands die ersten Ateliers Créatifs für die Kinder von Inhaftierten durchführen lassen. Der Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon, Fabrizio Bervini, und der stellvertretende Leiter des Vollzugspersonals, Lionel Gueniat, haben #prison-info ihre Erfahrungen bei der Unterstützung und Beratung der Eltern in Haft mitgeteilt.

Sie heben das besondere Vertrauensverhältnis hervor, das zur Stiftung REPR besteht: Fabrizio Bervini, Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon (links) und Lionel Gueniat, stellvertretender Leiter des Vollzugspersonals.  
Foto: © Champ-Dollon



### Ablauf eines Besuchs

Ein Kind kann einen in Champ-Dollon inhaftierten Elternteil auf verschiedene Art besuchen. Es kann allein kommen, ohne Vorbereitung oder mit Unterstützung eines Dienstes. Für jeden Besuch ist eine ordentliche Bewilligung erforderlich, bei Minderjährigen auch eine Bewilligung der Eltern. Das Vollzugspersonal unterscheidet nicht zwischen Kindern und Erwachsenen, für Kinder gelten die gleichen Sicherheitsbestimmungen. Auch bei den Gegenständen, die in der Anstalt zugelassen werden, wird keine Ausnahme gemacht, ausser bei einem Schoppen mit Milch oder Wasser und bei Windeln. Das erscheint vielleicht streng, die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass einige Eltern ihre Kinder ohne



Das Gefängnis Champ-Dollon hat mit verschiedenen Projekten zur Unterstützung und Beratung von Eltern in Haft eine Vorreiterrolle gespielt. Foto: Peter Schulthess (2006)

grosse Skrupel benutzen, um verbotene Gegenstände in das Gefängnis zu schmuggeln.

Champ-Dollon kann sich jedoch auf die Kompetenzen verschiedener Stellen stützen, welche die Eltern und die Kinder auf die Modalitäten des Besuchs vorbereiten, beispielsweise den Gesundheitsdienst (somatische Medizin, Psychiatrie und psychologische Betreuung), den sozialpädagogischen Dienst, die Gefängnisseelsorge oder REPR. Diese Dienste sind nicht der Gefängnisdirektion unterstellt und handeln selbstständig. Die psychologische Vorbereitung auf den Eintritt in die Anstalt wird von diesen verschiedenen Partnern sichergestellt. Champ-Dollon arbeitet sehr eng mit ihnen zusammen, entscheidet aber unter Berücksichtigung der sicherheitsbezogenen Einschränkungen über die Koordination der Abläufe.

#### Ein REPR-Chalet für die Familien

Die meisten Kinderbesuche werden über das REPR-Chalet am Ende der Zufahrtsstrasse zu Champ-Dollon abgewickelt. Das Chalet öffnet eine Stunde vor der Besuchszeit und schliesst eine Stunde danach. Ehrenamtlich tätige Fachleute von REPR sind für die Betreuung der Familien da, um den Besuch vorzubereiten und anschliessend zu besprechen. Durch die konsequente Beachtung der Sicherheitsanforderungen hat REPR im Verlauf der Jahre ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Gefängnisdirektion aufbauen können. Die Direktion schätzt ihrerseits besonders die Kommunikation und die Dienstleistungen der Stiftung und erfüllt in der Regel deren Wünsche.

Das Vollzugspersonal trägt in seiner täglichen Arbeit ebenfalls zur Unterstützung der inhaftierten Eltern bei, die sich vor oder nach der Besuchszeit eventuell nicht wohl fühlen. Jede heikle Situation wird dem medizinischen Personal sofort gemeldet. Jeden Freitagmorgen findet zudem eine Sitzung statt, an welcher der medizinische Dienst, der sozialpädagogische Dienst und der Dienst für Straf- und Massnahmenvollzug die gemeldeten Fälle gemeinsam besprechen können.

#### Ein Leben im Takt der Untersuchungshaft

Gemäss den Vorgaben des Gefängnisses Champ-Dollon dürfen die Inhaftierten jeweils einmal pro Woche Besuch von zwei Personen empfangen. Kinder unter einem Jahr werden dabei nicht eingerechnet. Die Besuche finden zweimal am Tag statt, und zwar von 14–15 Uhr und von 15.30–16.30 Uhr. In Champ-Dollon gibt hauptsächlich die Untersuchungshaft den Takt vor. Aus organisatorischen Gründen ist es deshalb nicht möglich, den Rahmen für die Besuche flexibler zu gestalten. Leider können diese Besuchszeiten nicht den Rhythmus der Kinder berücksichtigen und es ist schwierig, sie mit dem Stundenplan und den ausserschulischen Tätigkeiten zu vereinbaren. Um zu den normalen Zeiten einen Besuch abzustatten, muss sich das Kind vom Schulbesuch dispensieren lassen, Ausnahmen werden keine gemacht.

#### Ordentliche Besuche: strenge Regeln, aber entspannte Atmosphäre

Während der Besuche werden die Erwachsenen und die Kinder gemeinsam in einem Besucherraum ohne

«REPR hat im Verlauf der Jahre ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Gefängnisdirektion aufbauen können»



Trennscheibe empfangen. Das Kind kann von einem Familienangehörigen oder einer anderen Person begleitet werden. Grundsätzlich müssen die Personen an ihrem Platz bleiben, wobei die Besucher gegenüber den Inhaftierten sitzen. Es wird jedoch toleriert, dass sich das Kind auf den Schooss seines Vaters oder seiner Mutter setzt, und es steht auch Spielzeug zur Verfügung. Während der ordentlichen Besuche muss das Vollzugspersonal jedoch streng sein, damit die Ordnung eingehalten und Störungen vermieden werden. Es versucht aber, auf die Anwesenheit der Kinder angemessen zu reagieren, damit der Besuch reibungslos und in einer entspannten Atmosphäre ablaufen kann. Das Abschiednehmen ist im Gefängnis oft ein schwieriger Moment. Um den Besuch nicht abrupt abzubreaken, signalisiert das Vollzugspersonal fünf Minuten vorher, dass die Zeit bald abgelaufen ist.

#### **Besuche für Familien: bis zu zwölf Kinder**

Die Besuche am Mittwoch um 14 Uhr sind für Familien reserviert und finden im gleichen Raum statt. Sobald die Kinder kommen, herrscht eine besondere Atmosphäre und die Räume füllen sich mit Leben. Es können mehrere Familien gleichzeitig da sein, was zum Wohlbefinden der Kinder und Eltern beiträgt. Diese Besuche werden nicht von der erlaubten Anzahl Besuche abgezogen. In dieser Zeit können bis zu zwölf Kinder anwesend sein. Wenn mehr als zwölf Kinder angemeldet sind, wird am Mittwochmorgen um 9 Uhr eine weitere Besuchszeit angeboten. Bisher scheint das Angebot aber der Nachfrage zu entsprechen. Die zwölf verfügbaren Plätze genügen in der Regel und die Besuchszeit vom Mittwochmorgen wird selten in Anspruch genommen.

Die meisten Besucher kommen regelmässig jede Woche oder jeden Monat vorbei. Daneben gibt es viele Inhaftierte, deren Familie nicht in der Region wohnt, die eine kurze Strafe verbüssen oder sich nur kurz in Untersuchungshaft befinden. Es kann aber auch vorkommen, dass die inhaftierte Person ihr Kind nicht sehen oder keinen Kontakt mit seiner Begleitperson haben will. In diesem Fall wird mit den Betroffenen das Gespräch gesucht. Im Alltag ist festzustellen, dass zahlreiche Inhaftierte psychische Probleme haben. Manchmal werden Familienbesuche auch von Psychologen im Rahmen einer Therapie beantragt.

#### **Ateliers Créatifs: ein besonderer gemeinsamer Moment**

Jeden ersten Mittwoch des Monats organisiert REPR im Besucherraum *Ateliers Créatifs*. Dafür meldet man sich nicht direkt bei der Anstalt an wie für die normalen Besuche, sondern bei REPR, die der Anstalt die Teilnehmerliste und die erforderlichen

Bewilligungen liefert. Aus Sicherheitsgründen gibt REPR eine Woche im Voraus bekannt, welche Aktivitäten mit den Kindern vorgesehen sind (Basteln, Zvieri, Zeichnen usw.). Am Tag selbst werden dann die Tische verschoben, die Teilnehmer setzen sich manchmal im Schneidersitz hin und führen die Aktivität gemeinsam durch. Das ist ein besonderer gemeinsamer Moment für Eltern und Kinder, bei dem die Kinder im Zentrum stehen. Die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von REPR machen Polaroidfotos, die sie den inhaftierten Eltern oder den Kindern geben, damit sie diese Momente festhalten können.

Weihnachten, Ostern und das Sommerfest sind im Leben der Familien der Inhaftierten wichtige Momente. Am Mittwoch vor Weihnachten wird im Besucherraum ein Weihnachtsbaum aufgestellt und die Kinder bekommen Kuchen. Zu Ostern erhalten sie von ihrem inhaftierten Elternteil einen Schokoladenhasen.

#### **Bald schon Besuche über Skype?**

In Champ-Dollon sind viele Ausländer untergebracht, für die es manchmal schwierig und teuer ist, den Kontakt mit ihrer Familie aufrecht zu erhalten. Zurzeit stellt das Amt für Freiheitsentzug des Kantons Genf Überlegungen zu einem Projekt an, um Besuche über Skype zu ermöglichen. Ein solches Kommunikationsmittel könnte in einer Anstalt, die ausschliesslich Strafen vollzieht, einfacher eingesetzt werden, und das Gefängnis La Brenaz ist daran interessiert. Champ-Dollon könnte sich auf dieses Projekt stützen, müsste es jedoch an seine Vorgaben anpassen.

#### **Ein innovatives Projekt**

Champ-Dollon beteiligt sich zudem an einem innovativen Projekt von REPR, das auf dem schwedischen Konzept «Let's talk about your children» basiert. Mit dem dreijährigen Projekt sollen Eltern in Haft unterstützt und beraten werden. Champ-Dollon möchte es in der Frauenabteilung umsetzen. Vorgehen sind schriftliche Information aller Inhaftierten durch Flyer, Plakate und Videos, halbstrukturierte persönliche Interviews, Arbeit in kleinen Gruppen und Erhebung statistischer Daten über die Eltern in Haft und ihre Kinder. Während der sechsmonatigen Vorlaufzeit werden die Beteiligten von einer schwedischen NGO ausgebildet. Für das Projekt müssen REPR, der Dienst für Bewährungshilfe und Wiedereingliederung sowie das Vollzugspersonal eng zusammenarbeiten. Es steht bereits fest, dass das Projekt im Kanton Genf im Rahmen des Resozialisierungskonzepts gestartet werden kann.

«Es wird toleriert, dass sich das Kind auf den Schooss seines Vaters oder seiner Mutter setzt»

«Das Abschiednehmen ist im Gefängnis oft ein schwieriger Moment»

# «Die Trennung von den Kindern ist der härteste Teil der Strafe»

## Was in der JVA Hindelbank für inhaftierte Mütter und ihre Kinder getan wird

**Straffällig gewordene Frauen sollen in der Haft die Beziehung zu ihren Kindern aufrechterhalten und sich um sie kümmern können. Die Justizvollzugsanstalt Hindelbank unterstützt sie dabei auf vielfältige Weise – ob sie zusammen mit ihrem Kind in der Wohngruppe Mutter und Kind leben oder sich getrennt von ihren Kindern im Normalvollzug befinden. Ein Augenschein vor Ort vermittelt den Eindruck, dass hier der Standard der Empfehlung des Europarates über die Kinder von Inhaftierten bereits weitgehend erreicht ist.**

Folco Galli

In Hindelbank BE befindet sich die einzige Justizvollzugsanstalt für Frauen in der deutschsprachigen Schweiz. Mit ihren 107 Haftplätzen dient sie dem Vollzug von Strafen und Massnahmen im offenen und geschlossenen Vollzug. Rund zwei Drittel der Insassinnen sind Mütter. In der Wohngruppe Mutter und Kind leben bis zu sechs Frauen mit ihren Kleinkindern im Alter bis zu drei Jahren. Es sind Frauen, die schwanger in den Vollzug eingetreten sind, oder Schweizerinnen, die eine kürzere Freiheitsstrafe verbüssen.

«Anders als im Normalvollzug bleiben in dieser Wohngruppe die Zellen während der Nacht geöffnet, damit die Mutter zum Beispiel jederzeit in der Wohnküche einen Schoppen zubereiten kann», erläutert Annette Keller, die Direktorin der Justizvollzugsanstalt. Tagsüber befinden sich die Kinder in der Kita von Hindelbank; ihre Mütter arbeiten wie alle anderen Insassinnen bis 16 Uhr in einem der anstaltsinternen Werke. Die Arbeit hat in Hindelbank einen hohen Stellenwert: Sie soll die Frauen befähigen, nach ihrer Entlassung ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen oder zumindest eine stabile Tagesstruktur einzuhalten.

### Ein guter Ort

«Die Wohngruppe Mutter und Kind ist ein guter Ort für den ersten Teil des Lebens dieser Kinder», ist Annette Keller überzeugt. Es werde ihnen viel geboten und es gehe ihnen hier wohl besser als zum

Beispiel alleine mit einer überforderten Mutter in einer Wohnung. In der Kita seien sie gut integriert und würden nicht stigmatisiert. In der Anstalt könnten sie sich auch oft aufs Areal begeben und hätten freien Zugang zum Tiergehege. «Zugleich tun Kinder auch unserem Betrieb gut und sorgen dafür, dass er menschlich bleibt.»

Hindelbank ist allerdings keine heile Welt ohne Konflikte. Bei einem Anteil von rund 50% ausländischen Insassinnen stellen unterschiedliche Vorstellungen von Erziehung zuweilen eine besondere Herausforderung dar. So könne es zum Beispiel vorkommen, dass «die Mutter zuerst wenig Verantwortung übernimmt, weil in ihrem Kulturkreis das Dorf zum Kind schaut», führt Annette Keller aus. Dies werde ebenso wenig geduldet wie wenn die Mutter ihr Kind schlage oder die Förderung ihres Kindes – etwa durch aktives Spielen – vernachlässige. In Einzelfällen musste ein Kind zu seinem Wohl auch schon von der Mutter getrennt werden. Als äusserst harte Situation empfindet es Annette Keller, wenn das Kind von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) fremdplatziert werden muss und dann später nach Verbüßung der Strafe mit seiner Mutter ausgewiesen wird.

### Die Familie aus dem Vollzug heraus managen

Die meisten in Hindelbank inhaftierten Mütter leben getrennt von ihren Kindern, was besonders belastend ist. «Die Trennung von ihren Kindern ist



Annette Keller ist Direktorin der Justizvollzugsanstalt Hindelbank.

der härteste Teil der Strafe», betont Annette Keller. «Viele Frauen leiden unter Schuldgefühlen.» Sie fragten sich zudem, wie sie ihren Kindern erklären sollen, was sie getan haben. Es stelle sich für sie aber auch die Frage, wie sie ihre Verantwortung aus dem Vollzug heraus wahrnehmen können. «Einige Frauen telefonieren fast jeden Tag mit ihren Kindern und managen ihre Familie aus dem Vollzug heraus.» Die Gefängnisdirektorin sieht eindeutige geschlechtsspezifische Unterschiede: «Die Frauen sind nach wie vor die Hauptbezugsperson und fühlen sich für die Kinder hauptverantwortlich – ausser etwa drogenkranke Frauen, deren Kinder bereits vor der Inhaftierung fremdplatziert werden mussten».

Die Frauen pflegen auch die Beziehung zu den Grosseltern, Pflegeeltern oder anderen Bezugspersonen, die sich draussen um ihre Kinder kümmern. Zuweilen sähen sie sie aber auch als Konkurrenten und fragten sich, wen das Kind wohl lieber habe. «Dies kann dazu führen, dass die Frauen ihr Kind verwöhnen und fast ihr gesamtes Arbeitsentgelt für Geschenke ausgeben.» Die Trennung sei auch für die Kinder eine schwierige Situation und könne dazu führen, dass sie sich zurückziehen oder ein auffälliges Verhalten entwickeln.

#### Aufarbeitung fördern ...

Die Mütter werden in Hindelbank bei der Bewältigung der Trennung von ihren Kindern auf vielfältige

Weise unterstützt. Sie können alle Fragen mit ihrer Bezugsperson (Sozialarbeiterin oder Sozialpädagogin) besprechen, sagt Annette Keller und stellt fest: «Trotz der Kombination von Kontrolle und Unterstützung entwickelt sich oft ein Vertrauensverhältnis». Die Hälfte der Frauen unterziehe sich zudem einer Therapie und könne in diesem Rahmen die drängenden Fragen aufarbeiten: Wie kann ich die Beziehung zu meinem getrennten Kind gestalten? Wie gehe ich mit Schuld- und Versagensgefühlen um? Wie kann ich mit dem Kind über meine Tat und Strafe sprechen?

#### ... und Kontakte ermöglichen

Um die Beziehung zu den Kindern aufrechtzuerhalten, ermöglicht die JVA regelmässige Kontakte: Die Frauen können täglich über das Festnetz nach aussen telefonieren und einmal wöchentlich ein Telefonat von ihren Kindern empfangen. Dreimal im Monat können sie zudem von Erwachsenen und Kindern besucht werden. Zusätzlich können sie unbeschränkt Besuche von Kindern unter 14 Jahren empfangen; faktisch sind allerdings diese Besuche wegen der in vielen Fällen langen Anreise meist nur alle zwei Wochen möglich. Ferner steht das Beziehungs- und Familienzimmer für Familienbesuche bis zu fünf Stunden zur Verfügung. Weitere Möglichkeiten, um die Beziehung zu den Kindern aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, bieten die Haft-

«Die Wohngruppe Mutter und Kind ist ein guter Ort für den ersten Teil des Lebens dieser Kinder»

«Kinder tun unserem Betrieb gut und sorgen dafür, dass er menschlich bleibt»



In der Wohngruppe Mutter und Kind leben bis zu sechs Frauen mit ihren Kleinkindern im Alter bis zu drei Jahren. Foto: Peter Schulthess (2018)



«Einige Frauen telefonieren fast jeden Tag mit ihren Kindern und managen ihre Familie aus dem Vollzug heraus», sagt Direktorin Annette Keller. Foto: Peter Schulthess (2018)

«Viele Kinder sorgen sich um das Wohlergehen der Mutter im Gefängnis»

urlaube und die Versetzung in den offenen Vollzug: In der Aussenwohngruppe können die Frauen ihre bis 14-jährigen Kinder über ein Wochenende oder für einige Tage aufnehmen.

Darüber hinaus planen die Verantwortlichen in Hindelbank verschiedene weitere Massnahmen: «Wir möchten, dass die Mütter auch über Skype mit ihren Kindern kommunizieren können», erklärt die Gefängnisdirektorin. Im Rahmen des Neubaus sei zudem ein Familienpavillon geplant, um Übernachtungen zu ermöglichen. Ein besonderes Anliegen ist Annette Keller auch ein in Schweden entwickeltes Gruppenprogramm für Eltern im Gefängnis, das die Inhaftierten in ihrer Elternrolle unterstützen und dadurch die positive Entwicklung ihrer Kinder fördern will.

Das breite Bildungsangebot in Hindelbank fördert nicht nur die Selbständigkeit der Frauen und die Chancen auf eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft, sondern wirkt sich auch

positiv auf die Beziehung zwischen Mutter und Kind aus. Kinder erweisen sich oft als der «entscheidende Motivationsfaktor». Mit der Absolvierung einer Attestlehre gelinge es den Frauen, Versagensängste zu überwinden und wieder ein Vorbild für das Kind zu sein. «Wenn sie solche Fähigkeiten entwickeln», so Annette Keller, «wirkt sich dies in hohem Mass deliktpräventiv aus».

### Die Mutter bleibt in der Regel wichtig

In welchem Ausmass gelingt es den inhaftierten Frauen in Hindelbank, trotz der Trennung Mutter ihrer Kinder zu bleiben? «Die Mutter bleibt in der Regel wichtig», stellt Annette Keller fest und verweist auf eine Studie, die ihre eigenen Beobachtungen bestätigt. Allerdings spiele auch immer das Delikt eine Rolle, unterstreicht sie und erinnert, dass je ein Drittel der Frauen wegen Gewalt-, Drogen- bzw. Vermögensdelikten in Hindelbank inhaftiert sind. Die meisten Kinder wollten aber den Kontakt zur Mutter aufrechterhalten und hätten nach wie vor einen starken Bezug zu ihr. Die Kinder neigten sogar oft dazu, die Mutter infolge ihrer Abwesenheit zu idealisieren.

### Kinder wollen sich nicht outen

Es gebe aber auch Kinder, die sich schämten. «Wir wissen wenig, wie sie mit dieser schwierigen Situation umgehen», gesteht die Gefängnisdirektorin. Klar scheine es zu sein, dass sie sich nicht gerne outen wollen. Bezeichnend sei die Erfahrung, welche die schweizerisch-kanadische Regisseurin Léa Pool beim Drehen des Dokumentarfilms *Double peine* (Doppelte Strafe, weil die Kinder inhaftierter Mütter ihre engste Bezugsperson verlieren, aus ihrem Umfeld gestossen und so indirekt mitbestraft werden) gemacht habe: Sie habe erfolglos versucht, Kinder aus der Schweiz zur Teilnahme zu bewegen und ihnen eine Stimme zu geben.

Viele Kinder sorgten sich zudem um das Wohlergehen der Mutter im Gefängnis. Um Abhilfe zu schaffen und ihnen zu zeigen, wie ihre Mutter in der Zelle und Wohngruppe lebt, bekommt in Hindelbank jede Mutter eine DVD mit der Folge *Wie lebt man im Gefängnis?* der Kindersendung Rosanna check's vom Schweizer Radio und Fernsehen SRF. Die Moderatorin, die für die Sendung zwei Tage als Insassin in Hindelbank verbracht hat, soll das Schlusswort haben: «Ich habe viel über das Leben und die Menschen im Frauengefängnis gelernt, ... dass es wahnsinnig wichtig ist, dass die Familie zu einem steht, dass man es aushält im Gefängnis, solange man etwas zu tun hat, und dass es keine schlimmere Strafe gibt, als von jenen Menschen getrennt zu sein, die man liebt».

# «Ich habe stets die Mutter meiner Tochter sein können»

## Im Gespräch mit einer inhaftierten Mutter

---

**Trotz ihrer Verurteilung konnte B.K. das Sorgerecht für ihre Tochter behalten und sie übt es seit zwei Jahren auch in der Justizvollzugsanstalt Hindelbank voll aus. Sie erzählt ihre Geschichte, um anderen betroffenen Frauen Mut zu machen.**

Vor sieben Jahren stand B.K. kurz vor ihrer Scheidung von ihrem zweiten Ehemann, als dieser von ihrem ersten Ehemann und dem Vater ihrer drei Kinder umgebracht wurde. Er wurde in zweiter Instanz wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren, aufgeschoben zugunsten einer stationären Therapie verurteilt; sie wurde wegen Gehilfenschaft zum Mord zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren verurteilt. Sie fühlte sich zwar zu Unrecht zu einer derart schweren Strafe verurteilt, verzichtete aber auf einen Weiterzug ans Bundesgericht. Wichtiger als die Hoffnung auf eine weitere Strafreduktion war ihr die Aufschiebung des Strafvollzugs, die sie mit den Behörden vereinbaren konnte. Damit konnte sie vorerst in Freiheit bleiben und sich bis zum 16. Altersjahr um ihre Tochter kümmern.

Diesen Entscheid haben weder sie noch ihre Tochter bereut. Es wäre für ihre Tochter damals als 11-Jährige viel schwieriger gewesen, jahrelang von ihrer Mutter getrennt zu leben. Zwar wurde auch den beiden volljährigen Söhnen plötzlich «der Boden unter den Füßen weggezogen», doch für die Tochter erwiesen sich die Verhaftung ohne Möglichkeit zum Abschiednehmen und die 3-monatige Untersuchungshaft als der «reinste Horror». Sie habe überhaupt nicht verstanden, was vorgehe. Neben der plötzlichen Trennung musste sie auch mit anderen Widrigkeiten fertig werden: zum Beispiel dass Reporter die Schule belagerten oder dass sie einmal in ihrem Schulsack einen Zettel mit der Aufforderung «Hau ab, du Mörderkind» fand.

### Lob für die KESB

Nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft machte sich B.K. zielstrebig daran, die Betreuung ihrer Tochter zu organisieren. «Ich habe nur für das Kind gelebt.» Es gelang ihr, das Sorgerecht zu behalten. Dies erscheint ihr ein Stück weit folgerichtig: «Ich wurde ja nicht verurteilt, weil ich eine schlechte

Mutter gewesen bin». Sie weiss aber auch, dass es sich ausbezahlt hat, von Anfang an das Gespräch mit den Behörden zu suchen und immer ehrlich gewesen zu sein. Besonders lobt sie die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt, aber die Mutter nicht aussen vor gelassen habe.

Als besonders wichtig erachtet B.K. die Einzel- und Familientherapie, die sie und ihre Tochter gemacht haben. In solchen Situationen sei unbedingt professionelle Hilfe nötig. Für ihre Tochter, die sie bedingungslos geliebt und ihr vertraut hatte, sei es schwierig gewesen zu lernen, nun ihre Wut auszuleben. Sie habe zudem nach der Erfahrung der Untersuchungshaft auch Existenz- und Verlustängste überwinden müssen; erst allmählich habe sie sich darauf verlassen können, dass ihre Mutter tatsächlich noch vier Jahre bis zu ihrem Schulabschluss zusammen mit ihr leben würde.

Die beiden Söhne haben die Beziehung zur Mutter abgebrochen, Kontakte bestehen nur noch über die Tochter. Selbstkritisch stellt B.K. fest: «Sie haben das Vertrauen in mich verloren und mussten ohne mich ihr Leben meistern». Zugleich ist sie überzeugt, dass auch sie unter der Trennung leiden: «Sie schaffen es einfach nicht, ans Telefon zu gehen, wenn meine Tochter mit mir telefoniert, oder mich einmal in Hindelbank zu besuchen». Sie hofft aber, dass nach ihrer Entlassung ein Neuanfang möglich sein werde.

### Schrittweise Lockerungen

Seit dem Antritt des Strafvollzugs vor zwei Jahren lebt die Tochter mit drei anderen jungen Frauen in einer betreuten Wohngruppe; das Sorgerecht kann B.K. weiterhin voll ausüben. Die erste Zeit hinter Gittern war schwer, zuerst habe sie von Besuch zu Besuch gelebt. Dann kam nach einem Sechstel der Strafverbüßung der erste Hafturlaub. Zudem sind Sachurlaube nach Bedarf möglich, wenn sie etwa



Auch wenn sie das Maximum an Kontaktmöglichkeiten ausschöpfen kann und dafür der Anstaltsleitung sehr dankbar ist, sagt B.K.: «Sich am Ende eines Hafturlaubs vor dem Tor in die Augen zu schauen und voneinander Abschied zu nehmen, fällt sehr schwer und braucht viel Kraft». Foto: Peter Schulthess (2018)

ihre Tochter ins Spital begleiten muss. Und bald steht der erste 32-stündige Hafturlaub vor der Türe: «Ich werde bei meiner Tochter übernachten können und erstmals nicht in meiner Zelle eingeschlossen sein».

Auch wenn ihre Tochter zurzeit an einer schweren Depression leidet und deswegen ihre Lehre abgebrochen hat, bleibt B.K. zuversichtlich, dass sich das Blatt zum Besseren wenden wird. «Spätestens wenn ich draussen bin, wird es mit der Ausbildung klappen», meint sie. Selbst im Falle einer bedingten Entlassung bleibt allerdings noch ein beträchtlicher

Strafrest von vier Jahren. Als positiv eingestellter Mensch hoffe sie auf weitere Vollzugslockerungen: die Versetzung in die Aussenwohngruppe und vielleicht sogar die Verbüssung des letzten Teils der Strafe mit einer elektronischen Fussfessel. Bereits heute kann sie eine positive Bilanz ziehen. Dank Telefongesprächen, Besuchen und Hafturlauben gelingt es ihr, den Kontakt mit der Tochter soweit aufrechtzuerhalten, dass sie behaupten kann: «Ich habe stets die Mutter meiner Tochter sein können». (gal)

# Plötzlich sitzt die Mutter im Gefängnis

**Als am Ende eines Tages in Dilovans Leben nichts mehr war wie zuvor**

**Dilovan war siebzehn, als die Polizei seine Mutter und seinen Stiefvater verhaftete – sie waren Mitglieder eines Drogenschmugglerings. Von einem Tag auf den anderen stand Dilovan alleine da. Heute sitzt er selbst in einem Massnahmenzentrum.**

Christine Brand

«Die Zeit vergeht hier schnell – aber nur, wenn man arbeiten darf.» Dilovan, 23, schwarzer Kapuzenpulli, schwarze Baseball-Mütze, schwarzer Bart, sitzt auf der Eckbank am blau-weissen Tisch. Irgendwann hat jemand das Zürcher Wappen darauf gemalt. Gemütlich ist es trotzdem nicht in dem kleinen Aufenthaltsraum neben der Malerei-Werkstatt. Der Duft von frischer Farbe hängt schwer im Raum und klebt in jeder Ritze. Das vergitterte Fenster zeigt ein Stück farblosen Himmel, der ebenfalls einen Anstrich gebrauchen könnte. Die Malerei, in der Dilovan seine Lehre absolviert, ist eine Ausbildungsstätte eines Zürcher Massnahmenzentrums. Er ist nicht freiwillig hier.

«Seit wann sind Sie im Vollzug?»

«Seit fast zwei Jahren. Ich habe eine Massnahme nach Artikel 61 StGB gekriegt, ich bin im geschlossenen Vollzug.»

«Warum wurden Sie verurteilt?»

«Wegen mehrerer Delikte.»

«Welche Delikte?»

«Hauptsächlich Autodiebstahl, und ja, etwas mit Drogen auch.»

Dilovan ist nicht der Erste seiner Familie, der mit dem Gesetz in Konflikt geraten und hinter Gittern gelandet ist. Seine Mutter ist ihm in diesem Punkt zuvorgekommen. Es war vor fünf Jahren, an einem

Tag, der begann wie jeder andere auch, doch an dessen Ende in Dilovans Leben nichts mehr war wie zuvor. Er hing gerade mit Freunden und mit seiner älteren Schwester zu Hause rum, er «chillte», als ein Kollege aus der Nachbarschaft anrief. Was bei ihm los sei?, wollte der von Dilovan wissen. Vor dem Haus würden drei Streifenwagen stehen.

Dilovan sagt, er habe eine schöne Kindheit gehabt. Eine Kindheit ohne Vater zwar; die Eltern waren früh schon geschieden und es gab kaum Kontakt. «Aber meine Mutter schaute stets, dass ich alles hatte.» Die Mutter hat immer gearbeitet, immer alles auf die Reihe gekriegt, scheinbar. Zuletzt führte sie ein Nagelstudio, das Geld war knapp. «Aber Mutter sorgte dafür, dass wir das gar nicht mitkriegen. Ich würde sagen, wir waren eine normale Familie.»

Eine Familie, die an jenem Tag im Jahr 2013 innert weniger Minuten jäh auseinander brach. Von einem Moment auf den anderen stand Dilovan, damals 17, alleine da. Er sagt: «Ich wurde ins kalte Wasser des Lebens geschmissen.»

Zuvor war immer er es gewesen, der mit dem Gesetz in Konflikt geraten war. Schon mit 14, 15 Jahren hat er «immer mal wieder Scheiss gebaut». Diebestouren mit Kollegen, einmal sind sie in ein Haus eingestiegen, einmal haben sie ein Auto geklaut. Warum? «Wir waren eine verschworene Gruppe. Ich wollte dazugehören, nicht abseits stehen, mich beweisen. Jeder wollte cool sein, jeder meinte, er

«Ich wurde ins kalte Wasser des Lebens geschmissen»

«Ich konnte nur von weitem zusehen, wie beide abgeführt wurden»

sei ein kleiner Gangster.» Er wurde erwischt und musste zwei Wochen lang in einem Altersheim abwaschen gehen.

Doch dieses Mal war die Polizei nicht wegen ihm gekommen. Als Dilovan aus dem Fenster blickte, sah er, wie seine Mutter und ihr damaliger Freund in Handschellen gelegt und verhaftet wurden. Dilovan rannte hinaus, doch er wurde zurückgehalten: Kontaktverbot, Verdunkelungsgefahr. Er durfte nicht mit seiner Mutter sprechen. «Ich konnte nur von weitem zusehen, wie beide abgeführt wurden», erzählt Dilovan. Später erfuhr er, dass die Polizei seiner Mutter und deren Freund von der Grenze bis nach Hause gefolgt war. Die Fahnder hatten einen Tipp gekriegt. Im Auto fanden sie, was sie erwartet hatten: Mehrere Kilo Kokain, von Holland über Deutschland in die Schweiz geschmuggelt.

*«Haben Sie vor der Verhaftung gewusst, dass Ihre Mutter etwas mit Drogen zu schaffen hatte?»*

*«Nein, ich war voll geschockt. Ihr ist doch bereits schlecht geworden, wenn sie nur einen Joint gerochen hat. Ich hätte ihr nie zugetraut, dass sie so etwas macht.»*

*«Wissen Sie, warum sie es getan hat?»*

*«Sie muss total verzweifelt gewesen sein.»*

Nach der Verhaftung von Dilovans Mutter und seinem Stiefvater durchsuchten die Drogenfahnder die Wohnung. In Dilovans Zimmer fanden sie ein Butter-

fly-Messer und Gras. «Der Polizist sagte mir, ich solle das wegschaffen, ich hätte schon genug Probleme am Hals.» Am nächsten Tag fand eine zweite Hausdurchsuchung statt. Die Polizei stellte alles auf den Kopf, beschlagnahmte Beweismittel. Dilovan erfuhr, dass seine Mutter Drogen geschmuggelt hatte, sie soll gemeinsam mit ihrem Freund mehrere Fahrten über die Grenze unternommen haben. «Sie sagten mir, es gehe um etwas Grosses.» Später wird klar, dass insgesamt rund 50 Personen festgenommen wurden. Seine Mutter war Teil eines Drogenhändler-ringes, eine Mitläuferin zwar, wahrscheinlich, so vermutet Dilovan, war sie wegen ihres Freundes da reingerutscht, der manchmal auch alleine Schmuggelfahrten unternommen hatte. «Ich musste das alles erst verdauen», sagt Dilovan.

*«Wie war das für Sie? Als die Mutter und der Stiefvater weg waren und Sie realisierten, was geschehen war?»*

*«Ich musste auf einmal mein Leben selbst in die Hand nehmen. Von einem Tag auf den anderen. Mit der Verhaftung kam ein Stein ins Rollen, oder eher, eine ganze Lawine wurde ausgelöst.»*

*«Was geschah nach der Verhaftung?»*

*«Ich begann, ihre Post durchzulesen und realisierte, dass sie Schulden hatte. Viele Schulden. Auch die Miete war seit drei Monaten nicht mehr bezahlt. Meine Schwester und ich mussten sofort ausziehen und die Wohnung räumen.»*



Dilovans Mutter war dabei, den Weg zurück ins normale Leben zu finden, als er verhaftet wurde. Im Massnahmenzentrum kann er eine Malerlehre absolvieren, nach der Entlassung will er Arbeit suchen. «Ich will nicht noch mehr Jahre verlieren.» Foto: Christine Brand

Zuerst bot ein Freund des Stiefvaters Hilfe und Geld an. Doch Dilovan merkte, dass dieser ebenfalls in die Schmuggelgeschichte involviert war. Es war schliesslich sein Onkel, der Bruder seiner Mutter, der für den 17-jährigen in Zürich eine Einzimmerwohnung mietete, während die 19-jährige Schwester in einer WG unterkam. Wenig später wurde sie schwanger. Dilovan sagt, zum Glück sei er nicht jünger gewesen, als seine Mutter verhaftet wurde. «Denn dann hätten sich die Behörden eingeschaltet und ich wäre bestimmt in ein Heim gekommen.» Dilovan glaubt, dass dies für ihn das Schlimmste gewesen wäre.

Stattdessen schlug er sich alleine durch. Die Wohnung zahlte das Sozialamt, wie auch einen Zustupf zu seinem Lehrlingslohn, er hatte etwa 600 bis 700 Franken zum Leben. Abgesehen vom Geld erhielt Dilovan keine Hilfe, keine Beratung, keine Unterstützung. «Ich war auf mich allein gestellt», sagt er. «Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn mir jemand gezeigt hätte, wie man mit dem Geld umgehen muss.» Seine einzige Stütze damals war sein Lehrmeister. «Ich bin froh, dass ich ihn als Chef hatte. Ohne ihn wäre ich noch tiefer abgestürzt.» Doch es reichte trotzdem nicht. Dilovan fiel nach der Verhaftung seiner Mutter in eine tiefe Krise, musste die Lehre schliesslich abbrechen. «Ich begann, Scheiss zu bauen, traf die falschen Kollegen.»

«Hatten Sie nach der Verhaftung noch Kontakt zu Ihrer Mutter?»

«Ich habe sie einmal im Monat im Gefängnis besucht.»

«Wie war das?»

«Das war der Tod.»

«Warum?»

«Es tat mir wahnsinnig weh, meine Mutter nur durch eine Glasscheibe zu sehen, immer in Anwesenheit eines Polizisten.»

«Wie lange konnten Sie sie jeweils sehen?»

«Eine Stunde. Es war die Hölle.»

Dilovan sagt, es habe nicht an der Verhaftung seiner Mutter gelegen, dass er immer tiefer in die Kriminalität gerutscht sei. «Die Affinität zum Scheissdreckbauen war schon vorher da.» Zeichnet man aber gemeinsam mit ihm eine Zeit-Kurve auf ein Notizblatt, ist klar, dass mit der Verhaftung seiner Bezugsperson, die sich um ihn gekümmert hat, ein krasser Bruch erfolgte, ein Knick in der Lebenslinie, die fortan nicht mehr gerade verlief, sondern arg ins Schlingern geriet. «Nach ihrer Verhaftung ging es mit mir bergab», sagt Dilovan. «Die ganze Situation hat mir nicht wirklich dabei geholfen, anständig zu bleiben.» Es war zu früh für ihn, um auf sich allein gestellt zu sein. Die Belastung war zu gross,

die eigene Mutter im Gefängnis zu wissen. Er stand schon vorher nicht stabil im Leben. Nun wurde ihm der Boden unter den Füßen ganz weggerissen. «Für mich war es sehr schwierig», erzählt Dilovan. Während seine Mutter in Untersuchungshaft war, begann er in Zürich Kokain zu konsumieren. Gemeinsam mit seinen Freunden klappte er Autos, sie veranstalteten Rennen, einfach so, zum Spass. Weil sie es geil fanden.

Nach langen sieben Monaten wird die Mutter auf Bewährung aus der Haft entlassen. Es war Dilovan, der sie im Gefängnis abholte. Vertauschte Rollen. «Einst holte sie mich aus dem Kindergarten ab. Jetzt stand ich vor einem Gefängnis, um sie abzuholen.» Die Stimmung sei gleichzeitig bedrückt wie auch voller Freude gewesen, zum ersten Mal habe er seine Mutter wieder umarmen können. «Es fühlte sich an, als sei sie zehn Jahre lang weggesperrt gewesen.» Das Haar der Mutter war grau geworden. Trotzdem, sagt Dilovan, habe sie das alles gut weggesteckt. «Ich frage mich, wie sie das geschafft hat.» Schliesslich habe sie eine Wohnung gefunden, auch eine Stelle. Die hat sie jedoch wieder verloren, als der Arbeitgeber herausfand, dass ihr Strafregister einen Eintrag wegen Drogenschmuggels enthält.

«Sprechen Sie mit Ihrer Mutter heute noch über die Tat?»

«Nein. Wir sprechen nicht oft darüber.»

«Wie war es für Ihre Mutter, als später dann Sie verhaftet wurden?»

«Das war für Sie ebenfalls ein Schock.»

Studien zeigen, dass Kinder straffälliger Eltern eher straffällig werden als Kinder, deren Eltern nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Dilovans Mutter war dabei, den Weg zurück ins normale Leben zu finden, als ihr Sohn 2016 verhaftet wurde. Alle zwei Wochen hat er zehn Stunden Freigang, einmal im Monat besucht er seine Mutter, einmal im Monat seinen leiblichen Vater, zu dem er erst nach seiner Verhaftung wieder eine Nähe gefunden hat. Im Februar 2020 wird Dilovan voraussichtlich entlassen werden. Die Malerlehre, die er in dem Zürcher Massnahmenzentrum absolviert, wird er bis dahin abgeschlossen haben.

«Und dann?»

«Dann suche ich Arbeit.»

«Denken Sie, dass Sie es schaffen werden?»

«Ja, ich werde nicht mehr kriminell sein. Die Drogen haben mir zu viel verbaut. Ich will nicht noch mehr Jahre verlieren.»

«Und Ihre Mutter?»

«Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie je wieder straffällig werden wird.»

«Einst holte sie mich aus dem Kindergarten ab. Jetzt stand ich vor einem Gefängnis, um sie abzuholen»

«Mir ging es beim Projekt darum, die Väter in die Verantwortlichkeit zu nehmen»

### Ein Vater-Kind-Projekt im Strafvollzug

Die Strafanstalt Saxerriet hat als erste und einzige Deutschschweizer Institution im offenen Strafvollzug ein Vater-Kind-Projekt lanciert. «Bei der Resozialisierung, und auch wenn es darum geht, die Rückfallgefahr zu vermindern, spielen die Angehörigen und insbesondere die Kinder eines Straftäters eine wichtige Rolle», sagt die Initiantin Angelika Steck, Sozialarbeiterin in der Strafanstalt Saxerriet. «Mir ging es bei dem Projekt deshalb darum, die Väter in die Verantwortlichkeit zu nehmen und sie an ihre Vaterrolle zu erinnern.» Das sei wichtig. Nicht selten sehen Väter ihre Kinder während der Verbüssung ihrer Strafe selten oder gar nie – auch, weil manche nicht wollen, dass ihre Kinder sie im Gefängnisumfeld erleben.

Beim Vater-Kind-Projekt von Angelika Steck durften die Väter gemeinsam mit ihren 3- bis 18-jährigen Kindern vier begleitete Ausflüge ausserhalb der Anstalt unternehmen. «Wir haben die Nachmittage gestaltet, einmal gingen wir in einen Vogelpark, einmal ins Schwimmbad», erzählt Steck. Es sei dabei relativ schnell wieder eine Bindung zwischen Vater und Kind entstanden, die für beide Seiten sehr wertvoll gewesen sei.

Sowohl Väter wie Kinder hätten von der gemeinsamen Zeit ausserhalb der Anstalt profitiert. Für Kinder sei die Veränderung im Familiensystem im Zuge einer Inhaftierung ein grosser Einschnitt, sie liefen Gefahr, seelische Defizite zu erleiden, zu vereinsamen und in der Schule gemobbt zu werden. «Die Kinder erlebten an den Nachmittagen, dass es auch andere Kinder gibt, deren Väter im Gefängnis sind», erzählt Angelika Steck. In der Gemeinschaft hätten sie gewagt, mehr und offener Fragen zu stellen – und die Väter, die wiederum die anderen Väter im Umgang mit ihren Kindern wahrgenommen hätten, konnten auch offenere Antworten geben. Den Kindern und den Vätern seien intensive Momente des Erlebens ohne die störenden Einflüsse von Ausseren ermöglicht worden.

Ob das Projekt wiederholt wird, ist offen. «Es ist wie immer eine Frage der Ressourcen», sagt Angelika Steck. Und im Moment seien die Ressourcen zu knapp. «Aber die Vater-Kind-Ausflüge liegen mir am Herzen und ich hoffe, dass wir sie auch in Zukunft werden durchführen können.» Die Bindung zu den Kindern zu bewahren oder wieder aufzubauen, sei eine der wichtigsten Resozialisierungsmassnahmen – und dennoch werde sie leider kaum genutzt. (cbb)



Die Strafanstalt Saxerriet hat als erste und einzige Deutschschweizer Institution im offenen Strafvollzug ein Vater-Kind-Projekt lanciert. Foto: Peter Schulthess (2006)

# «Die eigene Sicht der Kinder ist kaum im Blick»

## Interview mit den Autoren einer Studie über die Angehörigenarbeit in der Deutschschweiz

Die Verantwortlichen des Justizvollzugs in der Deutschschweiz sehen in der Arbeit mit Angehörigen von Inhaftierten ein grosses Potenzial für eine bessere Resozialisierung. Es erweist sich jedoch als schwierig, dieses noch weitgehend brachliegende Potenzial besser zu nutzen, wie aus einer von Roger Hofer und Patrik Manzoni durchgeführten Studie hervorgeht.

**#prison-info: Wie weit ist erforscht worden, welche Folgen die Inhaftierung einer straffällig gewordenen Person auf ihre Angehörigen hat?**

**Roger Hofer und Patrik Manzoni:** Im deutschen Sprachraum gibt es nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen über die Folgen der Inhaftierung für Angehörige. Und für die Schweiz fehlen bislang solche Studien weitgehend.

**Lassen sich dennoch gewisse Aussagen über die Folgen der Inhaftierung machen?**

Die wenigen Studien belegen, dass die Angehörigen teilweise mit schwerwiegenden finanziellen, emotionalen und sozialen Problemen zu kämpfen haben. Sie gelten deshalb als die «vergessenen Opfer». Die Inhaftierung des Partners bzw. des Vaters führt nicht nur zu einem Einkommensverlust. Die Angehörigen verlieren auch eine wichtige Bezugsperson und müssen die Trennung verarbeiten, was wiederum mit Belastungen für die Psyche und Gesundheit verbunden sein kann. Oft verschweigen sie aus Scham seinen Aufenthaltsort und pflegen deshalb keine sozialen Kontakte mehr. Geben sie hingegen zu, dass ihr Partner bzw. Vater im Gefängnis ist, riskieren sie diskriminiert und stigmatisiert zu werden.

**Was lässt sich speziell über die Kinder sagen?**

Für Kinder hat der Wegfall eines Elternteils oft schlimme Folgen für ihre soziale und emotionale Entwicklung. Gemäss einer deutschen Studie zeigen sich häufig Verhaltensauffälligkeiten wie etwa aggressives Verhalten, Rückzug von anderen Kindern oder häufiges Kranksein. Und laut einer Reihe amerikanischer Studien neigen Kinder mit Hafterfahrung eines Elternteils später mehr zu aggressivem Verhalten, Angst und Depressionen. Allerdings können diese negativen Folgen auch durch Benachteiligungen verursacht sein, die schon vor der Inhaftierung bestanden haben.

**Sie haben letztes Jahr Verantwortliche von Justizvollzugsanstalten und Justizvollzugsbehörden aus grösseren Deutschschweizer Kantonen zum Thema Angehörigenarbeit befragt. Was sind die Ergebnisse ihrer Studie?**

Alle Befragten sehen das Potenzial der Angehörigenarbeit primär darin, dass sie eine bessere Resozialisierung ermöglichen kann. Sie orientieren sich eng am zentralen Vollzugsziel des künftigen deliktfreien Lebens. Die eigene Sicht der Angehörigen, einschliesslich der Kinder, ist hingegen kaum im Blick. Nach Ansicht der Befragten müssen bei einem verstärkten Einbezug von Angehörigenarbeit verschiedene Herausforderungen beachtet werden.



Roger Hofer (oben) und Patrik Manzoni sind Dozenten an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und Autoren einer Studie über Angehörigenarbeit in der Deutschschweiz.

«Für Kinder hat der Wegfall eines Elternteils oft schlimme Folgen für ihre soziale und emotionale Entwicklung»

#### **Welche Herausforderungen stellen sich konkret?**

Wir haben mit den Verantwortlichen ausführlich über die Chancen und Risiken von Angehörigenarbeit gesprochen. Als Risiken wurden etwa genannt: Die Inhaftierten könnten die Angehörigenarbeit als Kontrollinstrument deuten und darin einen Versuch der Anstalt sehen, sie indirekt über die Angehörigen zu beeinflussen. Die Angehörigen könnten aber auch durch die Inhaftierten instrumentalisiert werden, indem ihnen eine zu grosse Mitverantwortung bei der Resozialisierung aufgebürdet wird. Umgekehrt könnten die Angehörigen auch einen negativen Einfluss auf die Inhaftierten ausüben. Zwingend müssten bei der Angehörigenarbeit das Delikt und die Hintergründe beachtet werden, um womöglich gefährdete Angehörige schützen zu können.

#### **Und welche Chancen bietet die Angehörigenarbeit?**

Alle Befragten sehen in der Angehörigenarbeit ein grosses Potenzial und sind der Ansicht, dass die Chancen die Risiken übersteigen. Angehörige könnten die Einstellung und das Verhalten von Inhaftierten positiv beeinflussen, ihnen Halt geben und ihr Selbstwertgefühl stärken. Gelingt es, die Partnerschaft über die schwierige Zeit im Gefängnis zu retten, könne der Inhaftierte nach dem Vollzug in ein stabiles System von Partnerschaft und Familie zurückkehren. Die Angehörigenarbeit ermögliche es, den Vollzugsverlauf zu verbessern und die Rückfälligkeit im besten Fall zu vermindern. Der Inhaftierte erhalte Perspektiven für die Zeit nach dem Vollzug und sei deshalb im Vollzug motivierter. Kurzum, die Angehörigenarbeit kann nach Ansicht der Verantwortlichen als ein Puzzleteil in der gesamten Rückfallprävention angesehen werden.

#### **Sie haben Direktoren von offenen und geschlossenen Justizvollzugsanstalten befragt. Gibt es Unterschiede je nach Art der Vollzugsanstalt?**

Während offene Anstalten einen vielfältigen Bedarf nach einer intensiveren Angehörigenarbeit haben, sehen geschlossene Anstalten nur wenig Bedarf. Bei den geschlossenen Anstalten haben wir festgestellt, dass die Angehörigenarbeit für ausländische Inhaftierte, die grösstenteils ausgewiesen werden, fast völlig fehlt. In vielen Fällen ist dies gar nicht möglich bzw. sehr schwierig, weil die Angehörigen in einem weit entfernten Land leben und überdies vielleicht auch gar nicht wissen, dass die betreffende Person inhaftiert ist. Aber auch ausländische Inhaftierte der zweiten Generation, die Angehörige in der Schweiz haben, sind von der Ausweisung bedroht, was für sie eine grosse Belastung darstellt. Gerade in diesen Fällen wäre es aus unserer Sicht wichtig, Angehörigenarbeit zu leisten.

#### **Wird die Angehörigenarbeit in der Deutschschweiz künftig eine grössere Rolle spielen?**

Eine stärkere Beschäftigung mit den Anliegen Angehöriger erscheint schwierig. Die Anstaltsleitungen und Justizvollzugsbehörden sind eher zurückhaltend eingestellt und der Ansicht, dass vorgängig verschiedene Fragen geklärt werden müssen: Welches sind die Ziele der Angehörigenarbeit? Welches ist der Bedarf der Inhaftierten? Welche Auswirkungen hat die Angehörigenarbeit auf die Inhaftierten und die Angehörigen selbst? Zudem sind die Verantwortlichen überzeugt, dass die Strafvollzugskonkordate einbezogen werden müssen, um eine einheitliche Praxis der Angehörigenarbeit zu gewährleisten. Als nicht förderlich erachten sie ferner das gesellschaftliche Umfeld, das allem, was allzu «täterfreundlich» erscheint, kritisch bis ablehnend gegenübersteht.

#### **Sie haben in Ihrer Studie nur das «leitende Personal» befragt. Genügt dies?**

Wir haben einen Anfang gemacht. Um das Potenzial und die Herausforderungen der Angehörigenarbeit umfassender einschätzen zu können, müssen auch der Bedarf der Inhaftierten und ihrer Angehörigen erhoben sowie Auswirkungen der Angehörigenarbeit untersucht werden. Wir sind der Ansicht, dass eine verstärkte Forschung auf diesem Gebiet nötig ist und dass die Sicht der Angehörigen in der Vollzugspraxis unbedingt vermehrt beachtet werden sollte. (gal)

Roger Hofer und Patrik Manzoni, beide Dozenten am Departement Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW, haben im vergangenen Jahr in elf Interviews Direktoren von offenen und geschlossenen Justizvollzugsanstalten sowie Verantwortliche von Justizvollzugsbehörden aus der Deutschschweiz zum Thema Angehörigenarbeit befragt. Die Ergebnisse ihrer Studie werden in der Zeitschrift «Bewährungshilfe» publiziert werden.

«Angehörigenarbeit wird als ein Puzzleteil in der gesamten Rückfallprävention angesehen»

# Auslieferung darf nicht Mutter und Kleinkind trennen

## Bundesstrafgericht sieht aussergewöhnliche familiäre Verhältnisse als gegeben

**Die Auslieferung einer Mutter, die zu einer mehrjährigen Trennung von ihrem Kleinkind führt, wäre menschenrechtswidrig. Das Bundesstrafgericht erachtet die Auslieferung nur dann als zulässig, wenn der ersuchende Staat garantieren kann, dass die Mutter-Kind-Beziehung im Strafvollzug aufrechterhalten bleibt.**

Mit Entscheid vom 7. November 2016 hatte das Bundesamt für Justiz (BJ) die Auslieferung einer mazedonischen Staatsangehörigen an ihren Heimatstaat zwecks Vollzug einer Freiheitsstrafe von drei Jahren wegen Raub verfügt. Dagegen erhob die Mutter eines damals einjährigen Sohnes Beschwerde beim Bundesstrafgericht. Sie machte unter anderem geltend, dass die Auslieferung das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens gemäss Art. 8 EMRK verletze.

In seinem Entscheid vom 30. Januar 2017 hiess das Bundesstrafgericht die Beschwerde in diesem Punkt teilweise gut. Es erinnerte daran, dass gemäss ständiger, restriktiver Rechtsprechung Art. 8 EMRK einer Auslieferung nur ausnahmsweise bei aussergewöhnlichen familiären Verhältnissen entgegenstehen könne. Die Einschränkung des Familienlebens könne in Bezug auf den Kontakt mit ihrem schweizerischen Ehemann sowie ihrer restlichen Familie so wenig wie in jedem andern Straffall vermieden werden, in dem eine Freiheitsstrafe ausgesprochen werde. Die Mutter und ihr Sohn seien hingegen durch die drohende Auslieferung schwer betroffen, da die Mutter die Hauptbezugsperson ihres Sohnes sei. «Eine Abwesenheit der Mutter von drei Jahren stellt für das Leben eines einjährigen Kindes eine empfindliche Länge während seiner lebensprägenden Phase dar», hielt das Bundesstrafgericht fest und betonte: «Das Kleinkind ist in erhöhtem Ausmass auf die Beziehung zur Mutter angewiesen».

### Bindung zur wichtigsten Bezugsperson

Ein regelmässiger schriftlicher oder telefonischer Kontakt sei angesichts des Alters des Sohnes im Falle einer Auslieferung nach Mazedonien nicht möglich, führte das Bundesstrafgericht weiter aus. Besuche in Mazedonien, die aufgrund der Distanz nicht häufig möglich wären, reichten zudem nicht aus, um die Beziehung des Sohnes zu seiner Mutter aufrecht zu erhalten. Damit würde eine kontinuierliche und

stabile Bindung des Kindes zu seiner wichtigsten Bezugsperson verunmöglicht.

### Auslieferung nur mit Garantie zulässig

Wenn die Auslieferung zu einer dreijährigen, de facto vollständigen Trennung des einjährigen Sohnes von seiner Mutter führe, handelt es sich für das Bundesstrafgericht um aussergewöhnliche familiäre Verhältnisse im Sinne der erwähnten Rechtsprechung. Das Recht auf Familienleben überwiege damit gegenüber der staatsvertraglichen Verpflichtung der Schweiz zur Auslieferung an den ersuchenden Staat. Eine Auslieferung wäre nur dann zulässig, wenn im Strafvollzug in Mazedonien die Mutter-Kind-Beziehung aufrechterhalten werden könne. Das Bundesstrafgericht forderte deshalb das BJ auf, bei den mazedonischen Behörden eine Garantie einzuholen, wonach die Mutter die Möglichkeit erhalte, «ihren Sohn im Strafvollzug unter für das Kind vertretbaren räumlichen, erzieherischen und medizinischen Umständen bei sich zu haben und zu betreuen».

Die mazedonischen Behörden konnten diese Garantie nicht abgeben, weil in Mazedonien verurteilte Frauen ihr Kind nur bis zum vollendeten ersten Lebensjahr in der Strafanstalt bei sich haben und betreuen können. Das BJ entliess deshalb am 21. Februar 2017 die Frau aus der Auslieferungshaft. Der Grundrechtsschutz schliesst allerdings nur die Auslieferung aus, verunmöglicht aber nicht die Vollstreckung des Strafurteils: Auf Ersuchen der mazedonischen Behörden erklärte sich der Kanton Solothurn bereit, die Vollstreckung des mazedonischen Urteils zu übernehmen und beauftragte das zuständige kantonale Gericht, das Exequaturverfahren durchzuführen. Der Fall ist vor Gericht hängig. (gal)

Link: Der Entscheid RR.2016.311, RP.2016.78 ist auf der Website des Bundesstrafgerichts ([www.bstger.ch](http://www.bstger.ch)) abrufbar.

«Das Kleinkind ist in erhöhtem Ausmass auf die Beziehung zur Mutter angewiesen»



# Fünf Fragen an Sakib Halilovic

**«Ich stehe sehr vielen Menschen mit all ihren Bedürfnissen täglich zur Verfügung»**

Sakib Halilovic ist seit dem 1. Juni 2017 in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies als hauptamtlicher Imam-Seelsorger tätig. Zuvor war er Imam der bosnischen Moschee in Schlieren und bereits teilzeitlich in Pöschwies angestellt. Halilovic hat an der Fakultät für islamische Wissenschaften der Universität Sarajewo studiert und lebt seit 1992 in der Schweiz.



**#prison-info: Seit gut einem Jahr sind Sie hauptamtlich als Imam-Seelsorger tätig. Welches sind die Vorteile Ihrer erhöhten Präsenz im Gefängnis?**

Sakib Halilovic: Um sich ein vollständiges Bild meiner Rolle machen zu können, muss man sich insbesondere bewusst sein, dass die Justizvollzugsanstalt Pöschwies die grösste geschlossene Anstalt in der Schweiz mit weit über 400 Gefangenen ist. Davon ist rund ein Drittel islamischen Glaubens. Konkret heisst das, dass ich sehr vielen Menschen mit all ihren Bedürfnissen täglich zur Verfügung stehe. Einige Bedürfnisse sind geringer, praktischer Natur, dennoch aber sehr wichtig für die Gefangenen, so zum Beispiel die Besorgung des Korans sowie von Gebetskappen, Gebetsketten, Gebetsteppichen oder Gebetsbüchern.

**Und die grösseren Bedürfnisse?**

Sehr wichtig ist die persönliche geistliche Begleitung und Unterstützung, auf die Menschen im Gefängnis besonders angewiesen sind. Als Seelsorger muss ich mich immer wieder auf den konkreten Menschen bzw. auf die individuellen und gemeinschaftlichen Bedürfnisse ausrichten. Dazu gehören auch viele andere Aktivitäten, wie etwa die Zusammenarbeit mit den christlichen Seelsorgern, dem Sozialwesen, dem Personal und der Gefängnisdirektion. Meine Rolle als Imam in der JVA Pöschwies ist also sehr vielfältig, anspruchsvoll und herausfordernd.

**Gemäss den jüngsten Empfehlungen der KKJPD spielen auch die Imame eine wichtige Rolle, um in den Justizvollzugsanstalten die Zeichen einer Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und wirksam dagegen vorzugehen. Was können Sie konkret tun?**

Leider gab es in den letzten Jahren viele Gräueltaten, die bestimmte Leute im Namen des Islam begangen haben. Dass dies bei uns allen starke und gemischte Emotionen, vor allem auch Ängste auslöst, ist absolut menschlich verständlich. Wir sollten permanent wachsam bleiben, uns aber gleichzeitig nicht in Panik versetzen lassen. Als Imam, der immer präsent und mit den Menschen ständig im Kontakt steht, schaffe ich eine Art Sensibilisierung und Prävention. Meiner Ansicht nach gibt es keinen besseren Mechanismus «im Kampf» gegen alle «Ismen» als den direkten Kontakt und das Gespräch mit den Menschen. Die Gefahr, dass sich jemand radikalisiert, verringert sich durch die ständige Präsenz eines Imams.

**Sie haben im Februar anlässlich des Besuches von Bundesrätin Simonetta Sommaruga erklärt, dass es in der JVA Pöschwies keine radikalisierten Inhaftierten gibt. Trifft dieser Befund immer noch zu?**

Ja, ich habe bis heute keine Anzeichen von Radikalisierung festgestellt. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich jemand radikalisiert, ist übrigens nach meiner Ansicht draussen grösser. Hier drinnen haben die Gefangenen wenig

leere Zeit, da sie fast immer beschäftigt sind: Sie arbeiten, besuchen Kurse, machen eine Lehre, können Sport treiben oder anderen Freizeitaktivitäten nachgehen. Zudem haben sie keinen Zugang zu den sozialen Medien, die bei der Radikalisierung eine wichtige Rolle spielen.

**Durch die Fokussierung der öffentlichen Diskussion auf die Gefahr der Radikalisierung droht vergessen zu gehen, worin die eigentliche Aufgabe der Imame in Gefängnissen besteht. Was schliesst die religiöse Betreuung der muslimischen Gefangenen ein?**

Die religiöse Betreuung schliesst eine ganze Reihe von Aufgaben ein: Dazu gehören insbesondere die Leitung des Freitagsgebets und die Feier der islamischen Festtage, wie etwa des Festes des Fastenbrechens im Anschluss an den Ramadan oder des Opferfestes. Erwähnen möchte ich auch die Lektüre des Korans. Dabei ist es mir ein Anliegen, dass der jeweilige Text bezogen auf die heutigen Begebenheiten verstanden wird. Besonders wichtig sind ferner sowohl die seelsorgerlichen Gespräche als auch die Gespräche, in denen es um die Verarbeitung der Straftat und um die Ermütigung zu einem straffreien Leben geht.

# Gezielte Massnahmen gegen radikalisierte Straftäter im Justizvollzug

## KKJPD hat Empfehlungen erlassen

**Um der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch radikalisierte Straftäter im Justizvollzug entgegenzuwirken, hat die KKJPD sieben Empfehlungen erlassen. Sie betreffen namentlich die Risikoabklärung, die Schulung des Personals und der Religionsvertreter sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit. Verantwortlich für die Umsetzung der Empfehlungen sind das Schweizerische Kompetenzzentrum für Justizvollzug (SKJV) und die Kantone.**

Die von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) am 12. April 2018 erlassenen Empfehlungen stützen sich auf die Erkenntnisse des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP). Der am 24. November 2017 verabschiedete NAP sieht namentlich vor, dass die Instrumente

zur Risikoeinschätzung und zum Risikomanagement im Justizvollzug gestärkt werden sollen. Dazu hat eine Arbeitsgruppe des SKJV in der Folge ein Grundlagenpapier erarbeitet, das eine Bestandsaufnahme enthält und den Handlungsbedarf aufzeigt. Im Einzelnen empfiehlt die KKJPD:

### **Das Risiko abklären**

*Das SKJV soll aufzeigen, welche Screening- und Risikoabklärungsinstrumente bestehen und welche geeignet sind, um Tendenzen zur Radikalisierung und zum gewalttätigen Extremismus zu erkennen.*

Um dem gewalttätigen Extremismus wirksam vorbeugen zu können, muss der Justizvollzug eine diesem Typ von Delinquenz angepasste Risikoabklärung vornehmen, heisst es im Grundlagenpapier der Arbeitsgruppe. Dazu muss zuerst eine Übersicht über die bestehenden Screening- und Risiko-

abklärungsinstrumente geschaffen werden. Während erstere der Erkennung von Radikalisierungstendenzen – auch ausserhalb des Justizvollzugs – dienen, werden letztere im Justizvollzug bei verurteilten Straftätern eingesetzt, um das Risiko einer erneuten Gewalttat abzuschätzen. Stellt sich heraus, dass spezialisierte Instrumente die Risikobeurteilung gewährleisten oder zumindest verbessern könnten, sind die Validierung, der Erwerb und die Schulung solcher Instrumente voranzutreiben.

### **Die dynamische Sicherheit stärken**

*Das SKJV soll das Konzept der dynamischen Sicherheit in den Anstalten des Justizvollzugs stärken.*

Die qualitativ hochstehende Betriebsführung und die relativ geringe Grösse der Vollzugseinrichtungen in der Schweiz ermöglichen eine gute soziale Kontrolle. Diese sind

gemäss Grundlagenpapier essenziell, um der Propagierung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus im Freiheitsentzug entgegenzuwirken. Darüber hinaus bietet der auf Individualisierung ausgerichtete Schweizer Justizvollzug eine ausgezeichnete Ausgangslage für die Schaffung, Entwicklung und Stärkung eines vertrauensbildenden Betriebssystems. Ein solches System basiert auf dem Konzept der dynamischen Sicherheit, welches das Sammeln, Weiterleiten und den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen regelt und einen vertrauensvollen Umgang zwischen Anstaltsinsassen und Personal etabliert.

### Katalog von Interventionen

*Das SKJV soll einen Katalog von bewährten und empfohlenen Interventionen für den Umgang mit radikalisierten und extremistisch gewalttätigen Straftätern zusammenstellen.*

Interventionen, welche die betroffene Person mit ihrer gewaltlegitimierenden Einstellung konfrontieren, sollten gemäss Grundlagenpapier von geeigneten Experten übernommen werden. Es muss abgeklärt werden, welche Interventionen für die Abkehr von Gewalt sich im Justizvollzug bewährt haben und welche Fachstellen diese Interventionen anbieten. Die Arbeitsgruppe sieht überdies Bedarf für eine nationale Anlaufstelle, welche die Anliegen betreffend Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus im schweizerischen Justizvollzug koordinieren, die Entwicklung der Praxis und die Forschung fördern sowie Kontakte im In- und Ausland pflegen könnte.

### Aus- und Weiterbildung des Personals

*Das SKJV soll die Aus- und Weiterbildung des Justizvollzugspersonals für das Erkennen von und den Umgang mit Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus sicherstellen. Zudem sollen spezifische Aus- und Weiterbildungsangebote für Personen geschaffen werden, die im Justizvollzug für die religiöse Betreuung zuständig sind, auch wenn sie keiner staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft angehören.*

Im Umgang mit Radikalisierung und gewaltbereiten extremistischen Straftätern kommt dem Personal des Justizvollzugs eine Schlüsselrolle zu. Es sollte geschult werden,

die Zeichen einer Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und entsprechend handeln zu können. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe spielen auch die Religionsvertreter eine wichtige Rolle: Radikalisierte Straftäter verfügen nämlich oft über ein begrenztes religionsspezifisches Wissen, das sie von Personen beziehen, die extremistische und gewalttolerierende Interpretationen vertreten. Geschulte Religionsvertreter können dank ihres religionshistorischen Wissens dieses Gedankengut «dekonstruieren» und eine kritischere Weltanschauung vermitteln. Sie können unter Umständen auch Spannungen und Belastungen abbauen, mit denen gewaltbereite extremistische Straftäter zu kämpfen haben.

### Sicherheitsüberprüfung für Religionsvertreter

*Die Kantone sollen sicherstellen, dass für Religionsvertreter, die im Justizvollzug tätig sind und in regelmässigem, engen Kontakt mit inhaftierten Straftätern stehen, vorgängig eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt wird. Diese Religionsvertreter sollen zudem über eine justizvollzugsspezifische Aus- oder Weiterbildung verfügen.*

Im Justizvollzug sollen laut Grundlagenpapier nur Religionsvertreter tätig sein dürfen, die entsprechend qualifiziert sind. Zudem sollen Aus- und Weiterbildungsangebote geschaffen werden, die auch staatlich nicht-erkannten Religionsgemeinschaften offen stehen. Ferner sollen im Justizvollzug tätige Religionsvertreter eine spezifische Aus- oder Weiterbildung besucht haben, wie z.B. die Einführung in den Justizvollzug des SKJV.

### Den Informationsaustausch sicherstellen

*Die Kantone sollen einen geregelten und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den Justizvollzugsämtern, den Institutionen des Freiheitsentzugs und den Kantonalen Nachrichtendiensten (KND) sicherstellen.*

Um der Radikalisierung und dem gewalttätigen Extremismus wirksam vorbeugen zu können, muss die Zusammenarbeit zwischen den KND und dem Justizvollzug formalisiert werden, hält das Grundlagenpapier fest. Die Arbeitsgruppe erachtet es namentlich als wichtig, dass Richtlinien für den Informationsaustausch formuliert werden. Dabei sollen zum einen die erweiterte Meldepflicht

des Justizvollzugs gemäss Nachrichtendienstgesetz berücksichtigt werden; zum anderen sollen die Abgrenzung von nachrichtendienstlichen und kriminalpolizeilichen Informationen sowie datenschutzrechtliche Fragen geklärt werden.

### Bedrohungsmanagement aufbauen und stärken

*Die Kantone sollen sicherstellen, dass ein Kantonales Bedrohungsmanagement (KBM) aufgebaut bzw. gestärkt wird, dass Fälle von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus berücksichtigt werden und dass der Justizvollzug umfassend ins KBM eingebunden wird.*

Das KBM zur Gewaltprävention hat unter der Federführung der Polizei das Ziel, das Gefährdungspotential einzelner Personen und Gruppen frühzeitig zu erkennen, abzuklären und mithilfe geeigneter Interventionen multidisziplinär zu entschärfen. Aufgrund der klar definierten Struktur und Prozesse eignet sich diese interinstitutionelle Plattform für den Umgang mit Fällen von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus im Sanktionenvollzug, unterstreicht die Arbeitsgruppe. Als äusserst wichtig erachtet sie, dass die verstärkte Zusammenarbeit nicht die Trennung zwischen den Zuständigkeits- und Wirkungsbereichen der Polizei und des Justizvollzugs verwischt.

Darüber hinaus organisiert die KKJPD zusammen mit den Kantonen und den Strafvollzugskonkordaten einen Fachaustausch mit dem Bundesamt für Polizei (fedpol), der Bundesanwaltschaft und dem Bundesstrafgericht. Ziel dieses Austauschs ist es, alle Akteure bezüglich der Prozesse und Abläufe zwischen den verschiedenen Behörden und innerhalb des Justizvollzugs zu sensibilisieren sowie die Zusammenarbeit langfristig zu optimieren. Das SKJV wird im Herbst 2019 einen ersten Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen erstatten. (gal)

# Bedingte Entlassung: einheitliche und restriktive Praxis

## Zweiter Teil der Studie zu Art. 59 StGB und zur Verwahrung

**Jährlich werden nur durchschnittlich 10 Prozent der zu einer stationären Massnahme gemäss Art. 59 StGB verurteilten Personen bedingt entlassen. Und noch seltener bewilligen die Behörden die bedingte Entlassung aus der Verwahrung. Diese restriktive Bewilligungspraxis unterscheidet sich nur geringfügig je nach Strafvollzugskordat, wie aus dem zweiten Teil einer Studie hervorgeht.**

Aimée H. Zermatten und Thomas Freytag



Aimée H. Zermatten, Doktorandin an der Universität Freiburg, und Thomas Freytag, Vorsteher des Amts für Justizvollzug des Kantons Bern

Die bedingte Entlassung aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug erfolgt nicht, um dem inhaftierten Straftäter eine Gunst zu erweisen. Vielmehr ist die zuständige Behörde gemäss Strafgesetzbuch verpflichtet, ihn bedingt zu entlassen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Für den Straftäter stellt die bedingte Entlassung den letzten Schritt vor der endgültigen Entlassung dar. In diesem Sinn ermöglicht es die bedingte Entlassung, die verurteilte Person auf die Probe zu stellen und namentlich dank der Bewährungshilfe und Weisungen deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen.

Im ersten Teil unserer im November 2016 erschienenen Studie hatten wir die Kantone zur Praxis bei der bedingten Entlassung aus einer Freiheitsstrafe in den Jahren 2004 bis

2015 befragt (siehe #prison-info 1/2017). Der zweite Teil unserer Studie bezieht sich auf eine andere Art des Freiheitsentzugs: die Massnahmen. Dabei richtet sich der Fokus auf die Behandlung von psychischen Störungen (Art. 59 StGB) und die Verwahrung (Art. 64 StGB). Diese zwei Massnahmen werden unbefristet verhängt und so lange fortgeführt, bis der Täter die Voraussetzungen für eine Freilassung erfüllt. In dieser neuen Untersuchung sind wir den kantonalen Praktiken im Bereich der bedingten Entlassung aus diesen Massnahmen während eines Zeitraums von vierzehn Jahren (2004–2017) nachgegangen.

### Deutlich weniger ausgeprägte Unterschiede

Der erste Teil unserer Studie hatte ergeben, dass ein tiefer Röstigraben zwischen den

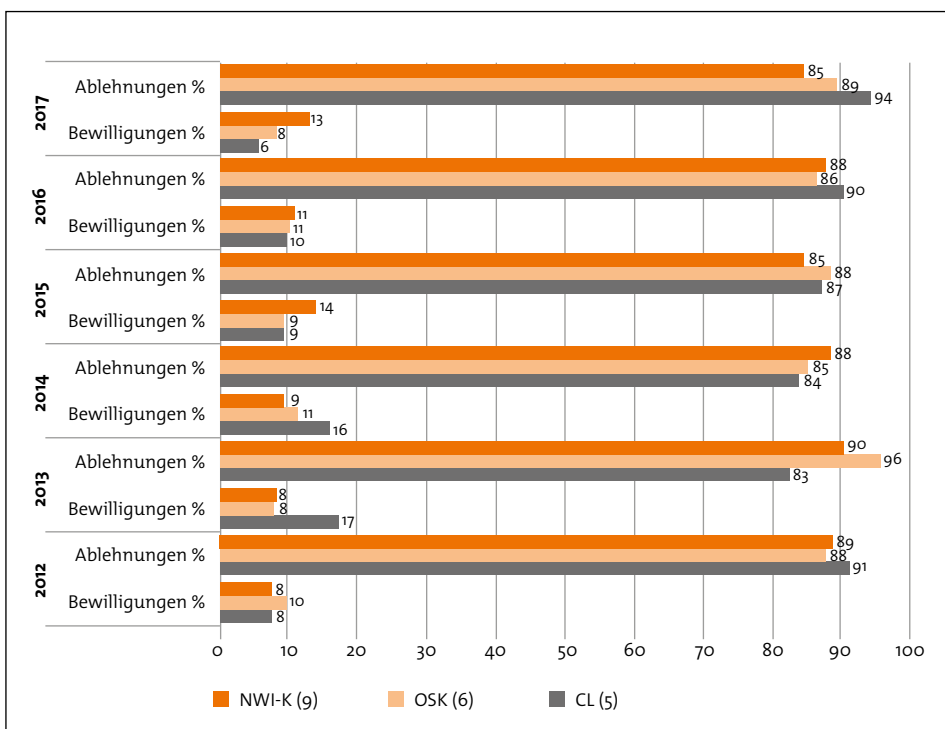


Abbildung 1: Anzahl Bewilligungen/Ablehnungen der bedingten Entlassung aus der Massnahme nach Art. 59 StGB nach Strafvollzugskordaten (2012–2017)

Kantone der West- und der Deutschschweiz besteht, denn die Westschweiz erwies sich als einiges strenger bei der Bewilligung der bedingten Entlassung aus dem Strafvollzug. In Bezug auf die bedingte Entlassung aus der Massnahme nach Artikel 59 StGB sind die Unterschiede zwischen den drei Strafvollzugskonkordaten deutlich weniger ausgeprägt. In den Jahren 2008–2017 (Antworten von 14 Kantonen) beläuft sich der Anteil im Konkordat der lateinischen Schweiz (Concordat latin, CL) auf 7 %, im Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz (NWI-K) auf 11 % und im Ostschweizer Konkordat (OSK) auf 8 % [Schweizer Durchschnitt: 9 %]. Für den Zeitraum von 2012–2017 (Antworten von 20 Kantonen) betragen die Zahlen 11 % (CL), 11 % (NWI-K) und 10 % (OSK) [Schweizer Durchschnitt: 10 %] und 2016–2017 (Antworten von 25 Kantonen) 9 % (CL), 9 % (NWI-K) und 9 % (OSK) [Schweizer Durchschnitt: 9 %]. Die Bewilligungsquoten für die Jahre 2016 und 2017 drei grosser vergleichbarer Kantone aus jedem Strafvollzugskonkordat – 3 % (BE), 7 % (VD) und 8 % (ZH) – bestätigen ebenfalls eine gewisse einheitliche Praxis.

### Art. 59 StGB: Bewilligungsquote von rund 10 %

Wie lässt es sich erklären, dass die Quote der bedingten Entlassungen aus der Massnahme nach Artikel 59 StGB jeweils rund 10 % beträgt, während sie für die Freiheitsstrafen wesentlich höher ist? Ein Vergleich der bedingten Entlassung aus diesen beiden strafrechtlichen Sanktionen in den Jahren 2014 und 2015 zeigt nämlich einen erheblichen Unterschied: 73 % Bewilligungen für die Freiheitsstrafe gegenüber 11 % für die Massnahme nach Artikel 59 StGB. Dieser Unterschied kann auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden.

Erstens wird eine Massnahme nur subsidiär angeordnet, d. h. wenn eine Strafe allein nicht geeignet ist, der Gefahr weiterer Straftaten des Täters zu begegnen. Die Zahlen des Bundesamts für Statistik weisen darauf hin, dass die Massnahme nach Artikel 59 StGB von 2014 bis 2016 in der Regel zusammen mit einer unbedingten Freiheitsstrafe angeordnet worden ist. Diese betrug in 16 % der Fälle weniger als 1 Jahr und in 46 % (also mehrheitlich) von 1 Jahr bis zu 3 Jahren. In 21 % der Fälle wurde eine unbedingte Freiheitsstrafe von 3 Jahren bis zu 5 Jahren verhängt und in 17 % eine unbedingte Freiheits-

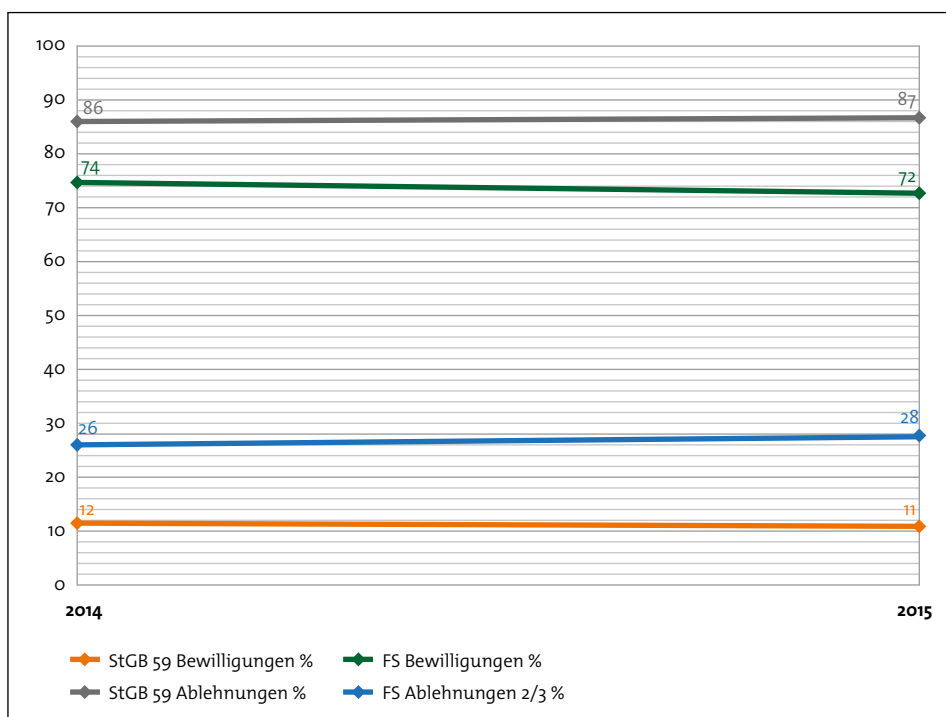


Abbildung 2: Bedingte Entlassungen aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe sowie aus dem Vollzug einer Massnahme nach Art. 59 StGB (2014–2015)

strafe von mehr als 5 Jahren. Zweitens ist das Verfahren bei der Prüfung der bedingten Entlassung nicht gleich. Während die Überprüfung der Freiheitsstrafe auf einen festen Termin (nach Verbüssung von zwei Dritteln) erfolgt, werden die Massnahmen jährlich überprüft.

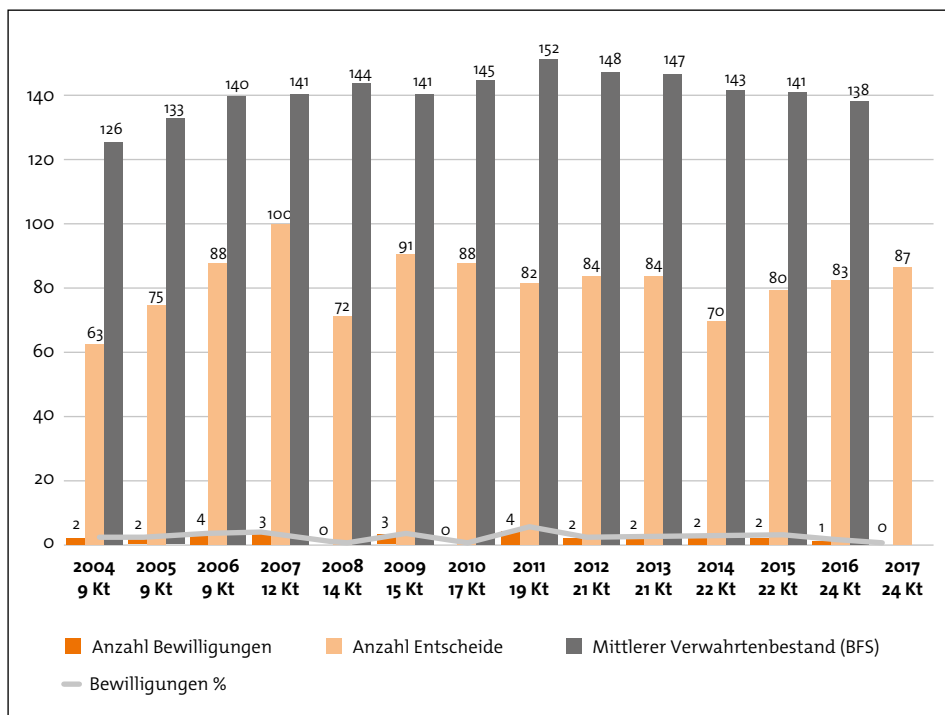
Drittens sind die Bedingungen für die Bewilligung der bedingten Entlassung aus der Massnahme nach Artikel 59 StGB strenger. Vorausgesetzt werden eine ausreichende Verringerung des Rückfallrisikos sowie eine positive Prognose zum künftigen Verhalten des Täters. Es muss mit anderen Worten eine hohe Wahrscheinlichkeit bestehen, dass sich der Täter in Freiheit bewähren wird (BGE 137 IV 201 E. 2.1). Für eine bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug hingegen darf die Prognose zum künftigen Verhalten des Täters lediglich nicht negativ ausfallen, d. h. es darf nicht anzunehmen sein, er werde weitere Verbrechen oder Vergehen begehen. Ausserdem bildet die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe die Regel und deren Verweigerung die Ausnahme (BGE 133 IV 201 E. 2.2). Anders als bei den Strafen werden mit der Massnahme nach Artikel 59 StGB (sowie mit der Verwahrung) schliesslich Täter sanktioniert, die eine schwere psychische Störung haben oder gefährlich

sind und meist ein wichtiges Rechtsgut wie das Leben oder die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität bedrohen.

### Verwahrung: noch restriktivere Praxis

Bei der Verwahrung sind die Kantone noch strenger: Zwischen 2004 und 2017 haben sie 27 Bewilligungen erteilt, was einem jährlichen Durchschnitt von 2 % entspricht. Betrachtet man die Anzahl der Entscheide im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl verwahrter Personen ist davon auszugehen, dass nicht jeder Verwahrte jährlich bei der Überprüfung der bedingten Entlassung einen Entscheid erhält. Diese Diskrepanz kann damit erklärt werden, dass die Ablehnung der bedingten Entlassung womöglich nicht in Form einer formellen Verfügung mitgeteilt wird, dass Ressourcen fehlen und dass die bedingte Entlassung aus der Verwahrung erst nach zwei Jahren zum ersten Mal geprüft wird.

Der geringe Anteil der bewilligten bedingten Entlassungen aus der Massnahme nach Artikel 59 StGB und der Verwahrung bestätigt, dass die behördliche Praxis gegenüber gefährlichen oder rückfallgefährdeten Tätern sehr restriktiv ist. Diese Feststellung wird zusätzlich dadurch untermauert, dass



die bedingte Entlassung aus der Verwahrung statistisch gesehen praktisch nur in ausserordentlichen Fällen bewilligt wird. Vor diesem Hintergrund lässt sich sagen, dass sich die ordentliche Verwahrung der lebenslänglichen Verwahrung angenähert hat. Damit stellt sich auch die Frage, wie notwendig und bedeutsam diese als letztes Mittel vorgesehene strafrechtliche Sanktion überhaupt ist?

Die geringe Anzahl der bewilligten bedingten Entlassungen lässt überdies vermuten, dass die Aufenthalte im Gefängnis oder in den spezialisierten Einrichtungen lange dauern. Diese Beobachtung wirft die Frage auf, ob für die Straftäter, die mehrheitlich unter psychischen Störungen leiden und womöglich im Gefängnis alt werden, genügend angemessene Einrichtungen und spezifische Programme zur Verfügung stehen?



Die ordentliche Verwahrung hat sich gemäss Studie der lebenslänglichen Verwahrung angenähert (Bild: Zelle eines Verwahrten in der Justizvollzugsanstalt Thorberg).  
Foto: Peter Schulthess (2006)

# Netzwerk, Plattform und Bindeglied

## Stabwechsel an der Spitze von *Freiheitsentzug Schweiz (FES)*

**Der Verein *Freiheitsentzug Schweiz (FES)* hat an seiner Generalversammlung vom 23. März 2018 Alain Broccard, Direktor des Gefängnisses La Croisée, zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Er folgt auf Marcel Ruf, Direktor der Justizvollzugsanstalt Lenzburg, der aus statutarischen Gründen nach achtjähriger Tätigkeit aus dem Vorstand ausscheidet. Beide unterstreichen die Bedeutung von FES als Netzwerk, Informationsplattform und Bindeglied zwischen den Sprachregionen.**

Der Verein *Freiheitsentzug Schweiz (FES)* wurde im Jahr 2010 gegründet und ist mit heute rund 80 Mitgliedern die grösste Fachvereinigung im Bereich des Justizvollzugs. Ihm gehören die Leiter und Leiterinnen der Institutionen des Freiheitsentzugs sowie Amtsleiter des Justizvollzugs an. Der Verein will die beruflichen und ethischen Interessen seiner Mitglieder wahren, die Aus- und Weiterbildung fördern sowie den Meinungsaustausch

über grundsätzliche Fragen und Entwicklungen des Freiheitsentzugs pflegen. Er will zudem seine Mitglieder sowie die Berufsgruppen, Institutionen und Behörden des Freiheitsentzugs untereinander vernetzen. Ferner beteiligt er sich mit Stellungnahmen an der öffentlichen Debatte über Fragen des Freiheitsentzugs.

### Neue Sichtweisen und Lösungswege

Marcel Ruf bezeichnet seine Tätigkeit im FES gegenüber #prison-info als «spannende und lehrreiche Zeit. Auch nach 18 Jahren Erfahrung im Vollzug hat mir die Breite der Ansprechpartner bei FES immer wieder neue Sichtweisen und Lösungswege aufgezeigt.» Der abgetretene Präsident betont zudem, dass es dank der starken Vernetzung über die drei Strafvollzugskonkordate einfach sei, bei Problemen in diesem Forum rasch eine Lösung zu finden. Er erachtet es ferner als besonders wichtig, dass die verschiedenen Gremien im Justizvollzug auch in Zukunft die Rolle der

Anstaltsleiter berücksichtigen und mit der «praxisorientierten Themen- und Informationsplattform FES» zusammenarbeiten.

Als «grosse Errungenschaft» würdigt Marcel Ruf die Neuerungen im Prüfungswesen: Letztes Jahr haben FES, die Konferenz der Kantonalen Leiter Justizvollzug (KKLJV) und das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) einen Verein gegründet, um die Trägerschaft für das Prüfungswesen im Bereich der höheren Berufsbildung für die Mitarbeitenden aus den Vollzugseinrichtungen zu übernehmen. Der von Ruf präsierte Verein erarbeitete die Statuten, die Leistungsvereinbarungen sowie die Prüfungsordnungen und Wegleitungen zu den eidgenössischen Fachprüfungen und schuf die Geschäftsstelle Prüfungswesen, die dieses Jahr ihre Tätigkeit aufgenommen hat.

### Ein nützlicher und wertvoller Verein

Alain Broccard, der seit 2015 dem Vorstand von FES angehört, unterstreicht, dass seine Mitgliedschaft es ihm ermöglicht hat, «verschiedene bereichernde Erfahrungen zu machen sowie die Akteure und Partner des Gefängniswesens besser kennenzulernen». Nach reiflicher Überlegung hat er sich für die Übernahme der Präsidentschaft entschieden, «um weiterhin für meine Ideale einzutreten, zum Fortbestand von FES beizutragen, die Berufe im Justizvollzug zu fördern und mich für unseren Auftrag einzusetzen».

Und er ergänzt: «Ich habe feststellen können, wie wertvoll und nützlich dieser Verein für unseren Tätigkeitsbereich ist. Er erlaubt unseren Mitgliedern, ein Netzwerk der Zusammenarbeit zu schaffen und enge freundschaftliche Beziehungen zu knüpfen. Er trägt zur ständigen Reflexion bei, wie die Betreuung der inhaftierten Personen optimiert werden kann, ohne dabei die Unterstützung der Mitglieder und die Arbeitsbedingungen des Strafvollzugspersonals zu vergessen. Da FES die Leiter und Leiterinnen der Institutionen des Freiheitsentzugs aus der ganzen Schweiz vereinigt, wirkt der Verein zudem als Bindeglied zwischen den Sprachregionen.» (gal)



Alain Broccard (links) löst Marcel Ruf als Präsident des Vereins *Freiheitsentzug Schweiz (FES)* ab. Foto: Peter Schulthess (2018)

# Strafe, Behandlung und Prävention sollen sich die Waage halten

## Interview mit Ronald Gramigna über gefährliche Straftäter

**Auf dem Nebeneinander von Strafe, Behandlung und Prävention beruht der schweizerische Straf- und Massnahmenvollzug, der sich gerade im Umgang mit gefährlichen Straftätern bewährt hat. Keinem der drei Prinzipien sollte der Vorrang vor den anderen eingeräumt werden, sagt Ronald Gramigna.**

**#prison-info: Sie haben sich kürzlich mit einem Kommentar in der NZZ an der heftig geführten Diskussion über gefährliche Straftäter beteiligt. Weshalb Ihre Wortmeldung?**

Ronald Gramigna: Nach meiner Ansicht haben verschiedene Wortmeldungen in den Medien einen eher widersprüchlichen und damit einen für den Straf- und Massnahmenvollzug eher nachteiligen Eindruck hinterlassen. Dies mag auch von den heftigen Emotionen herrühren, die der «Rupperswiler Mordfall» ausgelöst hat. Mein Anliegen war es, ein integratives Licht auf diese Diskussion über die Beurteilung und den Umgang mit gefährlichen Straftätern zu werfen, ich wollte eine Gesamtschau über dieses zunehmend komplexe Thema versuchen.

**Worauf ist die zunehmende Komplexität zurückzuführen?**

Ich sehe drei Gründe: Erstens sind heute die Sensibilität und Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft, der Medien und der Politik viel grösser. Zweitens sind die Ansprüche an die Mitarbeitenden im Straf- und Massnahmenvollzug in Bezug auf die Erkennung von Rückfall- und anderen Risiken deutlich gestiegen. Und drittens gelten höhere Anforderungen an die Sicherheit und an die Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Nun ist es für einen Rechtsstaat unabdinglich, dass das Strafrecht, die Strafjustiz und der Straf- und Massnahmenvollzug in der Zivilgesellschaft akzeptiert werden. Ob sie akzeptiert werden, hängt wesentlich von der gesellschaftlichen Wahrnehmung ab, die aber sehr wechselhaft ist und stark durch die Berichterstattung der Medien beeinflusst wird. Die verantwortlichen Akteure müssen sich deshalb ständig durch die Schaffung von Vertrauen in das geltende Strafsystem absichern.

**Einen Wendepunkt im Umgang mit Risiken stellt nach Ihrer Ansicht der «Mord am Zollikerberg» dar. Inwiefern?**

Vor 25 Jahren hat mit diesem Mord eine schweizweite Entwicklung im Straf- und Massnahmenvollzug eingesetzt, die bis heute andauert. Mit dem Bekenntnis des Kantons Zürich, dass er eine «moralische» Pflicht zur Haftung sehe, und mit der Zahlung von fast einer Million Franken an die Opferfamilie setzte der Staat ein deutliches Zeichen, dass er die Verantwortung für schwere Rückfälle von Straftätern übernimmt.

**Welche Folgen hatte dies für die Verantwortlichen des Straf- und Massnahmenvollzugs?**

Heute es ist für Aussenstehende kaum ersichtlich, unter welchem hohen Druck die Verantwortlichen des Straf- und Massnahmenvollzugs und auch ihre politischen Vorgesetzten stehen, die Entscheidungen über potentiell gefährliche Straftäter fällen müssen. Die Rückfallverhinderung ist zur Kardinalaufgabe der Resozialisierung geworden. Die zuständigen Behörden müssen beurteilen, ob der Täter eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellt. Sie müssen einerseits das Rückfallrisiko beurteilen und andererseits eine prognostische Aussage über künftiges Verhalten machen. Der präventive Aspekt ihrer Tätigkeit ist somit heute von zentraler Bedeutung. Dank ihrem Engagement und ihrer Kompetenz, aber auch dank den verbesserten Instrumenten zur Beurteilung von Rückfallrisiken gelingt es den Behörden, ihren Auftrag effizient auszuführen.



Ronald Gramigna ist Leiter des Fachbereichs Straf- und Massnahmenvollzug im Bundesamt für Justiz.

**Für Schlagzeilen sorgt allerdings nicht die Effizienz der Behörden, sondern wenn in Einzelfällen ein Fehler geschieht...**

Tatsächlich werden die Behörden kaum an ihrer wirksamen Arbeit gemessen, sondern am Einzelfall, in dem ein Täter trotz aller professionellen Beurteilung wieder rückfällig wurde. Diese Dynamik zeigt sich übrigens auch in anderen Bereichen. Je erfolgreicher ein Test oder ein Verfahren zur Früherkennung irgendeines Risikos wird, desto fataler wird der falsch beurteilte Einzelfall. Dann drohen mediale Anprangerung, Hetze, Administrativuntersuchungen und weitere einschneidende Massnahmen. Dies betrifft nicht nur den Straf- und Massnahmenvollzug, sondern auch die Gerichte und die forensische Psychiatrie, die sich ebenfalls mit Prognosen und Rückfallrisiken von Straftätern auseinandersetzen.

**Die zunehmend komplexe Beurteilung gefährlicher Straftäter erfordert auch mehr Interdisziplinarität. Welche Probleme stellen sich dabei?**

Es ist relativ einfach, interdisziplinäre Netzwerke zu bilden; viel schwieriger ist es jedoch, mit den Auswirkungen dieser Vernetzung umzugehen. Dies zeigt sich besonders auch im Straf- und Massnahmenvollzug. Denn interdisziplinäre Netzwerke stehen per se in einem gewissen Spannungsfeld zum Prinzip der Gewaltenteilung und zu hierarchischen Systemen, da sie nicht als Silo funktionieren und auch nicht hierarchisch organisiert sind. Theoretisch sind gewisse Entscheidprozesse und Kompetenzen klar definiert und voneinander abgegrenzt. Praktisch verschwimmen aber zuweilen die Grenzen: Werden Gutachter manchmal nicht auch automatisch ein wenig zu Richtern? Oder müssen Richter bisweilen Psychiater sein? Sind Vollzugsbehörden von ihrer Aufgabe her auch Gerichte oder Psychiater oder gar alles miteinander? Dieses rollenübergreifende Handeln ist eine unausweichliche Folge der Interdisziplinarität, es ist aber vor allem auch Ausdruck des Bestrebens, zum Wohl der Gesellschaft zu handeln und einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis gerecht zu werden.

**Sie haben in Ihrem Kommentar auf verschiedene Sprachen und Logiken hingewiesen. Was ist darunter zu verstehen?**

Zunächst erscheint es einfach: Der böse Mensch wird bestraft, der kranke Mensch

wird behandelt und der gefährliche Mensch wird gesichert und überwacht. Was aber, wenn sich die drei Kategorien überlappen oder gar decken? Und wenn sich dazu noch verschiedene Sprachen und Verständnisweisen mischen? Das Strafgesetzbuch und die Verantwortlichen des modernen Straf- und Massnahmenvollzugs versuchen, diese drei Kategorien zu beachten und zu strukturieren: Die Strafe soll den Schuld-, Rache- und Sühneansprüchen gerecht werden und die Massnahmen sollen die Behandlung und Sicherung berücksichtigen.

**Und inwiefern wird es kompliziert?**

Auch hier kommt es zwangsläufig zu Überschneidungen und Verwischungen. Auch ein Täter, der nur eine Strafe erhält, muss heute an seiner Persönlichkeit arbeiten, damit er nicht mehr rückfällig wird. Ob das nun Therapie genannt wird oder nicht, erscheint zweitrangig. Und bei der Verwahrung wird deutlich, dass diese Massnahme – nicht nur im Volksempfinden, sondern für alle Akteure und Betroffenen – einen stark strafenden Aspekt beinhaltet. Zudem werden im strafenden Anteil moralische Kategorien deutlich, dass heisst es treffen sich verschiedene Logiken.

**Können Sie dies an einem Beispiel veranschaulichen?**

Die Qualifizierung eines Tötungsdeliktes als Mord setzt gemäss Strafgesetzbuch ein skrupelloses Handeln voraus. Den Gerichten fällt es dabei zu, die Skrupellosigkeit zu qualifizieren. Das medizinische Denken und Handeln wiederum geht vom Krankheitsbegriff aus und spricht von Patienten (wörtlich: den Leidenden) und deren Therapie (wörtlich: Heilung). Und das Risikodenken und das präventive Handeln konzentrieren sich schliesslich nicht auf moralische oder medizinische Kategorien, sondern nüchtern und pragmatisch auf Fragen der Risikobeurteilung und Sicherung.

**Der gleiche Täter wird also aus drei verschiedenen Blickwinkeln betrachtet?**

Ja, der gleiche Straftäter kann einen – moralisch betrachtet – verwerflichen Charakter haben, aber auch behandlungsbedürftig sein, da er – medizinisch betrachtet – an einer Krankheit oder Störung leidet. Zudem kann er – präventiv betrachtet – eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, wenn er

möglicherweise wieder in Freiheit kommt. Er wird aufgrund unterschiedlicher Verständnissen und Logiken beurteilt. Dass auf Grund dieser Diversität der Wunsch entsteht, entweder alles in einer allumfassenden Sprache, einer Logik und einem System zu komprimieren oder aber alles «sauber» zu trennen und voneinander abzugrenzen, ist verständlich und nachvollziehbar. Doch dies kann kaum gelingen und es wäre weder wünschenswert noch sinnvoll.

**Weder Komprimierung noch Trennung: was dann?**

Ein Nebeneinander der drei Prinzipien ohne Vorrang eines einzelnen macht Sinn. Und besonders macht es Sinn, auch darauf zu achten, dass nicht ein einzelnes dieser Prinzipien die Deutungshoheit über die andern erlangt. Der strafende, der behandelnde und der präventive Aspekt sollen sich einigermassen die Waage und auch gegenseitig in Schach halten. Komplexität lässt sich nun einmal nicht reduzieren, indem man sie in Einzelteile zu zerlegen versucht und einem dieser Teile das Primat über die anderen überträgt. Auf diesem Nebeneinander beruht der schweizerische Straf- und Massnahmenvollzug, der sich gerade im Umgang mit gefährlichen Tätern sehen lassen kann und keinen internationalen Vergleich zu scheuen braucht. (gal)

# Kinder und Jugendliche sind heute bei der ersten Fremdplatzierung älter

## Forschungsergebnisse stellen die Institutionen vor Herausforderungen

**Kinder und Jugendliche sind heute bei ihrer ersten Platzierung in einem Heim älter als noch vor fünf bis zehn Jahren und bringen komplexere Belastungen mit. Dies hat ein Forschungsteam der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel in einer Analyse der anonymisierten und verschlüsselten Daten von 467 Kindern und Jugendlichen in Heimen festgestellt.**

Im Rahmen von Equals, einem gemeinsamen Projekt von Integras und der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik der UPK Basel, werden in 23 Heimen in der Deutschschweiz seit 2011 regelmässig Daten von Kindern und Jugendlichen erhoben und ausgewertet. Das computergestützte Instrument Equals ermöglicht es, die psychische Gesundheit dieser jungen Menschen und deren Verlauf abzuklären und zu dokumentieren. Während vor 2010 Kinder bei einer Erstplatzierung in einem Heim noch durchschnittlich 9 Jahre alt waren, folgte 2010 bis 2011 ein steiler Anstieg auf fast 13 Jahre, wie *Integras - Fachverband für Sozial- und Sonderpädagogik* in einer Medienmitteilung schreibt. Heute sind die Kinder und Jugendlichen bei ihrer erstmaligen Platzierung im Heim im Schnitt fast 15 Jahre alt und bringen beim Heimeintritt komplexere Belastungen mit.

### Oft in einer massiven Krise

Die Analyse der Daten bestätigt, was die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendheime schon seit längerem in ihren Einrichtungen mit Sorge beobachten: «Die Jugendlichen werden immer später platziert. Sie kommen oft in einer massiven Krise zu uns, das stellt unser Personal vor grosse Herausforderungen», wird Christoph Weber, Co-Leiter der Wohngruppen Sennwald, in der Medienmitteilung zitiert. Auch Nicole Wolschendorf, Leiterin der Wohngruppe rose in Heiden AR, bemerkt: «Wir haben vermehrt Anfragen für deutlich ältere Jugendliche mit schwierigeren Problematiken. Diese Jugendlichen sind mit

18 oft noch nicht bereit für die Selbstständigkeit. Dann müssen wir im Einzelfall jeweils eine Lösung finden», und zwar gelte dies in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den jungen Erwachsenen, auf die Finanzierung und die Zusammenarbeit mit den Angehörigen.

### Ambulant vor stationär

In vielen Kantonen wird in der Kinder- und Jugendhilfe die Praxis «ambulant vor stationär» als Richtlinie verfolgt, mit dem Ziel Kosten zu senken. Gabriele Rauser, Geschäftsführerin von Integras, sagt dazu: «Dass vor einer Platzierung ambulante und flexible Hilfen, wie sozialpädagogische Familienbegleitungen, geprüft werden, ist grundsätzlich eine positive Entwicklung. Wenn die Fremdplatzierung eines Kindes jedoch nicht aus fachlichen Überlegungen, sondern aus Kostengründen hinausgezögert wird, kann es für das Kind gefährlich werden.» Und Daniela Luraschi, Leiterin des kantonalen Schulheims Gute Herberge in Riehen, ergänzt: Werde «ambulant vor stationär» dogmatisch praktiziert, könne dies zu Misserfolgserlebnissen der betroffenen Kinder und deren Familien führen, die letztendlich auch den Erfolg einer stationären Unterbringung gefährdeten.

### Mehr Ängste und Depressionen

Drei von fünf Kindern und Jugendlichen aus den Institutionen gaben in den Befragungen Schwierigkeiten an, die bei den Gleichaltrigen ausserhalb der Institutionen nur selten und/oder weit weniger gross sind. In den letzten Jahren haben internalisierende Belastungen wie Ängste und depressive Verhaltensweisen bei diesen Kindern und Jugendlichen zugenommen, heisst es in der Medienmitteilung weiter. Auch Marc Schmid, leitender Psychologe der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik der UPK Basel, beurteilt diese Entwicklung aus entwicklungspsychologischer und kinder- und jugendpsychiatrischer Perspektive als problematisch: «Ein höheres Eintrittsalter führt dazu, dass die sozialpäd-

agogischen Fachkräfte mit den schwierigen Themen von Heranwachsenden konfrontiert werden, bevor sich eine stabile Beziehung etablieren konnte. Gerade bei hoch belasteten Jugendlichen kann dies auch eine unmittelbare Auseinandersetzung mit ausserordentlich heftigen Krisen bedeuten, welche die Handlungssicherheit der Beteiligten besonders herausfordern können».

### Zwei Herausforderungen

Insgesamt stellt die zunehmend spätere Platzierung die Institutionen gemäss Integras vor mindestens zwei Herausforderungen:

1. Wenn die Kinder und Jugendlichen zum Zeitpunkt des Eintritts im Schnitt immer älter werden, so wird für viele auch die Aufenthaltsdauer bedeutend kürzer. Es bleibt weniger Zeit, Beziehungen aufzubauen, die Aufträge der zuweisenden Behörden umzusetzen und die Kinder und Jugendlichen auf die Selbstständigkeit vorzubereiten. Damit geht die Frage einher, ob althergebrachte, an die Institutionen herangetragene Erwartungen bezüglich der Wiedereingliederung in die Gesellschaft noch als realistisch einzustufen sind.
2. Wenn die Kinder und Jugendlichen heute vermehrt andere psychische Belastungen zeigen als früher, kann dies bedeuten, dass nicht mehr ganz alle Vorstellungen, Konzepte und Versorgungsstrukturen, die sich früher bewährt haben, den Problemlagen der Kinder und Jugendlichen auch heute noch gerecht werden. (Red.)

**Kinder und Jugendliche sind heute bei ihrer ersten Platzierung in einem Heim (Bild: Waisenhaus Basel) älter als noch vor fünf bis zehn Jahren und bringen komplexere Belastungen mit.**

Foto: Peter Schulthess (2017)



# Die Beziehung in der Krise aufrechterhalten

## Gewaltextremismus im Fokus des Weltkongresses zum Jugendstrafrecht

**Die bewährten Grundsätze der Betreuung von Jugendlichen können auch im Fall von Gewaltextremismus erfolgreich angewendet werden. Dies hat Bernardo Stadelmann, Vizedirektor im Bundesamt für Justiz, am Weltkongress zum Jugendstrafrecht 2018 in Paris unterstrichen. #prison-info hat die Kernpunkte seines Referates in Form von Fragen und Antworten zusammengefasst.**



Bernardo Stadelmann ist Vizedirektor im Bundesamt für Justiz und Leiter des Direktionsbereichs Strafrecht.

### #prison-info: Wie gross ist die Bedrohung durch den Gewaltextremismus in der Schweiz?

Bernardo Stadelmann: Gemäss Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft gibt es zurzeit rund 60 Personen, welche die Sicherheit des Landes gefährden können. Es handelt sich mehrheitlich um junge Männer zwischen 17 und 19 Jahren mit meist ausländischen Wurzeln, die hauptsächlich von der Sozialhilfe leben und häufig im Besitz von Pornografie sind. Diese Jugendlichen haben vieles mit zahlreichen anderen Heranwachsenden gemeinsam: Sie suchen ihre Identität, stecken in einer Lebenskrise, haben sich von ihrer Familie entfremdet, befinden sich in einer prekären finanziellen Situation oder sind ohne Lebensperspektiven.

### Nicht alle Jugendliche, die in einer Identitätskrise stecken, begehen aber Straftaten ...

Wenn diese Jugendlichen strafbare Handlungen begehen, wird sie ein Gericht zu einer Strafe verurteilen. Je nach ihrem Alter und nach der Schwere des Delikts kann die Sanktion eine Freiheitsstrafe sein. Bei Bedarf hat das Gericht zudem die Möglichkeit, eine stationäre Massnahme anzuordnen. In diesem Fall wird der Vollzug der Strafe zugun-

ten der Massnahme aufgeschoben und der Jugendliche wird in einer Erziehungseinrichtung platziert.

### Welche Akzente setzt man in der Erziehungseinrichtung?

Dank der Arbeit und der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte wurden die pädagogischen Methoden laufend angepasst. Die Ziele der Massnahme sind allerdings die gleichen geblieben: Es geht darum, das Selbstwertgefühl zu stärken, Beziehungen anzubieten, die Identität durch die Eröffnung von Perspektiven zu fördern, die familiären Beziehungen zu stärken sowie Schritte zur Selbstständigkeit und zur Übernahme von Verantwortung zu unterstützen. Neu ist, dass sich die Sozialpädagogik bewusst geworden ist, dass die durch extremes Verhalten auffallenden Jugendlichen oft von allen Seiten unter Druck stehen: von Eltern, Lehrern und Lehrerinnen, Ihresgleichen und selbst Erziehungsfachleuten. Angesichts dieses Phänomens beschäftigen sich die Erziehungseinrichtungen zunehmend damit, wie man diesen Druck wegnehmen kann, und die Jugendlichen vor allem in ihrer eigenen Entwicklung und ihren eigenen Zielen unterstützen kann. Die persönlichen Bedürfnisse des Jugendlichen

stehen im Mittelpunkt und nicht die Taten, die er begangen hat.

### Welche Rolle spielen die Eltern?

Der Einbezug der Eltern ist unerlässlich. Für die Jugendlichen ist es sogar wichtig, dass sich jemand um ihre Eltern kümmert. Dieser Aspekt ist für viel mehr Jugendliche als man denkt wesentlich! Die Eltern bleiben immer die Eltern. Sie kennen die Jugendlichen am besten und begleiten sie weiterhin während ihres ganzen Lebens. Dies bedeutet auch, dass die Eltern befugt und eingeladen sind, an allen Entscheidungen teilzunehmen. Um die Teilnahme der Heranwachsenden und der Eltern zu ermöglichen, muss die Sprache der Fachleute auch einfach sein. Deshalb müssen die Erziehungsfachleute – wie auch die Anwälte und Anwältinnen sowie die Richter und Richterinnen – kontinuierlich ihre Kommunikation überdenken.

### Welche weiteren Anforderungen müssen die Erziehungsfachleute erfüllen?

Die Beziehungsarbeit ist zum Kern der Sozialpädagogik geworden. Dieser Punkt ist nicht völlig neu, erfordert aber oft, weiterzugehen als in der gegenwärtigen Berufspraxis: Oftmals muss man sich persönlich engagieren, sich in seiner Arbeit loyal erweisen und fähig sein, sich selber und seine eigenen Werte in Frage zu stellen. Es ist wesentlich, dass der von einer Erziehungseinrichtung betreute Jugendliche – unabhängig von den Schwierigkeiten, die ihn hierher geführt haben – auf integre und authentische Erwachsene trifft. Dies sagen die Jugendlichen selbst, wenn man sie nach dem gewünschten Profil der Erziehungsfachleute befragt.

### Welche Herausforderungen stellen sich heute?

Wir müssen eine nicht strafende Pädagogik anbieten, die nicht mit dem Ausschluss droht. Eine Pädagogik, die das abweichende Verhalten als Ausdruck von Leiden betrachtet und dieses Verhalten lösungsorientiert und nicht abstrafend angeht, ist zwingend nötig. Die Aufrechterhaltung der Beziehung in der Krise ist ein entscheidender Erfolgsfaktor.

### Was bedeutet dies für die Praxis?

Um mit den Jugendlichen individuell arbeiten zu können, müssen die Erziehungseinrichtungen zum Teil althergebrachte Schemata anpassen. Auch strukturelle Änderungen



Die «Mauern» müssen durchlässiger werden: Eltern sollen wann immer möglich Zugang zur Einrichtung haben.  
Foto: Peter Schulthess (2017)

sind nötig; es geht darum, den Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Einrichtungen müssen an 365 Tagen im Jahr offen sein. Die Jugendlichen müssen entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen und den Verhältnissen im Herkunftsmilieu im Heim bleiben oder nach Hause gehen können. Ein vorgefertigtes, an Wochenenden oder Schulferien orientiertes Schema widerspricht dem zutiefst. Die «Mauern» müssen durchlässiger werden: Eltern und Angehörige sollen wann immer

möglich Zugang zur Einrichtung haben. Sie dürfen und sollen sich auch im Heimalltag beteiligen und/oder bestimmte Aufgaben übernehmen. In der Schweiz sind wir unterwegs zu dieser neuen Kultur – es bleibt aber noch Arbeit zu tun! (Red.)

Das Referat von Bernardo Stadelmann ist auf der Website des BJ (Aktuell/Reden&Interviews) abrufbar ([www.bj.admin.ch](http://www.bj.admin.ch)).

# Aus dem Parlament

## Landesverweisungen im Blickpunkt

Sollte sich zeigen, dass bei den Landesverweisungen die Praxis der Strafbehörden dem vom Parlament gewünschten Ausnahmecharakter der Härtefallklausel nicht Rechnung trage, könne sich eine Gesetzesrevision aufdrängen. Dies hält der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Interpellation «Konsequenter Vollzug der Landesverweisung» (17.4201) fest. In der Diskussion im Ständerat über die am 1. Oktober 2016 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen über die strafrechtliche Landesverweisung warnte Bundesrätin Simonetta Sommaruga aber vor Schnellschüssen. Sie bat das Parlament, «sich im Sinne einer verlässlichen Gesetzgebung eine Rechtsprechung entwickeln zu lassen und genügend Zahlen zu sammeln, um auch die richtigen Schlüsse zu ziehen».

Man wisse noch nicht, wie viele Personen eine Katalogtat begangen haben, in wie vielen Fällen die Härtefallklausel angewendet worden sei und ob eher die Gerichte oder die Staatsanwälte die Härtefallklausel angewendet hätten, betonte Bundesrätin Sommaruga. Man müsse die [inzwischen publizierte] Statistik des Bundesamtes für Statistik abwarten, die allerdings noch nicht alle gestellten Fragen werde beantworten können. Man befinde sich in einer Übergangsperiode und könne noch nicht abschliessend sagen, auf welcher Höhe sich die Zahl der Landesverweisungen einpendeln werde. Der Bundesrat verfolge diese Entwicklung sehr aufmerksam, versicherte sie.

## Differenziertes Prüfungsintervall bei Verwahrungen

Das Parlament hat den Bundesrat aufgefordert, das Strafgesetzbuch so anzupassen, dass die zuständige Behörde erst wieder nach drei Jahren oder auf begründeten Antrag eine bedingte Entlassung zu prüfen hat, wenn bei

einem Straftäter das jährliche Gutachten zur Prüfung einer bedingten Entlassung dreimal in Folge negativ ausgefallen ist. Es hat in der Frühjahrssession 2018 (Ständerat) bzw. in der Herbstsession 2017 (Nationalrat) die Motion «Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung» (17.3572) angenommen. Auch der Bundesrat hatte die Annahme der Motion beantragt. Die Überprüfung der Verwahrung ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden: Berichte zu verfassen, Gutachten zu erstellen und Entscheide zu treffen, benötigt viel Zeit. Deshalb soll auch nach Ansicht des Bundesrates ein unnötiger und unzweckmässiger Aufwand soweit wie möglich vermieden werden.

## Anspruch auf ärztliche Betreuung

«Menschen in Haft haben Anspruch auf eine einwandfreie ärztliche Betreuung. Der Staat hat sie in Gewahrsam genommen und damit hat er auch eine besondere Verantwortung für ihre Gesundheit», erinnert der Bundesrat in seiner Antwort zur Frage «Werden aus Gefängnissen bald Schönheitskliniken?» (18.5033) von Nationalrätin Verena Herzog. Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention verringerten die Risiken der Krankheitsübertragung und seien darum gerade aus Sicht der öffentlichen Gesundheit auch im Freiheitsentzug von Bedeutung, führt er weiter aus. Gesunde Haftentlassene hätten zudem bessere Chancen auf eine gelungene Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

## Inhaftierte ohne Kranken- versicherung

Der Bundesrat hat davon Kenntnis, dass sich in Anstalten des Freiheitsentzuges inhaftierte Personen aufhalten, die keinen Wohnsitz in

der Schweiz haben und deshalb nicht krankenversichert sind. Damit bestehe die Gefahr, dass die gesundheitliche Versorgung nicht in allen Fällen angemessen gewährleistet sei. Diese Problematik werde gegenwärtig von einer Arbeitsgruppe näher analysiert, schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation «Gesundheit im Gefängnis. Wie kann die notwendige Versorgung nicht versicherter Personen garantiert werden?» (18.3129) von Nationalrätin Lisa Mazzone.

Es liege nicht in der Kompetenz des Bundes, Standards zur Gesundheitsversorgung in Haft festzulegen, hält der Bundesrat fest. Er verweist jedoch auf «bestehende Mechanismen, die auf eine einwandfreie Gesundheitsversorgung für alle inhaftierten Personen abzielen». Dazu zählten namentlich die von den Kantonen erlassene Empfehlung zur Harmonisierung der Gesundheitsversorgung im schweizerischen Freiheitsentzug, die von den Kantonen getragene Organisation Santé Prison Suisse sowie die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF). Die NKVF überprüfe die Einhaltung der Rechte von Personen im Freiheitsentzug, wozu auch eine angemessene Gesundheitsversorgung gehöre.



**Der Bundesrat hat daran erinnert, dass Menschen in Haft Anspruch auf eine einwandfreie ärztliche Betreuung haben (Bild: Konsultationszimmer in der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel ZG). Es liegt allerdings nicht in der Kompetenz des Bundes, Standards zur Gesundheitsversorgung in Haft festzulegen. Foto: Peter Schulthess (2016)**

# Nachträgliche Anordnung der therapeutischen Massnahme war nicht zulässig

## Die Schweiz hat die EMRK verletzt

**Weil gestützt auf zwei nicht hinreichend aktuelle Gutachten nachträglich eine stationäre therapeutische Massnahme angeordnet und der Straftäter in einer ungeeigneten Einrichtung platziert wurde, hat die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzt. Dies hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Urteil vom 9. Januar 2018 festgehalten.**

Das Strafgericht des Kantons Basel-Stadt hatte den Beschwerdeführer am 27. Mai 2005 wegen Raub, Gefährdung des Lebens und weiteren Delikten zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt. Im Verlauf des Strafvollzugs wurde gestützt auf Berichte des Gefängnisdirektors und psychiatrische Gutachten aus den Jahren 2008 und 2010 eine paranoide und narzisstische Persönlichkeitsstörung diagnostiziert, die bereits zur Zeit der Tatbegehung bestand. Da sich der Beschwerdeführer einer Behandlung verweigerte, stuften die Gutachten seine Gefährlichkeit und das Rückfallrisiko als hoch ein.

Die für den Strafvollzug zuständige kantonale Behörde beantragte deshalb beim Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben seien, um nachträglich eine Verwahrung oder eine stationäre therapeutische Massnahme

anzuordnen. Am 6. Mai 2011 ordnete das Appellationsgericht die nachträgliche Verwahrung des Beschwerdeführers an. Am 30. Januar 2012 befand das Bundesgericht, dass die Anordnung der Verwahrung nicht verhältnismässig sei und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Nach der Anhörung einer Psychiaterin am 6. November 2011 ordnete das Appellationsgericht am 22. August 2012 eine stationäre therapeutische Massnahme an und schob den Vollzug der Reststrafe auf. Eine Beschwerde gegen das Urteil wies das Bundesgericht am 28. Mai 2013 ab.

Die vom Appellationsgericht angehörte Psychiaterin hatte unter anderem festgehalten, dass einzig die Strafanstalten Thorberg oder Pöschwies über geeignete Plätze zur Behandlung des Beschwerdeführers verfügten. Dennoch wurde der Beschwerdeführer weiterhin in der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel platziert. Vor dem EGMR rügte er eine Verletzung von Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und Artikel 7 EMRK (Keine Strafe ohne Gesetz) sowie des Artikels 4 des Protokolls Nr. 7 zur EMRK (Recht wegen derselben Strafsache nicht zweimal vor Gericht gestellt oder bestraft zu werden).

### Übermässige Zeitspanne

In seinem in allen Punkten einstimmig ergangenen Urteil vom 9. Januar 2018 hielt der

EGMR fest, dass die therapeutische Massnahme sieben Jahre nach der ursprünglichen Verurteilung, kurz vor der Entlassung des Beschwerdeführers, angeordnet worden war. Es beurteilte die Zeitspanne zwischen den psychiatrischen Gutachten in den Jahren 2008/2010 und der Anordnung der Massnahme im Jahr 2012 als übermässig. Weiter wies der EGMR darauf hin, dass die angehörte Psychiaterin auf geeignete Therapieplätze hingewiesen hatte, der Beschwerdeführer jedoch nicht umplatziert worden war. Nach dem innerstaatlichen Recht müsse ferner eine Massnahme aufgehoben werden, wenn keine passende Einrichtung bestehe. Aus diesen Gründen sei der Freiheitsentzug aufgrund des Urteils vom 22. August 2012 nicht mit den Zielen der ursprünglichen Verurteilung vereinbar und damit das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 5 EMRK) verletzt worden.

### Keine Verletzung in zwei weiteren Punkten

Weiter führte der EGMR aus, dass zur Zeit der Tatbegehung das Gericht gestützt auf das damals geltende Strafgesetzbuch eine Massnahme gegen geistig Abnorme hätte anordnen können. Die in der Folge angeordnete stationäre therapeutische Massnahme sei zwar als Strafe anzusehen, die indessen nicht schwerer ist als jene, die zum Zeitpunkt der

Tatbegehung hätte verhängt werden können. Deshalb sei der Grundsatz «Keine Strafe ohne Gesetz» (Art. 7 EMRK) nicht verletzt worden.

Schliesslich wies der EGMR darauf hin, dass sich die Neuurteilung des Geisteszustandes des Beschwerdeführers auf neu bekannt gewordene Tatsachen gestützt habe. Die Anpassung des ursprünglichen Urteils sei in analoger Anwendung der Regeln über die Revision erfolgt. Demzufolge sei das Recht wegen derselben Strafsache nicht zweimal vor Gericht gestellt oder bestraft zu werden (Art. 4 Protokoll Nr. 7 zur EMRK) nicht verletzt worden.

#### **Nachträgliche Anordnung kann zulässig sein**

Das Urteil vom 9. Januar 2018 ist endgültig, da beide Parteien auf ein Gesuch um Neuurteilung durch die Grosse Kammer verzichtet haben. Auf Anfrage von #prison-info erklärt Frank Schürmann, Vertreter der Schweiz

vor dem EGMR, das Urteil sei in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zum einen anerkenne der EGMR, dass die nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme zulässig sein könne, wenn ein kausaler Zusammenhang zur ursprünglichen Verurteilung und damit auch zur Straftat bestehe. Zum anderen verstosse die Anordnung einer stationären Massnahme auf dem Weg der Revision gemäss EGMR weder gegen das Gebot «Keine Strafe ohne Gesetz» noch gegen das Recht wegen derselben Strafsache nicht zweimal vor Gericht gestellt oder bestraft zu werden.

Und wie lange gilt gemäss Urteil ein Gutachten als hinreichend aktuell? Der EGMR habe die Zeitspanne von mehr als zwei Jahren bzw. fast vier Jahren zwischen den psychiatrischen Gutachten und der Anordnung der Massnahme als übermässig bezeichnet. Er habe auf zwei frühere Urteile verwiesen, so Schürmann weiter, in denen er anderthalb Jahre als übermässig lange Zeitspanne

bezeichnet habe. Aus welchen Gründen der EGMR – anders als das Bundesgericht – bei der Beurteilung der Aktualität der neun Monate vor Anordnung der Massnahme erfolgten Anhörung der Psychiaterin keine Bedeutung beigemessen habe, gehe aus dem Urteil nicht hervor.

Das Urteil Kadusic gegen die Schweiz (43977/13) ist abrufbar auf [www.echr.coe.int](http://www.echr.coe.int).



**Die Schweiz hat zwar im Fall Kadusic die EMRK verletzt. Der EGMR (Bild) anerkennt aber, dass die nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme zulässig sein kann.**

# Hohe Hürden für die lebenslängliche Verwahrung

## Urteil des Bundesgerichts im Fall des Mörders von Marie

**Das Bundesgericht hat in seinem Urteil vom 26. Februar 2018 die lebenslängliche Verwahrung für den Mörder Maries aufgehoben, weil nicht zwei Gutachter Claude D. als «dauerhaft untherapierbar» eingestuft haben. Hingegen bestätigte es die lebenslängliche Freiheitsstrafe.**

Claude D. war 2000 wegen Mordes sowie weiterer Delikte zu einer Zuchthausstrafe von 20 Jahren verurteilt und 2012 bedingt entlassen worden. Ab März 2013 stand der Täter in Kontakt mit der 19-jährigen Marie. Am 13. Mai 2013 suchte er sie an ihrem Arbeitsplatz in Payerne auf und zwang sie in sein Auto. In der Nacht auf den 14. Mai 2013 erdrosselte er die junge Frau. 2016 verurteilte ihn das Kriminalgericht des Bezirks de la Broye et du Nord vaudois wegen Mordes, Freiheitsberaubung und Entführung, sexueller Nötigung und weiterer Delikte zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Weiter ordnete es seine lebenslängliche Verwahrung an. Das Waadtländer Kantonsgericht bestätigte den Entscheid 2016.

### Keine «lebenslange» Prognose

Bezüglich der lebenslänglichen Verwahrung hiess das Bundesgericht die Beschwerde von Claude D. gut, weil die gesetzlichen Voraus-

setzungen nicht erfüllt sind. Das Kantonsgericht sei bei seinem Entscheid davon ausgegangen, dass beide beigezogenen Gutachter zum Schluss gekommen seien, der Verurteilte sei «dauerhaft untherapierbar». Das trifft gemäss Bundesgericht bei einem der Experten indessen nicht zu. Entgegen der Auffassung des Kantonsgerichts habe der fragliche Gutachter nicht ausdrücklich festgestellt, dass der zum Zeitpunkt der Tat 36 Jahre alte Mörder Zeit seines Lebens einer Be-

handlung unzugänglich wäre. Vielmehr habe er ausgeführt, dass in der Psychiatrie keine «lebenslangen» Prognosen betreffend der Behandlungsmöglichkeiten gemacht werden könnten. Das Bundesgericht hob deshalb das Urteil in diesem Punkt auf und wies es zu neuem Entscheid ans Kantonsgericht zurück.

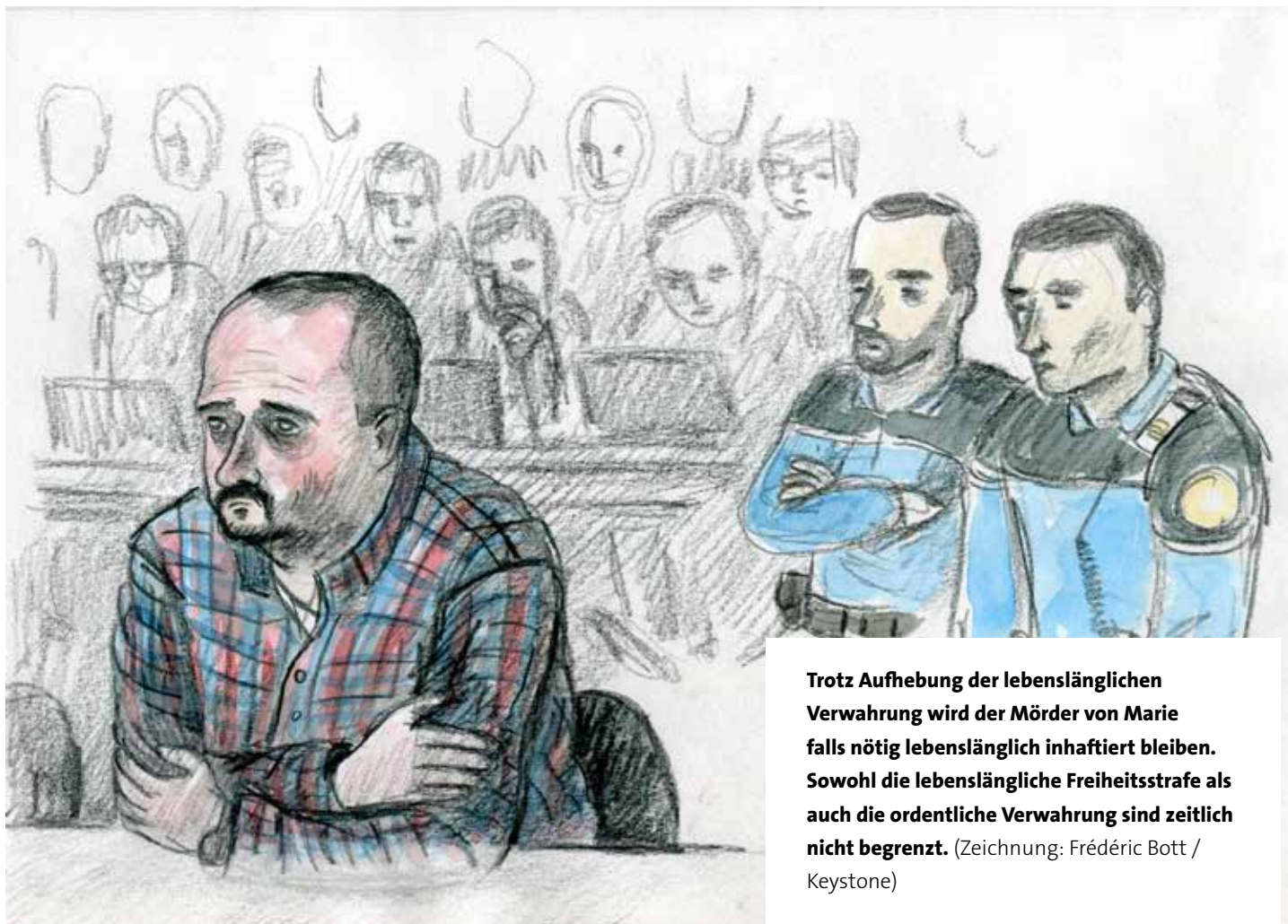
### Skrupellosigkeit zu Recht bejaht

Das Bundesgericht wies hingegen die Einwände von Claude D. gegen die Verurtei-

## Lebenslängliche Verwahrung noch nie bestätigt

Mit dem jüngsten Urteil im Fall Marie (6B\_35/2017) hat das Bundesgericht zum vierten Mal eine lebenslängliche Verwahrung aufgehoben:

- Im Fall Lucie (6B\_93/2013) widersprach das Bundesgericht der Auffassung des Obergerichts des Kantons Aargau, dass ein Zeitraum von 20 Jahren genüge, um als «dauerhaft untherapierbar» zu gelten. Lebenslänglich verwahrt dürfe nur werden, wer tatsächlich auf Lebzeiten nicht behandelbar sei und ein zeitlich unbeschränktes Risiko für die Gesellschaft darstelle.
- Im Fall eines Prostituiertenmörders (6B\_13/2014) hatten die beiden Gutachter festgestellt, der Täter sei ein extrem gefährlicher Psychopath und es gebe zurzeit keine Behandlungsmöglichkeit, um dessen Gefährlichkeit zu verringern. Sie hatten allerdings gemäss Bundesgericht nicht den Schluss gezogen, der Täter sei tatsächlich für sein restliches Leben einer Behandlung nicht zugänglich.
- Im Fall eines mehrfachen Sexualstraftäters (6B\_217/2015) erachtete es das Bundesgericht nicht als erwiesen, dass der Täter mit seinem Verbrechen die physische, psychische oder sexuelle Integrität des Opfers «besonders schwer» beeinträchtigt hat oder beeinträchtigen wollte.



**Trotz Aufhebung der lebenslänglichen Verwahrung wird der Mörder von Marie falls nötig lebenslänglich inhaftiert bleiben. Sowohl die lebenslängliche Freiheitsstrafe als auch die ordentliche Verwahrung sind zeitlich nicht begrenzt.** (Zeichnung: Frédéric Bott / Keystone)

lungen wegen Mordes und weiterer Delikte sowie gegen die Verhängung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe ab. Bei der Qualifikation der Tat als Mord habe das Kantonsgericht ohne Verletzung von Bundesrecht die besondere Skrupellosigkeit des Täters bejaht. Dafür sprechen laut Bundesgericht einerseits sein nichtiges und egoistisches Motiv und andererseits seine Kälte und Selbstbeherrschung bei der Vorbereitung und Ausführung der Tat. Bei der Bemessung der Sanktion mit der Verhängung einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe sei das Kantonsgericht zu Recht davon ausgegangen, dass beim Täter keine verringerte Zurechnungsfähigkeit bestanden habe.

#### **Als ultima ratio vorgesehen**

Da die lebenslängliche Verwahrung für sehr gefährliche Täter bestimmt sei, habe der Gesetzgeber diese Sanktion als ultima ratio vorgesehen. Dies schreibt der Bundesrat in

seiner Antwort auf die kurz nach dem Urteil des Bundesgerichts eingereichte Interpellation «Ist es nicht an der Zeit, die Initiative für die lebenslange Verwahrung gefährlicher Straftäter tatsächlich umzusetzen?». Er verneint zudem die Frage, ob die geltenden Bedingungen für eine lebenslängliche Verwahrung nicht zu streng seien: Die im Strafgesetzbuch geschaffenen Bedingungen wiederholten schlicht die Voraussetzungen, die schon im Initiativtext vorgesehen waren.

#### **Lebenslänglicher Freiheitsentzug möglich**

Anders als der Interpellant sieht der Bundesrat keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Neben der lebenslänglichen Verwahrung erlaubten es heute auch andere strafrechtliche Sanktionen, einer Person lebenslänglich die Freiheit zu entziehen, unterstreicht er. So seien sowohl die lebenslängliche Freiheitsstrafe als auch die ordentliche Verwahrung

zeitlich nicht begrenzt. Sie erlaubten es, Täter mit einem hohen Rückfallrisiko solange als nötig in Haft zu halten. Ausserdem schliesse das Strafgesetzbuch die Kombination einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe und einer ordentlichen Verwahrung nicht aus, was insbesondere das Überprüfungsverfahren der bedingten Entlassung strenger gestalte. (gal)

# Im Dienst eines sicheren und humanen Justizvollzugs

## Interview mit Dominik Lehner, dem neuen Präsidenten des PC-CP

Der *Conseil de coopération pénologique (PC-CP)* erarbeitet zuhanden des Europarates Empfehlungen, die Standards für menschenwürdige Haftbedingungen setzen sowie Anstösse für neue Entwicklungen im Justizvollzug geben. Dominik Lehner, Präsident der Konkordatlichen Fachkommission der Nordwest- und Innerschweiz zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern, gibt einen Einblick in die Tätigkeit dieses Expertengremiums, das er seit dem 1. Januar 2018 leitet.

**#prison-info:** Seit 2014 gehören Sie dem *Conseil de coopération pénologique (PC-CP)* des Europarates an und seit Jahresbeginn leiten Sie dieses Expertengremium. Was hat Sie bewogen, in diesem Gremium mitzuarbeiten und sich nun auch für dessen Präsidium zur Verfügung zu stellen?

Dominik Lehner: Ich bin zunächst als Fachexperte zur Arbeitsgruppe des PC-CP gestossen und habe in dieser Rolle an der Empfehlung über Electronic Monitoring mitgearbeitet. Ich habe es als sehr sinnvoll erfahren, wie die Staaten bei neuen Entwicklungen wie dem elektronisch überwachten Strafvollzug voneinander abschauen, Wissen weitergeben und auf eine Harmonisierung hinwirken können. Als ich dann angefragt wurde, ob ich als Mitglied der Arbeitsgruppe kandidieren wollte, wusste ich genau, worauf ich mich einliess. Es braucht viel Geduld, man muss bereit sein, tagelang an den Texten zu feilen und über einzelne Begriffe zu diskutieren – im Wissen darum, dass sich diese Knochenarbeit für eine grössere Sache lohnt und der Fortentwicklung zu einem sinnvolleren, sichereren und humanen Justizvollzug dient. Aus diesem Grund habe ich schliesslich auch

nach vier Jahren zugesagt, das Präsidium des PC-CP zu übernehmen.

### Welche Aufgaben hat der PC-CP?

Der PC-CP hat hauptsächlich die Aufgabe, die Entwicklungen im Justizvollzug zu beobachten und auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und der Standards des Anti-Folter-Komitees (CPT) Empfehlungen zuhanden des Ministerkomitees zu entwerfen. Zudem überprüft er regelmässig, ob das Kompendium, die Sammlung der bisher vom Europarat verabschiedeten Empfehlungen, revisionsbedürftig ist. Ferner organisiert der PC-CP die jährliche Konferenz der Generaldirektoren der Gefängnisse und Bewährungsdienste – in diesem Jahr zum Thema Kooperation zwischen Bewährungshilfe und Gefängniswesen.

### Wie setzt sich dieses Expertengremium zusammen?

Während das Plenum des PC-CP aus je einem Vertreter aller 47 Mitgliedstaaten des Europarates besteht, setzt sich die Arbeitsgruppe aus

neun Mitgliedern zusammen. Bei der Wahl dieser Mitglieder wird darauf geachtet, dass sie möglichst die verschiedenen Disziplinen vertreten, namentlich das Gefängniswesen, die Bewährungshilfe und die Forschung. Ich selber decke aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit zum Beispiel die Risikobeurteilung von Personen ab.

**Der PC-CP ist ein Unterausschuss des Europäischen Ausschusses für Strafrechtsfragen (Comité européen pour les problèmes criminels CDPC). Worin unterscheidet sich die Tätigkeit der beiden Expertengremien?**

Das CDPC deckt einen breiteren Aufgabenbereich ab, der umfassend die Kriminalitätsbekämpfung und Prävention einschliesst, während der PC-CP spezifisch für den Justiz-

vollzug zuständig ist. Ich nehme in meiner Funktion an den Sitzungen des CDPC teil und rapportiere dort über die Tätigkeit des PC-CP.

**Neben dem PC-CP gibt es das Comité d'experts sur le fonctionnement des conventions européennes relatives à la coopération dans le domaine pénal (PC-OC). Welche Aufgabe nimmt dieser Unterausschuss wahr?**

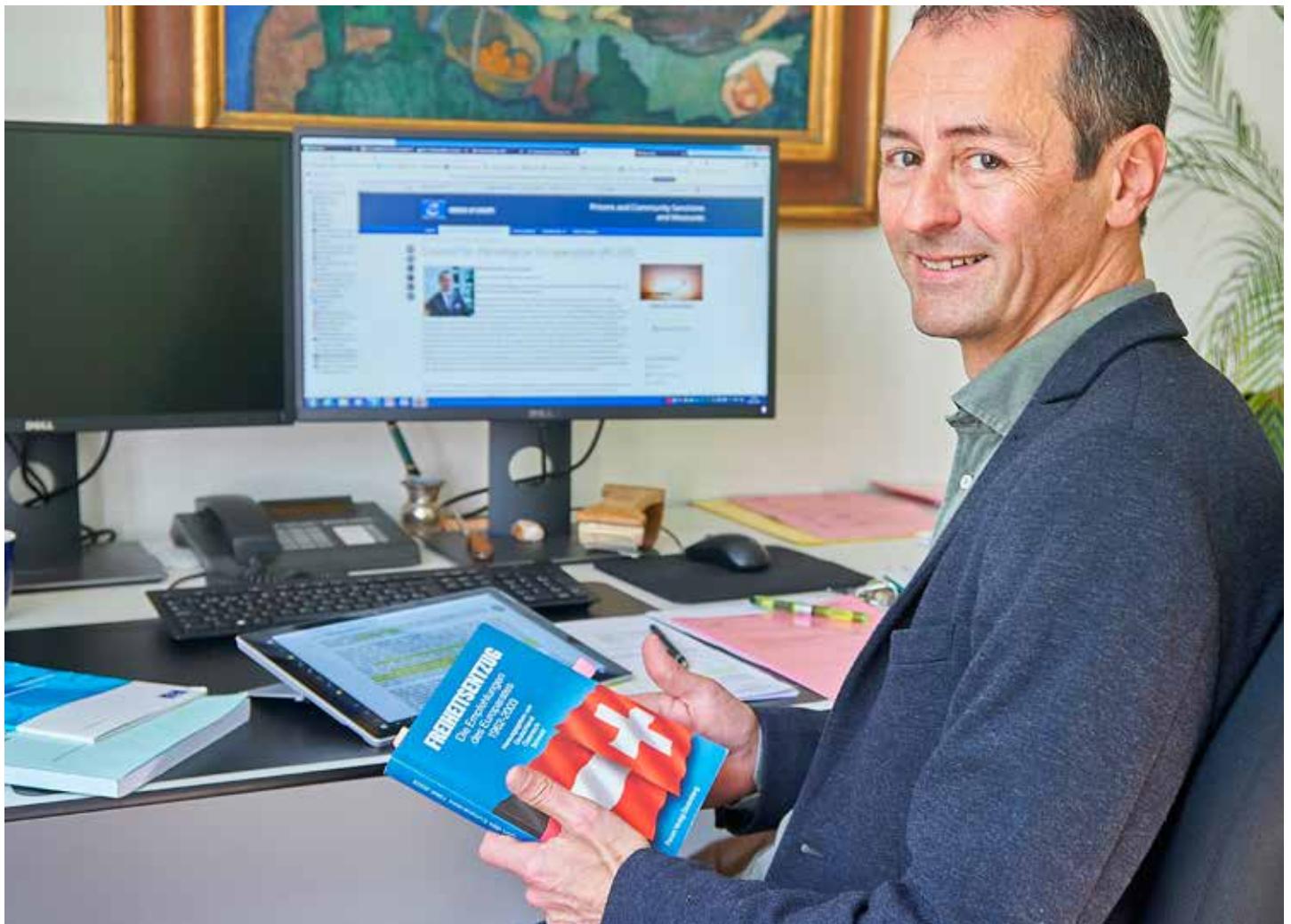
Dieses Komitee überprüft die Anwendung der Europaratsübereinkommen über die Zusammenarbeit in Strafsachen, z.B. der Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen, die Auslieferung oder die Rechtshilfe, und schlägt bei Bedarf neue Instrumente vor. Auch diese Tätigkeit ist wichtig, denn die Kriminalität macht bekanntlich nicht Halt an den Grenzen.

**Wer gibt die Impulse zur Ausarbeitung neuer Empfehlungen?**

Eher selten das Ministerkomitee, denn die darin vertretenen Aussenminister der Mitgliedstaaten sind in der Regel ja nicht für die Justiz zuständig. Meistens kommen die Impulse vom CDPC, manchmal aber auch vom PC-CP oder von der Arbeitsgruppe.

**Wie verläuft das Verfahren von der Ausarbeitung bis zur Verabschiedung von Empfehlungen?**

Die Empfehlungen werden in der Regel von der Arbeitsgruppe des PC-CP erarbeitet und durchlaufen dann das Plenum des PC-CP und schliesslich das CDPC bevor sie schliesslich vom Ministerkomitee verabschiedet werden. Es wird also lange diskutiert, und wer nicht



Der PC-CP erarbeitet nicht nur neue Empfehlungen zum Justizvollzug, sondern überprüft auch regelmässig, ob die geltenden Empfehlungen überarbeitet und angepasst werden müssen. Bild: PC-CP-Präsident Dominik Lehner blättert im Kompendium, der Sammlung der seit 1965 vom Europarat verabschiedeten Empfehlungen, das mittlerweile 248 Seiten umfasst. (Foto: Peter Schulthess (2018))

Freude an der Diskussion hat, ist hier fehl am Platz. Es braucht aber auch viel Selbstdisziplin, denn wenn jeder seine landesspezifischen «Exotenideen» einbrächte, würde die Diskussion dann doch zu lange. Aber die bestehenden Dokumente geben ja schon einen Anhaltspunkt und in den Gremien des Europarates ist enorm viel Kenntnis und Wissen darüber vorhanden, welche Lösungen in allen Mitgliedstaaten umsetzbar sind. Die Differenzen erscheinen am Anfang oft unüberwindlich, lösen sich dann aber nach der Klärung der teilweise unterschiedlich verstandenen – und oft auch nicht genau übersetzbaren – Begriffe plötzlich auf. Am Schluss stellt man fest, dass eine grosse Einigkeit herrscht und alle doch dasselbe wollen: einen sinnvollen, humanen Justizvollzug und hohe Sicherheit für die Bevölkerung.

**Es geht also darum, den «grössten gemeinsamen europäischen Nenner» zu erarbeiten, wie Sie es einmal formuliert haben.**

Dies ist wichtig, weil die Entscheidungen des Ministerkomitees einstimmig getroffen werden. Es ist sinnlos, ein Dokument auszuarbeiten, wenn ein Staat nicht mitmacht. Indem wir den grössten gemeinsamen europäischen Nenner erarbeiten, stellen wir die spätere Akzeptanz der Empfehlungen in den Mitgliedstaaten weitgehend sicher.

**Wie verbindlich sind die Empfehlungen für die Mitgliedstaaten des Europarates?**

Gar nicht, denn es handelt sich nicht um Gesetze, sondern - wie der Name sagt - um Empfehlungen. Im Rahmen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) können die Standards der Empfehlungen dann allerdings Verbindlichkeit erlangen, denn die Mitgliedstaaten müssen die Entscheide des EGMR beachten. Auch wenn es angesichts der Souveränität der Mitgliedsstaaten keinen Durchsetzungsmechanismus gibt, kommt den Entscheiden eine hohe Bedeutung zu und sie werden in der Regel respektiert. So ist es eine gegenseitige Bereicherung: Die Empfehlungen dienen dem EGMR als Orientierung und werden im Gegenzug fallweise auf eine verbindliche Stufe gehoben. Die Empfehlungen des Europarates können aber auch Anstoss und Anregung sein, neue Methoden einzuführen, wie etwa die Restaurative Justiz, wo es um Wiedergutmachung, Täter-Opferausgleich

und Mediation geht. Für gewisse Staaten sind sie in diesem Sinne Hilfe zur Selbsthilfe.

**Das Kompendium, die Sammlung der vom Europarat seit 1965 verabschiedeten Empfehlungen, ist ein dickes Buch. Wie ist es für die Verantwortlichen im Justizvollzug möglich, den Überblick zu behalten?**

Den vollen Überblick haben wohl tatsächlich nur wenige, aber das ist ja auch nicht nötig. Die Gefängnisdirektoren sollten zum Beispiel die neuen Empfehlungen über die Kinder von Inhaftierten kennen, aber nicht unbedingt jene über die Restaurative Justiz. Die Empfehlungen über die Bewährungshilfe wiederum richten sich primär an die Dienste für Bewährungshilfe. Die jeweiligen Adressaten sind dafür verantwortlich, dass den Empfehlungen in ihrem «Betrieb» nachgelebt wird. Auch die Justizministerien stehen in der Pflicht, dass die Empfehlungen zu den Schlüsselpersonen gelangen.

**Wie kann der Europarat darauf hinwirken, den Empfehlungen in der Praxis Gehör zu verschaffen?**

Entscheidend ist, dass der Europarat selbst oder affilierte Organisationen wie die Konferenz der Generaldirektoren der Bewährungshilfe (CEP) und die Europäische Organisation für Gefängnisse und Strafvollzugsdienste (EuroPris) die Empfehlungen an Veranstaltungen bekannt machen. Diese Veranstaltungen entfalten eine beträchtliche Breitenwirkung, da die Teilnehmer die gewonnenen Erkenntnisse in ihre Heimatstaaten tragen. Wichtig ist aber auch die Übersetzung der Empfehlungen selbst, da Französisch oder Englisch längst nicht in allen Mitgliedstaaten geläufig sind.

**Welches sind neben den Strafvollzugsgrundsätzen nach Ihrer Meinung die drei wichtigsten Empfehlungen des Europarates und aus welchen Gründen?**

Sie sind natürlich alle wichtig! Nur kann man dies oft nur würdigen, wenn man sich vorstellt, selbst davon betroffen zu sein. Man kann aber schon sagen, dass nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Empfehlungen über die Bewährungshilfe, über die Community sanctions and measures – also über die Sanktionen und Massnahmen, die ausserhalb von Justizvollzugsanstalten vollstreckt wer-

den – und über die Ausländer im Justizvollzug besonders bedeutsam sind, weil sie sehr grundlegende Bestimmungen enthalten und sehr viele Menschen betreffen.

**Welches sind die wichtigsten anstehenden Aufgaben des PC-CP?**

Wir haben im Januar den Kommentar zu den Strafvollzugsgrundsätzen überarbeitet, und nicht ganz unerwartet stellt sich nun die Frage, ob nicht auch die Grundsätze selbst ergänzt werden sollten. Wir beobachten ferner genau, ob die Mitgliedstaaten Ergänzungen oder Unterstützung für den Umgang mit den Richtlinien und dem Handbuch betreffend Radikalismus benötigen - die Bekämpfung von Radikalismus in den Gefängnissen bleibt eine Top-Priorität. Zudem erarbeiten wir zurzeit ein Handbuch über die Rekrutierung und Ausbildung des Justizvollzugspersonals. Und schliesslich hoffen wir, dass das Ministerkomitee nach den Empfehlungen über die Kinder von Inhaftierten bald auch jene über die Restaurative Justiz verabschieden wird. (gal)

# Die Überstellung verurteilter Personen an ihren Heimatstaat fördern

## Eine Arbeitsgruppe hat Anleitungen erarbeitet

**Um die Überstellung verurteilter Personen an ihren Heimatstaat zu fördern, hat eine aus Vertretern des Bundesamtes für Justiz (BJ) und kantonaler Justizvollzugsbehörden zusammengesetzte Arbeitsgruppe Checklisten und weitere Unterlagen erarbeitet. Ihre Anleitungen sollen mehr Überstellungsverfahren ermöglichen und die Professionalisierung in diesem Bereich der internationalen Zusammenarbeit weiter erhöhen.**

Das Übereinkommen des Europarates über die Überstellung verurteilter Personen ermöglicht es ausländischen Straftätern, die zu einer freiheitsentziehenden Sanktion (Strafe oder Massnahme) verurteilt worden sind, unter gewissen Voraussetzungen für die Verbüßung der Sanktion in ihren Heimatstaat zurückzukehren. Die Schweiz ist im Jahr 1988 dem Überstellungsübereinkommen und im Jahr 2004 dem Zusatzprotokoll beigetreten, das eine Überstellung auch gegen den Willen der verurteilten Person ermöglicht. Sie hat zudem bilaterale Überstellungsverträge mit der Dominikanischen Republik, Kosovo, Kuba, Marokko, Paraguay, Peru und Thailand sowie eine Gegenrechtsvereinbarung mit Barbados abgeschlossen.

Überstellungen dienen humanitären Zwecken und der besseren Wiedereinglieder-

ung in die Gesellschaft. Gleichzeitig können sie dazu beitragen, den hohen Ausländeranteil in Schweizer Gefängnissen zu senken. Die aus Praktikern aus der ganzen Schweiz zusammengesetzte Arbeitsgruppe hat diese von den Justizvollzugsbehörden und der Politik ausgesprochene Erwartung aufgenommen und eine Reihe von Anleitungen erarbeitet, welche die bestehenden Hilfsmittel (Merkblätter für Behörden und verurteilte Personen sowie Musterprotokolle) ergänzen.

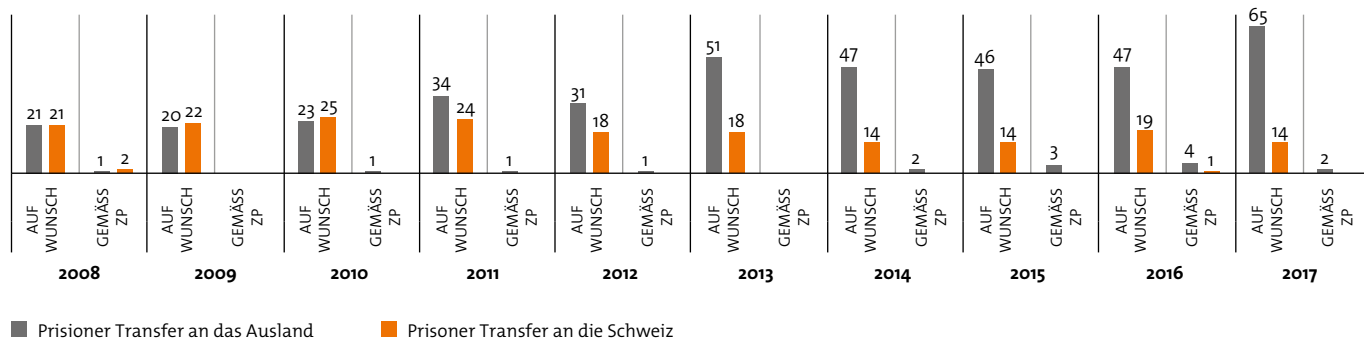
### Fälle systematisch beurteilen

Die Arbeitsgruppe hat insbesondere eine Checkliste erarbeitet, welche die Voraussetzungen für die Einleitung eines Überstellungsverfahrens mit dem Einverständnis sowie gegen den Willen der verurteilten Person auflistet. Dank dieser Checkliste können die



Nach einem rund anderthalbjährigen Verfahren konnte am 4. April 2018 der erste kosovarische Staatsangehörige zur Verbüßung der Reststrafe an seinen Heimatstaat überstellt werden. Die Schweiz hat den Strafvollzug im Kosovo durch die Entsendung von Beratern und Ausbildern unterstützt und sich finanziell an der Verbesserung der Infrastruktur in Strafvollzugsanstalten beteiligt (Bild: Strafanstalt Dubrava). Foto: SRF, Kameramann Gazmend Idrizi

## Überstellungersuchen



Die Statistik erfasst nicht die Überstellungen, sondern die Überstellungsgesuche. Als Faustregel gilt: Zu einer tatsächlichen Überstellung führen die Hälfte der Gesuche an das Ausland und  $\frac{3}{4}$  der Gesuche an die Schweiz. Während in den letzten Jahren die Anzahl der Gesuche an die Schweiz weitgehend stabil geblieben ist, hat – wohl infolge der verstärkten Bestrebungen der Kantone – die Anzahl der Gesuche an das Ausland deutlich zugenommen. Die Überstellungen gemäss Zusatzprotokoll sind sehr selten, aber möglich.

kantonale Justizvollzugsbehörden systematisch beurteilen, in welchen Fällen ein Überstellungsverfahren mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet und durchgeführt werden kann.

Um ein Überstellungsverfahren mit dem Einverständnis der verurteilten Person einleiten zu können, muss ein entsprechendes Gesuch vorliegen. Es ist deshalb wichtig, dass die ausländischen Straftäter frühzeitig über die Möglichkeit einer Überstellung an ihren Heimatstaat informiert werden. Diese Information kann schriftlich durch die zuständige kantonale Behörde oder persönlich durch die Fallverantwortlichen, den Sozialdienst bzw. Betreuungsdienst oder die Bezugspersonen in der Justizvollzugsanstalt erfolgen.

Das Europäische Überstellungsübereinkommen ist nur auf Staatsangehörige des Vollstreckungsstaates anwendbar. Gewisse Vollstreckungsstaaten übernehmen allerdings unter bestimmten Voraussetzungen auch nicht eigene Staatsangehörige, die eine Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung besitzen.

Ohne staatsvertragliche Grundlage ist grundsätzlich keine Überstellung möglich. Der Vollstreckungsstaat muss daher entweder das Europäische Überstellungsübereinkommen ratifiziert oder einen bilateralen Überstellungsvertrag mit der Schweiz abgeschlossen haben. Bisher haben neben den Mitgliedstaaten des Europarates auch über 20 aussereuropäische Staaten das Überstellungsübereinkommen ratifiziert. Die staatsvertragliche Grundlage verpflichtet allerdings den Vollstreckungsstaat nicht, einem Überstellungersuchen zuzustimmen.

### Strafrest von rund einem Jahr oder mehr

Das Urteil muss rechtskräftig und vollstreckbar sein. Zudem muss die in der Schweiz begangene Straftat auch im Vollstreckungsstaat strafbar sein (sog. beidseitige Strafbarkeit). Da die Überstellung aufwendige Abklärungen erfordert, ist die Einleitung eines Verfahrens nur dann sinnvoll, wenn der Strafrest bis zu einer allfälligen bedingten Entlassung oder bis zum Strafende rund ein Jahr oder mehr beträgt.

Weiter muss die kantonale Behörde bereit sein, die oft hohen Kosten (namentlich für die Übersetzung der Unterlagen) zu übernehmen. Um die Erfolgsaussichten eines Überstellungersuchens abschätzen zu können, empfiehlt es sich ferner, rechtzeitig Rücksprache mit dem BJ zu nehmen. Im Falle einer Überstellung gegen den Willen der verurteilten Person müssen zusätzlich insbesondere die erstinstanzliche Wegweisungsverfügung der Migrationsbehörde oder die gerichtlich ausgesprochene Landesverweisung vorliegen oder zumindest durch die kantonale Behörde beantragt worden sein.

### Besserer Überblick

Zuweilen erweist es sich als schwierig, die verschiedenen Unterlagen aufzubereiten, die für den Überstellungsentscheid des Urteils- und Vollstreckungsstaates erforderlich sind. Eine weitere Checkliste der Arbeitsgruppe präzisiert deshalb, welche Unterlagen die kantonalen Behörden im Rahmen eines Überstellungsverfahrens zur Verfügung stellen müssen bzw. vom Ausland erwarten können.

Eine Aufstellung der Arbeitsgruppe gibt ferner einen Überblick über die Behördenorganisation und die gesetzlichen Grundlagen in den Kantonen. Daraus geht namentlich hervor, welche Behörden für das Überstellungsverfahren, für den Entscheid über die Vollstreckung der Strafe (Exequaturentscheid) und für die Behandlung von Beschwerden gegen einen solchen Exequaturentscheid zuständig sind. Die Aufstellung schafft nicht nur Klarheit, sondern kann möglicherweise auch Anregungen über die Kantonsgrenzen hinaus geben und zu einer gewissen Vereinheitlichung der Überstellungsverfahren führen.

### Mehr Informationen

Die kantonalen Behörden wünschen mehr Informationen über verurteilte Personen, die an die Schweiz überstellt werden möchten. Sie stellen nämlich nach der Überstellung oft fest, dass diese Personen psychisch auffällig sind oder bisher unbekannte Vorstrafen haben. Solche Informationen werden vom Urteilsstaat nur selten geliefert. Um den kantonalen Behörden eine bessere Grundlage für die Beurteilung eines Überstellungsgesuchs zu bieten, hat die Arbeitsgruppe deshalb das Merkblatt für im Ausland verurteilte Schweizer Staatsangehörige aktualisiert und das Gesuchsformular mit zusätzlichen Fragen ergänzt. (gal)

Die Unterlagen zur Überstellung verurteilter Personen sind auf der Website des BJ (Sicherheit/Internationale Rechtshilfe) abrufbar ([www.bj.admin.ch](http://www.bj.admin.ch)).

# Kurzinformationen

## Hohe Belegung in den Westschweizer Gefängnissen

Am 6. September 2017 waren 6863 erwachsene Personen in den Justizvollzugsanstalten inhaftiert, wie aus der neusten Erhebung zum Freiheitsentzug und Jugendsanktionsvollzug des Bundesamts für Statistik (BFS) hervorgeht. Im Vergleich zum Höchststand im Jahr 2013 ist die Belegungsrate um 8% auf 92,5% gesunken. Trotz dieses Rückgangs bleibt die Situation in einigen Gefängnissen angespannt. Besonders hoch ist die Belegungsrate mit 107% in der lateinischen Schweiz. Mit 88% in der Nordwest- und Innerschweiz und 80% in der Ostschweiz hat sich die Situation in der Deutschschweiz normalisiert.

Von den 6863 inhaftierten Personen befanden sich 54% im Straf- und Massnahmenvollzug, 24% in Untersuchungshaft und 15% im vorzeitigen Strafantritt. 4% waren im Rahmen von Zwangsmassnahmen gemäss Ausländergesetz inhaftiert. 2017 betrug die Insassenrate in der Schweiz 81 Inhaftierte pro 100 000 Einwohner.

Am Stichtag waren 477 Jugendliche nach Begehung einer Straftat ausserhalb ihrer Familien platziert. Nachdem sich die Zahl der jugendlichen Fremdplatzierten ab 2010 fast halbiert hatte (-44%), stabilisierte sie sich in den letzten drei Jahren. Von den 477 platzierten Jugendlichen waren 249 vor dem Urteil - d.h. bereits während der Untersuchungsphase - und 228 nach dem Urteil ausserhalb ihrer Familien untergebracht.

Fremdplatzierungen in Pflegefamilien sind seit 2010 rückläufig. Ein Grossteil der Jugendlichen wurde in spezialisierten Institutionen untergebracht. 74% der vorsorglichen und 83% der in einem Urteil angeordneten stationären Schutzmassnahmen wurden in einer offenen Institution durchgeführt. 11 Jugendliche befanden sich im Freiheitsentzug.

Link: [www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch)

## Pierre Maudet ist neuer KKJPD-Präsident

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat an ihrer Frühjahrsversammlung den Genfer Sicherheitsdirektor Pierre Maudet zum Nachfolger des Berner Regierungsrats Hans-Jürg Käser gewählt, der das Amt in den letzten sechs Jahren ausgeübt hat.



Käser hat laut KKJPD in seiner Präsidentschaft insbesondere die Neustrukturierung des Asylbereichs stark mitgeprägt. Zudem hat er den Aufbau und die Konsolidierung des Sicherheitsverbundes Schweiz vorangetrieben, dessen Gremien sich in den letzten Jahren als Koordinationsplattform für die Belange der Inneren Sicherheit etabliert haben. Weitere Schwerpunkte setzte er bei der Verstärkung der Kooperation der kantonalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden.

Staatsrat Pierre Maudet hat die Funktion als Präsident der KKJPD ab sofort übernommen. «Die Übernahme dieser Präsidentschaft bestätigt den seit einigen Jahren bekundeten Willen von Genf, stärker in Bern präsent zu sein», erklärte er am Tag seiner Wahl gegenüber *Le Temps*. Er werde in seiner neuen Funktion «die Frage der Führung und der Strukturen aufwerfen. Angesichts der Herausforderungen durch die Cyber-Sicherheit und den Kampf gegen den Terrorismus kann man sich nicht mehr damit begnügen, 26 nebeneinander bestehende Institutionen zu haben. Wir müssen vermehrt gemeinsam handeln. Und wir müssen die wachsenden Unterschiede zwischen den kleinen und grossen Kantonen beseitigen.»

## Der Staat hat im Fall Adeline versagt

Mit ihrem Bericht vom 17. April 2018 zum Mord an der 34-jährigen Soziotherapeutin Adeline hat die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) des Genfer Kantonsrates ihren Auftrag erfüllt, «Licht in die Missstände auf allen Ebenen des Staates und der Universitätsspitäler zu bringen, die zu dieser Tragödie geführt haben». Sie teilt die Einschätzung, die der Staatsratspräsident im Jahr 2013 unmittelbar nach dem Drama geäussert hatte: «Der Staat hat bei seinem Auftrag, seine Mitarbeitenden zu schützen, versagt». Die PUK hat zahlreiche Empfehlungen an die Kantonsregierung und verschiedene Institutionen gerichtet.

Die Eingliederung des Therapiezentrums *La Pâquerette* in das Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon habe zu zahlreichen Konflikten zwischen dem Sicherheitsdepartement und dem Gesundheitsdepartement geführt. Der PUK-Bericht weist zudem auf die Folgen der hierarchischen Unterstellung unter die beiden Verwaltungen hin: Es habe keine Entscheide der politischen Behörde gegeben, weder um Meinungsverschiedenheiten zu schlichten noch um die von der Direktion des Therapiezentrums getroffenen Optionen zu bestätigen. Allmählich habe sich in *La Pâquerette* ein autarker Betrieb entwickelt, der weitgehend vom System unabhängig war.

Neben den strukturellen Problemen erwähnt der PUK-Bericht auch betriebliche Probleme, namentlich interne Konflikte sowie mehr oder weniger schlimme Zwischenfälle im Therapiezentrum. Hinzu kam die schwindende Bedeutung der Aufsichtsbehörden. Mehrmals seien Verbesserungen vorgeschlagen worden, aber die meisten seien folgenlos geblieben.

Der Bericht der PUK (RD 1220) ist auf der Website des Grossen Rates (<http://ge.ch/grand-conseil>) abrufbar.

# Veranstaltungen

## Harmonisierung der Strafraumen

Der Bundesrat will eine angemessene Sanktionierung von Straftaten ermöglichen und passt deshalb im Strafgesetzbuch den Strafraumen für verschiedene Delikte an. Im Vordergrund stehen dabei Gewalt- und Sexualdelikte, die künftig härter bestraft werden sollen. Gleichzeitig stimmt der Bundesrat auch das Verhältnis der Strafraumen besser aufeinander ab.

Der Besondere Teil des Strafgesetzbuches ist in den letzten 40 Jahren infolge der gewandelten Wert- und Moralvorstellungen, der technischen Entwicklung und internationaler Vereinbarungen über 70 Mal revidiert worden. Bisher ist noch nie in einem Quervergleich geprüft worden, ob die Strafraumen der Schwere der Straftaten entsprechen und in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Mit seiner am 25. April 2018 verabschiedeten Botschaft will der Bundesrat die Strafraumen harmonisieren, damit ihr Verhältnis untereinander besser aufeinander abgestimmt ist. Er will zudem gewährleisten, dass das Strafrecht ein differenziertes Instrument zur Sanktionierung von Straftaten bleibt, das den Gerichten den nötigen Spielraum belässt.

Da Opfer sexueller Gewalt oft massiv und über lange Zeit unter den physischen und psychischen Folgen der Tat leiden, wird die Mindeststrafe bei der Vergewaltigung von einem Jahr auf zwei Jahre Freiheitsstrafe angehoben. Zudem wird der Tatbestand neu geschlechtsneutral gefasst und erfasst künftig auch beischlafähnliche Handlungen. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt, weil Kinder besonders schutzbedürftig sind. Bei der schweren Körperverletzung wird die Mindeststrafe von sechs Monaten auf ein Jahr Freiheitsstrafe angehoben.

Link: [www.bj.admin.ch](http://www.bj.admin.ch)

## Sackgasse Verwahrung? Wege aus einem Dilemma

Vollzugslockerungen in der Verwahrung finden in der Praxis nahezu nur noch über eine Umwandlung in eine stationäre Massnahme oder im sehr hohen Alter eines Betroffenen statt – als Folge der derzeitigen Null-Risiko-Mentalität. Die Verwahrung erweist sich damit zunehmend als Sackgasse.

Die Tagung stellt die gesetzlichen Möglichkeiten in Kontrast zu deren faktischen Umsetzung. Sie nimmt die Anordnungsvoraussetzungen und die prinzipielle Legitimation der Verwahrung grundsätzlich unter die Lupe. Anschliessend prüft sie die Vollzugsrealität in der Deutsch- und Westschweiz aus der Perspektive der Anstaltsleitung, des Strafvollzugspersonals wie der Betroffenen. Schliesslich öffnet ein Blick nach Deutschland die Reflexion über die Landesgrenzen hinaus. Die zweisprachige Veranstaltung endet nach der Orientierung über aktuelle kriminalpolitische Entwicklungen mit einem Podiumsgespräch über Wege aus dem Dilemma von Sicherheitserwägungen und grundrechtsgebundener, liberaler Rechtsstaatlichkeit.

### Leitung

Prof. Dr. Jonas Weber, Universität Bern, Fachgruppe Reform im Strafwesen; Hans-Peter von Däniken, Direktor Paulus Akademie

### Datum

6. September 2018

### Ort

Hotel Glockenhof, Zürich

### Sprache

Deutsch und Französisch (mit Simultanübersetzung)

### Weitere Informationen

[www.paulusakademie.ch](http://www.paulusakademie.ch)

## Standards! Aber wozu?

Auch für den Justizvollzug sind Standards praxisrelevant und handlungsleitend. Sie gewährleisten, dass die Personen im Freiheitsentzug und Personen, die zu Sanktionen im Gemeinwesen verurteilt wurden, innerhalb des Geltungsbereiches der jeweiligen Standards gleich behandelt werden. Damit folgen sie dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz. Freilich sind bestehende Standards oft abstrakt formuliert oder nicht hinreichend praxisorientiert. Während in vielen Bereichen des Justizvollzugs bereits Standards existieren, müssen sie in anderen noch ausgebaut oder entwickelt werden.

Ziel des ersten Forums Justizvollzug ist es, bewährte Praktiken im schweizerischen Justizvollzug zu identifizieren und die Entwicklung von nützlichen und anwendbaren Standards zu fördern. Die Reflexion zum Thema Standards wird durch vier Leitfragen angeregt: Was versteht man im Justizvollzug unter Standards? Wozu werden im Justizvollzug Standards gebraucht? Wo gibt es bereits Standards und wo müssen sie noch entwickelt werden? Wie müssen Entscheidungsprozesse aussehen, damit Standards erfolgreich angewendet werden können?

### Veranstalter

Erstes Forum Justizvollzug, in Kooperation mit dem Bundesamt für Statistik und dem Schweizerischen Polizeinstitut

### Datum

19./20. November 2018

### Ort

Equilibre, Freiburg

### Sprachen

Deutsch und Französisch

### Weitere Informationen

[www.prison.ch](http://www.prison.ch)

# Neuerscheinungen



Nicolas Queloz | Thomas Noll |  
Laura von Mandach | Natalia Del-  
grande (Herausgeber)

## Überwachen und Strafen: Neuere Entwicklungen im Justizvollzug

291 Seiten - CHF 68.00  
Stämpfli Verlag AG, Bern  
ISBN 978-3-7272-0743-3



André Kuhn | Christian Schwarzen-  
egger | Joëlle Vuille (Herausgeber)

## Strafverfolgung – Individuum – Öffentlichkeit im Spannungsfeld der Wahrnehmungen

423 Seiten – CHF 68.00  
Stämpfli Verlag AG, Bern  
ISBN 978-3-7272-4594-7



Christian Schwarzenegger |  
Rolf Nägeli (Herausgeber)

## Zehntes Zürcher Präventionsfo- rum

116 Seiten – CHF 59.00  
Schulthess Verlag, Zürich  
ISBN 978-3-7255-7824-5



Nicolas Queloz | Catherine Jaccottet  
Tissot | Nils Kapferer | Marco Mona  
(Herausgeber)

## Mettre l'humain au centre du droit pénal : les apports de la justice restaurative

134 Seiten – CHF 49.00  
Schulthess Verlag, Zürich  
ISBN 978-3-7255-8685-1

# Aus dem Teufelskreis des Misserfolgs ausbrechen

**Der Verein *Auxilia Formation* trägt zur Rehabilitierung von Menschen in einer schwierigen Situation bei**

«Guten Tag, geht es Ihnen gut?» Damjan antwortet mit Ja, aber auf seinem Gesicht zeichnet sich das Gegenteil ab! Nach einer Weile fügt er verdrossen hinzu: «Sie verweigern mir die Bedingte ...». Diese Antwort höre ich während meiner Einzelkurse im Gefängnis ab und zu: Damjans Gesuch um bedingte Entlassung nach Verbüssung zweier Drittel seiner Strafe wurde von der Vollzugsbehörde abgelehnt.

Dominique Boillat



Dominique Boillat ist Präsident des Vereins Auxilia Formation.

Die Lernenden in den Anstalten, wo ich Sprachunterricht gebe, sind zu schweren Strafen verurteilt worden. Dank den *Vollzugsplänen* erarbeiten sie ein Projekt für ihre Wiedereingliederung, die über eine Arbeit, eine Lehre und eventuell eine Ausbildung verwirklicht werden soll. Die Kantone sind gemäss Strafgesetzbuch dazu verpflichtet, für die Verurteilten eine Basisbildung zu organisieren. Diese wird von Berufs wegen namentlich durch die Lehrpersonen der Fachstelle *Bildung im Strafvollzug* (BiSt) gewährleistet. Die Lehrpersonen unseres Vereins unterstützen mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit dieses Bildungsvorhaben. Unser Ziel ist es, den Verurteilten Wissen zu vermitteln, das ihnen nach der Entlassung nützt. Ihr Entscheid, freiwillig etwas zu lernen, bereichert sie und hilft ihnen, etwas Selbstvertrauen zu fassen.

Angesichts der Umstände, unter denen die Kurse stattfinden, ist *Ausbildung* vielleicht ein grosses Wort. Die Inhaftierten durchleben eine schwierige Zeit. Einige sind phasenweise entmutigt und motivationslos. Sie sind aufgrund einer abgelehnten Beschwerde niedergeschmettert oder wie Damjan wegen eines abgelehnten Gesuchs um Straferlass aufgebracht. Einige werden mit Einzelhaft bestraft, weil sie Drogen konsumiert haben. Andere sind niedergeschlagen, weil ihnen ihre Partnerin fehlt. Alle leiden an der Isolation ...

## 23 von 24 Stunden in der Zelle

In einer anderen Anstalt beende ich meinen wöchentlichen Unterricht mit Pedro: «Nächste Woche bin ich nicht da. Wir sehen uns also in zwei Wochen wieder.» Mit leicht enttäuschem Blick entgegnet er: «Sie haben schon wieder Ferien?» Pedros Reaktion ist verständlich: Die Inhaftierten, die in den Untersuchungsgefängnissen auf ihr Urteil warten, verbringen 23 von 24 Stunden in ihrer Zelle und dürfen diese nur für den einstündigen Spaziergang verlassen. Sie wissen nicht, wie lange sie noch in Haft sein werden: mehrere Monate, ein Jahr? Sie hängen sehr am wöchentlichen Unterricht, der ihnen ein kleines Fenster zur Aussenwelt öffnet und neue Bekanntschaften ermöglicht. Mehrere von ihnen sprechen die jeweilige Landessprache nicht. Sie möchten sie zumindest verstehen und sich einfach ausdrücken können. Einige möchten sich auch mit ihrer Partnerin oder mit ihrem Kind, die eine andere Sprache sprechen, besser verständigen können.

«Heute kommen nur zwei Lernende, nicht drei», sagt mir der Wärter an der Loge, «Mateo ist nicht mehr hier.» Man wird mir nicht mehr über diesen jungen Mann mitteilen, den ich während fast acht Monaten unterrichtet habe. Und ich werde bestimmt nichts mehr von ihm hören. Es ist für uns Lehrpersonen nicht immer einfach, eine Beziehung, in der



Auxilia Formation bevorzugt Einzelkurse oder Kurse in sehr kleinen Gruppen. Foto: Auxilia

das Vertrauen erst mit der Zeit aufgebaut werden konnte, abrupt zu beenden. Es kommt vor, dass die Häftlinge plötzlich in eine andere Anstalt verlegt oder in ihr Land ausgewiesen werden. Wir müssen stets flexibel bleiben, z. B. um unvorbereitet einen neuen Lernenden zu betreuen oder den Inhalt unserer Lektionen anzupassen. Das Niveau unterscheidet sich ebenfalls sehr stark von einem Inhaftierten zum anderen. Deshalb bevorzugen wir Einzelkurse oder Kurse in sehr kleinen Gruppen.

### Bewerbungen willkommen

Ich öffne die Mailbox von Auxilia. Neue Nachricht: «Guten Tag. Ich bin Lehrer und möchte im Gefängnis unterrichten. Ist dies in Ihrem Verein möglich?» Als Vereinspräsident antworte ich, dass dies eventuell möglich ist, wenn die Person in der Nähe einer Anstalt lebt, in der unser Verein tätig ist. Wir setzen zwar lieber ausgebildete Lehrpersonen ein, aber das Lehrdiplom ist nicht unerlässlich und andere berufliche Laufbahnen werden ebenfalls berücksichtigt. Das Anforderungsprofil der Bewerberinnen und Bewerber umfasst verschiedene Fähigkeiten. Sie müssen selbstverständlich den Unterrichtsstoff beherrschen und gut mit Menschen aus verschiedenartigen Kulturen umgehen können. Sie müssen aber auch in der Lage sein, *lernen zu lernen*.

«Ich bin Studentin und möchte Erfahrungen im Gefängniswesen sammeln. Ich bin

sehr motiviert für ein solches Engagement.» Dieses zweifellos grosszügige Angebot werde ich zu meinem grossen Bedauern ablehnen müssen. Ein Gefängnis ist nicht der Ort für ein Praktikum oder für Experimente. Wir sind mit empfindlichen, oft desillusionierten, manchmal dünnhäutigen und in Einzelfällen manipulativen Menschen konfrontiert. Unsere Bewerber müssen reif und erfahren sein und eine stabile Persönlichkeit haben. Wir brauchen Menschen, die sich *in ihrer Haut wohl fühlen*. Unser ehrenamtliches Engagement hat nichts mit Dilettantismus, Improvisation oder Mitleid zu tun.

### Kurse im Gefängnis, welch ein Luxus!

Eine Meinung aus einem Leserbrief: «Kurse im Gefängnis? Und das gratis! Warum nicht gleich Ferien am Strand?» Für viele ist das Gefängnis nur ein Ort der Bestrafung. Sie vergessen, dass fast alle Inhaftierten eines Tages aus der Haft entlassen werden und es zu vermeiden gilt, dass sie rückfällig werden. Wer sich im Gefängnis angestrengt hat, ein Projekt zu verwirklichen, hat bessere Zukunftsperspektiven als jemand, der einfach in einer Zelle seine Strafe absitzt! Die Ausbildung und der Unterricht in diesem Umfeld sind nicht ein Luxus, sie sind ein Beitrag gegen die Überbelegung der Haftanstalten. Meiner Meinung nach ist es ausserdem sehr wichtig, dass jeder Mensch im Leben eine zweite Chance erhält.

Für mich bedeutet das Unterrichten im Gefängnis vor allem, Menschen in Not meine Zeit und Hilfe anzubieten. Viele von ihnen haben sehr früh ihrer schulische Laufbahn abgebrochen; andere sind ohne Berufsausbildung und manchmal bereits in der Jugendzeit straffällig geworden und erlebten Misserfolg über Misserfolg ... Eine Lehre, welche auch immer, kann helfen, aus diesem Teufelskreis auszubrechen. Sie ermöglicht es den Inhaftierten, ein neues Leben zu beginnen und ein Projekt für ihre Zukunft zu entwerfen. Das grösste Geschenk, das mir ein Straftäter nach einem Jahr Unterricht bei der Beurteilung mit dem Bildungsverantwortlichen gemacht hat, war sein Satz: «Ich habe verstanden, dass mir jemand seine Hand ausstreckt, und dass ich sie ergreifen musste».

### Auxilia Formation ist in fünfzehn Anstalten tätig

Auxilia Formation ist ein gemeinnütziger Verein ehrenamtlich tätiger Lehrpersonen, die in Haftanstalten personalisierten Unterricht in Sprachen, Mathematik oder Buchhaltung geben. Der Verein zählt zurzeit 25 Lehrpersonen und ist in 15 Anstalten der Westschweiz und des Kantons Bern tätig. Die Mitglieder erhalten keinen Lohn, die Fahrtspesen und die Ausgaben für das verwendete Material werden ihnen jedoch vergütet.

Auxilia Formation besteht in der Schweiz seit 1984. Der Verein wird von den Kantonen, den Partneranstalten und privaten Gönnern unterstützt. Er zählt jedoch vor allem auf das Engagement seiner Mitglieder, die ihre Zeit schenken und den Inhaftierten ihr Wissen weitergeben. An zwei Weiterbildungstagen pro Jahr können die Lehrpersonen ihr Wissen erweitern und ihre Erfahrungen austauschen. Der Verein sucht immer neue Lehrkräfte und nimmt all jene gerne auf, die – mit oder ohne Lehrdiplom – zur Rehabilitation von Menschen in einer schwierigen Situation beitragen wollen. Weitere Informationen unter: [www.auxilia-formation.ch](http://www.auxilia-formation.ch).

*«Das Gefängnis ist nicht nur ein Ort der Radikalisierung. Es muss auch der Moment sein, wo man die Indoktrinierung ausfindig macht und bricht, wo man die Oberhand über die Spirale des Terrorismus gewinnt.»*

Stéphane Bredin, Direktor der französischen Strafvollzugsverwaltung (Le Temps, 28. April 2018)

## Impressum

---

**Herausgeber:** Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

**Redaktion:**

Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Nathalie Buthey (nathalie.buthey@bj.admin.ch), Charlotte Spindler (charlotte.spindler@bluewin.ch), Christine Brand (brandschreibe@gmail.com)

**Übersetzung:** Raffaella Marra

**Administration und Logistik:** Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

**Layout, Druck und Versand:** BBL – MediaCenter Bund, Bern

**Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:**

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

**Internetversion:** [www.prison-info.ch](http://www.prison-info.ch)

**Copyright/Abdruck:**

© Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

**Titelbild:** Raum für Familienbesuche im Gefängnis La Tuillière; Foto: Peter Schulthess (2013)



**Zeichnungen sind für die Kinder eine Möglichkeit, die Beziehung zum inhaftierten Elternteil aufrechtzuerhalten.**

Zeichnungen: REPR

# #prison-info

## Die letzte Seite

**Blick über die Grenze.** Die *Estabelecimento Prisionals de Santa Cruz do Bispo - Feminino* ist die einzige ausschliesslich für Frauen bestimmte Haftanstalt in Portugal. Die 2004 eröffnete Anstalt gehört zu den bisher letzten, wenigen neuen Gefängnissen und gilt als Vorzeiganstalt. Sie befindet sich in der Nähe des Flughafens Porto und zählt 352 Plätze in Sechser- und kleinen Einzelzellen für verurteilte und nicht verurteilte Frauen. In einem der vier Flügel sind u.a. Mütter mit Kleinkindern untergebracht. Foto: Peter Schulthess, 2016 für «the portuguese prison photo project»



# #prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

1/2018



## Enfants de détenus

4-28

**Un Suisse à la tête  
du PC-CP**  
48

**Favoriser le transfèrement  
des personnes condamnées**  
51



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ



Folco Galli,  
rédacteur de #prison-info

« Maman ne m'a jamais offert de mal de ventre avant. Avant, j'étais toujours heureuse....Depuis que maman est partie, j'ai toujours mal au ventre. C'est comme ça quand on est triste. C'est normal. » C'est en ces termes maladroits et donc d'autant plus saisissants qu'une petite fille de 7 ans dont la mère est incarcérée a expliqué ce qu'elle ressentait. Et elle n'est de loin pas la seule à connaître cette situation : on estime à environ **2,1 millions le nombre d'enfants qui ont un parent, voire les deux, en prison** dans les Etats membres du Conseil de l'Europe.

Certes, il existe des enfants qui, grâce à leur résistance psychique mais aussi au soutien de leur famille et d'autres personnes de leur entourage, arrivent à surmonter cette épreuve difficile sans préjudice durable. La détention d'un parent génère toutefois un **pooids émotionnel considérable**, qui n'est pas sans séquelles chez de nombreux autres enfants : plus des deux tiers des enfants concernés rencontrent des problèmes psychologiques et tendent à développer des troubles du comportement, et un tiers d'entre eux font face à des problèmes de santé.

La **recommandation** récemment édictée par le **Conseil de l'Europe** vise à atténuer l'effet négatif de la détention d'un parent sur ses enfants et à protéger le développement de ces derniers. Le Conseil de l'Europe considère qu'une sensibilisation accrue et un changement culturel sont nécessaires pour surmonter les préjugés et la discrimination découlant de l'incarcération d'un parent. C'est la raison pour laquelle #prison-info a décidé de mettre en lumière ces « enfants de l'ombre » dont on parle peu.

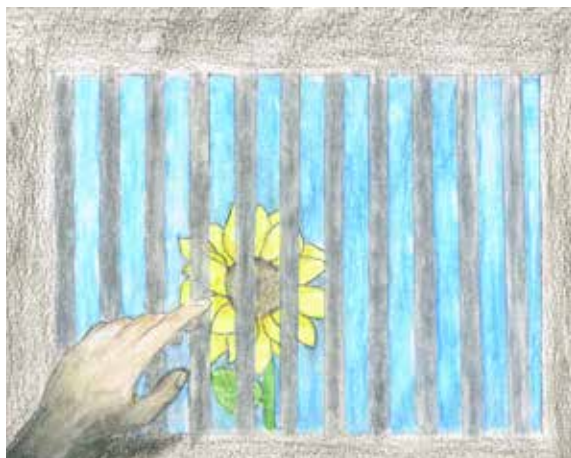
En Suisse, les **disparités entre les régions linguistiques** sont frappantes. En effet, si la fondation REPR a progressivement étendu son offre de soutien destinée aux familles et aux proches de détenus à l'ensemble de la Romandie et est aujourd'hui reconnue comme un acteur professionnel et fiable par les responsables de l'exécution des peines et des mesures, il n'existe pas d'équivalent en Suisse alémanique. Il ressort d'une étude que le potentiel du travail avec les proches est encore largement sous-exploité dans cette région, même s'il serait dans l'intérêt de tous de mieux en tirer parti. Les pères et les mères détenus qui souhaitent maintenir, dans la mesure du possible, des liens avec leurs enfants malgré la détention font, en effet, tout leur possible pour obtenir des allègements dans l'exécution de leur peine grâce à leur bonne conduite. Le fait de permettre à ces parents de rester en relation avec leurs enfants contribue non seulement à faciliter leur réinsertion sociale mais favorise aussi la stabilité et le calme au sein de la prison.

Version en ligne :



# Sommaire

## Coup de projecteur: Enfants de détenus



Les enfants doivent pouvoir maintenir des relations avec leurs parents détenus. Ces derniers doivent, quant à eux, être soutenus afin qu'ils puissent, dans la mesure du possible, continuer à assumer leur rôle de père ou de mère en prison. C'est ce que suggère une nouvelle recommandation du Conseil de l'Europe.

- 4 Continuer à jouer son rôle de parent en prison
- 6 Le soutien des enfants a un réel impact sur leur quotidien
- 11 « L'accompagnement des enfants humanise la prison »
- 12 Une collaboration fructueuse
- 16 « La séparation avec les enfants est ce qu'il y a de plus dur à supporter en prison »
- 19 « J'ai toujours pu jouer mon rôle de mère »
- 21 Se retrouver soudain avec une mère en prison
- 24 Un projet père-enfant en milieu carcéral
- 25 « Le point de vue des enfants n'est pas ce qui est privilégié »
- 27 Une extradition ne peut séparer une mère de son enfant en bas âge
- 29 Cinq questions à Sakib Halilovic
- 30 Des mesures ciblées contre les délinquants radicalisés en exécution de peine

## Libération conditionnelle

En moyenne, annuellement seuls 10 % des personnes condamnées à une mesure institutionnelle (art. 59 CP) bénéficient de la libération conditionnelle. Et il est encore plus rare que les autorités accordent la libération conditionnelle de l'internement.

- 32 Libération conditionnelle : des pratiques uniformes et restrictives
- 35 FES: réseau, plate-forme et trait d'union
- 36 Trouver un juste équilibre entre les aspects punitif, curatif et préventif
- 38 Des enfants et des adolescents plus âgés lors de leur premier placement
- 40 Maintenir la relation en période de crise
- 42 En direct du Parlement
- 44 Le prononcé ultérieur de la mesure thérapeutique était illicite
- 46 L'internement à vie subordonné à des conditions strictes
- 48 Pour davantage de sécurité et d'humanité dans l'exécution des sanctions
- 51 Favoriser le transfèrement des personnes condamnées vers leur pays d'origine
- 53 Brèves
- 54 Manifestations
- 55 Nouveautés
- 56 Carte blanche: Sortir de la spirale de l'échec



Photo: Peter Schulthess

# Continuer à jouer son rôle de parent en prison

## Recommandation du Conseil de l'Europe concernant les enfants de détenus

**Les enfants doivent pouvoir maintenir des relations avec leurs parents détenus. Ces derniers doivent, quant à eux, être soutenus afin qu'ils puissent, dans la mesure du possible, continuer à assumer leur rôle de père ou de mère en prison. C'est ce que suggère la nouvelle recommandation concernant les enfants de détenus, que le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe a adoptée le 4 avril 2018.**

« En Europe, on estime à environ deux millions le nombre d'enfants ayant un parent en prison. »

« Il faut protéger le droit de l'enfant d'avoir une relation affective et continue avec son parent incarcéré. »

L'organisation Children of Prisoners Europe (COPE) estime à 2,1 millions le nombre d'enfants dont l'un ou plusieurs des parents sont détenus dans les Etats membres du Conseil de l'Europe. A ce nombre, il faut ajouter le nombre important d'enfants d'anciens détenus et d'adultes qui, dans leur enfance, ont vécu une telle situation. Comme le souligne le Conseil de l'Europe, ces enfants peuvent subir un traumatisme, éprouver de l'angoisse ou faire face à d'autres problèmes qui risquent d'avoir des incidences négatives sur leur vie et leur bien-être. Or, jusqu'à présent ils ont largement échappé à l'attention et aux préoccupations du public.

Afin d'atténuer l'effet négatif que la détention d'un parent peut avoir sur les enfants et de protéger le développement de ces derniers, le Conseil de l'Europe a adopté une recommandation contenant 55 points. Il est convaincu que les contacts entre les enfants et leur parent détenu peuvent avoir une influence positive sur l'enfant, le parent détenu, le personnel et le milieu pénitentiaires et, en fin de compte, sur la société en général. Le respect des droits et des besoins de chaque enfant sont compatibles avec la nécessité de garantir la sûreté, la sécurité et le bon ordre dans les établissements pénitentiaires.

### Les enfants n'ont commis aucune infraction

Cette recommandation s'appuie sur le principe en vertu duquel les droits et l'intérêt supérieur des enfants doivent primer dans toutes les questions les concernant, en gardant également à l'esprit que les enfants dont les parents sont incarcérés n'ont commis aucune infraction et ne devraient pas être traités comme s'ils étaient en conflit avec la loi. Il est par ailleurs nécessaire de protéger leur droit (et

leur besoin) d'avoir une relation affective et continue avec leur parent incarcéré, tout en veillant à ne pas créer de stigmatisation ni de discrimination à leur égard.

La recommandation préconise d'éviter, dans la mesure du possible, l'arrestation des parents en présence de leur enfant ou, si c'est inévitable, de procéder à l'arrestation d'une manière respectueuse de la sensibilité de celui-ci. Quant au pouvoir judiciaire, il devrait étudier la possibilité de suspendre la détention provisoire ou l'exécution d'une peine privative de liberté pour les remplacer par des sanctions ou des mesures appliquées dans la communauté.

Dès lors qu'un parent est incarcéré, il convient de veiller particulièrement à l'affecter dans une structure proche de ses enfants. Outre les considérations relatives aux exigences en matière de sûreté et de sécurité, l'affectation d'un parent détenu dans un établissement pénitentiaire donné doit, le cas échéant, et dans l'intérêt supérieur de son enfant, faciliter le maintien des contacts, des relations et des visites.

### Visites régulières et fréquentes

Selon la recommandation, les enfants devraient pouvoir rendre visite à un parent détenu dans la semaine qui suit son incarcération et de manière régulière et fréquente ensuite. Les visites doivent être organisées de manière à ne pas interférer avec d'autres aspects de leur vie, comme leur scolarité. Si des visites hebdomadaires ne sont pas praticables, des visites proportionnellement plus longues devraient être facilitées.

La recommandation contient par ailleurs des préconisations détaillées sur l'organisation des visites. Ainsi, un espace dédié aux enfants doit être

prévu dans les salles d'attente et les parloirs des établissements pénitentiaires (avec, par ex., des chauffe-biberons, des tables à langer, des jeux, des livres, etc.), où les enfants peuvent se sentir en sécurité, bienvenus et respectés. Des mesures devraient en outre être prises pour s'assurer que la visite se déroule dans un environnement qui respecte leur dignité et leur droit au respect de la vie privée. De surcroît, toutes les mesures de contrôle de sécurité sur un enfant doivent être effectuées d'une manière adaptée aux enfants, en respectant sa dignité et son droit à l'intimité. Qui plus est, l'usage des technologies de l'information et de la communication doit être facilité entre les visites en face-à-face.

Les visites devraient être plus longues pour les occasions spéciales, comme les anniversaires. Le personnel se trouvant dans les espaces prévus pour les visites devrait être vêtu de façon moins formelle, dans un effort de banalisation de l'atmosphère, et les enfants devraient avoir la possibilité de se rendre dans les lieux où le parent détenu passe du temps ou de recevoir des informations à ce sujet. En outre, les parents détenus doivent être encouragés à maintenir des relations et des contacts réguliers avec leurs enfants, de manière à préserver ainsi leur développement. Les restrictions aux contacts entre les détenus et leurs enfants doivent être appliquées uniquement à titre exceptionnel, pour la période la plus courte possible. Le droit de l'enfant à un contact direct doit être respecté, même dans les cas où des sanctions ou des mesures disciplinaires sont prises à l'encontre du parent détenu.

### **Développement équilibré des enfants en bas âge**

Un paragraphe de la recommandation est plus particulièrement consacré à la situation des enfants en bas âge. Afin de garantir le droit d'un enfant au meilleur état de santé possible, les mères incarcérées doivent avoir accès à des soins pré- et postnatals appropriés. Les femmes enceintes doivent avoir le droit d'accoucher dans un hôpital hors de la prison. Les dispositifs et installations de prise en charge des enfants en bas âge qui se trouvent en prison avec leur parent doivent veiller à ce que l'intérêt supérieur et la sécurité de ces enfants soient une considération primordiale, favoriser leur développement équilibré, leur permettre d'accéder librement aux espaces en plein air de la prison et faciliter le développement de la compétence parentale du parent incarcéré.

Selon la recommandation, les enfants en bas âge peuvent rester en prison avec un parent incarcéré, uniquement si tel est leur intérêt supérieur. Les décisions relatives à la séparation d'un enfant en

bas âge de son parent détenu doivent se fonder sur une évaluation individuelle. En cas de séparation, les enfants en bas âge doivent avoir le plus d'occasions possible de rencontrer leur parent détenu.

### **Exercer son rôle parental**

Le plan d'exécution doit prévoir des programmes et d'autres interventions qui favorisent et développent une relation positive entre l'enfant et le parent. Le parent incarcéré devrait être soutenu afin qu'il puisse, dans la mesure du possible, continuer d'exercer son rôle de père ou de mère pendant sa détention. Afin de renforcer la relation enfant-parent, les autorités pénitentiaires doivent le plus possible recourir au congé pénitentiaire et à d'autres solutions comme le travail et le logement externes ou la surveillance électronique, ce qui doit également permettre de faciliter la transition entre la détention et la liberté et de renouer avec les familles le plus tôt possible. Par ailleurs, les établissements pénitentiaires, les services de probation ou d'autres organismes spécialisés doivent continuer de fournir un soutien et une prise en charge aux détenus qui sont libérés de prison.

### **Du personnel spécialement formé**

Enfin, les administrations pénitentiaires devraient nommer des agents spécialement formés, dont le rôle serait de soutenir les enfants et leurs parents, notamment en facilitant les visites dans des cadres adaptés aux enfants et en assurant la liaison avec les organismes compétents. Les autorités compétentes devraient adopter une approche multiservice et multisectorielle afin de protéger efficacement les droits des enfants et de leurs parents incarcérés. Il s'agit de coopérer avec les services de probation, les communautés locales, les écoles, les services de santé et de protection de l'enfance, la police et les médiateurs pour enfants. (gal)

Lien : La recommandation concernant les enfants de détenus et l'exposé des motifs s'y rapportant sont disponibles en français et en anglais sur le site Internet du Conseil de l'Europe ([www.coe.int](http://www.coe.int)).

« Les mères incarcérées doivent avoir accès à des soins pré- et postnatals appropriés. »

« Les détenus doivent continuer de bénéficier d'un soutien et d'une prise en charge après leur sortie de prison. »

# Le soutien des enfants a un réel impact sur leur quotidien

**La Fondation REPR – Relais Enfants Parents Romands est active depuis 1995**

**Le travail actuel de la Fondation REPR – Relais Enfants Parents Romands est en lien direct avec la nouvelle Recommandation du Conseil de l'Europe concernant les enfants de détenus. Mais d'importants défis nous attendent tous pour que les droits de ces enfants soient respectés dans tous les établissements carcéraux de Suisse, de vrais défis que nous nous réjouissons de relever ensemble.**

Viviane Schekter

« Une personne derrière les barreaux implique souvent toute une famille dans l'ombre. »

Lisa a 9 ans, elle aime dessiner des mangas, jouer à la Wii et faire des sauts dans les flaques d'eau. Une petite fille ordinaire, dans une situation extraordinaire : en effet, depuis plusieurs mois, son père est en détention dans une prison vaudoise. Quand nous lui demandons ce qui pourrait améliorer son quotidien, elle nous répond : « J'aimerais pouvoir appeler Papa quand j'ai juste un petit truc à lui dire, j'aimerais des fois jouer dehors avec lui...et surtout, ça me plairait de voir comment est sa chambre... depuis qu'on participe aux Ateliers Créatifs, c'est plus cool, il y a d'autres enfants, je me suis fait une copine, et Papa me montre des tours de magie ».

## Les objectifs de la Fondation REPR

La prison est une parenthèse dans la vie des détenus, il est essentiel pour notre société que certains liens puissent être maintenus. REPR - Relais Enfants Parents Romands est une Fondation inscrite au registre du commerce de Genève et dont le siège est à Lausanne. Les objectifs de cette Fondation de prévention et d'action sociale sont

- le soutien des familles et proches de détenus en Suisse,
- l'accompagnement des enfants de détenus dans leur relation avec leurs parents en prison et
- la sensibilisation du public quant aux effets de la détention sur les familles.

Les activités de la Fondation répondent notamment aux exigences de la toute nouvelle Recommandation du Conseil de l'Europe concernant les enfants de détenus. REPR est composé de dix professionnels : des intervenants socio-éducatifs, des psychologues, une juriste, un civiliste, une responsable administrative et une directrice, ainsi que d'un groupe de

près de soixante bénévoles, dont les activités sont réparties dans cinq Antennes Cantonales.

La Fondation REPR, anciennement *Carrefour Prison*, est active depuis 1995 à Genève, puis s'est développée dans l'ensemble de la Suisse romande grâce notamment au soutien financier de la Fondation Drosos. Les Cantons de Genève, Vaud et Fribourg ainsi que plusieurs Communes soutiennent la Fondation par le biais de subventions. Le reste du financement provient de dons privés, de fondations, d'entreprises, de loteries. Dans le milieu pénitentiaire suisse et international, la Fondation REPR bénéficie d'un bon réseau. REPR est un des membres actifs du réseau européen *Children of Prisoners Europe (COPE)*.

## Les principaux bénéficiaires : les familles ...

La prison bouleverse le quotidien des familles : une personne derrière les barreaux implique souvent toute une famille dans l'ombre. Les effets de la détention se retrouvent principalement à trois niveaux : psychologique, social et économique.

L'arrestation d'un mari, d'un frère, d'une épouse est très souvent un choc pour les familles, qui laisse longtemps des traces. Une femme témoigne : « Je n'arrêtais pas de me dire : ce n'est pas possible, ce n'est pas ma vie ! Ce sentiment d'irréalité a duré longtemps, très longtemps (...) Pour tenir, on se contente de regarder les cinq minutes qui viennent, puis les cinq suivantes. Les jours passent comme cela. On ne peut pas se projeter au-delà. C'est impossible ».

Les familles de détenus se sentent souvent abattues, isolées, leurs ressources étant alors comme étouffées par la douleur, la tristesse, la colère. Offrir un accueil et une écoute, c'est leur permettre de retrouver une boussole, un sens à ce qui leur arrive.



Viviane Schekter est la directrice de la fondation Relais Enfants Parents Romands (REPR).



Face à l'incarcération d'un de leurs parents, les enfants ont des réactions très différentes, qui peuvent se traduire par de la tristesse, de la colère, de l'inquiétude et un sentiment de détresse. Dessin : REPR

Le soutien des familles, dans l'ici et maintenant de la visite à travers des lieux d'accueil devant les prisons, permet d'informer ces personnes sur les mécanismes judiciaires et carcéraux, mais aussi parfois de leur redonner accès à leurs propres ressources, anesthésiées par le choc et la douleur, ceci de manière très individuelle pour chaque situation.

### ... et les enfants de l'ombre

La détention d'un parent affecte la vie des enfants, le plus souvent négativement, mais ces effets sont rarement pris en considération au cours des procédures pénales, notre système judiciaire étant centré sur les principes de la responsabilité individuelle. La qualité des relations de ces enfants avec le parent emprisonné est souvent mise à mal. Au mieux, une rencontre d'une heure ou deux, une fois par semaine dans un parloir de la prison est autorisée.

Mais souvent, l'éloignement d'un parent par la prison implique une réelle rupture dans les liens. Les réactions des enfants sont très diverses par rapport à l'emprisonnement et peuvent se manifester notamment par de la tristesse, de la colère, de l'inquiétude, des sentiments d'abandon. Oliver Robertson du *Quaker United Nations Office (QUNO)* constate : « Les effets de l'emprisonnement d'un parent sur les enfants peuvent être profonds et de longue durée. Souvent, les enfants de prisonniers sont en butte à la discrimination et à la stigmatisation, en raison de la détention du parent, ils sont souvent traumatisés,

éprouvent des sentiments de crainte, de honte, de culpabilité et ils se sentent dévalorisés ».

### Les trois programmes de REPR

Le soutien aux familles et aux enfants de personnes détenues se décline en trois programmes: le programme Info Familles, le programme Focus Enfants et le programme de sensibilisation et d'information.

- 1) Le programme *Info Familles* : pour toutes les familles à l'épreuve du pénal en Suisse Romande, REPR offre
  - de l'information et de l'écoute par téléphone (0800 233 233), par mail ([info@repr.ch](mailto:info@repr.ch)), sur les réseaux sociaux et dans ses bureaux,
  - de l'orientation juridique et
  - de l'information, de l'écoute, un accueil et du transport devant les prisons romandes.

Concernant le programme Info Famille, REPR offre notamment aux familles et proches de détenus de bénéficier devant les prisons d'un accueil neutre et confidentiel par une équipe de bénévoles sous la supervision de professionnels. Ainsi, 8 lieux d'accueil (sous forme de caravane, container de bureau, roulotte de chantier, etc.) pour 12 établissements pénitentiaires ont été mis sur pied à ce jour.

- 2) Le programme *Focus Enfants* : pour tous les enfants qui sont séparés d'un ou des deux parents par la détention, ainsi que pour tous les

« Offrir un accueil et une écoute aux familles de détenus, c'est leur permettre de retrouver une boussole. »

« 8 lieux d'accueil pour 12 établissements pénitentiaires ont été mis sur pied à ce jour. »

« Souvent, l'éloignement d'un parent par la prison implique une réelle rupture dans les liens. »

parents et les professionnels qui les entourent, il est offert

- du soutien et des conseils pour les enfants séparés d'un parent par la détention,
- du soutien à la parentalité et
- des Ateliers Créatifs, accompagnement et soutien d'enfants en visite en prison.

Conseiller un parent qui se questionne sur les mots à utiliser pour dire la prison à son enfant, élaborer une stratégie avec une maman pour accompagner au mieux un jeune enfant, répondre aux questions pratiques d'une enseignante, soutenir un adolescent qui se demande si il va ressembler à son père en prison, autant de situations typiques du quotidien de l'équipe du programme Focus Enfants.

- 3) Le programme de sensibilisation et d'information : pour tous les citoyens et les professionnels, REPR propose
- l'organisation de colloques et d'événements et
  - des formations pour les professionnels, notamment du réseau social, éducatif, de la protection de l'enfance, du carcéral.

### Quelques chiffres

En 2017, la Fondation REPR a soutenu près de 200 enfants, offert à des familles et des enfants plus de 500 entretiens de soutien par des professionnels, organisé plus de 40 après-midis d'Ateliers Créatifs en prison et, grâce notamment aux équipes de bénévoles, proposé plus de 5900 échanges avec des proches venant en visite dans les prisons romandes.

Depuis 2012, la Fondation a mis l'accent sur le développement de lieux d'accueil, ceci dans 5 cantons romands, avec 2 Navettes pour le transport des personnes se rendant en visite et un total de plus de 22'100 échanges avec des proches devant les prisons

en 6 ans. Autant de familles orientées, conseillées, soutenues, pour que les liens avec les personnes détenues soient facilités.

Plus de 60 bénévoles offrent chaque année du temps pour accueillir, écouter et informer des familles qui se rendent en visite dans les prisons romandes. S'ajoutent à ce soutien, des centaines de téléphones, mails et rendez-vous auxquels les professionnels répondent chaque année.

Le développement de visites sous la forme d'Ateliers Créatifs est une des évolutions importantes de ces dernières années. Il s'agit de visites où l'équipe de professionnels de REPR accompagne un groupe d'enfants vers un groupe de pères ou de mères en détention. Elles existent maintenant dans 4 cantons, passant de moins de 10 Ateliers par année en 2012 uniquement à Genève à plus de 80 par année actuellement.

En 6 ans, ce sont donc plus de 1000 accompagnements d'enfants en visite (1064) qui ont été pris en charge par REPR, un enfant pouvant venir à plusieurs reprises.

Jusqu'à 250 enfants différents par an ont été pris en charge par notre service, ces enfants invisibles et pourtant si présents dans nos cités.

Les six ans d'étroite collaboration avec la Fondation Drosos nous ont permis de mieux définir nos programmes, d'accroître les compétences chez nos équipiers et de développer une vraie reconnaissance de la part des pouvoirs publics et privés quant à notre responsabilité à tous face aux effets de la détention sur les familles et les enfants.

Le partenariat avec l'ensemble des collaborateurs du milieu de la justice et de la détention est absolument essentiel. Seul ce travail interdisciplinaire permet d'offrir une place aux enfants et aux familles.

### A quels besoins répond REPR?

- Les familles ont besoin d'être soutenues avant et après les visites en prison, quel que soit le type de détention.

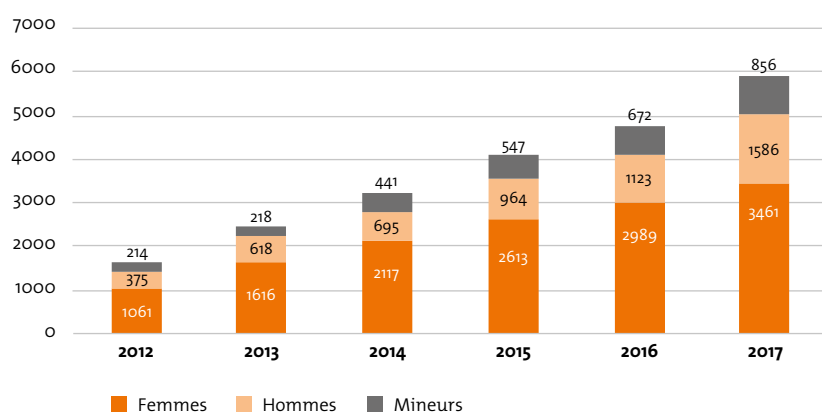
Nous avons pu montrer clairement au cours de ces années que les lieux d'accueil répondent à un besoin réel de soutien, d'écoute et d'information pour les familles. L'augmentation constante des contacts et des échanges dans les lieux d'accueil le démontrent.

- Les familles ont besoin de conseils, d'écoute et d'information par téléphone et par mail.

Les familles et proches ont aussi besoin de conseil et de soutien en-dehors des moments de visites, l'utilisation de notre numéro de téléphone général, le 0800 233 233 est en forte croissance, sans qu'aucune publicité particulière n'ait été faite. De nombreux mails nous sont aussi envoyés sur [info@repr.ch](mailto:info@repr.ch).

### Evolution de l'Accueil des familles 2012–2017

Total = 22'166



**La fondation REPR conseille et soutient les proches des détenus, avant ou après une visite au parloir, dans huit caravanes itinérantes, comme c'est le cas ici devant la prison de La Croisée (VD).**

Photo : Peter Schulthess (2018)



L'aménagement du parloir constitue, selon la fondation REPR, un premier pas dans le sens de la nouvelle Recommandation du Conseil de l'Europe. Photo : Peter Schulthess (2018)



« Le partenariat avec l'ensemble des collaborateurs du milieu de la justice et de la détention est absolument essentiel. »

– *Les familles ont besoin d'orientation juridique et sociale.*

Les familles ont régulièrement besoin d'orientation juridique et sociale, à savoir, besoin de comprendre le système pénal et son jargon, besoin de comprendre les démarches et les responsabilités de chacun. De nombreux échanges par téléphone et sur rendez-vous dans nos bureaux tournent autour de ces questions spécifiques.

– *Les enfants ont besoin d'être soutenus pendant les visites et de partager un moment avec d'autres enfants.*

Nous avons pu constater que le soutien offert aux enfants et adolescents a un réel impact sur leur quotidien : les visites en groupes leur permettent notamment de partager un vécu commun, de se donner des pistes pour faire face.

Qu'as-tu dit à tes copains de classe ? Est-ce que tu en parles à ta maîtresse ?

Comment est-ce que tu fais pour la signature du livret scolaire ? et les voisins ?

Avoir la possibilité de parler de cette situation avec les équipiers REPR permet aussi de trouver petit à petit sa place, d'organiser son quotidien, de gérer aussi les questions si importantes de la culpabilité, de la responsabilité.

Ensemble, nous définissons quels sont les éléments à prendre en compte pour préparer ces visites.

Le soutien des enfants entre eux est aussi très important, l'effet de groupe est indéniable quant à la baisse de l'anxiété et du sentiment de stigmatisation.

– *Les enfants ont besoin d'être conseillés et écoutés par rapport à la séparation de leur parent en prison.*

Les enfants ont aussi besoin d'être soutenus dans leur quotidien, pour répondre aux questions de leurs amis, pour tenir les loyautés entre leurs parents, pour poser toutes leurs questions sur leur présent et leur avenir.

– *Les parents, en prison et à la maison, ont besoin de conseils et de soutien.*

Les parents en prison se montrent souvent en grande difficulté. La mise en place de Groupe Organiseurs a permis de répondre à une partie de leur besoin de soutien à la parentalité. Les hommes et les femmes qui s'occupent au quotidien des enfants ont eu aussi beaucoup de demandes quant à leur rôle, leurs responsabilités face aux enfants. Un nouveau projet à Genève de soutien à la parentalité verra le jour au cours de l'année 2018.

– *Les professionnels ont besoin de formations et d'informations quant aux effets de la détention sur les enfants et les familles.*

Les professionnels semblent de plus en plus attentifs à la particularité du vécu des familles de personnes détenues, mais il reste un important travail de sensibilisation. Nous avons chaque fois plus de monde à nos formations, et comptons développer ce pôle de compétences, notamment auprès des magistrats, du milieu social et éducatif, ainsi qu'avec les agents de détention et les directions d'établissements. Nous relevons une croissante demande d'information par différents corps de métier.

# « L'accompagnement des enfants humanise la prison »

## Evaluation du projet « Les enfants de l'ombre »

**La fondation REPR - Relais Enfants Parents Romands dispose, grâce à l'engagement, la motivation et la sensibilité de ses collaborateurs, de programmes de très bonne qualité. Elle est considérée comme un acteur professionnel, fiable et reconnu dans et par le milieu carcéral. C'est à cette conclusion qu'est parvenue une évaluation menée par une équipe du Prison Research Group de l'Université de Berne.**

Selon l'équipe en charge de l'évaluation, « le fait que le projet de REPR s'inscrive dans un contexte institutionnel et politique, qui se caractérise actuellement par une tendance sécuritaire primant sur le thème de la réintégration, contribue à freiner la mise en œuvre optimale des prestations offertes par REPR ». Cette tendance se reflète notamment dans les moyens financiers que les cantons distribuent à la fondation.

La fondation existe depuis 1995 à Genève (auparavant sous le nom de *Carrefour prison*). Grâce au projet « Les enfants de l'ombre », elle a étendu entre 2012 et 2017 son offre de soutien destinée aux familles et aux proches de détenus à toute la Suisse romande. Dans son rapport final, l'équipe en charge de l'évaluation parvient à la conclusion que ce développement progressif s'est déroulé comme prévu.

### Une prise en charge adaptée, pertinente et de qualité

En offrant des lieux d'accueil devant les prisons, REPR répond, par des conseils, de l'aide pratique, ainsi que du soutien émotionnel, aux besoins et demandes exprimés par les familles et les proches de personnes détenues. La demande croissante pour le programme d'accompagnement des enfants et les retours positifs des proches de personnes détenues ainsi que des parents détenus démontrent un réel besoin. Le professionnalisme des équipiers et des bénévoles permet, selon le rapport final, une prise en charge adaptée, pertinente et de qualité pour tous les différents types d'utilisateurs. L'intérêt de l'enfant est au centre des accompagnements.

### Une fondation qui contribue à la réinsertion sociale

L'équipe en charge de l'évaluation s'est également intéressée au regard porté par les responsables du secteur de l'exécution des peines et des mesures sur l'activité du REPR. D'après le rapport, « les bénévoles qui accueillent les familles et proches de personnes détenues auprès des lieux d'accueil devant les prisons contribuent au déroulement paisible des visites et soulagent le personnel pénitentiaire ». Avec les accompagnements d'enfants (Ateliers Créatifs), REPR répond en outre à un important besoin aussi bien pour les personnes détenues et leurs enfants, que pour le système dans son ensemble. « Les accompagnements des enfants humanisent la prison et apaisent la vie à l'intérieur des établissements. » REPR contribue enfin à la réinsertion sociale des détenus et comble clairement une lacune dans le système pénitentiaire. (gal)

Selon les auteurs de l'évaluation, « le professionnalisme des équipiers et des bénévoles permet une prise en charge adaptée, pertinente et de qualité pour tous les différents types d'utilisateurs ». Photo : Viviane Schekter, directrice de la fondation REPR (à droite), et Loraine Kehrer, responsable du programme Info Familles, à l'intérieur d'une caravane. Photo : Peter Schulthess (2018)



# Une collaboration fructueuse

## Soutien à la parentalité à la prison de Champ-Dollon

**La prison de Champ-Dollon a été précurseur dans plusieurs projets de soutien à la parentalité, notamment en acceptant les premiers Ateliers Créatifs pour les enfants de détenus organisés par le REPR - Relais Enfants Parents Romands. Au fil des ans, REPR a su intégrer les exigences sécuritaires et établir une relation particulière de confiance avec la direction de la prison.**

Nathalie Buthey

L'éloignement d'un parent emprisonné entraîne parfois une rupture des liens familiaux. Le rapport qu'un détenu entretient avec sa famille dépend notamment de la structure dans laquelle il se trouve. Initialement, la prison de Champ-Dollon a été pensée et conçue pour accueillir des personnes en détention avant jugement. A ce jour, elle compte environ 700 détenus pour une capacité de 400 places. Elle accueille quelque 60% de personnes en détention avant jugement et 40% de personnes en exécution de peine. Une vingtaine de personnes y exécute également une mesure. Près de 70% des détenus de Champ-Dollon n'ont pas de statut de police des étrangers. De plus, la prison dispose de 35 places dédiées aux femmes. Plusieurs régimes de détention cohabitent avec leurs spécificités respectives.

Dès lors, cette pluridisciplinarité influence les prestations qu'elle est en mesure de fournir.

Malgré tout, la prison de Champ-Dollon a été précurseur dans plusieurs projets de soutien à la parentalité, notamment en acceptant les premiers Ateliers Créatifs pour les enfants de détenus organisés par le REPR - Relais Enfants Parents Romands. Le directeur de la prison de Champ-Dollon, Monsieur Fabrizio Bervini, et son gardien-chef adjoint, Monsieur Lionel Gueniat font part à #prison-info de leurs expériences en matière de soutien à la parentalité en détention.

### Déroulement d'une visite

Il existe plusieurs façons pour un enfant de rendre visite à son parent détenu à Champ-Dollon. Un visiteur peut venir seul, sans préparation ou avec le soutien d'un service annexe. Chaque visite requière une autorisation ordinaire, ainsi qu'une autorisation parentale pour les mineurs. Le personnel de détention ne fait aucune différence entre un enfant et un adulte qui se rend en visite et la démarche sécuritaire n'est nullement allégée pour les enfants. Aucune exception n'est faite quant aux objets tolérés dans l'établissement, mis à part un biberon de lait ou d'eau et des couches culottes. Bien que cela puisse paraître strict, l'expérience a démontré que certains parents peu scrupuleux utilisent des subterfuges pour faire passer des objets non autorisés par l'intermédiaire de leurs enfants dans l'enceinte de la prison.

Toutefois, Champ-Dollon peut s'appuyer sur les compétences de plusieurs intervenants qui œuvrent en amont pour préparer les parents et les enfants

Ils relèvent la relation particulière de confiance qui existe avec la Fondation REPR : Fabrizio Bervini, Directeur de la prison Champ-Dollon (à gauche) et Lionel Gueniat, gardien-chef adjoint. Photo : © Champ-Dollon





La prison de Champ-Dollon a été précurseur dans plusieurs projets de soutien à la parentalité. Photo : Peter Schulthess (2006)

à cette démarche, tels que le service de médecine pénitentiaire (médecine somatique, psychiatrie et aide psychologique), le service socio-éducatif, les aumôneries ou REPR. Ces services ne sont pas subordonnés hiérarchiquement à la direction de la prison et agissent de manière autonome. La préparation psychologique du franchissement du seuil de l'institution est assurée par ces divers partenaires. Champ-Dollon travaille en parfaite collaboration avec eux, mais décide d'une coordination fonctionnelle dans le respect des contraintes sécuritaires.

#### **Le chalet REPR à disposition des familles**

La plupart des visites d'enfants à Champ-Dollon passe par le chalet REPR qui se situe au bout de la route d'entrée de Champ-Dollon. Des assistants socio-éducatifs, bénévoles de REPR, sont à la disposition des familles pour préparer ou débriefier la visite. Au fil des ans, REPR a su intégrer les exigences sécuritaires et établir une relation particulière de confiance avec la direction de la prison. Dès lors, ses souhaits sont généralement satisfaits. La relation avec REPR tant au niveau de la communication que des prestations offertes est excellente.

A sa manière, le personnel de détention apporte son soutien aux parents détenus qui pourraient se sentir en difficultés avant ou après les parloirs, dans le cadre de son travail quotidien. Chaque situation délicate est aussitôt signalée au personnel médical. De plus, tous les vendredis matin, un colloque auquel participent le service médical, le service socio-éducatif et le service d'application des peines permet d'aborder les situations signalées.

#### **Rythme de vie dicté par la détention avant jugement**

Le cadre réglementaire de la prison de Champ-Dollon accorde à chaque détenu une visite ordinaire hebdomadaire par deux personnes. Les enfants de moins d'un an ne sont pas comptabilisés. Elles ont lieu deux fois par jour, de 14h à 15h et de 15h30 à 16h30. A Champ-Dollon, le rythme de vie est principalement dicté par la détention avant jugement. Dès lors, l'organisation et les activités ne permettent pas de flexibiliser le cadre de ces visites. Malheureusement, ces horaires ne peuvent tenir compte du rythme de l'enfant et il est difficile de les concilier avec le temps scolaire et les activités parascolaires. Pour participer aux visites ordinaires, l'enfant devra prendre congé sur son temps scolaire et aucune exception n'est faite.

#### **Parloirs ordinaires : rigueur et atmosphère détendue**

Durant ces visites, adultes et enfants sont accueillis ensemble, dans un même parloir non-vitré. L'enfant peut être accompagné d'un membre de sa famille ou d'un accompagnant. En principe, les personnes ne doivent pas se déplacer et le visiteur doit se tenir face au détenu. Il est toutefois toléré qu'un enfant s'assiege sur les genoux de son parent et des jouets sont mis à sa disposition. Durant les visites ordinaires, le personnel de détention doit toutefois faire preuve de rigueur, afin de maintenir l'ordre et de limiter les perturbations. Il essaie malgré tout d'adopter une attitude adaptée en présence d'enfants, afin de détendre l'atmosphère et de faire en

« REPR a su établir une relation particulière de confiance avec la direction de la prison. »



sorte que les choses se passent bien. Les « au revoir » en prison sont souvent difficiles à vivre. Pour ne pas interrompre brutalement la visite, 5 minutes avant la fin du parloir l'agent de détention signale que celui-ci va se terminer.

### **Parloirs dédiés aux familles : jusqu'à douze enfants**

Le parloir du mercredi à 14h, est dédié exclusivement aux familles. Il se déroule dans les mêmes locaux que les parloirs ordinaires. Lorsque les enfants arrivent, il règne une atmosphère particulière et une certaine animation envahit les lieux. Plusieurs familles peuvent être rassemblées et cette dynamique favorise le bien-être des enfants et des parents. Ces parloirs ne sont pas comptabilisés dans le quota des visites. Ils peuvent accueillir jusqu'à douze enfants. Si plus de douze enfants sont annoncés, un second parloir est ouvert le mercredi matin à 9h. A ce jour, l'offre semble répondre à la demande. Les douze places disponibles sont généralement suffisantes et il est rare de recourir au parloir du mercredi matin.

La plupart des visiteurs sont des habitués qui viennent régulièrement chaque semaine, voire chaque mois. De plus, beaucoup de détenus n'ont pas de famille dans la région et la plupart des détenus purge de courtes peines ou une détention avant jugement de courte durée. Il peut aussi arriver que la personne détenue ne souhaite pas voir son enfant ou être en contact avec son accompagnant. Dans ce cas, des discussions sont menées avec les divers intervenants. Au quotidien, on constate qu'un nombre important de détenus souffre de problèmes psychologiques. Parfois les parloirs de famille sont également sollicités par des psychologues dans le cadre d'une thérapie.

### **Ateliers Créatifs : un moment de partage privilégié**

Le premier mercredi du mois, REPR organise des «Ateliers Créatifs» dans cette même salle. Les personnes ne s'inscrivent pas directement auprès de l'établissement comme pour les parloirs ordinaires, mais auprès de REPR qui fournit la liste des participants et les autorisations nécessaires à l'établissement. Pour des raisons sécuritaires, une semaine à l'avance REPR présente l'activité qu'elle souhaite réaliser avec les enfants (bricolage, goûter, dessins,...). Le jour venu, les tables sont poussées, les participants s'asseyent parfois en tailleur et l'activité est réalisée en commun. C'est un moment de partage privilégié entre parents et enfants, centré sur l'enfant. Les bénévoles de REPR prennent des photographies polaroids qu'ils remettent aux parents détenus ou aux enfants pour immortaliser ces instants.

Noël, Pâques et la fête de l'été sont des moments privilégiés dans la vie de famille des détenus. Le mercredi avant Noël, un arbre de Noël est organisé dans le parloir et du cake est offert aux enfants. A Pâques, ils reçoivent un lapin en chocolat des mains de leur parent incarcéré.

### **Bientôt un «parloir Skype» ?**

Champ-Dollon compte beaucoup d'étrangers pour qui, garder le contact avec leur famille est parfois difficile et cher. Actuellement, la direction générale de l'office cantonal de la détention du canton de Genève mène une réflexion globale sur un projet de « parloir Skype ». Un tel outil serait plus facilement implémentable dans un établissement qui exécute uniquement des peines et la Brenaz s'y intéresse. Champ-Dollon devrait s'appuyer sur ce projet, tout en l'adaptant à ses contraintes.

### **Un projet novateur**

Champ-Dollon participe également au projet novateur de REPR basé sur un concept suédois « Let's talk about your children » qui a pour but de soutenir la parentalité en détention. Champ-Dollon souhaite l'implémenter dans le secteur femmes. Il se déclinera selon quatre méthodes d'intervention : Information écrite à toutes les personnes détenues par flyers, affiches et vidéos, entretiens individuels semi-structurés, travail en groupes restreints selon un programme semi-structuré et récolte de statistiques sur les parents en détention et leurs enfants. Ce projet se déclinera sur trois ans et nécessitera une mise en place de 6 mois, ce qui comprend la définition des processus de coordination entre les différents intervenants et la formation de ces derniers par une ONG suédoise. Ce projet requiert une étroite collaboration entre les intervenants REPR, le Service de Probation et d'Insertion et le personnel pénitentiaire. Il est déjà acquis que l'expérience pourra débuter dans le canton de Genève dans le cadre du concept de réinsertion.

« Il est toléré qu'un enfant s'asseye sur les genoux de son parent. »

« Les « au revoir » en prison sont souvent difficiles à vivre. »

# « La séparation avec les enfants est ce qu'il y a de plus dur à supporter en prison »

## Plein feu sur ce que fait l'établissement pénitentiaire de Hindelbank pour les mères et leurs enfants

Les femmes ayant commis une infraction doivent, pendant leur détention, avoir la possibilité de maintenir des liens avec leurs enfants et de s'en occuper. L'établissement pénitentiaire de Hindelbank les y aide de différentes façons, qu'elles soient prises en charge avec leur enfant dans la section spécialement aménagée à cet effet ou qu'elles soient placées en détention ordinaire et n'aient pas leurs enfants à leurs côtés. En se rendant sur place, on a le sentiment que la recommandation du Conseil de l'Europe concernant les enfants de détenus est déjà largement mise en œuvre.

Folco Galli

L'établissement pénitentiaire de Hindelbank est la seule institution en Suisse alémanique dédiée à l'exécution des peines et mesures pour femmes. Doté de 107 places, il permet l'exécution des sanctions en milieu ouvert ou fermé. Près des deux tiers des détenues sont mères de famille. La section femme et enfant accueille jusqu'à six détenues accompagnées d'un enfant de trois ans au plus. Il s'agit de femmes qui étaient enceintes à leur arrivée dans l'établissement ou de Suissesses qui purgent une courte peine privative de liberté.

« A la différence des sections d'exécution ordinaire, les cellules restent ouvertes la nuit dans cette section pour permettre à tout moment aux mères d'aller, par exemple, préparer un biberon dans la cuisine », explique Annette Keller, la directrice de l'établissement. La journée, les enfants sont accueillis dans une garderie de la commune de Hindelbank. Leurs mères travaillent en effet, comme toutes les autres détenues, dans un atelier de l'établissement jusqu'à 16 h. Le travail revêt ici une grande importance: il vise à permettre aux femmes de subvenir elles-mêmes à leurs propres besoins à leur sortie ou, du moins, de maintenir un mode de vie stable.

### Un endroit qui répond aux besoins des enfants

Annette Keller en est convaincue : « La section femme et enfant offre à ces enfants tout ce dont ils ont besoin durant la première partie de leur vie ».

Ils bénéficient d'une importante prise en charge et se portent beaucoup mieux que s'ils vivaient, par exemple, dans un appartement seuls avec une mère dépassée. A la garderie, ils sont bien intégrés et ne font l'objet d'aucune stigmatisation. Ils peuvent en outre souvent aller se promener sur le site de l'établissement et ont libre accès à l'enclos des animaux. « D'un autre côté, la présence d'enfants a un effet positif sur notre établissement, qui garde ainsi un côté humain. »

Tout n'est cependant pas rose à Hindelbank. L'établissement compte en effet 50 % de détenues étrangères, qui ont des conceptions de l'éducation différentes, ce qui se révèle parfois particulièrement problématique. Il peut par exemple arriver que « la mère n'assume dans un premier temps qu'une petite part de ses responsabilités car, dans sa culture, c'est le village qui veille sur les enfants », explique Annette Keller. De tels agissements ne sont pas tolérés, tout comme le fait qu'une mère batte son enfant ou néglige son développement (par exemple, en ne jouant pas avec lui). Il a déjà fallu séparer un enfant de sa mère dans son propre intérêt. Annette Keller évoque par ailleurs une situation extrêmement pénible à ses yeux, qui est celle où un enfant doit être placé par l'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA), puis est expulsé avec sa mère une fois que cette dernière a fini de purger sa peine.



Annette Keller est la directrice de l'établissement pénitentiaire de Hindelbank.

### Gérer sa famille tout en étant en prison

La plupart des mères détenues à Hindelbank vivent séparées de leurs enfants, ce qui est particulièrement pesant pour elles. « Cette séparation avec les enfants est ce qu'il y a de plus difficile à supporter dans la détention », souligne la directrice de l'établissement. Selon elle, « nombreuses sont celles qui éprouvent de la culpabilité. » Elles se demandent par ailleurs comment elles doivent expliquer à leurs enfants ce qu'elles ont fait. Se pose également pour elles la question de savoir comment elles peuvent continuer à assumer leurs responsabilités tout en étant en prison. « Certaines d'entre elles téléphonent presque tous les jours à leurs enfants et gèrent leur famille tout en étant derrière les barreaux. » Selon la directrice de l'établissement, il existe des différences frappantes entre les hommes et les femmes : « Les femmes – mis à part les toxicomanes, dont les enfants ont dû être placés avant leur incarcération – restent les personnes les plus importantes dans la vie de leurs enfants et s'en sentent les premières responsables. »

Les femmes entretiennent en outre des contacts avec les grands-parents, les familles d'accueil ou les autres personnes qui s'occupent de leurs enfants à l'extérieur. Il leur arrive toutefois parfois de les considérer comme des concurrents et de se demander qui leurs enfants préfèrent. « Cette situation peut les inciter à gâter leurs enfants et à dépenser tout l'argent gagné en travaillant pour leur acheter des cadeaux. » La séparation constitue également une épreuve pour les enfants, certains d'entre eux pouvant se replier sur eux-mêmes ou adopter un comportement problématique.

### Les aider à surmonter la séparation...

A Hindelbank, on aide les mères à surmonter la séparation avec leurs enfants de différentes manières. Elles peuvent faire part de tout ce qui les préoccupe à l'assistante sociale ou à l'éducatrice qui s'occupent d'elles, explique Annette Keller avant de remarquer : « Malgré le double rôle de contrôle et de soutien de ces professionnelles, une relation de confiance parvient souvent à s'établir ». La moitié des détenues suivent en outre une thérapie dans le cadre de laquelle elles peuvent aborder les questions pressantes : Quelle relation puis-je avoir avec mon enfant dont je vis séparée ? Comment puis-je gérer mon sentiment de culpabilité et d'échec ? Comment puis-je parler avec mon enfant de l'acte que j'ai commis et de la peine qui m'a été infligée ?

### ...et permettre des contacts

L'établissement de Hindelbank permet aux détenues d'avoir des contacts réguliers avec leurs enfants afin qu'elles puissent maintenir des liens avec eux : elles peuvent leur téléphoner tous les jours via le réseau fixe et recevoir un appel de leur part par semaine. Elles ont en outre la possibilité de recevoir la visite d'adultes et d'enfants trois fois par mois et celle d'enfants de moins de 14 ans autant qu'elles le souhaitent. La plupart du temps, ces visites ne sont toutefois possibles que tous les 15 jours en raison des longs trajets à parcourir pour se rendre à la prison. Les détenues peuvent par ailleurs disposer de la pièce réservée aux visites familiales pendant une durée de cinq heures au maximum. Il existe d'autres possibilités pour maintenir et renforcer les liens avec leurs enfants, comme les congés et le transfert en

« La section femme et enfant offre à ces enfants tout ce dont ils ont besoin durant la première partie de leur vie. »

« La présence d'enfants a un effet positif sur notre établissement, qui garde ainsi un côté humain. »



La section femme et enfant accueille jusqu'à six détenues accompagnées d'un enfant de trois ans au plus.  
Photo : Peter Schulthess (2018)



« Certaines femmes téléphonent presque tous les jours à leurs enfants et gèrent leur famille tout en étant derrière les barreaux », explique la directrice Annette Keller. Photo : Peter Schulthess (2018)

« Beaucoup d'enfants s'inquiètent du bien-être de leur mère en prison. »

milieu ouvert. Dans la section externe, les mères peuvent ainsi recevoir leurs enfants de moins de 14 ans pendant un week-end ou quelques jours.

Les responsables de Hindelbank envisagent par ailleurs plusieurs autres mesures : « Nous souhaitons que les mères puissent également communiquer avec leurs enfants via Skype », explique la directrice. Le projet de rénovation prévoit en outre la construction d'un pavillon familial qui permettra aux enfants de rester dormir sur place. Annette Keller porte également un intérêt particulier à un programme de groupe développé en Suède et qui vise à aider les parents détenus à assumer leur rôle et, par là même, à influencer positivement le développement de leurs enfants.

Le vaste choix de formations proposé par l'établissement pénitentiaire de Hindelbank contribue non seulement à accroître l'autonomie de ces femmes et leurs chances de réinsertion sociale mais il a également des effets positifs sur la relation mère-enfant. Les enfants sont souvent le « principal facteur de motivation ». L'obtention d'une attestation fédérale de formation professionnelle permet à ces femmes de surmonter leur peur de l'échec et de redevenir un modèle pour leurs enfants. Selon Annette Keller, « le développement de ces compétences contribue dans une large mesure à prévenir la commission d'infractions ».

### La mère garde généralement une place importante

Les détenues de Hindelbank peuvent-elles continuer d'assumer leur rôle de mère malgré la séparation ? « La mère garde généralement une place importante », constate Annette Keller en renvoyant à une étude qui vient confirmer ses dires. Elle souligne toutefois que l'infraction commise a, elle aussi, son importance, et rappelle qu'un tiers des femmes incarcérées à Hindelbank le sont respectivement pour des actes de violence, des infractions liées aux stupéfiants ou des infractions contre le patrimoine. Selon elle, la plupart des enfants souhaitent néanmoins garder le contact avec leur mère et continuent d'entretenir un lien fort avec elle. Les enfants auraient même souvent tendance à l'idéaliser du fait de son absence.

### Les enfants ne souhaitent pas parler de leur situation

Il existe cependant aussi des enfants qui éprouvent de la honte. « Nous ne savons pas grand-chose sur leur manière de gérer cette situation difficile », admet la directrice. Il semble évident qu'ils ne tiennent pas à parler de leur situation. L'expérience faite par la réalisatrice helvético-canadienne Léa Pool lors du tournage de son documentaire *Double peine* (titre renvoyant au fait que les enfants de détenues perdent la personne dont ils sont le plus proches et sont arrachés à leur environnement, se retrouvant indirectement punis eux aussi) est, à cet égard, tout à fait révélatrice : elle a tenté de convaincre des enfants qui connaissaient cette situation en Suisse de participer à ce documentaire et de leur donner la parole, mais en vain.

Beaucoup d'enfants s'inquiètent par ailleurs du bien-être de leur mère en prison. Pour remédier à cette situation et leur montrer comment se déroule la vie en cellule et au sein de la section, toutes les détenues de Hindelbank ayant des enfants se voient remettre un DVD d'un numéro spécial de l'émission jeunesse *Rosanna checkt's* de la Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) consacré à la vie en prison. C'est à la présentatrice, qui a passé deux jours dans la peau d'une détenue pour les besoins de cette émission, que revient le mot de la fin : « J'ai beaucoup appris sur ce qui se passe dans une prison pour femmes et sur les personnes qui s'y trouvent, (...) qu'il est extrêmement important d'avoir sa famille à ses côtés, qu'on ne tient le coup en prison que si on a des occupations et qu'il n'existe pas de punition plus sévère que celle d'être séparé des gens qu'on aime. »

# « J'ai toujours pu jouer mon rôle de mère »

## Rencontre avec une mère en détention

**Malgré sa condamnation, B. K. a pu conserver son autorité parentale sur sa fille et l'exerce pleinement depuis deux ans tout en étant incarcérée dans l'Établissement pénitentiaire de Hindelbank. Si elle partage son expérience, c'est pour donner du courage à toutes celles qui se trouvent dans la même situation qu'elle.**

Il y a sept ans, B. K. était sur le point de divorcer de son deuxième mari lorsque celui-ci a été assassiné par son premier époux, qui se trouve également être le père de ses trois enfants. Ce dernier a été condamné en deuxième instance à une peine privative de liberté de 12 ans pour meurtre, suspendue au profit d'une mesure thérapeutique institutionnelle ; quant à B. K., elle s'est vu infliger une peine privative de liberté de 9 ans pour complicité de meurtre. Même si elle juge cette peine trop sévère, elle a renoncé à faire appel de la décision devant le Tribunal fédéral. La suspension de l'exécution de sa peine qu'elle a pu négocier avec les autorités était, à ses yeux, plus importante que l'espoir d'obtenir une réduction de peine supplémentaire. Elle a ainsi pu, dans un premier temps, rester libre et s'occuper de sa fille jusqu'à ses 16 ans.

Ni elle ni sa fille n'ont regretté cette décision. Il aurait en effet été encore plus difficile pour sa fille, qui avait 11 ans à l'époque des faits, de vivre séparée d'elle pendant plusieurs années. Si ses deux fils majeurs ont, eux aussi, vu leur vie basculer soudainement, son incarcération et ses trois mois de détention provisoire ont été « un véritable calvaire » pour sa fille, qui n'a pas pu lui dire au revoir. Elle ne comprenait absolument rien à ce qui se passait. A cette séparation soudaine sont venus s'ajouter d'autres désagréments. Elle a en effet dû faire face aux journalistes postés devant son école et a retrouvé dans son cartable un mot lui disant : « Dégage sale fille de meurtrière ».

### Eloge de l'APEA

Après sa détention provisoire, B. K. s'est employée avec une grande détermination à organiser la prise en charge de sa fille. « Il n'y avait qu'elle qui comptait. » Elle a réussi à conserver l'autorité parentale, ce qui lui semble quelque peu logique : « Après tout, je n'ai pas été condamnée pour avoir été une mau-

vaise mère. » Elle sait cependant aussi que le fait d'avoir dès le départ été ouverte à la discussion avec les autorités et de s'être toujours montrée honnête a joué en sa faveur. Elle fait tout particulièrement l'éloge de l'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA), qui a placé l'intérêt de son enfant au centre de ses préoccupations et ne l'a pas tenue à l'écart.

B. K. considère que les thérapies individuelle et familiale qu'elle et sa fille ont suivies se sont révélées particulièrement utiles. Il est, selon elle, absolument nécessaire de se faire aider par des professionnels en pareilles situations. Sa fille, qui l'aimait d'un amour inconditionnel et lui faisait confiance, a dû apprendre à extérioriser sa colère, ce qui n'a pas été facile. Après l'épreuve de la détention provisoire, elle a également dû surmonter des angoisses existentielles et une peur de l'abandon. Ce n'est que petit à petit qu'elle s'est faite à l'idée que sa mère resterait à ses côtés pendant encore quatre ans, jusqu'à la fin de sa scolarité.

Ses deux fils ont coupé les ponts avec elle. Les seuls contacts qui existent encore se font par l'intermédiaire de sa fille. B. K. reconnaît toutefois ses torts : « Ils ont perdu confiance en moi et ont dû se débrouiller sans leur mère. » Elle est, en même temps, convaincue qu'ils souffrent, eux aussi, de cette séparation : « Prendre le combiné quand on se téléphone avec ma fille ou venir me rendre visite au parloir est tout simplement au-dessus de leurs forces ». Elle espère cependant qu'ils pourront prendre un nouveau départ après sa libération.

### Des allègements progressifs

Depuis qu'elle a commencé à exécuter sa peine il y a deux ans, sa fille vit avec trois autres jeunes femmes dans un logement collectif; B. K. peut continuer à exercer pleinement son autorité parentale. Les débuts de son incarcération ont été difficiles ; elle



Même si elle utilise toutes les possibilités de contacts qui s'offrent à elle – ce dont elle est d'ailleurs très reconnaissante à la direction -, B. K. déclare : « Regarder sa fille dans les yeux et lui dire au revoir devant les portes de la prison après un congé est extrêmement difficile et demande beaucoup de force ».

Photo : Peter Schulthess (2018)

vivait au rythme des visites. Elle a pu bénéficier de son premier congé après avoir purgé le sixième de sa peine. En cas de besoin, elle peut également demander un congé spécial, ce qu'elle fait par exemple pour accompagner sa fille à l'hôpital. Elle pourra en outre bientôt profiter d'un congé de 32 heures : « Je pourrai passer la nuit chez ma fille et ne dormirai, pour la première fois depuis longtemps, pas enfermée dans ma cellule. »

Même si sa fille souffre actuellement d'une grave dépression l'ayant obligée à interrompre son apprentissage, B. K. reste confiante et pense que la roue va tourner. « Elle achèvera sa formation au plus tard

lorsque je sortirai », pense-t-elle. Même si elle bénéficie d'une libération conditionnelle, il lui restera toutefois encore un solde de peine considérable de quatre ans à purger. De nature optimiste, elle espère bénéficier d'autres allègements : elle aimerait être transférée dans la section externe ou, pourquoi pas, purger le reste de sa peine sous surveillance électronique. Elle peut d'ores et déjà tirer un bilan positif. Grâce aux appels téléphoniques, aux visites et aux congés, elle a réussi à maintenir un lien avec sa fille, ce qui lui permet de dire aujourd'hui : « J'ai toujours pu jouer mon rôle de mère auprès de ma fille. » (gal)

# Se retrouver soudain avec une mère en prison

## Le jour où la vie de Dilovan a basculé

**Dilovan avait 17 ans lorsque sa mère et son beau-père, accusés d'appartenir à un réseau de trafiquants de drogue, ont été arrêtés par la police. Il s'est retrouvé seul du jour au lendemain. Aujourd'hui, c'est lui qui est enfermé dans un centre d'exécution des mesures.**

Christine Brand

« Le temps passe vite ici, à condition cependant d'avoir le droit de travailler. » Dilovan, jeune homme de 23 ans qui porte une barbe, un sweat à capuche et une casquette de baseball noirs, est assis à une table bleue et blanche sur laquelle sont représentées les armoiries de la ville et du canton de Zurich. Ces dernières ne rendent pas pour autant la petite pièce située à côté de l'atelier de peinture chaleureuse. L'odeur de peinture fraîche y est en effet très forte et est imprégnée partout. A travers les barreaux de la fenêtre, on aperçoit un bout de ciel incolore qui aurait bien besoin, lui aussi, d'un petit coup de pinceau. L'atelier dans lequel Dilovan effectue son apprentissage se trouve dans un établissement d'exécution des mesures zurichois. Le jeune homme n'est pas là de son propre chef.

« Depuis combien de temps êtes-vous ici ? »  
« Cela va faire deux ans. J'ai été condamné à une mesure au sens de l'art. 61 CP que j'exécute en milieu fermé. »  
« Pour quel motif avez-vous été condamné ? »  
« J'ai commis plusieurs délits. »  
« Quels types de délits ? »  
« Principalement, des vols de voitures mais j'ai aussi été impliqué dans des histoires de drogue. »

Dilovan n'est pas le premier de sa famille à avoir eu maille à partir avec la justice et à s'être retrouvé en prison. Sa mère l'a devancé. C'était il y a cinq ans,

par une journée qui avait pourtant commencé tout à fait normalement mais qui a vu la vie de Dilovan basculer. Le jeune homme était tranquille chez lui avec des amis et sa sœur aînée, « en train de se la couler douce », lorsqu'un voisin lui a téléphoné. Il voulait savoir ce qu'il se passait chez lui car trois voitures de police étaient garées devant sa maison.

Dilovan raconte avoir eu une enfance heureuse même s'il a grandi sans son père. Ses parents se sont en effet séparés alors qu'il était encore très jeune et il n'avait quasiment aucun contact avec ce dernier. « Mais ma mère veillait toujours à ce que j'aie tout ce qu'il me fallait. » Sa mère a toujours travaillé, menant tout de front. Enfin, c'est ce qu'il croyait. A ce moment-là, elle gérait un institut de manucure mais les affaires n'étaient pas florissantes. « Elle faisait cependant en sorte qu'on ne se rende compte de rien. Pour moi, nous étions une famille comme une autre. »

Une famille qui a toutefois volé en éclat en quelques minutes un beau jour de 2013. Dilovan, qui était alors âgé de 17 ans, s'est brusquement retrouvé seul, se prenant, comme il le dit, « une véritable douche froide ».

Jusque-là, c'était toujours lui qui avait eu des ennuis avec la justice. A l'âge de 14–15 ans, il avait déjà « fait plusieurs conneries ». Il avait ainsi commis des cambriolages avec des copains : il s'était introduit dans une maison et avait volé une voiture. Pour quelles raisons avait-il fait cela ? « Nous étions

« J'ai pris une véritable douche froide. »

« Je les ai vus de loin se faire embarquer tous les deux. »

un groupe très soudé. Je voulais en faire partie, ne pas être mis à l'écart, faire mes preuves. On voulait paraître « cool », on se prenait tous pour des petits caïds ». Il s'est fait prendre, suite à quoi il a dû, pendant deux mois, aller faire la vaisselle dans un home.

Cette fois cependant, ce n'était pas pour lui que la police était venue. A travers la fenêtre, Dilovan a vu sa mère et son compagnon de l'époque se faire passer les menottes et être emmenés. Il a couru dehors mais une personne l'a retenu : interdiction de contacts et risque de collusion. Il n'avait pas le droit de parler à sa mère. « Je les ai juste vus de loin se faire embarquer tous les deux », raconte Dilovan. Il a appris plus tard que la police avait suivi sa mère et son compagnon depuis la frontière. Les enquêteurs avaient reçu un « tuyau ». Dans la voiture, ils ont trouvé ce qu'ils cherchaient, à savoir plusieurs kilos de cocaïne provenant des Pays-Bas, qui avaient transité par l'Allemagne.

*« Saviez-vous que votre mère était mêlée à des histoires de drogue avant qu'elle se fasse arrêter ? »*

*« Non, ça a été un sacré choc pour moi. Je l'avais déjà vue se sentir mal rien qu'en sentant l'odeur d'un joint. Jamais j'aurais pensé qu'elle était capable de faire une chose pareille. »*

*« Savez-vous pourquoi elle a fait cela ? »*

*« Elle devait être complètement désespérée. »*

A la suite de cette arrestation, une perquisition a été menée au domicile familial. Un couteau-papillon et de l'herbe ont été retrouvés dans la chambre

de Dilovan. « Le policier m'a dit que je devais m'en débarrasser, que j'avais déjà suffisamment de problèmes à gérer. » Le lendemain, une autre perquisition a eu lieu. Les policiers ont mis la maison sens dessus dessous et recueilli des preuves. Dilovan a appris que sa mère avait fait entrer illégalement de la drogue dans le pays, qu'elle s'était rendue à plusieurs reprises de l'autre côté de la frontière avec son compagnon pour en récupérer. « Ils m'ont dit que c'était une grosse affaire. » Il a découvert par la suite qu'ils avaient arrêté une cinquantaine de personnes. Sa mère faisait partie d'un réseau de trafiquants de drogue, même si elle n'était qu'une suiveuse. Dilovan suppose qu'elle s'est laissée entraîner par son compagnon, qui effectuait parfois même les trajets tout seul. « Cela faisait beaucoup de choses à digérer », explique Dilovan.

*« Qu'avez-vous ressenti une fois que votre mère et son compagnon n'étaient plus là et que vous avez pris conscience de ce qu'il s'était passé ? »*

*« Il a tout à coup fallu que je prenne moi-même ma vie en main. Du jour au lendemain. Après l'arrestation de ma mère, tout s'est enchaîné et j'ai été pris dans une véritable spirale infernale. »*

*« Que s'est-il passé après l'arrestation ? »*

*« J'ai commencé à lire le courrier de ma mère et me suis rendu compte qu'elle était criblée de dettes. Elle ne payait plus le loyer depuis trois mois. Ma sœur et moi devions quitter les lieux immédiatement et remettre la maison en ordre. »*



La mère de Dilovan était en train de reprendre le cours normal de sa vie lorsque son fils s'est fait arrêter. Le jeune homme effectue un apprentissage de peintre pendant l'exécution de sa mesure et compte chercher du travail à sa sortie. « Je ne veux plus perdre de temps. »

Photo : Christine Brand

Dans un premier temps, un ami de son beau-père a proposé son aide et de l'argent. Dilovan s'est toutefois aperçu qu'il était lui aussi impliqué dans le trafic de drogue. C'est son oncle, le frère de sa mère, qui s'est donc occupé de lui louer un studio à Zurich tandis que sa sœur de 19 ans emménageait dans une colocation. Elle est tombée enceinte peu de temps après. Dilovan estime que c'est une chance qu'il n'ait pas été plus jeune au moment de l'arrestation de sa mère : « Les autorités auraient été saisies et j'aurais certainement été placé en foyer ». Et c'est, selon lui, ce qui aurait pu lui arriver de pire.

Au lieu de cela, il s'est débrouillé tout seul. Son loyer était pris en charge par les services sociaux, qui lui versaient également un petit complément à son revenu d'apprenti. Il disposait donc d'environ 600 à 700 francs pour vivre. Mis à part ce coup de pouce financier, Dilovan n'a reçu ni aide, ni conseil ni soutien. « J'étais livré à moi-même », explique-t-il. « Je crois qu'il aurait été bien que quelqu'un m'explique comment gérer mon argent. » La seule personne qui le soutenait à l'époque était son maître d'apprentissage. « Heureusement que je l'ai eu comme chef. Sans lui, je serais tombé encore plus bas. » Son soutien n'a cependant pas suffi. Après l'arrestation de sa mère, Dilovan a traversé une crise profonde qui l'a obligé à mettre fin à son apprentissage. « J'ai commencé à déconner, à avoir de mauvaises fréquentations. »

« Etes-vous resté en contact avec votre mère après son arrestation ? »

« Je suis allé lui rendre visite une fois par mois au parloir de la prison. »

« Comment cela se passait-il ? »

« C'était affreux. »

« Pourquoi ? »

« C'était pour moi un véritable supplice de voir à chaque fois ma mère à travers une vitre et en présence d'un policier. »

« Combien de temps aviez-vous le droit de rester avec elle ? »

« Une heure. C'était l'enfer. »

Dilovan explique que l'arrestation de sa mère n'est pour rien dans le fait qu'il ait de plus en plus sombré dans la criminalité. « J'avais déjà des prédispositions à faire des conneries avant. » Cependant, en retraçant son parcours avec lui, on observe clairement, après l'arrestation de celle qui prenait soin de lui, une cassure, une rupture nette dans sa vie, qui ne s'est plus déroulée normalement mais s'est transformée en véritable descente aux enfers. « Après l'arrestation de ma mère, ma situation s'est aggravée », raconte Dilovan. « Tout ce qui s'était passé ne m'a pas vraiment aidé à rester honnête. » Il était trop jeune pour se débrouiller seul. Le fait de savoir sa

mère en prison lui pesait beaucoup. Il n'était déjà pas quelqu'un de stable avant qu'elle soit incarcérée. Et là, c'était tout son monde qui s'effondrait. « Pour moi, ça a été très difficile », raconte Dilovan. Pendant que sa mère était en détention provisoire, il a commencé à consommer de la cocaïne à Zurich. Avec des amis, ils ont volé des voitures et organisé des courses, juste pour le plaisir, parce qu'ils trouvaient ça génial.

Après sept longs mois derrière les barreaux, sa mère a bénéficié d'une libération conditionnelle. C'est Dilovan qui est allé la chercher à sa sortie. Les rôles étaient inversés. « Avant, c'est elle qui venait me chercher à l'école. Là, c'est moi qui l'attendais devant la prison pour la ramener à la maison. » L'atmosphère était alors à la fois pesante et remplie de joie. Pour la première fois depuis longtemps, il a pu prendre sa mère dans ses bras. « C'est comme si elle était restée enfermée pendant dix ans. » Ses cheveux étaient devenus grisonnants, mais elle avait plutôt bien tenu le choc, selon Dilovan. « Je me demande comment elle a fait. » Elle a ensuite trouvé un logement, puis un travail, qu'elle a rapidement perdu lorsque son employeur a découvert qu'une condamnation pour trafic de drogue figurait sur son casier judiciaire.

« Vous arrive-t-il encore de parler de ce qu'il s'est passé avec votre mère ? »

« Non, nous abordons rarement le sujet. »

« Qu'a ressenti votre mère lorsque vous vous êtes, à votre tour, fait arrêter ? »

« Ça a également été un choc pour elle. »

Des études montrent que les enfants dont les parents ont enfreint la loi ont plus de chances de commettre à leur tour des infractions que les autres enfants. La mère de Dilovan était en train de reprendre le cours normal de sa vie lorsque son fils a été arrêté en 2016. Tous les 15 jours, le jeune homme bénéficie d'une permission de dix heures, durant laquelle il rend tour à tour visite à sa mère et à son père, avec lequel il a renoué juste après son arrestation. Dilovan devrait être libéré en février 2020. Il aura alors terminé l'apprentissage de peintre qu'il a commencé au centre d'exécution des mesures de Zurich.

« Qu'allez-vous faire ensuite ? »

« Je chercherai du travail. »

« Pensez-vous y arriver ? »

« Oui, je ne serai plus un criminel. La drogue m'a déjà beaucoup coûté. Je ne veux plus perdre de temps. »

« Et votre mère ? »

« Je ne peux pas imaginer qu'elle commette à nouveau un jour une infraction. »

« Avant, c'est elle qui venait me chercher à l'école. Là, c'est moi qui l'attendais devant la prison pour la ramener à la maison. »

« Le but de ce projet était par conséquent de responsabiliser les pères et de leur rappeler le rôle qu'ils doivent jouer. »

### Un projet père-enfant en milieu carcéral

Saxerriet est le premier et le seul établissement pénitentiaire de Suisse alémanique où un projet père-enfant a été lancé en milieu ouvert. Selon Angelika Steck, initiatrice du projet et assistante sociale au sein de cet établissement, « les proches, et en particulier les enfants, jouent un rôle clé dans la réinsertion des détenus, y compris lorsqu'il s'agit de réduire le risque de récidive. » « Le but de ce projet était par conséquent de responsabiliser les pères et de leur rappeler le rôle qu'ils doivent jouer. » C'est important. Il est fréquent que les pères ne voient pas ou presque pas leurs enfants pendant leur détention. Pour certains, il s'agit d'un choix, car ils ne souhaitent pas que leurs enfants les voient dans cet environnement.

Les pères ayant participé au projet d'Angelika Steck ont pu bénéficier de quatre sorties accompagnées avec leurs enfants âgés de 3 à 18 ans. « Nous avons organisé des après-midis lors desquels nous nous sommes par exemple rendus dans un parc ornithologique ou à la piscine », explique l'initiatrice du projet. Le lien entre les pères et leurs enfants a relativement vite été renoué, ce qui s'est révélé très précieux pour les uns comme pour les autres.

Ce moment passé hors des murs de la prison a été bénéfique aussi bien aux pères qu'aux enfants. Les changements qu'entraîne une incarcération dans le fonctionnement de la famille constituent un bouleversement profond pour les enfants, qui peuvent souffrir de problèmes psychologiques, s'isoler et être victimes de harcèlement à l'école. « Les enfants ont pu se rendre compte lors de ces après-midis qu'ils n'étaient pas les seuls à être dans cette situation », raconte Angelika Steck. Etant en groupe, ils ont osé parler plus ouvertement et poser davantage de questions ; les pères, voyant comment les autres se comportaient avec leurs enfants, ont pu y répondre avec plus de franchise. Pères et enfants ont ainsi pu vivre des moments intenses, sans être dérangés par des éléments extérieurs.

Angelika Steck ne sait pas si le projet sera renouvelé. « C'est, comme toujours, une question d'argent », explique-t-elle avant d'ajouter que, pour le moment, le budget est serré. « Les sorties pères-enfants me tiennent cependant à cœur et j'espère qu'on aura l'occasion d'en proposer à nouveau. » Maintenir ou recréer le lien avec les enfants fait partie des principales mesures de réinsertion, mais on y a malheureusement trop rarement recours. (cbb)



Saxerriet est le premier et le seul établissement pénitentiaire de Suisse alémanique où un projet père-enfant a été lancé en milieu ouvert.  
Photo : Peter Schulthess (2006)

# « Le point de vue des enfants n'est pas ce qui est privilégié »

## Entretien avec les auteurs d'une étude sur le travail avec les proches en Suisse alémanique

**Les responsables de l'exécution des peines et des mesures en Suisse alémanique considèrent que le travail avec les proches peut grandement contribuer à améliorer la réinsertion sociale des détenus. Une étude menée par Roger Hofer et Patrik Manzoni révèle toutefois qu'il est difficile de mieux tirer parti de ce potentiel encore largement sous-exploité.**

### #prison-info: Où en sont les recherches sur les conséquences d'une incarcération pour les proches ?

Roger Hofer et Patrik Manzoni : En Suisse alémanique, seuls quelques rares travaux scientifiques se sont intéressés à ce sujet. Les études consacrées à ce thème font pour l'heure largement défaut en Suisse.

### Que peut-on toutefois dire sur les conséquences d'une incarcération ?

Les quelques études à disposition montrent que les proches sont, pour certains, en proie à de graves difficultés financières, émotionnelles et sociales, raison pour laquelle ils sont considérés comme les « victimes oubliées ». L'incarcération d'un conjoint ou d'un père entraîne pour les personnes concernées non seulement une dégradation de la situation financière, mais aussi la perte d'un être cher. Le travail qu'elles doivent effectuer sur elles-mêmes pour « digérer » cette séparation peut engendrer des problèmes psychologiques et de santé. Souvent, elles préfèrent ne pas dire qu'un membre de leur famille se trouve derrière les barreaux parce qu'elles ont honte, et se coupent du monde. Celles qui, au contraire, ne cachent rien sur leur situation s'exposent à la discrimination et à la stigmatisation.

### Qu'en est-il plus particulièrement des enfants ?

L'absence d'un parent a souvent des conséquences dramatiques sur le développement social et émotionnel des enfants. Une étude allemande révèle ainsi que les enfants concernés développent fréquemment des troubles du comportement : ils font preuve d'agressivité, se tiennent à l'écart des autres enfants et tombent souvent malades. Il ressort en outre de plusieurs études américaines que les enfants confrontés à la détention de l'un de leurs parents ont, plus tard, une plus grande tendance à manifester de l'agressivité, à éprouver des angoisses et à souffrir de dépression. Ces effets néfastes peuvent toutefois aussi avoir été causés par des problèmes qui étaient déjà présents avant l'incarcération.

### L'année dernière, vous avez interrogé des directeurs d'établissements pénitentiaires ainsi que des responsables des autorités d'exécution des sanctions pénales des grands cantons alémaniques sur la question du travail avec les proches. Qu'est-il ressorti de cette enquête ?

Toutes les personnes interrogées considèrent que le travail avec les proches peut, en premier lieu, contribuer à une meilleure réinsertion sociale des détenus,



Roger Hofer (en haut) et Patrik Manzoni, professeurs à l'Université des sciences appliquées de Zurich (ZHAW), sont les auteurs d'une étude sur le travail avec les proches en Suisse alémanique.

« L'absence d'un parent a souvent des conséquences dramatiques sur le développement social et émotionnel des enfants. »

« Le travail avec les proches est considéré comme un élément qui fait partie intégrante de la stratégie de prévention de la récidive. »

leur principale préoccupation étant d'atteindre le principal objectif de l'exécution des peines : parvenir à vivre à l'avenir sans commettre d'infractions. Le point de vue des proches, et donc des enfants, n'est pas ce qui est privilégié. Selon les personnes interrogées, l'intensification du travail avec les proches nécessite de relever plusieurs défis.

#### **Quels sont les défis qui se posent concrètement ?**

Avec les responsables, nous avons eu une discussion approfondie sur les bénéfices et les risques du travail avec les proches. L'un des risques cités est que les détenus pourraient percevoir le travail avec les proches comme un instrument de contrôle dont se servirait l'établissement pour tenter de les influencer indirectement. En donnant aux proches une trop grande responsabilité dans la réinsertion des détenus, il se pourrait cependant aussi qu'ils soient instrumentalisés par ces derniers. À l'inverse, ils pourraient exercer une influence néfaste sur eux. Dans le travail avec les proches, il est impératif de prendre en considération l'infraction commise et ses motifs afin de protéger, le cas échéant, ceux qui pourraient être en danger.

#### **Et quels pourraient être les bénéfices du travail avec les proches ?**

Toutes les personnes interrogées sont d'avis que le travail avec les proches offre de vastes possibilités et que ses bénéfices sont supérieurs aux risques. Les proches peuvent, en effet, avoir une influence positive sur l'attitude et le comportement des détenus, leur offrir le soutien nécessaire pour qu'ils développent une meilleure estime d'eux-mêmes. Dans les cas où le couple survit à cette difficile épreuve qu'est la prison, le détenu peut, à sa sortie, retrouver une vie de couple et de famille stable. Le travail avec les proches a un effet positif sur le déroulement de l'exécution de la peine et contribue, dans le meilleur des cas, à diminuer le risque de récidive. Il offre des perspectives au détenu pour sa sortie, ce qui le motive davantage durant sa détention. Pour résumer, le travail avec les proches peut, selon les responsables interrogés, être considéré comme un élément qui fait partie intégrante de la stratégie générale de prévention de la récidive.

#### **Vous avez interrogé des directeurs d'établissements ouverts et fermés. Avez-vous constaté des différences en fonction du type d'établissement ?**

Si les établissements ouverts font, pour diverses raisons, part d'un besoin d'intensification du travail avec les proches, les établissements fermés n'en ressentent que très peu le besoin. Nous avons pu constater que le travail avec les proches était quasiment inexistant dans les établissements fer-

més dans le cas des détenus étrangers, qui sont pour la plupart frappés d'une décision d'expulsion. Très souvent, ce travail se révèle très difficile, voire impossible, car les proches vivent dans un pays lointain et ne savent pas forcément que l'intéressé est emprisonné. Les détenus étrangers de la deuxième génération, qui ont de la famille en Suisse, sont cependant eux aussi sous la menace d'une expulsion, ce qui exerce une forte pression sur eux. Dans ces cas-là, il serait, de notre point de vue, important de travailler avec les proches.

#### **Le travail avec les proches jouera-t-il à l'avenir un rôle plus important en Suisse alémanique ?**

Une plus grande prise en considération des préoccupations des proches paraît difficile. Les directeurs d'établissements et les autorités d'exécution des peines et des mesures y sont plutôt réticents car ils estiment que plusieurs points méritent auparavant d'être éclaircis : Quel est le but du travail avec les proches ? Les détenus en éprouvent-ils le besoin ? Quel impact a-t-il sur les proches eux-mêmes et sur les détenus ? Par ailleurs, les responsables sont convaincus que les concordats sur l'exécution des peines et des mesures doivent être associés au processus afin de garantir une pratique uniforme. Ils considèrent en outre que la société actuelle, qui critique, voire rejette, tout ce qui paraît trop bienveillant à l'égard des délinquants ne facilite pas les choses.

#### **Vous n'avez interrogé dans le cadre de votre étude que le « personnel de direction ». Est-ce suffisant ?**

Nous n'en sommes qu'au début de notre étude. Pour évaluer de façon plus complète les possibilités offertes par le travail avec les proches et les défis qu'il implique, il convient également de recenser les besoins des détenus et de leurs proches mais aussi d'analyser ses effets. Nous pensons qu'il est nécessaire de mener des recherches plus approfondies sur la question et de prendre davantage en compte le point de vue des proches dans la pratique. (gal)

Roger Hofer et Patrik Manzoni, professeurs au Département de travail social de l'Université des sciences appliquées de Zurich (ZHAW), ont interrogé en 2017 onze directeurs d'établissements pénitentiaires ouverts et fermés et responsables des autorités d'exécution des sanctions de Suisse alémanique sur la question du travail avec les proches. Les résultats de leur étude seront publiés dans la revue allemande *Bewährungshilfe*.

# Une mère ne peut être séparée de son enfant en bas âge

## Le Tribunal pénal fédéral considère que des circonstances familiales exceptionnelles s'opposent à l'extradition

**Une extradition qui entraînerait une séparation de plusieurs années entre une mère et son enfant en bas âge serait contraire aux droits de l'homme. Selon le Tribunal pénal fédéral, l'extradition ne serait licite qu'à condition que l'Etat requérant puisse garantir le maintien des liens entre la mère et l'enfant pendant la détention.**

Par décision du 7 novembre 2016, l'Office fédéral de la justice (OFJ) avait ordonné l'extradition d'une ressortissante macédonienne vers son pays d'origine pour qu'elle y purge une peine privative de liberté de trois ans pour brigandage. Alors mère d'un petit garçon d'un an, l'intéressée avait déposé un recours contre cette décision devant le Tribunal pénal fédéral, invoquant notamment l'art. 8 CEDH (droit au respect de la vie privée et familiale).

Dans un arrêt rendu le 30 janvier 2017, le tribunal a partiellement admis le recours sur ce point. Il a rappelé que, selon une jurisprudence constante et restrictive, l'art. 8 CEDH ne pouvait faire obstacle à l'extradition que dans des circonstances familiales exceptionnelles. S'agissant des contacts de la recourante avec son époux suisse et le reste de sa famille, la restriction de la vie familiale ne saurait, comme c'est le cas dans toute affaire pénale où une peine privative de liberté est ordonnée, être évitée. En cas d'extradition, la mère et le fils en pâtiraient toutefois considérablement dans la mesure où la mère est la personne la plus importante dans la vie de l'enfant. « Pour un enfant d'un an, une absence de trois ans de la mère constitue une absence sensiblement longue à une période décisive de sa vie », a estimé le tribunal avant de souligner : « Un enfant en bas âge a particulièrement besoin de sa mère ».

### Entretenir une relation avec la personne la plus importante dans sa vie

Le tribunal a ajouté qu'un échange écrit ou téléphonique régulier se révélerait, dans le cas d'une extradition vers la Macédoine, impossible au vu de l'âge de l'enfant. Par ailleurs, les visites sur place, qui resteraient exceptionnelles compte tenu de l'éloignement, seraient insuffisantes pour permettre à l'enfant de maintenir des liens avec sa mère. Il lui serait dès lors

impossible d'entretenir une relation stable et continue avec la personne la plus importante dans sa vie.

### Des garanties exigées

Le fait que l'extradition entraînerait une séparation de facto totale de trois ans entre la recourante et son fils d'un an représente, selon le tribunal, des circonstances familiales exceptionnelles au sens de la jurisprudence précitée. Le droit à une vie familiale prévaut sur l'obligation qu'a la Suisse, en vertu d'une convention internationale qu'elle a ratifiée, d'extrader l'intéressée vers l'Etat requérant. Une extradition ne serait licite qu'à condition que le lien entre la mère et l'enfant puisse être maintenu pendant l'exécution de la peine en Macédoine. Le tribunal a donc demandé à l'OFJ d'obtenir des autorités macédoniennes la garantie que la mère aurait la possibilité de garder son fils auprès d'elle et de s'en occuper dans des conditions d'accueil, éducatives et médicales décentes.

Les autorités macédoniennes n'ont pas été en mesure de lui apporter cette garantie. En effet, dans ce pays, les détenues ne peuvent garder leur enfant auprès d'elles que jusqu'à ses un an. L'OFJ a par conséquent ordonné la mise en liberté de l'intéressée, détenue aux fins d'extradition, le 21 février 2017. La protection des droits fondamentaux n'exclut toutefois que l'extradition et non pas l'exécution de la peine : à la demande des autorités macédoniennes, le canton de Soleure a accepté d'assumer l'exécution du jugement rendu sur place et a chargé le tribunal cantonal compétent d'ouvrir une procédure d'exequatur. Cette dernière est en cours devant le tribunal. (gal)

Lien : L'arrêt RR.2016.311, RP.2016.78 est disponible sur le site Internet du Tribunal pénal fédéral ([www.bstger.ch](http://www.bstger.ch)).

« Un enfant en bas âge a particulièrement besoin de sa mère. »



# Cinq questions à Sakib Halilovic

**« Je suis tous les jours au service de très nombreuses personnes ayant des besoins divers et variés »**

Sakib Halilovic est employé à plein temps comme aumônier musulman à la prison de Pöschwies depuis le 1er juin 2017. Il était auparavant imam au centre islamique bosniaque à Schlieren et déjà employé à temps partiel à Pöschwies. Il a étudié à la faculté des sciences islamiques de l'Université de Sarajevo et vit en Suisse depuis 1992.



**#prison-info : Vous êtes employé à plein temps comme aumônier musulman depuis un peu plus d'un an. Quels sont les avantages de votre présence accrue au sein de l'établissement ?**

Sakib Halilovic: Pour se faire une idée exacte de mon rôle, il faut notamment être conscient du fait que l'établissement pénitentiaire de Pöschwies est le plus grand établissement fermé de Suisse avec plus de 400 détenus. 30 % d'entre eux sont de confession musulmane, ce qui signifie concrètement que je suis tous les jours au service de très nombreuses personnes ayant des besoins divers et variés. Certains de ces besoins sont secondaires et concernent des aspects pratiques mais sont très importants pour les détenus, comme se procurer le Coran mais également des couvre-chefs, des chapelets, des tapis ou des livres de prière.

**Et qu'en est-il des besoins plus importants ?**

L'accompagnement et le soutien spirituels individuels, dont les détenus ont particulièrement besoin, revêtent une grande importance. En tant qu'aumônier, je suis constamment obligé de tenir compte de la situation concrète des personnes, de leurs besoins individuels et collectifs. Je suis également amené à effectuer de nombreuses autres tâches, comme collaborer avec les aumôniers chrétiens, le service social, le personnel et la direction de l'établissement. Mon travail d'imam à la prison de Pöschwies est donc très varié, exigeant et stimulant.

**Selon les recommandations qui ont récemment été édictées par la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), les imams jouent, eux aussi, un rôle clé dans la détection précoce et le traitement des signes de radicalisation dans les établissements pénitentiaires. Que pouvez-vous faire concrètement ?**

Ces dernières années, de nombreuses atrocités ont malheureusement été commises au nom de l'islam. Il est tout à fait humain et compréhensible que cela provoque chez nous tous des émotions fortes et confuses, et notamment de la crainte. Il faudrait en permanence rester vigilant, sans toutefois céder à la panique. Le fait d'être en tant qu'imam constamment présent dans l'établissement et au contact des détenus me permet d'effectuer un travail de sensibilisation et de prévention. Selon moi, le contact direct et la discussion constituent les meilleures armes pour lutter contre les « ismes » quels qu'ils soient. La présence permanente d'un imam permet de réduire le risque de radicalisation.

**Vous avez déclaré, à l'occasion de la visite de la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga en février dernier, qu'il n'y avait aucun détenu radicalisé à Pöschwies. Est-ce toujours le cas ?**

Oui, je n'ai à ce jour pu constater aucun signe de radicalisation. De mon point de vue, la probabilité qu'une personne se radicalise est plus grande à l'extérieur. En prison, les détenus

ont peu de temps libre, étant presque toujours occupés : ils travaillent, suivent des cours, effectuent des apprentissages, font du sport ou s'adonnent à d'autres activités de loisirs. De plus, ils n'ont pas accès aux médias sociaux, qui jouent un rôle essentiel dans la radicalisation.

**La focalisation du débat public sur la menace que représente la radicalisation peut faire oublier en quoi consiste véritablement le travail d'un imam en milieu carcéral. Que comprend l'encadrement religieux des détenus musulmans ?**

L'encadrement religieux comprend des tâches diverses et variées. En font notamment partie la direction de la prière du vendredi ou la célébration des fêtes islamiques telles que la fête de la rupture du jeûne à la fin du ramadan ou la fête du sacrifice. Sans oublier la lecture du Coran. Il me tient à cœur que chaque texte soit replacé dans le contexte actuel. Les discussions spirituelles et les discussions destinées à permettre au détenu d'accomplir un travail sur l'infraction commise et à l'encourager à ne plus commettre d'infractions dans sa vie future sont, elles aussi, primordiales.

# Des mesures ciblées contre les délinquants radicalisés en exécution de peine

## La CCDJP a édicté des recommandations

**La Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) a édicté sept recommandations visant à prévenir le danger pour la sécurité publique que représentent les délinquants radicalisés en exécution de peine. Ces recommandations portent notamment sur l'évaluation des risques, la formation du personnel et des représentants religieux ainsi que le renforcement de la collaboration. Leur mise en œuvre incombe au Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) et aux cantons.**

Les recommandations édictées par la CCDJP le 12 avril 2018 se basent sur les conclusions du plan d'action national de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent (PAN). Adopté le 24 novembre 2017, ce dernier prévoit notamment un renforcement des instruments d'évaluation et de gestion des risques dans l'exécution des sanctions pénales. Un

groupe de travail du CSCSP a par ailleurs élaboré un document-cadre qui dresse un état des lieux et montre le besoin d'action. Voici les sept recommandations de la CCDJP :

### **Evaluer les risques**

Le CSCSP est chargé d'analyser quels sont les instruments de screening et d'évaluation des risques qui existent et si ces instruments permettent de garantir l'identification de tendances à la radicalisation et à l'extrémisme violent.

Pour garantir la prévention efficace de l'extrémisme violent, les autorités d'exécution des sanctions pénales doivent, comme le préconise le document-cadre du groupe de travail, procéder à une évaluation des risques adaptée à ce type de délinquance. Pour cela, il faut d'abord créer un aperçu des instruments de screening et d'évaluation des risques à disposition. Alors que les instruments de screening servent à identifier les tendances à la radicalisation – également en dehors de

l'exécution des sanctions pénales –, les instruments d'évaluation des risques sont utilisés au sein de l'exécution des sanctions pénales pour évaluer le risque de récidive. S'il s'avère que dans ces cas, des instruments spécialisés peuvent garantir ou au moins améliorer l'évaluation des risques, la validation, l'acquisition et la formation de tels instruments doivent être encouragées.

### **Renforcer le concept de sécurité dynamique**

Le CSCSP est chargé de contribuer au renforcement du concept de sécurité dynamique dans les établissements de détention.

La gestion de haute qualité et la taille relativement petite des établissements d'exécution en Suisse permettent un bon contrôle social. Selon le document-cadre, ces éléments sont essentiels pour lutter contre la propagation de la radicalisation et de l'extrémisme violent dans le cadre de la privation de liberté. De plus, l'exécution de sanctions en Suisse,

basée sur l'individualisation, offre une situation initiale idéale pour créer un système d'exploitation visant à instaurer la confiance ou, s'il en existe déjà un, le développer et le renforcer. Un tel système repose sur le concept de la sécurité dynamique, lequel permet la collecte, la transmission et l'échange d'informations pertinentes en matière de sécurité et vise à établir une relation de confiance entre les détenus et le personnel de l'établissement.

### **Etablir un catalogue sur les interventions**

Le CSCSP est chargé d'établir un catalogue informant sur les interventions éprouvées et recommandées concernant les délinquants radicalisés et extrémistes violents.

Les interventions ayant pour but de confronter la personne concernée avec son attitude légitimant la violence doivent être assumées par des experts formés. Il s'agit d'évaluer quelles interventions ont fait leurs preuves pour le désengagement de la violence dans le domaine des sanctions et quels services spécialisés proposent déjà ces interventions. Le groupe de travail juge en outre nécessaire d'avoir un service national qui pourrait garantir la coordination nationale des demandes concernant la radicalisation et l'extrémisme violent dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales, promouvoir le développement de la pratique et de la recherche et soigner les contacts en Suisse et à l'étranger.

### **Assurer la formation de base et continue du personnel**

Le CSCSP est chargé d'assurer la formation de base et continue des collaborateurs de l'exécution des sanctions pénales pour la détection et la gestion en matière de radicalisation et d'extrémisme violent. De plus, des offres de formation de base et continue doivent être aménagées pour des personnes assumant des fonctions de représentants religieux dans le cadre de l'exécution des sanctions pénales, y compris ceux ne faisant partie d'aucune communauté religieuse reconnue par l'Etat.

Le personnel des autorités d'exécution des sanctions pénales a un rôle clé en matière de radicalisation et en relation avec des délinquants extrémistes violents. Il doit être formé à pouvoir identifier suffisamment tôt les signes d'une radicalisation et à agir en consé-

quence. Selon le groupe de travail, les représentants religieux ont, eux aussi, une fonction importante. En effet, les délinquants radicalisés disposent souvent de connaissances très limitées de la religion qui sont dispensées par des personnes ayant une interprétation extrémiste et tolérant la violence. Des représentants religieux formés peuvent, à l'aide de connaissances historiques de la religion, déconstruire ce mode de pensée et transmettre une conception du monde plus critique. Ils sont parfois aussi à même d'aider à relâcher les tensions et les pressions que peuvent vivre les extrémistes violents.

### **Soumettre les représentants religieux à un contrôle de sécurité**

Les cantons veillent à ce que les représentants religieux qui travaillent dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales et qui ont un contact régulier et étroit avec des personnes détenues aient au préalable été soumis à un contrôle de sécurité. Ces représentants religieux doivent en outre disposer d'une formation de base ou continue spécifique à l'exécution des sanctions pénales.

Selon le document-cadre, seuls les représentants religieux qui disposent d'une qualification devraient être admis dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales. Il faut par ailleurs créer des offres de formation et de formation continue pour les fonctions d'aumônier pouvant également être suivies par des personnes appartenant à des communautés religieuses non reconnues par l'Etat. En outre, les représentants religieux qui sont actifs dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales doivent avoir suivi une formation de base ou continue spécifique, comme le cours d'« Introduction à l'exécution des sanctions pénales » proposé par le CSCSP.

### **Garantir l'échange d'informations**

Les cantons veillent à ce qu'un échange d'informations réglementé et réciproque ait lieu entre les services pénitentiaires, les établissements de détention et les services de renseignement cantonaux (SRCant).

Le document-cadre préconise, afin de prévenir efficacement la radicalisation et l'extrémisme violent, de formaliser la coopération entre les SRCant et les autorités d'exécution des sanctions pénales. Le groupe

de travail souligne l'importance de formuler des directives pour l'échange d'informations. Dans le cadre de ces travaux, l'obligation de communication des autorités d'exécution des sanctions pénales, récemment étendue par l'entrée en vigueur de la loi fédérale sur le renseignement, doit être prise en compte. De plus, la distinction entre renseignements et informations policières ainsi que des questions de protection des données doivent être clarifiées.

### **Mettre en place et renforcer la gestion cantonale des menaces**

Les cantons veillent à ce que la gestion cantonale des menaces (GCM) soit mise en place ou renforcée, et qu'elle tienne compte des cas de radicalisation et d'extrémisme violent. L'exécution des sanctions pénales doit être largement prise en compte dans la GCM.

Cette plateforme institutionnelle de prévention de la violence, placée sous la direction de la police, a pour objectif d'identifier suffisamment tôt le potentiel de danger que peuvent présenter des personnes ou des groupes, l'évaluer et finalement le désamorcer de manière multidisciplinaire par des interventions appropriées. En raison de sa structure et de ses processus clairement définis, la GCM est adaptée pour gérer les cas de radicalisation et d'extrémisme violent dans le cadre de l'exécution des sanctions pénales. Pour le groupe de travail, il est crucial que le renforcement de la collaboration ne compromette pas la séparation entre les domaines de compétence et d'action de la police, respectivement de l'exécution des sanctions.

Par ailleurs, la CCDJP organise, en collaboration avec les cantons et les concordats sur l'exécution des peines et des mesures, un échange spécialisé avec l'Office fédéral de la police (fedpol), le Ministère public de la Confédération et le Tribunal pénal fédéral dans le but de sensibiliser tous les acteurs aux processus intervenant entre les différentes autorités et au sein de l'exécution des sanctions pénales et d'optimiser la collaboration à long terme. Le CSCSP présentera à l'automne 2019 un premier rapport sur la mise en œuvre des présentes recommandations. (gal)

# Libération conditionnelle : des pratiques uniformes et restrictives

## La seconde partie de l'étude porte sur l'art. 59 CP et l'internement

**En moyenne, annuellement seuls 10 % des personnes condamnées à une mesure institutionnelle (art. 59 CP) bénéficient de la libération conditionnelle. Et il est encore plus rare que les autorités accordent la libération conditionnelle de l'internement. Cette pratique restrictive d'octroi ne diffère que légèrement entre les Concordats d'exécution des sanctions pénales, comme cela ressort de la seconde partie d'une étude.**

Aimée H. Zermatten et Thomas Freytag



Aimée H. Zermatten, Doctorante à l'Université de Fribourg, et Thomas Freytag, Chef de l'office de l'exécution judiciaire du canton de Berne

La libération conditionnelle de l'exécution d'une peine ou d'une mesure ne constitue pas une faveur pour l'auteur d'une infraction pénale jusqu'alors privé de sa liberté. Il s'agit d'une obligation prévue par le Code pénal pour l'autorité chargée de son examen et, pour le condamné, de la dernière étape précédant sa libération définitive. En ce sens, la libération conditionnelle permet de mettre à l'épreuve le condamné et de favoriser sa réinsertion dans la société, notamment au moyen d'une assistance de probation et de règles de conduite.

Dans la première partie de notre étude parue en novembre 2016, nous avons mené une enquête auprès des cantons sur les pra-

tiques de la libération conditionnelle des peines privatives de liberté entre 2004 et 2015 (voir #prison-info 1/2017). La seconde partie de notre étude porte sur un autre type de sanction privative de liberté : les mesures ; avec un focus sur le traitement des troubles mentaux (art. 59 CP) et sur l'internement (art. 64 CP), deux mesures qui ne sont pas limitées dans le temps et peuvent durer tant que l'auteur ne remplit pas les conditions inhérentes à sa remise en liberté. Dans le cadre de cette nouvelle recherche, nous avons étudié les pratiques cantonales dans le domaine de la libération conditionnelle de ces deux mesures durant une période de 14 ans (2004–2017).

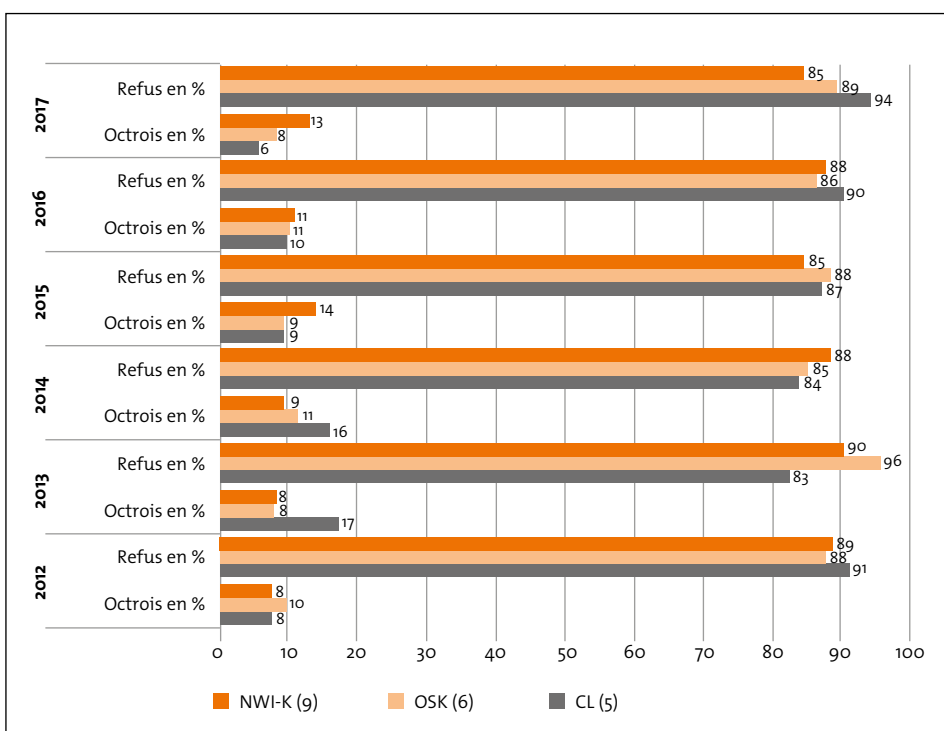


Illustration 1 : nombre d'octrois/de refus de la libération conditionnelle de l'art. 59 CP selon les Concordats d'exécution des sanctions pénales (2012-2017)

### Différences nettement moins marquées

La première partie de notre étude relevait un Röstigraben important entre les cantons latins et alémaniques. En effet, la Suisse latine se montrait bien plus sévère dans l'octroi de la libération conditionnelle des peines. Les différences sont nettement moins marquées en ce qui concerne la libération conditionnelle de l'art. 59 CP au sein des trois Concordats d'exécution des sanctions pénales. Pour les années 2008-2017 (réponses de 14 cantons), le taux d'octroi s'élève à 7 % dans le Concordat latin (CL), 11 % dans le Concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest (NWI-K) et 8 % dans le Concordat de la Suisse orientale (OSK) (moyenne suisse : 9 %). Pour la période 2012-2017 (réponses de 20 cantons), ces chiffres sont de 11 % (CL), 11 % (NWI-K) et 10 % (OSK) (moyenne suisse : 10 %) et, entre 2016 et 2017 (réponses de 25 cantons), de 9 % (CL), 9 % (NWI-K) et 9 % (OSK) (moyenne suisse : 9 %). Les taux d'octroi, en 2016 et 2017, de trois grands cantons comparables, appartenant chacun à l'un des Concordats d'exécution des sanctions pénales, soit 3 % (BE), 7 % (VD) et 8 % (ZH) confirment une certaine uniformité des pratiques.

### Art. 59 CP : taux d'octroi aux alentours de 10 %

Comment expliquer que les taux d'octroi de la libération conditionnelle de la mesure selon l'art. 59 CP se trouvent aux alentours des 10 % alors qu'ils sont considérablement plus élevés pour les peines privatives de liberté ? En effet, une comparaison de la libération conditionnelle de ces deux sanctions pénales entre 2014 et 2015 montre une différence notable : 73 % d'octrois pour la peine privative de liberté contre 11 % pour la mesure de l'art. 59 CP. Cet écart s'explique pour plusieurs raisons.

Premièrement, une mesure n'est ordonnée qu'à titre subsidiaire, c'est-à-dire à la condition qu'une peine seule ne parvienne à écarter le danger que l'auteur ne commette une nouvelle infraction. A ce titre, les chiffres de l'Office fédéral de la statistique indiquent qu'entre 2014 et 2016, la mesure de l'art. 59 CP a été prononcée conjointement à une peine privative de liberté ferme dont la quotité était dans 16 % des cas de moins de 1 an et dans 46 % (soit la majorité) d'un an à moins de 3 ans. Dans 21 % des situations, la peine privative de liberté ferme se situait entre 3 ans et moins de 5 ans et dans 17 % à plus de 5 ans.

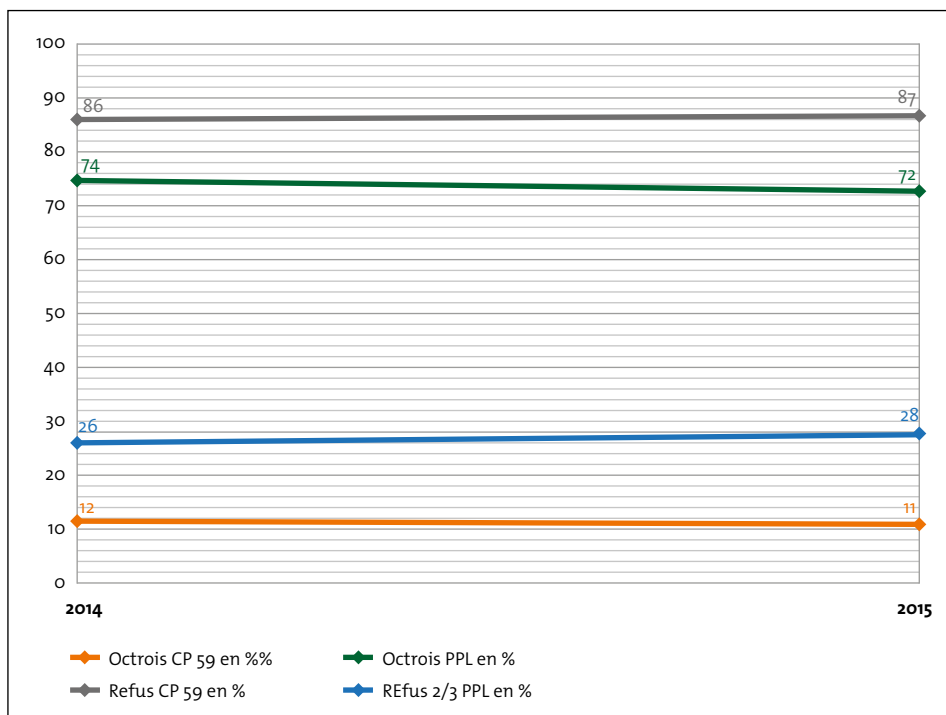


Illustration 2 : comparaison des octrois de la libération conditionnelle d'une peine privative de liberté avec ceux de l'art. 59 CP (2014-2015)

Deuxièmement, la procédure d'examen de la libération conditionnelle n'est pas identique. Alors que l'examen est arrêté à une échéance fixe pour la peine privative de liberté, au deux tiers de l'exécution, il s'effectue annuellement pour les mesures.

Troisièmement, les conditions d'octroi de la libération conditionnelle de l'art. 59 CP sont plus strictes. Celles-ci supposent une diminution suffisante du risque de récidive et un pronostic favorable quant au comportement futur de l'auteur. Autrement dit, il doit exister une forte probabilité que l'auteur fera ses preuves en liberté (ATF 137 IV 201, c. 2.1). En revanche, la libération conditionnelle d'une peine requiert que le pronostic relatif au comportement futur du délinquant ne soit pas négatif, c'est-à-dire qu'il n'y ait pas lieu de craindre qu'il ne commette de nouveaux crimes ou délits. En outre, la libération conditionnelle d'une peine privative de liberté constitue la règle et son refus l'exception (ATF 133 IV 201, c. 2.2). Enfin, à la différence des peines, la mesure de l'art. 59 CP (tout comme l'internement) sanctionne des auteurs souffrant d'un grave trouble mental ou dange-

reux, lesquels menacent, pour la plupart, un bien juridique important comme la vie, l'intégrité physique, psychique ou sexuelle.

### Internement : pratique encore plus restrictive

En matière d'internement, les cantons suisses se montrent encore plus stricts : entre 2004 et 2017, ils ont rendu 27 décisions favorables, soit une moyenne de 2 %. Une analyse du nombre de décisions prises par rapport à l'effectif moyen des personnes internées laisse toutefois supposer qu'une partie de celles-ci ne reçoit pas annuellement de décision relative à l'examen de la libération conditionnelle. Une communication du refus de la libération conditionnelle sous une autre forme qu'une décision formelle, un manque de ressources et le fait que la libération conditionnelle de l'internement n'est examinée, pour la première fois qu'après deux ans, peuvent expliquer cette discrétion.

Les faibles pourcentages d'octroi de la libération conditionnelle de la mesure de l'art. 59 CP et de l'internement témoignent d'une pratique très restrictive des autorités vis-à-vis

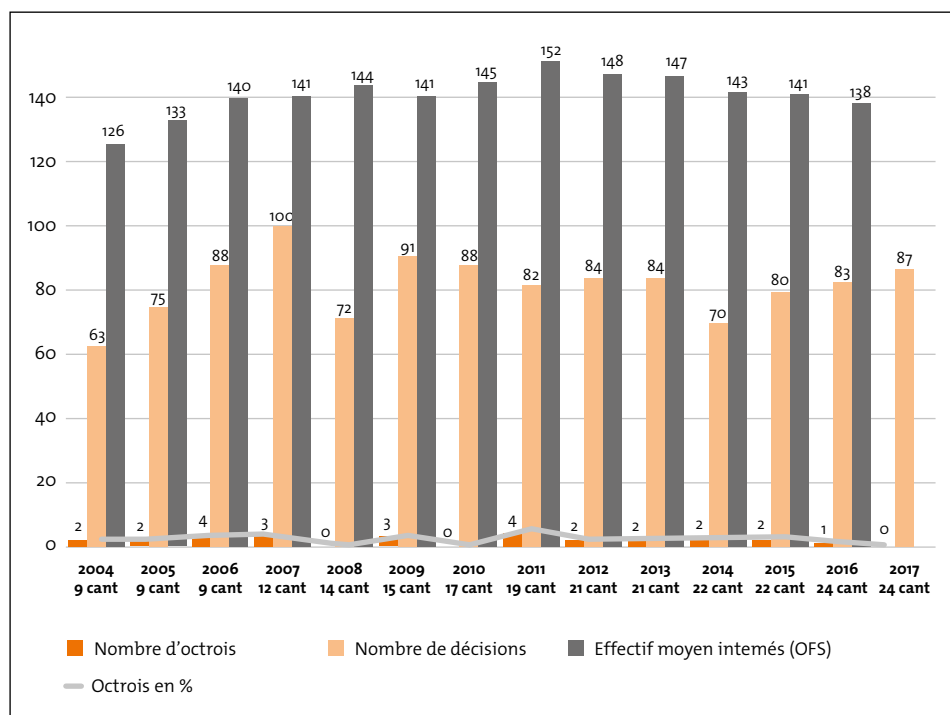


Illustration 3 : nombre de décisions relatives à la libération conditionnelle de l'internement, nombre d'octrois de la libération conditionnelle de l'internement et effectif moyen des personnes internées selon l'OFS (2004-2017). (Légende : cant. = nombre de cantons ayant répondu)

d'auteurs dangereux ou présentant un risque de récidive. Ce constat est encore accentué par les statistiques relatives à l'internement dont la libération conditionnelle n'est quasiment accordée plus que de manière extraordinaire. En ce sens, l'internement (simple) se rapproche de l'internement à vie et questionne sur la nécessité tout comme la pertinence de cette ultima ratio dans l'arsenal des sanctions pénales.

Le petit nombre de libérations conditionnelles octroyées laisse supposer de longs séjours en prison ou au sein d'établissements spécialisés. Cette observation interroge sur le nombre suffisant ou non d'institutions adaptées et de programmes spécifiques pour une population criminelle souffrant, en majorité, de troubles mentaux et potentiellement amenée à vieillir au sein du milieu carcéral.



Selon les résultats de l'étude, l'internement (simple) se rapproche de l'internement à vie (Photo : Cellule d'un interné de l'Etablissement pénitentiaire de Thorberg). Photo : Peter Schulthess (2006)

# Réseau, plate-forme et trait d'union

## Changement de direction à la tête de la *Fédération des établissements de privation de liberté Suisse (FES)*

**Lors de son assemblée générale du 23 mars dernier, la *Fédération des établissements de privation de liberté Suisse (FES)* a élu Alain Broccard, directeur de la prison de La Croisée, à sa présidence. Il succède à Marcel Ruf, directeur de l'établissement pénitentiaire de Lenzburg, qui a dû quitter le comité après huit années passées à sa tête, comme le prévoient les statuts. Les deux hommes soulignent le rôle important joué par la FES, que ce soit en tant que réseau, plate-forme d'information ou trait d'union entre les régions linguistiques.**

Fondée en 2010, la FES compte environ 80 membres, ce qui en fait la plus grande association professionnelle dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales. Elle regroupe aussi bien les directeurs des établissements de privation de liberté que des chefs de services d'exécution des peines et mesures. Son but est de préserver les intérêts professionnels et éthiques de ses membres, de promouvoir leur formation de base et continue et de permettre des échanges sur des questions fondamentales touchant à la privation de liberté ainsi qu'à ses développements. La FES entend également mettre en lien les différents acteurs (membres, groupes pro-

fessionnels, institutions et autorités) actifs dans le domaine de la privation de liberté. Par ailleurs, elle participe au débat public par des prises de position sur des questions touchant à la privation de liberté.

### **Des approches et des solutions nouvelles**

Marcel Ruf a déclaré à #prison-info avoir passé huit années « passionnantes et enrichissantes » à la tête de la FES : « La multiplicité des interlocuteurs auxquels j'ai eu affaire m'a permis, malgré mes 18 années d'expérience dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales, de découvrir sans cesse des approches et des solutions nouvelles. » L'ancien président souligne par ailleurs la facilité avec laquelle les membres de la fédération arrivent à trouver des solutions grâce à la mise en réseau à large échelle permise par les trois concordats sur l'exécution des peines et des mesures. Il considère en outre qu'il est particulièrement important que les différents organes de l'exécution des peines et des mesures continuent à l'avenir à impliquer les directeurs d'établissements de privation de liberté et de travailler avec la « plate-forme thématique et d'information orientée vers la pratique FES ».

Aux yeux de Marcel Ruf, les modifications apportées au système d'examens constituent une « avancée considérable » : la FES, la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux (CCSPC) et le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) ont créé en 2017 une association à laquelle a été confiée la responsabilité des examens de la formation professionnelle de base et supérieure pour le personnel des établissements de privation de liberté. Cette association présidée par M. Ruf a élaboré les statuts, les conventions de prestations ainsi que les règlements d'examen et les directives relatifs aux examens professionnels fédéraux, mais aussi créé le Secrétariat « Examens », qui est entré en fonction cette année.

### **Une association précieuse et utile**

Alain Broccard qui a intégré le comité de la FES en 2015 souligne que cette présence lui a « permis de vivre diverses expériences enrichissantes, ainsi que d'acquérir une meilleure connaissance des acteurs et des partenaires du monde pénitentiaire ». Il explique avoir décidé, après mûre réflexion, d'assumer la présidence pour plusieurs raisons : « Je voulais continuer à défendre mes idéaux, contribuer à la pérennité de la FES, promouvoir les métiers pénitentiaires et défendre notre action ».

Et il ajoute : « J'ai constaté à quel point cette association est précieuse et utile pour notre domaine d'activité. Elle permet à ses membres de constituer un réseau de collaboration, avec de solides liens d'amitié entre les membres. Elle concourt au maintien d'une réflexion permanente en vue de l'optimisation de la prise en charge des personnes détenues dans notre pays, sans oublier le soutien aux membres et les questions des conditions de travail des collaborateurs des établissements. Regroupant les dirigeants des établissements de privation de liberté de tout le pays, la FES se veut en outre un trait d'union entre les régions linguistiques de la Suisse. »



Alain Broccard (à gauche) succède à Marcel Ruf à la tête de la Fédération des établissements de privation de liberté Suisse (FES). Photo : Peter Schulthess (2018)

# Trouver un juste équilibre entre les aspects punitif, curatif et préventif

## Entretien avec Ronald Gramigna à propos des délinquants dangereux

**Le système suisse d'exécution des peines et des mesures, qui fait ses preuves dans le cas des délinquants dangereux, repose sur la combinaison des aspects punitif, curatif et préventif. Pour Ronald Gramigna, chef de l'Unité Exécution des peines et mesures de l'Office fédéral de la justice, aucun de ces aspects ne devrait avoir la primauté sur les autres.**



Ronald Gramigna est le chef de l'Unité Exécution des peines et des mesures de l'Office fédéral de la justice.

**#prison-info : Vous avez récemment pris part au vif débat sur les délinquants dangereux en vous exprimant dans une tribune à la NZZ. Quel était le but de votre démarche ?**

Ronald Gramigna : Selon moi, plusieurs prises de parole dans les médias ont contribué à donner une image contrastée et donc négative de l'exécution des peines et des mesures. Les vives émotions suscitées par le « quadruple meurtre de Rapperswil » n'y sont peut-être pas non plus étrangères. Mon objectif était d'apporter un nouvel éclairage, fondé sur une approche intégrative, à la discussion relative à l'évaluation et au traitement des délinquants dangereux, et de proposer une vue d'ensemble de cette problématique de plus en plus complexe.

**A quoi est due cette complexité croissante ?**

Il y a, selon moi, plusieurs raisons à cela : premièrement, la sensibilité et l'attention de la société civile, des médias et des milieux politiques se sont accrues ; deuxièmement, les exigences posées aux collaborateurs de l'exécution des peines en ce qui concerne la détection des risques de récidive et autres ont été revues à la hausse et, troisièmement, les exigences en matière de sécurité et de réinsertion sociale sont plus élevées. Dans un état de droit, il est impératif que la législation pénale, la justice pénale et le système

d'exécution des peines et des mesures soient acceptés par la société civile. Leur acceptation dépend dans une large mesure de la perception que la société en a, perception qui peut être très changeante et qui est fortement influencée par les médias. Les responsables doivent par conséquent constamment se prémunir contre tout rejet en suscitant la confiance dans le système pénal.

**Le « meurtre du Zollikerberg » marque, selon vous, un tournant dans la gestion des risques. Pourquoi ?**

Ce meurtre commis il y a 25 ans a entraîné une évolution à l'échelle nationale de l'exécution des peines et des mesures, évolution qui se poursuit encore aujourd'hui. En reconnaissant qu'il avait une responsabilité « morale » et en versant près d'un million de francs à la famille de la victime, l'Etat (par l'intermédiaire du canton de Zurich) a envoyé un signal clair indiquant qu'il assumait la responsabilité des cas de récidive graves.

**Quelles en ont été les conséquences pour les responsables de l'exécution des peines et des mesures ?**

Il est aujourd'hui difficile pour tout profane de se rendre compte de la forte pression qui pèse sur les responsables de l'exécution des sanctions pénales et sur les responsables

politiques, qui ont des décisions à prendre concernant des délinquants potentiellement dangereux. La prévention de la récidive est devenue le but suprême de la réinsertion. Les autorités compétentes doivent déterminer si l'auteur représente une menace pour la sécurité et l'ordre publics. Elles doivent, d'une part, évaluer le risque de récidive et, d'autre part, établir un pronostic sur le comportement futur de l'intéressé. Elles jouent donc aujourd'hui un rôle préventif important. Grâce à leur engagement et à leur compétence, mais aussi grâce à des outils d'évaluation des risques plus performants, elles arrivent à mener à bien la mission qui leur a été confiée.

**Ce n'est pourtant pas l'efficacité des autorités qui fait les gros titres mais les rares erreurs commises...**

Effectivement, les autorités ne sont guère jugées sur l'efficacité de leur travail mais sur les rares cas dans lesquels l'auteur récidive malgré le professionnalisme avec lequel elles ont réalisé leur évaluation. Le même constat peut d'ailleurs être fait dans d'autres domaines. Plus un test ou une procédure de détection précoce d'un risque quel qu'il soit s'avère efficace, plus une évaluation erronée sera lourde de conséquences. Il faut alors s'attendre à un matraquage médiatique, à des campagnes de dénigrement, à des enquêtes administratives et à d'autres mesures drastiques. Sont concernés non seulement les collaborateurs de l'exécution des peines et des mesures mais également les juges et les psychiatres, qui sont, eux aussi, amenés à s'intéresser aux pronostics et au risque de récidive des auteurs d'infractions.

**L'évaluation de plus en plus complexe des délinquants dangereux requiert également une plus grande interdisciplinarité. Quels problèmes cela pose-t-il ?**

Il est relativement facile de mettre en place des réseaux interdisciplinaires mais il est plus compliqué de faire face aux conséquences qui en résultent. C'est particulièrement le cas dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures. En effet, les réseaux interdisciplinaires sont dans un certain sens contraires au principe de séparation des pouvoirs et aux systèmes hiérarchiques car ils ne fonctionnent pas comme un silo et ne sont pas organisés de façon structurée. En théorie, certains processus décisionnels et certaines

compétences sont définis et délimités clairement. Dans la pratique cependant, on assiste parfois à une confusion des rôles : les experts ne sont-ils pas amenés par la force des choses à être parfois un peu des juges ? Les juges doivent-ils de temps à autre jouer le rôle de psychiatres ? Les collaborateurs des autorités d'exécution des peines et des mesures sont-ils, de par leurs fonctions, également des juges ou des psychiatres, voire les deux ? Le fait que chacun outre passe son rôle est une conséquence inéluctable de l'interdisciplinarité. Mais cela traduit aussi et surtout le souci d'agir pour le bien de la société et de répondre à un besoin de sécurité accru.

**Dans votre tribune, vous parlez de plusieurs langues et de plusieurs logiques. Qu'entendez-vous par là ?**

A première vue, cela paraît simple : le méchant est puni, le malade est soigné et celui qui est dangereux est placé en lieu sûr et sous surveillance. Mais qu'en est-il lorsque deux, voire trois, de ces cas de figure sont réunis ? Et lorsque viennent s'ajouter à cela d'autres langues et d'autres visions des choses ? Le code pénal et les responsables de l'exécution moderne des peines et des mesures s'efforcent de tenir compte de ces trois cas de figure et de les structurer. Ainsi, la peine doit être proportionnelle à la culpabilité de l'auteur et vise à le punir mais aussi à lui permettre d'expier sa faute ; quant à la mesure, elle entend prendre en compte le besoin de traitement et de mise en sûreté.

**Et pourquoi est-ce si compliqué ?**

Il y a là aussi nécessairement des interférences et des recoupements. Un délinquant qui est uniquement condamné à une peine doit aujourd'hui, lui aussi, effectuer un travail sur lui-même pour ne plus commettre d'infractions. Que l'on appelle cela thérapie ou pas semble secondaire. S'agissant de l'internement, il apparaît évident que cette mesure comporte – non seulement pour la population mais aussi pour l'ensemble des acteurs et des personnes concernées – un fort aspect punitif. Il y a de surcroît des paramètres moraux à prendre en considération dans cet aspect punitif, ce qui signifie que plusieurs logiques s'affrontent.

**Pouvez-vous donner un exemple concret ?**

Selon le code pénal, un homicide ne peut être qualifié d'assassinat que si le délinquant a tué

avec une absence particulière de scrupules. C'est aux juges qu'il revient de trancher la question. Les médecins partent, quant à eux, du concept de maladie et parlent de patients (littéralement : personnes qui souffrent) et de leur thérapie (littéralement : guérison). Enfin, ceux qui réfléchissent en termes de risques et de prévention ne se concentrent pas sur les aspects moraux et médicaux mais s'intéressent avec pragmatisme aux questions de l'évaluation des risques et de la mise en sûreté.

**Un même auteur est donc considéré sous trois angles différents ?**

Effectivement, un même auteur peut – du point de vue moral – avoir commis un acte condamnable mais aussi avoir besoin d'un traitement parce que – du point de vue médical – il souffre d'une maladie ou d'un trouble. En outre, il peut – du point de vue préventif – représenter un danger pour la sécurité publique si on le remet en liberté. Il est évalué selon différentes approches et logiques. Face à cette diversité, il est tout à fait compréhensible et concevable qu'on souhaite soit tout réunir en une seule langue, une seule logique et un seul système, soit tout distinguer et délimiter clairement. Il y a cependant peu de chances que cela fonctionne. Ce ne serait d'ailleurs pas souhaitable ni judicieux.

**Pas de système unique ni de délimitation : que préconisez-vous donc alors ?**

Il est judicieux de combiner les trois aspects sans donner la primauté à l'un d'entre eux. Il faut particulièrement veiller à ne pas privilégier un aspect au détriment des autres. Un juste milieu doit être trouvé entre les aspects punitif, curatif et préventif. On ne rendra pas les choses moins compliquées en les décomposant et en privilégiant un aspect par rapport à un autre. Le système suisse d'exécution des peines et des mesures, qui s'en sort avec les honneurs et n'a pas à craindre la comparaison internationale s'agissant de la gestion des délinquants dangereux, repose sur la combinaison de ces trois aspects. (gal)

# Des enfants et des adolescents plus âgés lors de leur premier placement

## Les institutions face à plusieurs défis

**Lors de leur premier placement en foyer, les enfants et les adolescents sont aujourd'hui plus âgés qu'il y a cinq à dix ans et sont atteints de troubles plus complexes. Telles sont les conclusions d'une équipe de chercheurs de la Clinique universitaire de psychiatrie (UPK) de Bâle qui a analysé les données anonymisées et cryptées de 467 enfants et adolescents placés en foyer.**

Les données d'enfants et d'adolescents placés dans 23 foyers de Suisse alémanique sont régulièrement recensées et analysées dans le cadre du projet Equals, mené conjointement par Integras (association professionnelle pour l'éducation sociale et la pédagogie spécialisée) et l'unité de pédopsychiatrie de l'UPK de Bâle. Equals est un outil informatique qui permet d'évaluer la santé psychique de ces jeunes et de documenter les progrès réalisés. Dans un communiqué de presse publié par Integras, on apprend que l'âge d'entrée en foyer a connu une hausse significative entre 2010 et 2011, passant à presque 13 ans alors qu'il était de 9 ans en moyenne avant 2010. Aujourd'hui, les enfants ont en moyenne près de 15 ans et sont atteints de troubles plus complexes lors de leur premier placement.

### Souvent en proie à de sévères crises

L'analyse des données confirme ce qu'observent depuis longtemps avec inquiétude les responsables des foyers pour enfants et adolescents, à l'instar de Christoph Weber, codirecteur du foyer de vie Sennwald, cité dans le communiqué : « Les enfants sont placés de plus en plus tard. Ils nous arrivent souvent en proie à de sévères crises, ce qui représente un défi majeur pour notre personnel. » Nicole Wolschendorf, directrice du foyer de vie rose à Heiden (AR), l'a, elle aussi,

remarqué : « Nous recevons de plus en plus de demandes concernant des jeunes beaucoup plus âgés présentant des problématiques complexes. A 18 ans, ils ne sont souvent pas encore prêts à être autonomes. Nous devons donc à chaque fois trouver une solution au cas par cas » en ce qui concerne la collaboration avec les jeunes adultes, le financement et la collaboration avec les proches.

### Privilégier une pratique ambulatoire à une pratique institutionnelle

Dans de nombreux cantons, les services d'aide aux enfants et aux adolescents ont pour principe de privilégier une pratique ambulatoire à une pratique institutionnelle, le but étant de réduire les coûts. Gabriele Rausser, directrice d'Integras, remarque : « Avant de placer un enfant en foyer, on recourt à une assistance ambulatoire et flexible, comme l'accompagnement sociopédagogique des familles, ce qui est fondamentalement une évolution positive. En revanche, si le placement en foyer d'un enfant est retardé, non en raison de considérations professionnelles, mais pour des impératifs de coûts, cela peut devenir dangereux pour l'enfant. » Daniela Luraschi, directrice du foyer scolaire cantonal Gute Herberge à Riehen, va plus loin : selon elle, le fait de privilégier systématiquement une pratique ambulatoire à une pratique institutionnelle peut mettre les enfants concernés et leur famille dans des situations d'échec qui peuvent au final également compromettre le succès d'une prise en charge institutionnelle.

### Les peurs et les comportements dépressifs en augmentation

Trois enfants et adolescents sur cinq placés en institution font état de difficultés que leurs pairs hors institution connaissent rarement et/ou avec beaucoup moins d'intensité. Ces

dernières années, les troubles intériorisés – peurs ou comportements dépressifs – ont augmenté chez ces enfants et adolescents. Marc Schmid, psychologue en chef de l'unité de pédopsychiatrie de la PUK, considère, lui aussi, cette évolution comme inquiétante du point de vue pédopsychiatrique et de leur développement psychologique : « L'élévation de l'âge d'admission en foyer a pour effet de confronter le personnel sociopédagogique aux difficiles questions du devenir adulte avant même de pouvoir établir une relation stable avec les jeunes. En ce qui concerne justement les adolescents en grande difficulté, cela signifie, pour les éducatrices et éducateurs, devoir se confronter immédiatement à des crises extrêmement violentes, ce qui peut ébranler leur confiance en eux-mêmes et en leur action. »

### Deux défis

Selon Integras, les placements de plus en plus tardifs placent les institutions face à au moins deux défis :

1. Lorsque l'âge d'entrée moyen des enfants et adolescents est en hausse, la durée de leurs séjours est plus courte et il reste moins de temps pour construire des relations, mettre en œuvre les mandats des autorités de placement et préparer les jeunes à l'indépendance. Cela soulève la question de savoir si les attentes traditionnellement posées aux institutions sont encore à qualifier de réalistes.
2. Si aujourd'hui les problématiques psychiques des enfants et adolescents se distinguent plus souvent de celles du passé, cela peut signifier que les visions, concepts et structures de prise en charge ne sont peut-être plus toujours adaptés aux situations actuelles des jeunes. (Red.)

**Lors de leur premier placement en foyer (photo : Bürgerliches Waisenhaus à Bâle), les enfants et les adolescents sont aujourd'hui plus âgés qu'il y a cinq à dix ans et sont atteints de troubles plus complexes.**

Photo : Peter Schulthess (2017)



# Maintenir la relation en période de crise

## L'extrémisme violent au centre du Congrès mondial sur la justice pour enfants

**Certains facteurs de succès dans la prise en charge des adolescents peuvent également être appliqués quand la violence est extrême. C'est ce qu'a souligné Bernardo Stadelmann, vice-directeur de l'Office fédéral de la justice, lors du Congrès mondial sur la justice pour enfants 2018. #prison-info revient ici, sous forme de questions-réponses, sur les principaux points de son intervention.**



Bernardo Stadelmann est le vice-directeur de l'Office fédéral de la justice et le chef du Domaine de direction Droit pénal.

**#prison-info : Quelle est l'ampleur de la menace émanant de l'extrémisme violent en Suisse ?**

Bernardo Stadelmann : Le Ministère public de la Confédération fait état actuellement d'environ 60 individus « à risque », susceptibles d'être dangereux pour la sécurité du pays. Il s'agit en majorité de jeunes hommes âgés de 17 à 19 ans, la plupart avec des racines étrangères, vivant principalement de l'aide sociale et souvent en possession de pornographie. Ces jeunes ont beaucoup en commun avec un grand nombre d'autres adolescents : ils sont à la recherche de leur identité, en crise biographique, éloignés de leur famille, en situation de précarité financière ou sans perspectives de vie.

**Tous les jeunes en proie à une crise identitaire ne commettent toutefois pas des infractions...**

Si ces jeunes commettent des actes poursuivis pénalement, un tribunal les condamnera à une peine. En fonction de la gravité de l'infraction, la sanction pourra être une peine privative de liberté. Et le juge pourra aussi prononcer une mesure institutionnelle. Dans ce cas, l'exécution de la peine sera suspendue

en faveur de la mesure et l'adolescent sera placé dans une institution.

**Sur quoi met-on l'accent dans les établissements d'éducation ?**

Le travail et l'expérience de décennies a permis de définir de multiples bonnes pratiques. Les objectifs de la mesure demeurent toutefois inchangés. Il s'agit de renforcer l'estime de soi, offrir des relations, encourager l'identité en proposant des perspectives, renforcer les relations familiales et soutenir les processus d'autonomie et de responsabilité. Ce qui est nouveau, c'est la prise de conscience par la pédagogie sociale que les adolescents aux comportements extrêmes sont souvent sous pression de tous côtés : parents, enseignants, pairs et même professionnels. Face à ce phénomène, les institutions se posent la question de savoir comment enlever cette pression en se focalisant sur le jeune et en le prenant au sérieux. Les besoins personnels du jeune sont au centre et non pas l'acte qu'il a commis.

**Quel est le rôle des parents ?**

L'inclusion des parents est indispensable. Pour les adolescents, il est même important que quelqu'un s'occupe de leurs parents. Et

cet aspect est essentiel pour beaucoup plus de jeunes que ce que l'on pense ! Les parents restent toujours les parents. Ils connaissent mieux les jeunes et continueront à les accompagner pendant toute leur vie. Cela signifie également que les parents sont autorisés et invités à participer à toutes les décisions. Pour rendre possible la participation des adolescents et des parents, le langage des professionnels doit aussi être simple. À cette fin, les éducateurs spécialisés – comme déjà les avocats et les juges – doivent continuellement repenser leurs pratiques.

### **Quelles sont les autres exigences que les éducateurs spécialisés doivent satisfaire ?**

Le travail relationnel est devenu l'essence même de la pédagogie sociale. Ce point n'est pas totalement nouveau mais il exige souvent d'aller au-delà de la pratique professionnelle actuelle ; dans le sens de s'engager personnellement, de faire preuve de loyauté dans son travail et d'être capable de faire face à soi-même et à ses propres valeurs. Il est essentiel que le jeune pris en charge en institution, quelle que soit la difficulté qui l'y ait amené, ait en face de lui un adulte intègre et sûr de lui. Lorsqu'on les interroge sur le profil de l'éducateur qu'ils souhaitent, ce sont les jeunes eux-mêmes qui le disent.

### **Quels sont les défis qui se posent aujourd'hui ?**

Proposer une pédagogie non punitive, sans la menace de l'exclusion. Une pédagogie qui identifie le comportement déviant comme une expression de la souffrance et l'affronte d'une manière orientée vers la solution et non de façon punitive est réellement nécessaire. Cela signifie que le maintien de la relation doit rester primordial en période de crise.

### **Qu'est-ce que cela signifie pour la pratique ?**

Afin de rendre possible le travail individuel avec les jeunes, les établissements d'éducation doivent modifier les schémas traditionnels. Des changements structurels sont également nécessaires, s'il s'agit de mettre le jeune au centre. Les institutions doivent être ouvertes 365 jours par an. Elles doivent laisser les jeunes rentrer à la maison dans une logique de besoins individuels et non selon un schéma préétabli de week-ends ou de vacances scolaires. Les « murs » doivent pouvoir être franchis : les parents et les proches doivent pouvoir accéder facilement à l'établissement. Ils doivent même être autorisés à



Les « murs » doivent pouvoir être franchis : les parents et les proches doivent pouvoir accéder facilement à l'établissement. Photo : Peter Schulthess (2017)

participer ou à assumer des tâches. En Suisse, nous sommes en route vers cette nouvelle Culture – mais il reste du travail à faire !

l'adresse [www.bj.admin.ch](http://www.bj.admin.ch) (sous Actualité/Discours&Interviews).

La présentation de Bernardo Stadelmann est disponible sur le site Internet de l'OFJ à

# En direct du Parlement

## Les expulsions en point de mire

La législation pourra être révisée s'il apparaît que, en pratique, la clause de rigueur est appliquée autrement qu'à titre exceptionnel, au contraire de ce qu'a voulu le Parlement. Tel est l'avis qu'émet le Conseil fédéral dans sa réponse à l'interpellation 17.4201 « Exécution rigoureuse des expulsions ». Lors du débat du Conseil des Etats sur le nouveau droit en matière d'expulsion entré en vigueur le 1er octobre 2016, la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga a mis en garde contre les décisions prises à la hâte. Elle a prié le Parlement de laisser se développer une jurisprudence aux fins de pouvoir se doter d'une législation fiable et de recueillir suffisamment de données pour pouvoir tirer les conclusions qui s'imposent.

La conseillère fédérale a souligné qu'on ne connaissait pour l'heure ni le nombre de personnes ayant commis une des infractions énumérées à l'art. 66a, al. 1, du code pénal ni celui des cas dans lesquels la clause prévue pour les cas de rigueur avait été appliquée, et qu'on ne savait pas non plus si c'étaient les tribunaux ou les ministères publics qui appliquaient cette clause. Elle a indiqué qu'il fallait attendre la statistique de l'Office fédéral de la statistique [qui a été publiée entre-temps], laquelle ne pourrait toutefois pas apporter toutes les réponses souhaitées. Selon elle, il s'agit d'une période transitoire et il est encore trop tôt pour dire à quel niveau le nombre d'expulsions va se stabiliser. La conseillère fédérale a assuré que le Conseil fédéral suivait cette évolution de près.

## Internement : un intervalle plus ou moins long entre les expertises selon la situation

Le Parlement a chargé le Conseil fédéral de modifier le code pénal pour que l'autorité compétente n'examine une libération conditionnelle qu'après trois ans ou sur demande

fondée si l'expertise en vue d'une libération conditionnelle a donné trois fois de suite un résultat négatif. Il a adopté la motion 17.3572 « Internement. Intervalle plus long entre les expertises après trois résultats négatifs » lors des sessions de printemps 2018 (Conseil des Etats) et d'automne 2017 (Conseil national). Le Conseil fédéral avait, lui aussi, proposé d'accepter la motion. L'examen de l'internement occasionne une charge de travail considérable en termes de rapports, d'expertises et de décisions formelles. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral estime qu'il faut éviter autant que possible les dépenses inutiles ou contre-productives.

## Droit à des soins de santé de qualité

Le Conseil fédéral rappelle, dans sa réponse à la question 18.5033 « Les prisons vont-elles bientôt devenir des cliniques de soins esthétiques ? », posée par la conseillère nationale Verena Herzog, que les personnes détenues ont droit à des soins de qualité. C'est l'Etat qui les a mis en prison et il a, à ce titre, une responsabilité particulière s'agissant de leur santé. Il ajoute que les mesures de promotion de la santé et de prévention réduisent les risques de transmission de maladies et qu'elles jouent par conséquent, sur le plan de la santé publique, également un rôle important en milieu carcéral. Selon lui, les détenus qui sortent de prison en bonne santé ont par ailleurs de meilleures chances de réinsertion sociale.

## Des détenus dépourvus de couverture d'assurance-maladie

Le Conseil fédéral est conscient que des personnes n'étant pas domiciliées en Suisse et n'ayant donc pas de couverture d'assurance-maladie sont détenues dans des éta-

blissements de privation de liberté. Le risque existe dès lors que les soins de santé ne soient pas garantis de manière adéquate dans tous les cas. Cette problématique est actuellement analysée plus en détail au sein d'un groupe de travail, comme l'indique le Conseil fédéral dans sa réponse à l'interpellation 18.3129 « Santé en prison. Comment garantir l'administration des soins nécessaires aux personnes non assurées ? », déposée par la conseillère nationale Lisa Mazzone.

Le Conseil fédéral remarque qu'il n'appartient pas à la Confédération de définir des normes en matière de soins de santé en détention. Il renvoie « aux mécanismes existants qui visent à fournir des soins de santé de qualité aux personnes détenues », citant plus particulièrement les « Recommandations pour une harmonisation des soins dans les institutions pénitentiaires suisses », publiées par les cantons, l'organisation Santé Prison Suisse, soutenue par les cantons, et la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT). Cette dernière est chargée de veiller au respect des droits des personnes privées de liberté, ce qui comprend l'accès à des soins de santé adéquats.



**Le Conseil fédéral a rappelé que les personnes détenues ont droit à des soins de santé de qualité (photo : salle de consultation de la prison intercantonale de Bostadel ZG). Il n'appartient toutefois pas à la Confédération de définir des normes en la matière**

Photo : Peter Schulthess (2016)

# Le prononcé ultérieur de la mesure thérapeutique était illicite

## La Suisse a violé la CEDH

**Dans son arrêt du 9 janvier 2018, la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) a estimé que la Suisse avait violé la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH). Elle a en effet considéré que la mesure thérapeutique institutionnelle ordonnée ultérieurement à l'encontre du requérant se fondait sur deux expertises qui n'étaient pas suffisamment récentes et que l'institution de placement était inadaptée à ses troubles.**

Par jugement du 27 mai 2005, le tribunal pénal du canton de Bâle-Ville avait reconnu le requérant coupable de brigandage, de mise en danger de la vie d'autrui et de divers autres délits et l'avait condamné à une peine privative de liberté de huit ans. Des rapports rédigés par le directeur de la prison et des expertises psychiatriques réalisées en 2008 et 2010 avaient mis au jour, durant sa détention, des troubles de la personnalité de caractère paranoïde et narcissique, qui étaient déjà présents au moment de la commission des actes. Les expertises avaient également souligné la dangerosité et le risque de récidence élevé du requérant, qui refusait tout traitement.

L'autorité chargée de l'exécution des peines avait donc demandé au Tribunal d'appel

du canton de Bâle-Ville de vérifier si les conditions pour prononcer un internement ultérieur ou une mesure thérapeutique institutionnelle étaient remplies. Par jugement du 6 mai 2011, le tribunal d'appel avait ordonné l'internement ultérieur du requérant. Par jugement du 30 janvier 2012, le Tribunal fédéral avait considéré que les conditions pour prononcer l'internement ultérieur n'étaient pas remplies et avait renvoyé la cause au Tribunal d'appel pour une nouvelle décision. Par jugement du 22 août 2012, le Tribunal d'appel avait ordonné, après avoir entendu un psychiatre le 6 novembre 2011, une mesure thérapeutique institutionnelle, suspendant en même temps la durée d'exécution restante. Par jugement du 28 mai 2013, le Tribunal fédéral avait rejeté le recours interjeté par le requérant contre ce jugement.

La psychiatre entendue par le Tribunal d'appel avait notamment relevé que seuls les établissements pénitentiaires de Thorberg et de Pöschwies disposaient de services adaptés pour prendre en charge le requérant. Ce dernier était toutefois resté placé à la prison intercantonale de Bostadel. Devant la CEDH, il a invoqué l'art. 5 (droit à la liberté et à la sûreté) et 7 (pas de peine sans loi) CEDH ainsi que l'art. 4 du Protocole n°7 de la convention (droit à ne pas être jugé ou puni deux fois).

### Délai excessif

Dans son arrêt du 9 janvier 2018, rendu à l'unanimité sur tous les points, la CEDH a observé que la mesure thérapeutique a été prise plus de sept ans après la condamnation initiale, et peu de temps avant la libération prévue du requérant. De plus, elle a estimé que le délai entre les expertises psychiatriques réalisées en 2008 et 2010 et le prononcé de la mesure en 2012 était excessif. Elle a également noté qu'alors que la psychiatre interrogée lors de la procédure avait indiqué les noms de plusieurs centres pénitentiaires dotés de services de thérapie adaptés, le requérant était resté incarcéré à la prison de Bostadel. Selon le droit suisse, une mesure ne peut être levée que s'il n'y a pas d'établissement approprié. La Cour a donc estimé que la privation de liberté subie à la suite de l'arrêt du 22 août 2012 n'était pas compatible avec les objectifs de la condamnation initiale et que le droit du requérant à la liberté et à la sûreté (art. 5 CEDH) avait été violé.

### Aucune violation des deux autres articles invoqués

La Cour a en outre observé qu'à l'époque où le requérant avait commis les infractions le juge aurait pu prononcer des « mesures concernant les délinquants anormaux », sur

la base du code pénal alors en vigueur. Même s'il faut considérer la mesure thérapeutique institutionnelle ordonnée par la suite comme une peine, une telle mesure n'est pas plus sévère que celle qui aurait pu être prononcée au moment de la commission des faits délictuels. Il n'y a donc pas eu violation du principe « pas de peine sans loi » (art. 7 CEDH).

Enfin, la Cour a indiqué que l'établissement nouveau de l'état mental du requérant reposait sur des faits nouvellement révélés et que la modification du jugement initial était intervenue par l'application par analogie des règles sur la révision. Il n'y a par conséquent pas eu violation du droit à ne pas être jugé ou puni deux fois (art. 4 du Protocole n° 7 de la convention).

#### **Le prononcé ultérieur d'une sanction peut être licite**

L'arrêt du 9 janvier 2018 est définitif dans la mesure où les deux parties ont renoncé

à demander le renvoi de l'affaire devant la Grande Chambre de la Cour. Interrogé par #prison-info, Frank Schürmann, le représentant de la Suisse auprès de la CEDH, explique que cet arrêt revêt une importance particulière, et ce pour deux raisons. Premièrement, la CEDH reconnaît que le prononcé ultérieur d'une mesure thérapeutique institutionnelle peut être licite s'il existe un lien de causalité avec la condamnation initiale et donc avec l'infraction. Deuxièmement, elle considère que le prononcé d'une telle mesure, dans le cadre d'une révision, ne viole ni le principe « pas de peine sans loi » ni le droit à ne pas être jugé ou puni deux fois.

Selon l'arrêt, pendant combien de temps peut-on considérer une expertise comme suffisamment récente ? La CEDH a considéré que le délai qui s'est écoulé entre les expertises psychiatriques et le prononcé de la mesure, à savoir presque quatre ans avec la première et plus de deux ans avec la seconde,

est excessif. M. Schürmann ajoute que la Cour a fait référence à deux précédents arrêts dans lesquels elle a jugé excessif un délai de 18 mois. L'arrêt ne précise pas les raisons pour lesquelles la CEDH – contrairement au Tribunal fédéral – n'a accordé dans son appréciation aucune importance à l'audition de la psychiatre intervenue neuf mois avant le prononcé de la mesure.

L'arrêt Kadusic contre Suisse (requête n° 43977/13) peut être consulté à l'adresse [www.echr.coe.int](http://www.echr.coe.int).



**La Suisse a certes violé la CEDH dans l'affaire Kadusic. La Cour (photo) reconnaît toutefois que le prononcé ultérieur d'une mesure thérapeutique institutionnelle peut être licite.**

# L'internement à vie subordonné à des conditions strictes

## Arrêt du Tribunal fédéral dans l'affaire de l'assassin de Marie

**Dans un arrêt rendu le 26 février 2018, le Tribunal fédéral a annulé l'internement à vie ordonné à l'encontre de Claude D., l'assassin de Marie, ce dernier n'ayant pas été qualifié de « durablement non amendable » par deux experts. Il a en revanche confirmé la peine privative de liberté à vie.**

Claude D. a été condamné en 2000 à une peine de prison de 20 ans pour assassinat ainsi que d'autres infractions et a bénéficié d'une libération conditionnelle en 2012. Dès le mois de mars 2013, il a été en contact avec la jeune Marie, alors âgée de 19 ans. Le 13 mai 2013, il est venu la trouver sur son lieu de travail à Payerne (VD) et l'a forcée à monter dans sa voiture. Dans la nuit du 13 au 14 mai 2013, il a étranglé la jeune femme. Le Tribunal criminel de l'arrondissement de la Broye et du Nord vaudois l'a condamné en 2016 à une peine privative de liberté à vie pour assassinat, séquestration et enlèvement, contrainte sexuelle ainsi que d'autres infractions. Il a également ordonné son internement à vie. Le Tribunal cantonal vaudois a confirmé la décision en 2016.

### Impossibilité de poser un pronostic « à vie »

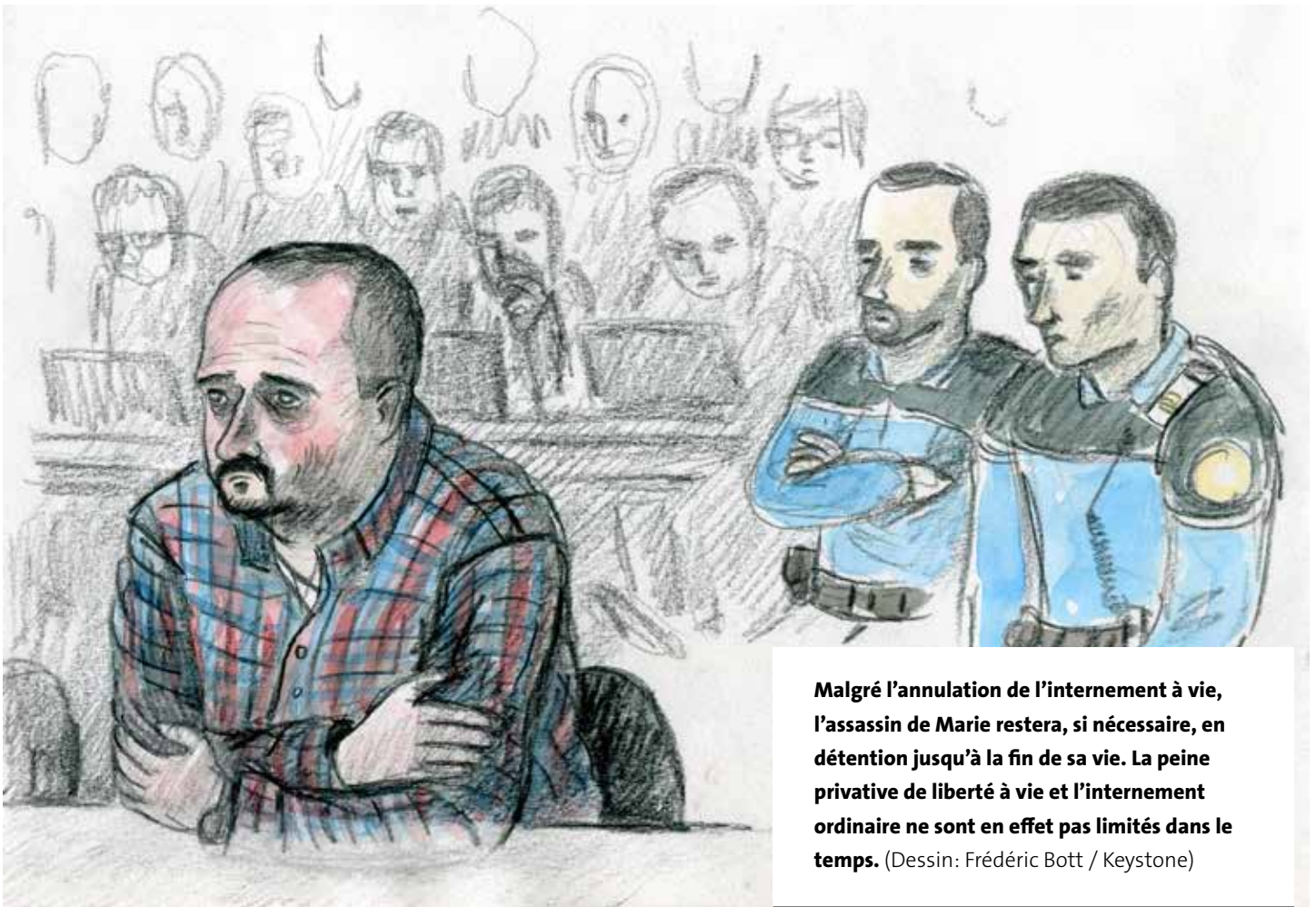
S'agissant de l'internement à vie, le Tribunal fédéral admet le recours de l'intéressé dès lors que les conditions légales pour ordonner la mesure ne sont pas remplies. Le Tribunal cantonal a considéré dans sa décision que, dans le cas d'espèce, les deux experts man-

datés étaient parvenus à la conclusion que le condamné était durablement non amendable. Cela n'est toutefois pas exact pour l'un des experts. Contrairement à l'avis du Tribunal cantonal, l'expert en question n'a pas expressément constaté que l'intéressé, âgé de 36 ans au moment des faits, était inaccessible à un traitement sa vie durant.

### L'internement à vie encore jamais confirmé

L'arrêt rendu dans l'affaire Marie (6B\_35/2017) est le quatrième dans lequel le Tribunal fédéral annule un internement à vie :

- Dans l'affaire Lucie (6B\_93/2013), le Tribunal fédéral est allé à l'encontre du Tribunal cantonal argovien, qui estimait qu'un intervalle d'environ 20 ans suffirait pour être « durablement » non amendable. Il a considéré que seul celui qui n'est effectivement accessible à aucun traitement sa vie durant et qui met la société en péril sans limite de temps peut être interné à vie.
- Dans une affaire impliquant un assassin de prostituée (6B\_13/2014), les deux experts mandatés ont estimé que l'intéressé était un psychopathe extrêmement dangereux et qu'il n'existait à ce jour aucun traitement capable de réduire sa dangerosité. Selon le Tribunal fédéral, aucun d'eux n'a toutefois conclu qu'il serait inaccessible à un traitement sa vie durant.
- Dans une affaire impliquant un délinquant sexuel multirécidiviste (6B\_217/2015), le Tribunal fédéral a estimé qu'il n'était pas avéré que l'intéressé ait, par son acte, porté ou voulu porter une atteinte « particulièrement grave » à l'intégrité physique, psychique ou sexuelle » de la victime.



**Malgré l'annulation de l'internement à vie, l'assassin de Marie restera, si nécessaire, en détention jusqu'à la fin de sa vie. La peine privative de liberté à vie et l'internement ordinaire ne sont en effet pas limités dans le temps.** (Dessin: Frédéric Bott / Keystone)

A l'inverse, il a exposé qu'on ne pouvait pas, en psychiatrie, poser de pronostic « à vie » concernant les possibilités de traitement. Le jugement est en conséquence annulé sur ce point et la cause est renvoyée au Tribunal cantonal pour nouvelle décision.

#### **L'absence particulière de scrupules retenue à juste titre**

Le Tribunal fédéral rejette cependant les griefs de Claude D. à l'encontre des condamnations pour assassinat et autres infractions, ainsi que contre le prononcé de la peine privative de liberté à vie. En ce qui concerne la qualification d'assassinat, le Tribunal cantonal n'a pas violé le droit fédéral en retenant que la caractéristique de l'absence particulière de scrupules était réalisée. L'absence particulière de scrupules de l'auteur découle d'une part de son mobile futile et égoïste et d'autre part de sa froideur et de sa maîtrise de soi dans la préparation et l'exécution du crime. Dans le

cadre de la fixation de la sanction, le Tribunal cantonal a considéré à juste titre, en prononçant une peine privative de liberté à vie, qu'il n'existait chez l'auteur aucune diminution de responsabilité.

#### **L'internement à vie comme ultima ratio**

Comme l'écrit le Conseil fédéral dans sa réponse à l'interpellation « Le moment n'est-il pas venu de mettre vraiment en œuvre l'initiative pour l'internement à vie des délinquants dangereux ? », déposée peu de temps après l'arrêt rendu par le Tribunal fédéral, l'internement à vie est destiné à des auteurs très dangereux, ce qui explique que le législateur ait prévu cette sanction comme ultima ratio. Le Conseil fédéral répond par ailleurs par la négative à la question de savoir si le droit en vigueur ne subordonne pas l'internement à vie à des conditions trop strictes : selon lui, les conditions figurant dans le code pénal reprennent tout simplement les condi-

tions déjà prévues dans le texte de l'initiative populaire.

#### **La privation de liberté à vie possible**

Contrairement à l'auteur de l'interpellation, le Conseil fédéral estime qu'il n'est pas nécessaire de légiférer. Il souligne qu'il existe aujourd'hui, outre l'internement à vie, d'autres sanctions pénales qui permettent de priver une personne de sa liberté durant toute son existence, comme la peine privative de liberté à vie et l'internement ordinaire, qui ne sont pas limités dans le temps et permettent de garder les auteurs présentant un risque de récidive aussi longtemps que nécessaire en détention. Pour le reste, le code pénal n'exclut pas la possibilité de combiner une peine privative de liberté à vie et un internement ordinaire, ce qui rend, notamment, la procédure d'examen de la libération conditionnelle plus sévère. (gal)

# Pour davantage de sécurité et d'humanité dans l'exécution des sanctions

**Entretien avec Dominik Lehner, le nouveau président du PC-CP**

**Le Conseil de coopération pénologique (PC-CP) élabore, à l'intention du Conseil de l'Europe, des recommandations visant à instaurer des normes pour des conditions de détention humaines et à initier de nouveaux développements dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales. Dominik Lehner, président de la Commission concordataire de la Suisse centrale et du Nord-Ouest pour l'évaluation de la dangerosité des délinquants, présente l'activité de cet organe d'experts, qu'il dirige depuis le 1er janvier 2018.**

**#prison-info: Vous êtes membre du PC-CP depuis 2014 et le dirigez depuis le début de l'année. Qu'est-ce qui vous a poussé à intégrer cet organe d'experts du Conseil de l'Europe et à vouloir en devenir président ?**

Dominik Lehner: J'ai tout d'abord rejoint le Groupe de travail du PC-CP en tant qu'expert et, à ce titre, participé à l'élaboration de la recommandation relative à la surveillance électronique. J'ai trouvé très intéressant de voir comment les Etats, en cas de nouveaux développements tels que celui de l'exécution des peines sous surveillance électronique, s'inspirent de ce qui se fait chez les autres, partagent leurs connaissances et peuvent rendre possible une certaine harmonisation des pratiques. Lorsqu'on m'a demandé si je voulais postuler comme membre du groupe de travail, je savais très bien ce qui m'attendait. Il faut se montrer très patient, être prêt

à passer des journées entières à peaufiner des textes et à débattre de certains concepts, mais il faut aussi être conscient que ce travail fastidieux en vaut la peine et contribuera à une exécution des sanctions pénales plus sensée, plus sûre et plus humaine. C'est pour cette raison-là que j'ai aussi fini par accepter au bout de quatre ans d'assurer la présidence du PC-CP.

**En quoi consistent les activités du PC-CP ?**

Le PC-CP a principalement pour tâche d'observer les développements dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales et d'élaborer, sur la base de la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH), de la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) et des normes du Comité européen pour la prévention de la torture (CPT), des recommandations à l'in-

tention du Comité des Ministres. Il vérifie en outre régulièrement si le Compendium, dans lequel figurent les recommandations adoptées jusqu'à présent par le Conseil de l'Europe, a besoin d'être mis à jour. Il organise également la conférence annuelle des directeurs des services pénitentiaires et de probation, qui sera cette année consacrée à la coopération entre ces deux services.

#### **Comment se compose cet organe d'experts ?**

Alors que les 47 représentants des Etats membres du Conseil de l'Europe assistent à la réunion plénière du PC-CP, ils ne sont que neuf à participer au groupe de travail. Lors de l'élection de ces neuf membres, on veille à ce que les différents domaines auxquels s'intéresse le PC-CP, à savoir l'administration pénitentiaire, la probation et la recherche, soient si possible représentés. Compte tenu de mon activité professionnelle, je m'occupe,

par exemple, de l'évaluation des risques chez les personnes.

#### **Le PC-CP est un organe subordonné du Comité européen pour les problèmes criminels (CDPC). En quoi les activités de ces deux organes diffèrent-elles ?**

Le CDPC a un champ de compétences plus large, qui comprend la lutte contre la criminalité et la prévention, tandis que le PC-CP s'occupe plus spécifiquement de l'exécution des sanctions pénales. Dans le cadre de mes fonctions, je participe aux réunions du CDPC, qui sont l'occasion pour moi de rendre compte des activités du PC-CP.

#### **Il existe, outre le PC-CP, le Comité d'experts sur le fonctionnement des conventions européennes relatives à la coopération dans le**

#### **domaine pénal (PC-OC). Quel est le rôle de cet organe subordonné ?**

Ce comité est chargé de suivre et d'évaluer le fonctionnement des conventions du Conseil de l'Europe sur la coopération internationale dans le domaine pénal, comme celles sur le transfèrement des personnes condamnées, l'extradition ou l'entraide judiciaire, et le cas échéant de proposer de nouveaux instruments. Cette activité a, elle aussi, son importance car, comme chacun sait, la criminalité ne s'arrête pas aux frontières.

#### **D'où vient l'impulsion pour l'élaboration de nouvelles recommandations ?**

Elle vient assez rarement du Comité des Ministres car les ministres des Affaires étrangères des Etats membres qui le composent ne sont généralement pas compétents en matière de justice. Elle vient donc, la plupart



Le PC-CP est chargé d'élaborer des recommandations en matière d'exécution des sanctions mais aussi de vérifier régulièrement si les recommandations existantes ont besoin d'être revues et adaptées. Photo : Dominik Lehner, président du PC-CP, en train de feuilleter le Compendium, un ouvrage de 248 pages qui regroupe toutes les recommandations adoptées par le Conseil de l'Europe depuis 1965. Photo : Peter Schulthess (2018).

du temps, du CDPC, mais parfois aussi du PC-CP ou du groupe de travail.

### **Comment se déroule le processus de l'élaboration des recommandations à leur adoption ?**

Les recommandations sont, en règle générale, élaborées par le groupe de travail du PC-CP, puis elles passent entre les mains de son organe plénier et celles du CDPC avant d'être adoptées par le Comité des Ministres. Les discussions sont donc longues et, si on ne prend aucun plaisir à ces échanges, c'est qu'on n'est pas à sa place. Il faut également beaucoup d'autodiscipline car si chacun mettait en avant des idées propres à son pays, la discussion serait interminable. Les documents existants donnent cependant déjà des indications. Par ailleurs, on dispose, au sein des organes du Conseil de l'Europe, d'énormément de connaissances et d'informations sur les solutions qui peuvent être mises en œuvre dans tous les Etats membres. Les différends semblent au départ souvent insurmontables mais se règlent très vite une fois que certaines notions comprises différemment – et qui se révèlent généralement difficiles à traduire précisément – ont été clarifiées. A la fin, on constate qu'il existe un large consensus, tout le monde souhaitant la même chose : une exécution des sanctions pénales sensée et humaine ainsi qu'un maximum de sécurité pour la population.

### **Il s'agit donc de trouver « le plus grand dénominateur européen commun », comme vous l'avez une fois déclaré.**

C'est en effet important car les décisions du Comité des Ministres sont adoptées à l'unanimité. Il est absurde d'élaborer un document si un Etat ne participe pas au processus. Le fait de rechercher le plus grand dénominateur européen commun nous permet de garantir dans une large mesure l'acceptation future des recommandations dans les Etats membres.

### **Ces recommandations sont-elles contraignantes pour les Etats membres du Conseil de l'Europe ?**

En aucun cas, car comme leur nom l'indique, il s'agit de recommandations et non pas de lois. Elles peuvent toutefois le devenir dans le cadre de la jurisprudence de la CEDH dans la mesure où les Etats membres sont tenus de se conformer aux arrêts rendus par cette

dernière. Même s'il n'existe pas de régime de contrôle de l'application des décisions eu égard à la souveraineté des Etats membres, ces décisions ont une importance considérable et sont généralement mises en œuvre. On peut ici parler d'enrichissement mutuel : si les recommandations servent de point de repère à la CEDH – qui leur confère au cas par cas un caractère contraignant –, elles peuvent aussi inciter les Etats membres à introduire de nouvelles approches comme celle de la justice restaurative réparatrice, qui implique la réparation, la médiation entre auteur et victime et la médiation en général. Pour certains Etats, elles constituent donc une aide pour se prendre en charge.

### **Le Compendium, qui regroupe toutes les recommandations adoptées par le Conseil de l'Europe depuis 1965, est un ouvrage volumineux. Comment les responsables du domaine de l'exécution des sanctions peuvent-ils arriver à en garder une vue d'ensemble ?**

En fait, ils ne sont que quelques-uns à en connaître tout le contenu, mais ce n'est pas indispensable. Les directeurs d'établissements pénitentiaires devraient par exemple connaître les nouvelles recommandations concernant les enfants de détenus, mais pas forcément celles sur la justice réparatrice. Les recommandations sur la probation s'adressent, quant à elles, en premier lieu aux services compétents en la matière. Les différents destinataires doivent s'assurer que les recommandations sont bien suivies d'effets dans leurs services respectifs. Les ministères de la justice doivent, eux aussi, faire en sorte que ces recommandations parviennent aux personnes concernées.

### **Que peut faire le Conseil de l'Europe pour que ces recommandations trouvent un écho dans la pratique ?**

Il est ici essentiel que le Conseil de l'Europe lui-même ou des organisations qui lui sont affiliées, comme l'Organisation européenne de la probation (CEP) ou l'Organisation européenne des services pénitentiaires et correctionnels (EuroPris), fassent connaître ces recommandations lors des différentes manifestations qui sont organisées. Ces dernières ont une portée immense car les participants rapportent les informations qu'ils y ont recueillies dans leur pays d'origine. La traduction de ces recommandations joue

également un rôle déterminant, puisque l'anglais et le français ne sont pas forcément parlés dans tous les Etats membres.

### **Mis à part les Règles pénitentiaires européennes, quelles sont, d'après vous, les trois recommandations les plus importantes du Conseil de l'Europe et pourquoi ?**

Elles sont bien entendu toutes importantes ! Mais on ne peut souvent apprécier leur véritable importance que si l'on s' imagine être directement concerné. On peut néanmoins dire que les recommandations relatives à la probation, aux règles européennes sur les sanctions et mesures appliquées dans la communauté et aux détenus étrangers revêtent une importance particulière car elles contiennent des dispositions fondamentales qui concernent un très grand nombre de personnes.

### **A quelles tâches le PC-CP va-t-il principalement se consacrer prochainement ?**

Nous avons revu en janvier le commentaire relatif aux Règles pénitentiaires européennes et, comme on pouvait s'y attendre un peu, se pose à présent la question de savoir si les règles elles-mêmes ne devraient pas être complétées. Nous nous assurons en outre que les Etats membres n'aient pas besoin de précisions ou d'aide s'agissant des directives et du guide concernant la radicalisation, la lutte contre la radicalisation en prison demeurant l'une de nos principales priorités. Par ailleurs, nous travaillons actuellement à l'élaboration d'un guide sur le recrutement et la formation du personnel pénitentiaire. Enfin, nous espérons que le Comité des Ministres, qui vient d'adopter la recommandation concernant les enfants de détenus, adoptera également sans tarder celle concernant la justice restaurative en matière pénale. (gal)

# Favoriser le transfèrement des personnes condamnées vers leur pays d'origine

## Un groupe de travail a élaboré des directives

**Un groupe de travail réunissant des représentants de l'Office fédéral de la justice (OFJ) et des autorités cantonales d'exécution des peines et des mesures a élaboré des check-lists et d'autres documents dans le but de favoriser le transfèrement des personnes condamnées vers leur pays d'origine. Ces directives doivent permettre d'accroître le nombre de procédures en la matière et de professionnaliser davantage ce domaine de la collaboration internationale.**

La Convention du Conseil de l'Europe sur le transfèrement des personnes condamnées (ci-après « Convention ») permet aux étrangers condamnés à une sanction privative de liberté (peine ou mesure) en dehors de leur pays d'origine de rentrer, à certaines conditions, dans ce pays pour y purger leur sanction. En ce qui concerne la Suisse, la Convention est entrée en vigueur en 1988 et son Protocole additionnel, qui permet de transférer une personne condamnée sans son consentement, en 2004. Des traités bilatéraux de transfèrement ont également été conclus avec la République dominicaine, le Kosovo, Cuba, le Maroc, le Paraguay, le Pérou et la Thaïlande. Un accord de réciprocité a en outre été conclu avec la Barbade.

Le transfèrement a un but humanitaire et vise à favoriser la réinsertion sociale des détenus. Il peut également contribuer à réduire la forte part d'étrangers dans les prisons

suisses. Un groupe de travail réunissant des professionnels de toute la Suisse a pris note des attentes exprimées par les autorités d'exécution des sanctions et les milieux politiques et élaboré plusieurs directives, qui viennent compléter les outils existants (notices destinées aux autorités et aux personnes condamnées et modèles de procédure).

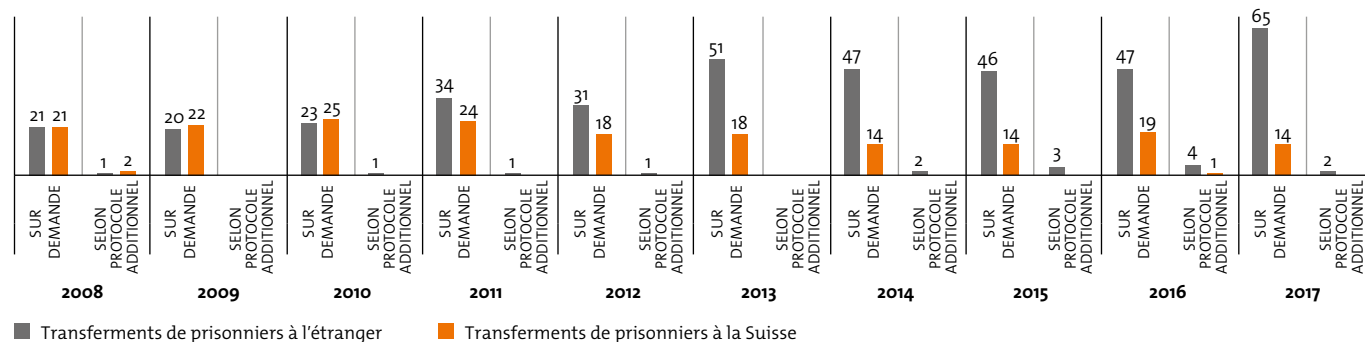
### Procéder à une évaluation systématique des cas

Le groupe de travail a notamment élaboré une check-list énumérant les conditions requises pour ouvrir une procédure de transfèrement avec ou sans le consentement de la personne condamnée. Cette check-list permet aux autorités cantonales compétentes d'évaluer systématiquement si une procédure de transfèrement a des chances d'aboutir et peut donc être ouverte.



Au terme d'une procédure d'environ 18 mois, un ressortissant kosovar a, pour la première fois, pu être transféré le 4 avril 2018 vers son pays d'origine pour y purger le reste de sa peine. La Suisse a soutenu le système d'exécution des peines au Kosovo en détachant sur place des conseillers et des formateurs mais aussi en versant des contributions financières destinées à améliorer l'infrastructure des établissements pénitentiaires (Photo : Etablissement pénitentiaire de Dubrava). Photo : SRF, cameraman Gazmend Idrizi

### Demandes de transfèrement



Cette statistique ne porte pas sur les transfèrments mais sur les demandes de transfèrement. On peut partir du principe que 50 % des demandes adressées aux autorités étrangères et 75 % des demandes adressées aux autorités suisses ont abouti à un transfèrement. Alors que le nombre de demandes reçues par la Suisse est resté globalement stable ces dernières années, celui des requêtes adressées aux autorités étrangères s'est envolé en raison des efforts accrus fournis par les cantons. Les transfèrments opérés en vertu du Protocole additionnel sont très rares, mais possibles.

Pour pouvoir ouvrir une procédure de transfèrement avec le consentement de la personne condamnée, il faut que cette dernière en fasse la demande. Aussi est-il important qu'elle soit informée suffisamment tôt de la possibilité d'un transfèrement vers son pays d'origine. Cette information peut lui être communiquée par écrit par l'autorité cantonale compétente ou en personne par le responsable du dossier, les services sociaux/ de soins, la personne de référence dans l'institution d'exécution de la sanction.

La Convention ne s'applique qu'aux ressortissants de l'Etat d'exécution. Certains Etats dérogent toutefois à ce principe et acceptent, à certaines conditions, des personnes condamnées étrangères qui disposent d'une autorisation d'établissement ou de séjour pour l'Etat en question.

Aucun transfèrement n'est possible sans base conventionnelle. L'Etat d'exécution doit par conséquent avoir ratifié la Convention ou avoir signé un traité bilatéral de transfèrement avec la Suisse. A ce jour, outre les Etats membres du Conseil de l'Europe, 20 Etats ont ratifié cette Convention. Cette dernière n'oblige cependant en rien les Etats parties à accepter une demande de transfèrement.

### Un solde de peine d'au moins un an

Le jugement doit être définitif et exécutoire. Par ailleurs, l'infraction commise en Suisse doit également être punissable dans l'Etat d'exécution (principe de la double incrimination). Compte tenu des longs échanges d'informations nécessités par une procédure de transfèrement, l'ouverture d'une telle

procédure n'a d'intérêt que si la durée de la détention restant à purger avant une éventuelle libération conditionnelle ou jusqu'à la fin de la peine est d'au moins une année.

En outre, l'autorité cantonale compétente doit être prête à supporter les coûts du transfèrement, qui sont souvent élevés (en raison notamment des frais de traduction des documents). Afin d'évaluer les chances d'aboutir d'une demande de transfèrement, il est par ailleurs recommandé de consulter l'OFJ en temps opportun. L'ouverture d'une procédure de transfèrement sans le consentement de la personne condamnée suppose par ailleurs que les autorités de migration aient rendu une décision de première instance de renvoi ou que la personne fasse l'objet d'une expulsion relevant du droit pénal ou encore que l'une de ces mesures ait été ou soit requise par l'autorité cantonale.

### Meilleur aperçu

Il se révèle dans certains cas difficile de réunir les différents documents dont les Etats de condamnation et d'exécution ont besoin pour se prononcer sur une demande de transfèrement. Le groupe de travail a par conséquent élaboré une autre check-list donnant des précisions sur les documents à fournir par les autorités cantonales et étrangères compétentes dans le cadre d'une telle procédure.

Il a également réalisé un tableau synoptique permettant d'en savoir plus sur l'organisation des autorités et les dispositions légales applicables dans les cantons. On y trouve notamment des informations sur les autorités compétentes en matière de procé-

dures de transfèrement, d'exéquatur (décisions relatives à l'exécution de la peine) et de recours. Ce tableau permet d'y voir plus clair mais pourrait aussi donner la possibilité aux cantons de s'inspirer de ce qui se passe ailleurs et ainsi contribuer à une certaine harmonisation des procédures de transfèrement.

### Davantage d'informations

Les autorités cantonales souhaitent avoir plus d'informations sur les personnes condamnées qui veulent être transférées vers la Suisse. En effet, elles constatent souvent après un transfèrement que les intéressés présentent des troubles psychologiques ou ont des antécédents judiciaires dont elles n'avaient pas connaissance jusque-là, ces informations n'étant que rarement communiquées par l'Etat de condamnation. Afin que les autorités cantonales puissent procéder à un examen de meilleure qualité des demandes de transfèrement, le groupe de travail a donc mis à jour la notice destinée aux ressortissants suisses condamnés dans un pays étranger et complété le formulaire de demande en y ajoutant de nouvelles questions. (gal)

Les documents relatifs au transfèrement des personnes condamnées sont disponibles sur le site Internet de l'OFJ ([www.ofj.admin.ch](http://www.ofj.admin.ch)) sous Sécurité/Entraide judiciaire internationale.

# Brèves

## Forte occupation des prisons romandes

Selon le dernier relevé de l'Office fédéral de la statistique (OFS) sur la privation de liberté et l'exécution des sanctions des mineurs, 6863 adultes étaient détenus dans un établissement d'exécution des peines et des mesures le 6 septembre 2017. Par rapport au record de 2013, le taux d'occupation a baissé de 8 points à 92,5 %. La situation reste malgré tout tendue dans certains établissements. Le taux d'occupation est particulièrement élevé (107 %) dans les cantons latins. La situation s'est par contre normalisée en Suisse centrale et du Nord-Ouest, où le taux d'occupation atteint 88 %, et en Suisse orientale, où il est de 80 %.

Sur les 6863 personnes incarcérées, 54 % exécutaient une peine ou une mesure, 24 % étaient détenues avant jugement et 15 % exécutaient une peine de manière anticipée. 4 % étaient détenues dans le cadre de mesures de contrainte en vertu de la loi fédérale sur les étrangers. En 2017, on dénombrait 81 personnes incarcérées pour 100 000 habitants en Suisse.

Au jour de référence, 477 mineurs étaient placés en dehors de leur famille après avoir commis une infraction. Le nombre de placements extrafamiliaux de mineurs est resté stable ces trois dernières années après s'être pratiquement réduit de moitié (-44 %) en 2010. Des 477 jeunes placés en dehors de leur famille, 249 l'étaient avant jugement – c'est-à-dire pendant la phase des investigations – et 228 l'étaient suite à la décision d'un juge.

Les placements en famille d'accueil sont en baisse depuis 2010. La plupart des jeunes sont confiés à des institutions spécialisées. 74 % des mesures de protection ordonnées à titre provisionnel et 83 % des mesures de protection faisant suite à un jugement sont exécutées dans des institutions ouvertes. 11 jeunes se trouvaient en privation de liberté.

Lien : [www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch)

## Pierre Maudet est le nouveau président de la CCDJP

Lors de son assemblée de printemps, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) a élu Pierre Maudet, conseiller d'Etat genevois en charge de la sécurité, à sa présidence. Il prend la succession du conseiller d'Etat bernois Hans-Jürg Käser, qui a exercé cette fonction durant les six dernières années.



Selon la CCDJP, Hans-Jürg Käser a, durant sa présidence, notamment joué un rôle clé dans la restructuration du domaine de l'asile. En outre, il a œuvré à la mise en place et à la consolidation du Réseau national de sécurité, dont les organes se sont établis comme plateforme de coordination pour les questions de sécurité intérieure au cours des dernières années. Un autre point fort de M. Käser a été le renforcement de la coopération des autorités cantonales de police et de poursuite pénale.

Pierre Maudet prend dès à présent la fonction de président de la CCDJP. « Le fait que je prenne cette présidence confirme la volonté de Genève, affichée depuis quelques années, d'être plus présent à Berne », a-t-il déclaré au quotidien *Le Temps* le jour de son élection. Dans sa nouvelle fonction, il compte « poser la question de la gouvernance et des structures. Face à des défis tels que la cybersécurité et la lutte contre le terrorisme, on ne peut plus se satisfaire d'avoir 26 instances juxtaposées. Nous devons agir davantage ensemble. Et il faut gommer les disparités, croissantes, entre les petits et les grands cantons », suggère-t-il.

## L'Etat a failli dans l'affaire Adeline

Avec son rapport du 17 avril 2018 sur le meurtre d'Adeline, jeune sociothérapeute de 34 ans, la Commission d'enquête parlementaire (CEP) créée par le Grand Conseil de Genève a rempli le mandat qui lui avait été confié et qui consistait à « faire toute la lumière sur les dysfonctionnements survenus à tous les échelons de l'Etat et des HUG et ayant mené à cette tragédie ». Elle fait siens les propos tenus immédiatement après le drame par le président du Conseil d'Etat : « L'Etat a failli dans la mission de protection de ses collaborateurs et collaboratrices ». Elle a adressé de nombreuses recommandations au Conseil d'Etat et à diverses institutions.

L'intégration du centre de sociothérapie La Pâquerette au sein de l'établissement de détention préventive de Champ-Dollon a été source de nombreux conflits entre le département de la santé et celui de la sécurité. Le rapport pointe en outre les conséquences du rattachement hiérarchique différent des deux directions, avec soit une absence de décisions de l'autorité politique pour trancher les différends, soit une confirmation des options prises par la direction de La Pâquerette. Avec le temps, La Pâquerette a évolué vers un fonctionnement autarcique, largement déconnecté du système.

Outre des problèmes au niveau structurel, le rapport de la CEP mentionne des problèmes au niveau fonctionnel, avec notamment des conflits internes, des incidents plus ou moins graves au sein du centre de sociothérapie, le tout avec un effacement progressif des autorités de tutelle. A plusieurs reprises, des voies d'amélioration ont été proposées, mais la plupart n'ont jamais été suivies d'effets.

Le rapport de la CEP (RD 1220) est disponible sur le site Internet du Grand Conseil de Genève (<http://ge.ch/grandconseil>).

# Manifestations

## Harmonisation des peines

Le Conseil fédéral entend permettre aux juges de sanctionner les infractions de manière appropriée. Il propose pour ce faire d'adapter les peines encourues pour différentes infractions, principalement des actes de violence et des infractions contre l'intégrité sexuelle. Il souhaite des sanctions plus sévères pour ce type d'infractions. Il prévoit par ailleurs de rééquilibrer le niveau des peines entre elles.

Au cours des 40 dernières années, la partie spéciale du code pénal a été modifiée plus de 70 fois pour refléter l'évolution des conceptions morales et des valeurs au sein de la société, pour tenir compte des développements technologiques et pour faire suite à l'adhésion de la Suisse à des conventions internationales. Il n'y a jamais eu jusqu'ici d'analyse globale des dispositions pénales en vue de déterminer si les peines encourues correspondaient bien à la gravité des actes commis et si elles étaient proportionnées entre elles. Le message adopté par le Conseil fédéral le 25 avril 2018 vise non seulement à rééquilibrer les peines entre elles mais aussi à fournir aux juges une palette de sanctions qui leur laissera toute la marge d'appréciation nécessaire.

Les victimes de violences sexuelles souffrent souvent longtemps et sévèrement des répercussions physiques et psychologiques de l'acte qu'elles ont subi. La peine privative de liberté minimale encourue pour viol passera par conséquent d'un an à deux ans. Le viol sera de plus défini sans référence au sexe et inclura les actes analogues à l'acte sexuel. Le projet instaure une peine privative de liberté minimale d'un an pour tout acte d'ordre sexuel commis sur des enfants de moins de 12 ans, les jeunes victimes étant particulièrement vulnérables. La peine privative de liberté minimale passera de six mois à un an pour les lésions corporelles graves.

Lien: [www.ofj.admin.ch](http://www.ofj.admin.ch)

## Internement dans l'impasse ? Pistes de réflexions pour en sortir

A une époque où doit régner le risque zéro, les assouplissements sont de plus en plus rares en matière d'internement, et ne se font presque plus que par le biais d'une conversion en mesure institutionnelle, ou lorsque le détenu atteint un âge avancé. De plus en plus souvent, l'internement devient ainsi une impasse pour le détenu.

Le présent congrès vise à mettre en contraste les possibilités légales en matière d'internement avec l'implémentation pratique, et à examiner ses conditions et sa légitimation. Les intervenants évoqueront les réalités de terrain en Suisse alémanique et en Suisse romande, du point de vue des directions d'établissements, du personnel qui assure l'exécution des sanctions et des personnes touchées. Enfin, une perspective comparée sera offerte avec l'Allemagne. Après des présentations en allemand et en français et traduites simultanément, le congrès se terminera par un débat sur les possibilités de se sortir de l'impasse actuelle, entre considérations sécuritaires et respect des libertés fondamentales.

### Modération :

Prof. Dr. Jonas Weber, Université de Berne, Groupe de travail «Réformes en matière pénale» ; Hans-Peter von Däniken, Directeur Paulus Akademie

**Date :** 6 septembre 2018

**Lieu :** Hotel Glockenhof, Zürich

### Langues :

français et allemand  
(avec traduction simultanée)

### Informations complémentaires :

[www.paulusakademie.ch](http://www.paulusakademie.ch)

## Standards ! Dans quel but ?

Pour l'exécution des sanctions pénales aussi, les standards servent de fil conducteur et ont une portée pratique concrète. Ils garantissent que les personnes privées de liberté et celles condamnées à des sanctions d'intérêt général bénéficient du même traitement partout où les standards respectifs sont valables dans un champ d'application. A cet égard, ils se conforment au principe d'égalité inscrit dans le droit constitutionnel. Les standards déjà établis sont, il est vrai, souvent formulés de façon abstraite ou insuffisamment tournés vers la pratique. Malgré que des standards existent déjà dans de nombreux secteurs de l'exécution des sanctions pénales, ils doivent encore être renforcés ou développés dans d'autres domaines.

Le premier Forum de la détention et de la probation aura pour objectif d'identifier les pratiques qui ont fait leurs preuves dans l'exécution des sanctions pénales en Suisse et de promouvoir le développement de standards utiles et applicables. La réflexion sur le thème des standards est encouragée par quatre questions directrices: Qu'entend-on par standards dans l'exécution des sanctions pénales? Dans quel but a-t-on besoin de standards dans l'exécution des sanctions pénales? Quels sont les standards déjà existants et quels sont ceux qui restent encore à mettre au point? Comment les processus décisionnels doivent-ils être organisés pour pouvoir appliquer des standards sans connaître l'échec?

### Organisateurs :

Forum de la détention et de la probation, en coopération avec l'Office fédéral de la statistique et de l'Institut Suisse de Police

**Date :** 19./20. November 2018

**Lieu :** Equilibre, Fribourg

**Langues :** français et allemand

### Informations complémentaires :

[www.prison.ch](http://www.prison.ch)

# Nouveautés



Nicolas Queloz | Thomas Noll |  
Laura von Mandach | Natalia  
Delgrande (éditeurs)

## Surveiller et punir: nouvelles évolutions dans l'exécution des sanctions pénales

291 pages - CHF 68.00  
Stämpfli Verlag AG, Bern  
ISBN 978-3-7272-0743-3



André Kuhn | Christian Schwarzenegger | Joëlle Vuille (éditeurs)

## Justice pénale – Individus – Opinion publique, diversité des perceptions

423 pages – CHF 68.00  
Stämpfli Verlag AG, Bern  
ISBN 978-3-7272-4594-7



Christian Schwarzenegger |  
Rolf Nägeli (éditeurs)

## Zehntes Zürcher Präventionsforum

Kulturkonflikt und Identität –  
Radikalisierung und Kriminalität  
junger Migranten – Ansätze der  
Prävention

116 pages – CHF 59.00  
Schulthess Verlag, Zürich  
ISBN 978-3-7255-7824-5



Nicolas Queloz | Catherine Jaccottet  
Tissot | Nils Kapferer | Marco Mona  
(éditeurs)

## Mettre l'humain au centre du droit pénal: les apports de la justice restaurative

134 pages – CHF 49.00  
Schulthess Verlag, Zürich  
ISBN 978-3-7255-8685-1

# Sortir de la spirale de l'échec

## L'association *Auxilia Formation* contribue à la réhabilitation de personnes en situation de fragilité

**« Bonjour, vous allez bien ? » Damjan me répond oui, mais son visage exprime le contraire ! Au bout d'un moment, il ajoute avec dépit : « Ils refusent mes deux tiers... ». Cette réponse, je l'entends quelquefois durant mes cours individuels en prison : la demande de Damjan de remise au bout des deux tiers de sa peine a été rejetée par les autorités judiciaires.**

Dominique Boillat



Dominique Boillat est le président de l'association Auxilia Formation.

Dans l'établissement où j'enseigne, les apprenants qui me sont confiés pour des cours de langue sont lourdement condamnés. Grâce aux Plans d'exécution de la peine, ils peuvent élaborer un projet de reconstruction qui passe par un travail, un apprentissage et éventuellement une formation. Le Code pénal suisse oblige les cantons à organiser une formation de base pour les condamnés. Divers acteurs interviennent dans ce processus, notamment les membres rémunérés de la FEP (Formation en exécution de peine). Les enseignants de notre association contribuent, de manière bénévole, à cet effort de formation. Notre objectif est de permettre aux condamnés d'acquérir un bagage qui pourra leur servir à la sortie. Le choix qu'ils font eux-mêmes d'apprendre les valorisent et les aident à reprendre un peu confiance en eux-mêmes.

Parler ici de formation est sans doute un bien grand mot, vu les circonstances dans lesquelles se déroulent les cours. Les détenus traversent des moments difficiles. Certains passent par des périodes de découragement ou de démotivation. Ils sont anéantis par un recours rejeté. Comme Damjan, ils sont révoltés par une décision négative de remise de peine. Certains sont punis de cachot parce qu'ils ont consommé de la drogue. D'autres enfin sont démoralisés par l'absence de leur compagne. Tous souffrent d'isolement...

### 23 heures sur 24 en cellule

Dans un autre établissement, j'achève mon heure de cours hebdomadaire avec Pedro : « Je serai absent, la semaine prochaine. On se revoit donc dans quinze jours. » Une pointe de déception se lit dans le regard de mon apprenant : « Vous partez encore en vacances ? » La réaction de Pedro est compréhensible : dans les prisons préventives, les détenus en attente de jugement passent 23 heures sur 24 dans leur cellule et ne sortent que pour l'heure de la promenade. Ils ignorent combien de temps va durer leur détention : des mois, une année ? Ils s'accrochent à cette petite fenêtre hebdomadaire sur l'extérieur, qui leur apporte aussi de nouvelles connaissances. Plusieurs d'entre eux ne savent pas la langue locale. Ils souhaiteraient au moins pouvoir comprendre et s'exprimer simplement. Certains éprouvent aussi le besoin de mieux communiquer avec leur compagne ou avec leur enfant qui parlent une autre langue.

« Aujourd'hui, vous n'aurez que deux apprenants et non trois, me dit le gardien à la loge d'entrée. Mateo n'est plus ici ». Je n'en saurai pas plus sur ce jeune homme auquel j'ai donné des cours durant près de huit mois. Et je n'en entendrai sans doute plus jamais parler. Ce n'est pas toujours facile, pour nous les enseignants, de mettre fin brutalement à une relation dans laquelle il a fallu du temps pour instaurer la confiance. Il arrive que les détenus soient transférés subitement dans un autre établissement ou renvoyés dans



Auxilia Formation privilège les cours individuels ou en très petits groupes. Photo : Auxilia

leur pays. Nous devons faire preuve d'une grande souplesse en toutes situations, par exemple pour prendre un nouvel apprenant au pied levé ou pour adapter le contenu de nos leçons. Les niveaux, eux aussi, sont très différents d'un détenu à l'autre. C'est la raison pour laquelle nous privilégions les cours individuels ou en très petits groupes.

#### A la recherche de candidats

J'ouvre la messagerie d'Auxilia. Nouveau courriel : « Bonjour. Je suis enseignant et je souhaiterais donner des cours en prison. Est-ce possible dans votre association ? ». En tant que président, je réponds que c'est éventuellement possible si la personne habite à proximité d'un établissement dans lequel notre association est active. Il est vrai que nous privilégions l'engagement d'enseignants de métier, mais ce n'est pas indispensable et d'autres parcours professionnels sont possibles. Nous exigeons plusieurs qualités de la part des candidats qui se présentent, hommes ou femmes. Ils doivent évidemment maîtriser les matières enseignées et être à l'aise avec des personnes de cultures diverses, mais aussi être capables d'apprendre à apprendre.

« Je suis étudiante et je souhaiterais faire une expérience en milieu carcéral. Je suis très motivée pour un tel engagement ». A mon grand regret, je vais devoir décliner cette offre pourtant sans doute généreuse.

La prison n'est pas un lieu de stage ni d'expérimentation. Nous sommes confrontés à des personnes fragiles, souvent désabusées, parfois susceptibles et, dans quelques cas extrêmes, manipulatrices. Les candidats que nous engageons doivent faire preuve de maturité, d'expérience de vie et d'une personnalité solide. Nous avons besoin de personnes bien dans leur peau. Notre engagement de bénévole n'a rien à voir avec l'amateurisme, l'improvisation ou l'apitoiement.

#### Des cours en prison, quel luxe !

Réflexion relevée dans un courrier des lecteurs : « Des cours en prison ? Et gratuits !

Pourquoi pas des vacances à la mer, pendant qu'ils y sont ! » Beaucoup de personnes ne considèrent la prison que comme un lieu de punition. Ils oublient que la quasi-totalité des détenus vont sortir un jour et il faut tenter d'éviter qu'ils ne tombent dans la récidive. Une personne qui s'est donné du mal de réaliser un projet en prison a davantage de perspectives de s'en sortir que celui qui n'a fait que ruminer sa peine dans une cellule ! La formation et l'enseignement dans ce milieu ne sont pas du luxe, c'est une contribution à la lutte contre la surpopulation carcérale. Et très important, à mes yeux : tout être humain a droit à une nouvelle chance dans la vie.

Pour moi, donner des cours en prison, c'est d'abord offrir mon temps et mon aide à des personnes en situation de détresse. Nombre d'entre elles ont décroché très tôt du parcours scolaire ; d'autres, parfois dès l'adolescence et sans formation professionnelle, sont tombées dans la délinquance et sont allées d'échec en échec... Un apprentissage, quel qu'il soit, peut aider à sortir de cette spirale et permettre à des détenus de se reconstruire en se projetant dans l'avenir. Ma plus belle récompense, au terme d'une année de cours avec un délinquant a été sa phrase, lors de l'évaluation avec le responsable pédagogique. Il m'a dit : « j'ai compris qu'on me tendait une main et qu'il me fallait la saisir ».

#### Auxilia Formation est active dans quinze établissements

Auxilia Formation est une association à but non lucratif formée d'enseignants bénévoles qui dispensent des cours personnalisés en milieu carcéral, langues, maths ou comptabilité. L'association compte actuellement 25 enseignants et est active dans quinze établissements de Suisse romande et du canton de Berne. Les membres ne touchent aucun salaire, mais sont défrayés pour leurs déplacements et le matériel utilisé.

Auxilia Formation existe en Suisse depuis 1984. Elle bénéficie du soutien des cantons, des établissements partenaires et de donateurs privés. Mais elle compte surtout sur l'engagement de ses membres qui donnent généreusement de leur temps et font profiter les détenus de leurs connaissances. Deux journées de formation par an permettent aux enseignants d'enrichir leurs connaissances et d'échanger sur leurs expériences.

L'association est toujours à la recherche de nouvelles forces et accueille avec plaisir toutes celles et ceux, enseignants de métier ou non, qui souhaitent contribuer à la réhabilitation de personnes en situation de fragilité. Davantage d'informations sur : [www.auxilia-formation.ch](http://www.auxilia-formation.ch).

*«La prison n'est pas qu'un lieu de radicalisation. Elle doit être aussi le moment où l'on repère, où l'on casse l'endoctrinement, où l'on reprend l'avantage sur l'engrenage terroriste.»*

Stéphane Bredin, directeur de l'Administration pénitentiaire en France (Le Temps, 28 avril 2018)

## Impressum

**Editeur :** Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

**Rédaction :**

Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch), Nathalie Buthey (nathalie.buthey@bj.admin.ch), Charlotte Spindler (charlotte.spindler@bluewin.ch), Christine Brand (brandschreibe@gmail.com)

**Traduction :** Raffaella Marra

**Administration et logistique :** Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

**Mise en page, impression et distribution :** OFCL – Centre média de la Confédération, Berne

**Commandes, questions et changements d'adresse sur papier :**

Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

**Version Internet :** www.prison-info.ch

**Copyright / Reproduction :**

© Office fédéral de la justice (Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.)

**Photo de couverture :** Parloir familial de la Prison de la Tuilière ; photo : Peter Schulthess (2013)

43ème année, 2018 / ISSN 2571-5127



# #prison-info

## Dernière page

**Coup d'œil au-delà des frontières.** *L'Estabelecimento Prisional de Santa Cruz do Bispo – Feminino* est le seul établissement pénitentiaire réservé aux femmes au Portugal. Inauguré en 2004, il fait partie des derniers établissements ouverts dans le pays et fait figure de modèle. Il se situe à proximité de l'aéroport de Porto et peut accueillir 352 femmes condamnées ou en attente de jugement dans des cellules de six places ou des petites cellules individuelles. L'une de ses quatre ailes abrite une unité destinée aux mères accompagnées d'enfants. Photo : Peter Schulthess, 2016 pour « the portuguese prison photo project ».

